

Sicherheit in Werkstätten (und Wohnstätten) für Menschen mit Beeinträchtigungen

Ergebnisse einer Online-Befragung der Werkstattdleitungen
und Feuerwehren in der BRD zur Sicherheitsinfrastruktur in
Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe

Rainer Block, Werner Heister, Paul Geoerg

Verbundprojekt SiME (Förderkennzeichen 13N13947)

- Sicherheit für Menschen mit körperlicher, geistiger oder altersbedingter Beeinträchtigung
- Teilvorhaben II: Sozialwissenschaftliche und (sozial-) pädagogische Aspekte
- Hochschule Niederrhein, SO.CON-Institut
- Mönchengladbach/Berlin im März 2017

Verbundprojekt SiME:

Sicherheit für Menschen mit körperlicher, geistiger oder altersbedingter Beeinträchtigung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Hochschule Niederrhein
University of Applied Sciences



SO.CON

Social Concepts – Institut für Forschung
und Entwicklung in der Sozialen Arbeit
Research Institute for the Development
of Social Concepts

Das Forschungsvorhaben wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Zuge der Bekanntmachung „Erhöhung der Resilienz im Krisen und Katastrophenfall“ des BMBF im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ der Bundesregierung gefördert.

Sicherheit in Werkstätten (und Wohnstätten) für Menschen mit Beeinträchtigungen.
Ergebnisse einer Online-Befragung der Werkstattdleitungen und Feuerwehren in der BRD zur
Sicherheitsinfrastruktur in Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe
Version 1.01

Hochschule Niederrhein – Campus Mönchengladbach
FB 06
SO.CON-Institut
Richard-Wagner-Str. 98, D-41065 Mönchengladbach
Mönchengladbach/Berlin im März 2017

Autoren:

Dr. Rainer Block
SiME-Projekt
SO.CON-Institut
+49 (0)2161 186-5705
rainer.block@hs-niederrhein.de

Prof. Dr. Werner Heister
Betriebswirtschaft im Sozialen Sektor
SO.CON-Institut
+49 (0)2161 186-5642
werner.heister@hs-niederrhein.de

Paul Geoerg
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM)
7.5 Technische Eigenschaften von Polymerwerkstoffen
+49 (0) 30 8104-4692
paul.geoerg@bam.de

http://www.sime-projekt.de/sime-projekt/DE/Home/home_node.html
<https://www.hs-niederrhein.de/forschung/socon/projekte/sime-sicherheit/>

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	... 4
1. Untersuchungsdesign	... 11
1.1. Ziel der Befragungen	... 11
1.2. Untersuchungspopulation, Datengewinnung und Rücklauf	... 12
1.2.1. Befragung aller Werkstattleitungen in der BRD	... 14
1.2.2. Befragung aller Berufsfeuerwehren in der BRD und aller Freiwilligen Feuerwehren in NRW	... 15
1.3. Methoden und Auswertungsverfahren	... 18
2. Themenbereich: Kooperation / Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen	... 21
2.1. Qualität der Kooperation	... 21
2.2. Interesse der Kooperationspartner an einer Zusammenarbeit	... 22
2.3. Formen der Zusammenarbeit	... 24
2.4. Notwendigkeit stärkerer Zusammenarbeit	... 26
3. Themenbereich: Erfahrungen bei Räumungsübungen	... 30
3.1. Jahr der letzten Räumungsübung als Kompletträumung	... 30
3.2. Beteiligung der örtlichen Feuerwehr	... 32
3.3. Gemeinsame Räumungsübungen in den letzten 3 Jahren	... 32
3.4. Besondere Schwierigkeiten bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen	... 33
4. Themenbereich: Sicherheitskonzept	... 40
4.1. Zentrales Ziel des Sicherheitskonzepts	... 40
4.2. Ausrichtung des Sicherheitskonzepts	... 42
4.3. Änderung des Sicherheitskonzepts	... 43
4.4. Räumungs-/Evakuierungskonzepte der Einrichtungen	... 44
5. Themenbereich: organisatorische, betriebliche Maßnahmen der Sicherheitsinfrastruktur	... 46
5.1. Formen der organisatorischen Maßnahmen	... 46
6. Themenbereich: Zufriedenheit mit der Sicherheitsinfrastruktur der Einrichtungen	... 48
6.1. Zufriedenheit mit der Sicherheitspraxis und Sicherheitsinfrastruktur	... 48
7. Themenbereich: Risikoanalyse	... 51
7.1. Durchführung von Risikoanalysen	... 51
7.2. Systematische Erfassung von Klassifikations- und Diagnose-Systemen	... 55
7.3. System der Helferzuordnung im Notfall	... 57
8. Themenbereich: Schadensfälle in den Einrichtungen	... 60
8.1. Brandschadensfälle in den letzten 5 Jahren	... 60
8.2. Notfalleinsätze in den letzten 3 Jahren	... 61

9. Themenbereich: Hilfebedarfe der Einrichtungen	... 62
9.1. Gewünschte Sicherheitstechnik	... 62
9.2. Änderungsbedarfe	... 63
9.3. Unterstützungsbedarfe	... 66
9.4. Zentrale Probleme bei der Stärkung der Sicherheit	... 69
10. Exkurs: Wohnstätten	... 75
10.1. Qualität der Sicherheitsinfrastruktur in den Wohnstätten	... 75
10.2. Brandschadensfälle in den letzten 5 Jahren	... 79
10.3. Einbindung von Anwohnern als Helfer in Notfallsituationen	... 79
11. Fazit und Diskussion	... 83
12. Anhang	... 95
12.1. Dokumentation der offenen Textantworten	... 95
12.1.1. Befragung der Werkstattleitungen in der BRD	... 95
12.1.2. Befragung der Feuerwehren (Berufsfeuerwehren BRD und Freiwillige Feuerwehren NRW)	...104
12.2. Grundauszählungen der 3 Onlinebefragungen	...108
12.2.1. Befragung der Werkstattleitungen in der BRD	...108
12.2.2. Befragung der Feuerwehren (Berufsfeuerwehren BRD und Freiwillige Feuerwehren NRW)	...113
12.3. Erhebungsinstrumente der Onlinebefragungen	...116
12.3.1. Befragung der Werkstattleitungen in der BRD	...116
12.3.2. Befragung der Feuerwehren (Berufsfeuerwehren BRD und Freiwillige Feuerwehren NRW)	...126
13. Abbildungsverzeichnis	...133
14. Quellenverzeichnis	...138

Zusammenfassung

Zielsetzung des Verbundprojektes SiME ist es, die Selbstrettungsfähigkeit von körperlich, geistig oder altersbedingt beeinträchtigten Personen zu verbessern.

Im **Fokus des Verbundprojektes** stehen diejenigen Menschen mit Beeinträchtigungen (im Folgenden auch als MmB abgekürzt), die in Werkstätten tätig sind und ggf. in entsprechenden Wohnformen leben.

Im **Fokus der hier vorgestellten Untersuchung** stehen jedoch die Organisationen und deren Sicherheitskonzepte, -strategien und -maßnahmen (nachfolgend kurz als Sicherheitskonzepte bezeichnet), die entsprechende Einrichtungen und Wohngelegenheiten zur Verfügung stellen.

Sie betreuen MmB und geben ihnen Arbeitsgelegenheiten, um somit die Inklusion der Zielgruppe zu verbessern.

Die in 2016 durchgeführten **Online-Befragungen** dienen aus diesem Grunde primär dazu, die in den Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe praktizierten Sicherheitskonzepte in Erfahrung zu bringen und den Unterstützungsbedarf dieser Organisationen in Sicherheitsfragen zu eruieren.

Befragt wurden zwei zentrale Akteursgruppen, die für die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen von besonderer Bedeutung sind:

- Die **Leitungen von Werkstätten** für Menschen mit Beeinträchtigten auf der einen Seite und
- die **Feuerwehren** als Experten für Notfallsituationen auf der anderen Seite.

Faktisch sind **drei komplett anonyme Online-Befragungen** durchgeführt worden:

- Eine mit allen Werkstattleitungen der BRD.
- Eine mit den Leitungen aller Berufsfeuerwehren in der BRD.
- Eine mit den Leitungen aller Freiwilligen Feuerwehren in NRW.

Die **Untersuchung** ist dabei insgesamt **multiperspektivisch** angelegt: In allen drei Befragungen findet sich ein Set von identischen Kernfragen, das aus der jeweils unterschiedlichen professionellen Perspektive der drei Gruppen beleuchtet wird.

Die **Themen der Onlinebefragungen** erstrecken sich im Kern auf folgende Bereiche der Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen: „Zusammenarbeit mit anderen Institutionen in Sicherheitsfragen“, „Erfahrungen bei Räumungsübungen/ Räumungen“, „Ausgestaltung der Sicherheitsinfrastruktur“, „Schadensfälle“, „Änderungs- und Unterstützungsbedarfe“ und „besondere Probleme bei der Stärkung der Sicherheitsinfrastruktur“. Abschließend wurden noch einige Fragen zu Wohneinrichtungen/ Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen gestellt.

Angesichts der hohen Sensibilität und haftungsrechtlichen Problematik des Themas ergeben sich bei den Antworten zu einzelnen Fragestellungen mitunter sehr geringe Fallzahlen. Dies gilt es bei der Interpretation der Ergebnisse und bei der Reichweite der Schlussfolgerungen zu berücksichtigen.

Als zentrale Ergebnisse der Untersuchung lassen sich feststellen:

(1) Qualität der Kooperation

Die Werkstätten schätzen wie die Feuerwehren die Qualität ihrer Zusammenarbeit insgesamt als eher gut ein, aber durchaus noch mit Spielraum nach oben, insbesondere aus der Sicht der Freiwilligen Feuerwehren. Die Feuerwehren sehen die Werkstätten tendenziell weniger an einer Zusammenarbeit interessiert als die Werkstätten die Feuerwehren (wenngleich auf hohem Niveau).

Obwohl die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr von den Werkstätten als vergleichsweise gut bewertet wird, zählen die Feuerwehren zu der Gruppe, mit der die Werkstätten am ehesten eine stärkere Kooperation eingehen möchte. Mit 47 % hält nahezu die Hälfte der Werkstattdleitungen eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Feuerwehr in Sicherheitsfragen für notwendig.

Die Feuerwehren sehen aus ihrer fachlichen Sicht zu deutlich höheren Anteilen als die Werkstattdleitungen die Notwendigkeit einer stärkeren gemeinsamen Kooperation, um die Sicherheitsinfrastruktur zu stärken.

(2) Formen der Zusammenarbeit

Mehr als die Hälfte der Einrichtungen nennen die „klassischen“ Formen der Zusammenarbeit wie die Weiterentwicklung des Brandschutzkonzepts (an erster Stelle mit 72 %), Notfalleinsätze in den Einrichtungen, gemeinsame Räumungsübungen und die Erstellung von Einsatzkonzepten als zentrale Formen der Zusammenarbeit.

Dabei überrascht: Es fanden in nur 57 % der Einrichtungen innerhalb der letzten 3 Jahre gemeinsame Räumungsübungen mit der Feuerwehr statt. Das ist angesichts der Wichtigkeit dieser Kooperationsform für die Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur der Werkstätten eine vergleichsweise geringe Quote.

Es zeigt sich zudem, dass die Freiwilligen Feuerwehren (in NRW) zu deutlich geringeren Anteilen (49 %) als die Berufsfeuerwehren (in der BRD, 69 %) gemeinsame Räumungsübungen mit den Einrichtungen durchführen.

(3) Zufriedenheit mit der Sicherheitsinfrastruktur

Die Werkstattdleitungen zeigen sich zufrieden mit der Ausgestaltung und der Praxis ihrer Sicherheitsinfrastruktur, und zwar über alle Bereiche - wie den baulichen, anlagentechnischen, organisatorischen und abwehrenden Brandschutz - hinweg. Interessanterweise ist dabei die globale Zufriedenheit insgesamt mit 96 % (eher und voll und ganz zufriedene Einrichtungen) höher als jeder einzeln bewertete Bereich.

Die globalen Zufriedenheitsurteile fallen – wie erwartet - bei den Feuerwehren insgesamt deutlich niedriger aus als bei Werkstattdleitungen: (eher und voll und ganz zufrieden) mit der Sicherheitsinfrastruktur sind die Berufsfeuerwehren mit einem Anteil von 80 % und die Freiwilligen Feuerwehren mit 77 %.

Die Feuerwehren sehen übereinstimmend in der Vernetzung der Sicherheitsinfrastruktur (also in der Abstimmung von baulichen, sicherheitstechnischen und organisatorischen Maßnahmen) die zentralen Defizite.

Darüber hinaus betrachten die Freiwilligen Feuerwehren (in NRW) insbesondere die organisatorischen Maßnahmen der Einrichtungen als defizitär: 40 % der Feuerwehren sind mit diesen (eher nicht und überhaupt) nicht zufrieden.

(4) Betriebliche, organisatorische Maßnahmen der Sicherheitsinfrastruktur

Als Kernmuster der organisatorischen Maßnahmen zeigt sich in den Werkstätten eine Kombination von Brandschutzunterweisung für MmB, regelmäßige Räumungsübungen, ein System zur Erfassung der Anwesenheit und Strategien und Maßnahmen zur Helferzuordnung.

Erschreckend ist, dass eine Gruppe von rund 9 % aller Werkstätten keine einzige der aufgelisteten organisatorischen Maßnahmen durchführt.

In unserer Befragung geben 83 % der Werkstattdleitungen an, regelmäßige Räumungsübungen durchzuführen. Nur 57 % der Einrichtungen haben gemeinsame Räumungsübungen mit den Feuerwehren zusammen innerhalb der letzten drei Jahre realisiert. Bei der letzten Komplettäumung als Räumungsübung war in 44 % der Einrichtungen auch die örtliche Feuerwehr eingebunden.

(5) Sicherheitskonzept

Rund die Hälfte der Werkstattdleitungen gibt an, dass sich ihr Sicherheitskonzept primär am Brandschutz orientiert.

In der VDI-Richtlinie 4062 „Evakuierung von Personen im Gefahrenfall“ wird auf eine Vielzahl auslösender Ereignisse von Notfallsituationen hingewiesen (betriebsinterne Ereignisse, Umfeldereignisse, Bedrohungen und Naturereignisse), auf die mit angemessenen Sicherheitskonzeptionen reagiert werden müsse. Mindestens die Hälfte der Werkstätten in der BRD ist derzeit weit davon entfernt, derlei Szenarien in ihrer Sicherheitskonzeption hinreichend zu berücksichtigen.

37 % der Werkstattdleitungen bejahen, dass non-triviale Brandschadensfälle in der Vergangenheit (die zugleich mit einer Räumung verbunden waren) zu einer Änderung des Sicherheitskonzepts geführt haben. Das bedeutet zugleich, dass in diesen Einrichtungen augenscheinlich ein Sicherheitskonzept etabliert war, das (zumindest in Bezug auf die eingetretene Notfallsituation) nicht hinreichend ausgereift war.

(6) Räumungskonzept

Unter den Räumungskonzepten dominiert die horizontale, ebenerdige Evakuierung aller Personen einer Einrichtung ins Freie mit 68 % aller Nennungen, gefolgt von der direkten vertikalen Evakuierung (aus baulichen Gründen) mit 16 %. (Komplett-)Evakuierungen sind das Standardmodell der Räumung in Einrichtungen der Eingliederungshilfe in Gefahrensituationen.

(7) System der Helferzuordnung in Notfallsituationen

18 % der Werkstattdleitungen gibt an, dass die Zuordnung von Helfern zu nicht selbstrettungsfähigen Personen im Notfall durch ein System einer vorab festgelegten Helferzuordnung geregelt ist.

Am weitesten verbreitet ist in den Einrichtungen die Regelung einer „situativen Helferzuordnung“ mit insgesamt 73 %, d.h.: Es gibt keinerlei feste namentliche Helferzuordnung im Vorfeld, die Helferzuordnung erfolgt konkret und situativ in der Räumungssituation ohne weitere Vorgaben.

(8) Brandschadensfälle und Notfalleinsätze

Insgesamt zeigt sich kein Unterschied in der Verteilung der Brandschadensfälle zwischen den Wohnstätten/Wohneinrichtungen und den Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen. 29 % (respektive 28 %) der befragten Leitungen gibt an, dass es in den letzten 5 Jahren mindestens einen (non-trivialen) Brandschadensfall in den Einrichtungen ihrer Organisation gegeben hat, der mit einer Räumung verbunden war.

Unter der Voraussetzung einer Gleichverteilung der Schadensfälle im Zeitverlauf zeigt sich umgerechnet folgendes Bild: Jährlich kommt es in rund 6 % der Einrichtungen für MmB zu mindestens einem (non-trivialen) Brandschadensfall, der mit einer Räumung verbunden ist und in rund 20 % der Einrichtungen finden sich jährlich Notfalleinsätze der Feuerwehren.

(9) Risikoanalysen

Augenscheinlich werden in den Einrichtungen derzeit nur unzureichend Merkmale über die spezifischen Beeinträchtigungen der MmB erfasst, die als Grundlage für eine systematische Risikoanalyse dienen können, die diesen Namen verdient und sowohl Fragen der Arbeitsplatzgestaltung als auch der Räumungssituation berücksichtigt. Solche Risikoanalysen sind aber unverzichtbarer Bestandteil eines umfassenden Sicherheitsmanagements.

Vielleicht gibt es derzeit für die Einrichtungen aber auch keinen hinreichenden Anreiz für die - mitunter aufwändige - systematische Erfassung und Pflege von aussagekräftigen Indikatoren der Beeinträchtigungen. Möglicherweise fehlen aus der Sicht der Werkstätten bislang die Instrumente und Management-Werkzeuge, um derlei Daten sinnvoll zu nutzen und in Risikoanalysen zu integrieren oder die existierenden Verfahren sind ihnen nicht bekannt.

(10) Schwierigkeiten bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen

Bei dieser Frage mit offenem Antwortformat hatten die Werkstattleitungen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen hinsichtlich der besonderen Schwierigkeiten bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen zu beschreiben.

Die besonderen Schwierigkeiten bei einer Evakuierung lassen sich auf der Basis der quantitativen Textanalysen wie folgt zusammenfassen:

- Nicht ebenerdig untergebrachte Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte
- „Panik“ und Angstreaktionen der Menschen mit Beeinträchtigungen
- Systematische Erfassung der zu Evakuierenden und Evakuierten
- Baurechtliche Defizite
- Personalmangel

(11) Änderungsbedarfe

Die befragten Institutionen reklamieren auch spezifische Änderungsbedarfe. Die Einrichtungen favorisieren eine spezifische Art von Sicherheitstechnik, die sie sinnvollerweise – unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten und der Zusammensetzung ihrer Mitarbeiterschaft – gerne in ihrer Einrichtung zusätzlich einsetzen würden, um die Sicherheitsinfrastruktur zu stärken: Die mit Abstand meisten Nennungen entfallen auf die Sicherheitstechnik zur barrierefreien Öffnung von Türen, speziell von Rauch- und Brandschutztüren. 66 % der Werkstattleitungen würden solch eine Technik gerne in ihrer Einrichtung einsetzen, tun oder können es aber nicht.

Die Einrichtungen konstatieren überwiegend in nahezu allen rechtsgebenden und ordnenden Handlungsbereichen einen Änderungsbedarf, insbesondere aber bei der Finanzierung der Sicherheitstechnik: 51 % der Einrichtungen sehen bei den Finanzierungsmodalitäten der Sicherheitstechnik einen hohen Änderungsbedarf, und zusätzlich 32 % einen geringen. Die Werkstätten sind in diesem Zusammenhang mit dem Problem konfrontiert, dass es in der BRD keine (bau)rechtlichen Anforderungen gibt, die die besonderen Bedarfe von Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung in Notfallsituationen berücksichtigen, wodurch auch kein Refinanzierungsdruck bei den Leistungsträgern entsteht und die Einrichtungen die Finanzierung aus eigener Kraft stemmen müssen.

Ähnlich wie bei den Werkstatteleitungen stehen auch bei den Berufsfeuerwehren Änderungen bei der Finanzierung der Sicherheitstechnik an erster Stelle. Demgegenüber betonen die Freiwilligen Feuerwehren eher den Änderungsbedarf bei den organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen der Einrichtungen.

(12) Unterstützungsbedarfe

Darüber hinaus benennen die befragten Werkstätten auch Unterstützungsbedarfe in folgenden Bereichen: Unterstützung bei der Entwicklung (qualifizierter) Sicherheitskonzepte, die Verfügbarkeit konkreter Handlungsempfehlungen in Form von Handreichungen und Leitfäden zur Sicherheitsthematik, die Verfügbarkeit von Schulungskonzepten zu Sicherheitsfragen, die intern genutzt werden können und Schulungen in Sicherheitsfragen durch Externe.

Überschlägig lässt sich sagen, dass jeweils nahezu die Hälfte der Einrichtungen in jedem der Bereiche einen besonderen Bedarf artikuliert. An der Spitze steht allerdings mit 63 % der Einrichtungen der beklagte Mangel an geeigneten Schulungskonzepten zu Sicherheitsfragen für den internen Gebrauch. Augenscheinlich reichen die derzeitigen Angebote und Angebotsstrukturen z.B. der Feuerwehren oder auch der Berufsgenossenschaften nicht aus, die Bedarfslagen der Einrichtungen in diesem Bereich hinreichend abzudecken. Mit 26,8 % aller Werkstatteleitungen ist die Gruppe, die in allen aufgeführten Bereichen einen Unterstützungsbedarf hat, am stärksten vertreten. Rund 80 % der Werkstatteleitungen reklamieren in mindestens einem der genannten Bereiche einen besonderen Bedarf.

(13) Wohnstätten

Neben den Werkstätten sind auch die Wohnstätten in den Blick zu nehmen. Insgesamt sehen die befragten Leitungen aber eher keine großen Unterschiede zwischen den Werkstätten und den Wohnstätten in Bezug auf Ausgestaltung der Sicherheitsinfrastruktur. Was im Einzelfall ein besonders schwerwiegendes Problem darstellt – nämlich den Altbaubestand von Wohneinrichtungen an die gestiegenen Sicherheitsanforderungen anzupassen – scheint in der Fläche augenscheinlich ein weniger großes Problem zu sein. Soweit aber Bereiche genannt werden sollen, in denen die Sicherheitsinfrastruktur in den Wohnstätten schlechter als in den Werkstätten aufgestellt ist, dann werden in erster Linie die baulichen Elemente benannt.

Die Feuerwehren wiederum zeigen sich am ehesten unzufrieden mit den organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen der Wohneinrichtungen in Bezug auf die Sicherheitsinfrastruktur und mit der Kooperation zwischen den Wohnstätten und der Feuerwehr.

(14) Einbindung von Nachbarn und Anwohnern

Das Projektteam untersucht die von Expertinnen und Experten als erfolgversprechend eingestufte innovative Maßnahme der Einbindung von Nachbarn und Anwohnern (Privatpersonen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) als Helfer bei Räumungen von Wohneinrichtungen/Wohnstätten und der Erstbetreuung der Menschen nach der Evakuierung. Jedoch: 27 % der antwortenden Leitungen halten solch eine Einbindung für eher sinnvoll. Die überwiegende Zahl hingegen lehnt mit 73 % eine solche Konstruktion für die Wohneinrichtungen Ihrer Organisation eher ab. Die Akzeptanz einer solchen organisatorischen Einbindung von Nachbarn ist in der Fläche derzeit offensichtlich nicht sonderlich stark ausgeprägt.

Bei den Feuerwehren zeigt sich diesbezüglich ein geteiltes Bild. Während die Berufsfeuerwehren – ähnlich wie die Einrichtungsleitungen – nur zu 32 % ein solches Verfahren grundsätzlich für sinnvoll erachten, befürworten 66 % der Freiwilligen Feuerwehren NRW eine solche Konstruktion für die Wohnstätten von Menschen mit Beeinträchtigung.

(15) Sicherheit gewährleisten und stärken

Am Ende der Befragung wurden Werkstattleitungen wie die Leiter der Feuerwehren abschließend danach gefragt, welches aus Ihrer Sicht das größte Problem bei dem Bemühen ist, die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu gewährleisten und zu stärken. Sie konnten darauf im offenen Textformat antworten. Auf der Basis der quantitativen Textanalysen lassen sich die zentralen Problemlagen demnach wie folgt zusammenfassen:

- Fehlende Refinanzierungsregelungen speziell für den baulichen Brandschutz
- Finanzierungslücken der Einrichtungen beim Brandschutz
- Problematischer Altbaubestand
- Zusammenarbeit mit der Feuerwehr

Die Feuerwehren sehen – ebenso wie die Werkstätten – die restriktiven Finanzierungsbedingungen der Sicherheitstechnik als einen wesentlichen Hemmschuh für die Verbesserung der Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen. Mehr noch als die Werkstattleitungen versprechen sich die Feuerwehren durch mehr gemeinsame Übungen (und auch Schulungen) eine deutliche Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur von Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe. Sie betonen aber zugleich die zeitlichen, personellen und rechtlichen Grenzen solch einer wünschenswerten, verstärkten Zusammenarbeit. Die zentralen Problemlagen aus der Sicht der Feuerwehren lassen sich dementsprechend wie folgt zusammenfassen:

- Restriktive Finanzierungsbedingungen des Brandschutzes
- Mangelnde Gelegenheiten für gemeinsame Übungen und Schulungen mit den Einrichtungen

Fazit

Vor dem Hintergrund dieser Problembeschreibungen durch die Werkleitungen einerseits und die Feuerwehren andererseits zeigen sich aus unserer Sicht drei **zentrale "Stellschrauben"**, um die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu verbessern.

Stellschraube 1: Verpflichtende gemeinsame Räumungsübungen

Wichtig ist es, Gelegenheitsstrukturen zu schaffen und zu institutionalisieren, die ein besseres Kennenlernen und gemeinsames Üben von Werkstätten und Feuerwehren ermöglichen – allen

zeitlichen und personellen Friktionen zum Trotz. Ziel muss es deshalb sein, gemeinsame Räumungsübungen verpflichtend zu machen.

Stellschraube 2: Refinanzierung notwendiger Sicherheitstechnik auf der Grundlage (bau)rechtlicher Vorgaben

Die Werkstattleitungen wie die Feuerwehren sehen die restriktiven Finanzierungsbedingungen der Sicherheitstechnik als einen wesentlichen Hemmschuh für die Verbesserung der Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Einrichtungen müssen die Kosten für qualitativ hochwertige Maßnahmen des technischen und insbesondere baulichen Brandschutzes i.d.R. aus Eigenmitteln tragen, da diese aufgrund fehlender Rechtsgrundlagen von der Refinanzierung durch die Kostenträger häufig ausgenommen sind.

Es besteht deshalb ein erheblicher Handlungsbedarf, die baurechtlichen, bauaufsichtlichen bzw. brandschutztechnischen Regelungen dergestalt zu ändern, dass sie den besonderen Anforderungen und Bedürfnissen von Menschen mit Beeinträchtigungen gerecht werden. Solch eine ordnungspolitische Verankerung ist die Voraussetzung dafür, dass die Einrichtungen ihre Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitsinfrastruktur auch entsprechend refinanzieren können.

Stellschraube 3: Stärkung der organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen der Einrichtungen durch die Entwicklung und Bereitstellung qualifizierter Schulungs- und Sicherheitsmanagementkonzepte

Die Feuerwehren sehen aus ihrer professionellen Perspektive noch deutlich Spielraum nach oben bei den organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen der Einrichtungen in Sicherheitsfragen. Dies gilt insbesondere für die Situation in den Wohneinrichtungen/ Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen. Und ähnlich wie die Einrichtungen selber – aber zu deutlich höheren Anteilen – konstatieren auch die Feuerwehren einen hohen Bedarf der Einrichtungen in den Bereichen „Entwicklung qualifizierter Sicherheitskonzepte“, „Verfügbarkeit von Handreichungen und Leitfäden zur Sicherheitsthematik“, „Verfügbarkeit von intern nutzbaren Schulungskonzepten zu Sicherheitsfragen“ und „Schulungen in Sicherheitsfragen durch Externe“. Die Feuerwehren – ebenso wie die Berufsgenossenschaften – sind akzeptierte und geschätzte Kooperationspartner in Sicherheitsfragen. Aber augenscheinlich reichen die derzeitigen Angebote bzw. Angebotsstrukturen nicht aus, um die Unterstützungsbedarfe der Einrichtungen hinreichend abzudecken.

1. Untersuchungsdesign

Ziel des Projektes SiME ist es, die Selbstrettungsfähigkeit von körperlich, geistig oder altersbedingt beeinträchtigten Personen zu verbessern. Dazu werden in dem interdisziplinär angelegten Verbundprojekt zunächst die aktuellen Sicherheitskonzepte für diese Gruppen analysiert. Daran schließen sich Bewegungsstudien an, z.B. für Personen mit Rollstuhl, Rollator oder Mehrfachbehinderung. Die so ermittelten Bewegungsparameter finden Eingang in Modell-Simulationen, die eine realistische Einschätzung z.B. der Evakuierungszeiten von Personengruppen mit körperlicher, geistiger oder altersbedingter Beeinträchtigung ermöglichen. Auf der Basis dieser Simulationsergebnisse werden u.a. Empfehlungen für die Sicherheitskonzepte formuliert und Szenarioübungen, Schulungs- und Sensibilisierungskonzepte für die betreffenden Einrichtungen des Sozialen Sektors entwickelt, die auch für die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden von Nutzen sein können. Das Forschungsvorhaben soll letztlich dazu beitragen, bei der Erstellung von Räumungskonzepten in Zukunft die Sicherheitsinteressen aller Personengruppen besser berücksichtigen zu können (siehe dazu auch die Webseite des SiME-Projektverbundes unter http://www.fz-juelich.de/sime-projekt/DE/Home/home_node.html).

1.1. Ziel der Befragungen

Die im Folgenden vorzustellenden Online-Befragungen dienen im Projektzusammenhang primär dazu, die in den Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe praktizierten Sicherheitskonzepte in Erfahrung zu bringen und den Unterstützungsbedarf dieser Organisationen in Sicherheitsfragen zu eruieren.

Befragt wurden 2 zentrale Akteursgruppen, die für die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen von besonderer Bedeutung sind: Die Leitungen von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen auf der einen Seite und die Feuerwehren als Experten für Notfallsituationen auf der anderen Seite. Es wurden alle Leitungen der Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen in der BRD befragt, soweit sie in der REHADAT-Datenbank des Instituts der Deutschen Wirtschaft (ders. 2017) erfasst sind. Gewissermaßen als Korrektiv haben wir ergänzend aber auch die Einschätzungen und Bewertungen der Sicherheitspraxis in den Werkstätten durch die Feuerwehren erhoben.

Faktisch sind 3 komplett anonyme Online-Befragungen durchgeführt worden: Eine mit allen Werkstattleitungen, eine mit den Leitungen aller Berufsfeuerwehren in der BRD und eine mit den Leitungen aller Freiwilligen Feuerwehren in NRW. Da sich die Freiwilligen Feuerwehren strukturell in vielfacher Weise von den Berufsfeuerwehren unterscheiden, eine Vollerhebung aller Freiwilligen Feuerwehren in Deutschland forschungsökonomisch aber nicht praktikabel ist, wurde ersatzweise auf eine Vollerhebung aller Freiwilligen Feuerwehren in NRW zurück gegriffen.

Die Untersuchung ist – wie schon angesprochen – multiperspektivisch angelegt: In allen 3 Befragungen findet sich ein Set von identischen Kernfragen, das aus der jeweils unterschiedlichen professionellen Perspektive der 3 Gruppen beantwortet werden soll.

Der Gegenüberstellung der Bewertungen und Einschätzungen der verschiedenen Akteure sind bei einer multiperspektivischen Befragung allerdings praktische und interpretative Grenzen gesetzt. Sobald es Befragungsausfälle gibt – also nicht alle definierten und angeschriebenen Personen an der Befragung teilnehmen – kann nicht mehr zweifelsfrei und eindeutig unterschieden werden, ob sich beobachtbare Bewertungsunterschiede (beispielsweise zwischen Werkleitungen und Freiwilligen

Feuerwehren in Bezug auf die Qualität ihrer Kooperation) auf unterschiedliche Bewertungen der Qualität gründen oder aber dadurch entstehen, dass sich beispielsweise die Freiwilligen Feuerwehren bei ihrer Bewertung auf Werkstätten beziehen, die selber an der Befragung gar nicht teilnehmen (oder umgekehrt). Der Charme einer multiperspektivischen Betrachtung leidet umso mehr, je größer die Befragungsausfälle sind. Diesen Sachverhalt gilt es bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen. Nichts desto trotz geben multiperspektivische Vergleiche zumindest Hinweise auf bestehende Bewertungsunterschiede – auch wenn die Ursache dieser Unterschiede nicht eindeutig bestimmt werden kann.

En Gros erstrecken sich die Themen der Onlinebefragungen auf folgende Bereiche der Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen:

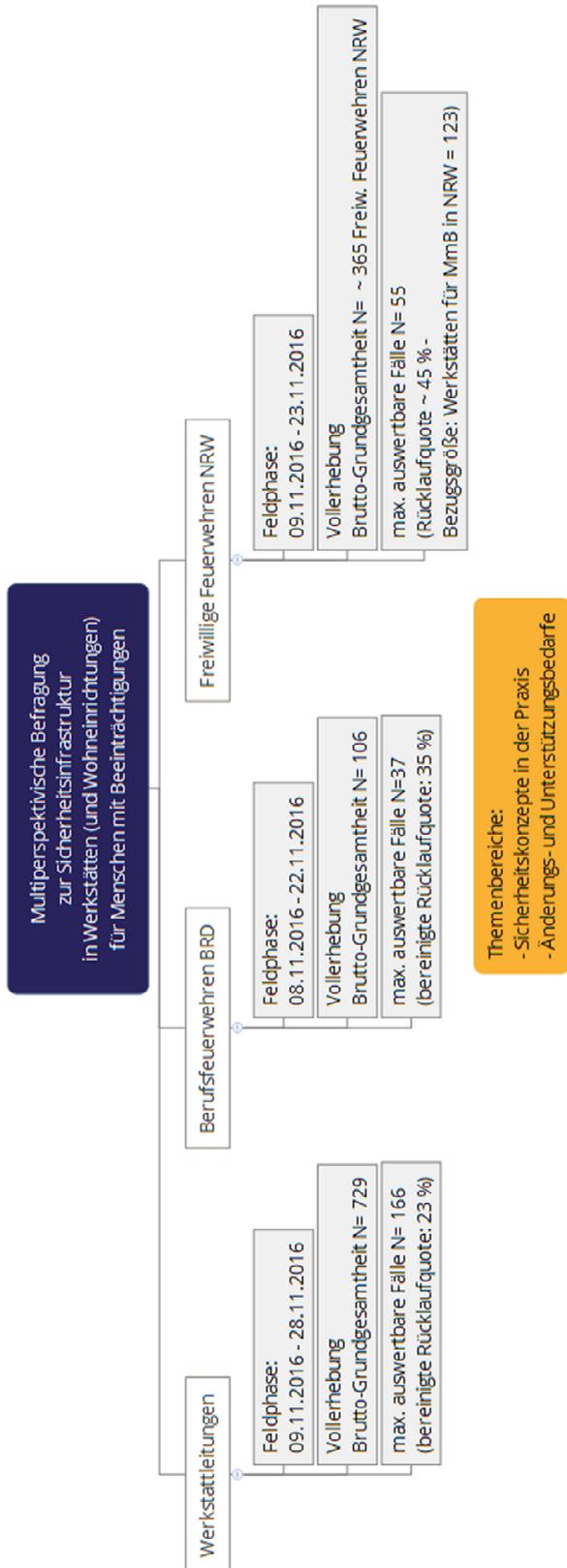
„Zusammenarbeit mit anderen Institutionen in Sicherheitsfragen“, „Erfahrungen bei Räumungsübungen/ Räumungen“, „Ausgestaltung der Sicherheitsinfrastruktur“, „Schadensfälle“, „Änderungs- und Unterstützungsbedarfe“ und „besondere Probleme bei der Stärkung der Sicherheitsinfrastruktur“. Abschließend wurden noch einige Fragen zu Wohneinrichtungen/ Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen gestellt (siehe auch die Dokumentation der Erhebungsinstrumente im Anhang).

1.2. Untersuchungspopulation, Datengewinnung und Rücklauf

Die Befragungen sind durchweg als anonyme Online-Befragungen konzipiert. Den Teilnehmern wurde zugesichert, dass keine Auswertungen auf der Ebene einzelner Einrichtungen, Organisationen oder Verbände durchgeführt werden. Die Zieladressen wurden per E-Mail kontaktiert, in der der Link zur Teilnahme an der Online-Befragung angegeben war. Den Teilnehmern ist zugesichert worden, dass ihnen nach der Erstellung des Abschlussberichts zu der Befragung automatisch und unaufgefordert per E-Mail einen Link zum Herunterladen des vollständigen Berichts zugestellt wird.

Die zentralen Daten zur Durchführung der Befragungen sind der folgenden Abbildung 1 zu entnehmen. Die bereinigten Rücklaufquoten bewegen sich für die einzelnen Gruppen zwischen 23 und 45 Prozent. Diese Art von Rücklaufquote berücksichtigt, wenn eine E-Mail mit dem Link zur Teilnahme – aus welchen Gründen auch immer - an der Befragung nicht zugestellt werden konnte. Die (näherungsweise) Rücklaufquote der Freiwilligen Feuerwehren NRW orientiert sich an der Zahl der Werkstätten in NRW als plausible Bezugsgröße, da sich nicht im Einzugsgebiet jeder Freiwilligen Feuerwehr auch eine Werkstatt für Menschen mit Beeinträchtigungen befindet. Angesichts der hohen Sensibilität der Thematik sind das aus unserer Sicht durchaus akzeptable Rücklaufquoten. Bei besonders kritischen und haftungsrechtlich sensiblen Fragestellungen (wie z.B. bezüglich der Brandschadensfälle) sinkt die Antwortquote aber mitunter bis auf unter 60 % der ursprünglichen Befragungsteilnehmer (die jeweils gültigen Fallzahlen sind u.a. den Grundauszählungen der 3 Befragungen im Anhang zu entnehmen). Die teilweise geringen Fallzahlen gilt es bei der Interpretation der Ergebnisse und bei der Reichweite der Schlussfolgerungen zu berücksichtigen. Umso mehr ist das Forscherteam allen den zu Dank verpflichtet, die die Mühe auf sich genommen haben, an der Online-Befragung teilzunehmen, um so ihren Beitrag zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Beeinträchtigungen zu leisten. Dafür noch einmal ganz herzlichen Dank auch an dieser Stelle. Ihnen ist es zu verdanken, dass mit dieser Befragung – unseres Wissens nach – erstmalig eine differenzierte multiperspektivische Betrachtung der Sicherheitsinfrastruktur von Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe als Vollerhebung für die BRD vorliegt.

**Abbildung 1:
Durchführung der Befragungen**



1.2.1. Befragung aller Werkstattleitungen in der BRD

Die E-Mail-Adressen der Werkstätten wurden uns vom Institut der deutschen Wirtschaft, das die REHADAT-Datenbank (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. 2017, <http://rehadat.info/de/>) verwaltet, dankenswerter Weise in elektronisch lesbarer Form zugänglich gemacht (Stand 28.10.2016). Dabei handelt es sich um anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen nach § 142 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX). Die Datenbank berücksichtigt keine Vertriebsgesellschaften, Blindenwerkstätten und Zweigwerkstätten. Einige Werkstätten für psychisch Kranke haben sich durch die Adressatenbeschreibung des SiME-Projektes (körperlich, geistig oder altersbedingt beeinträchtigt) nicht angesprochen gefühlt und deshalb auch nicht an der Befragung teilgenommen. Tendenziell ist deshalb die bereinigte Rücklaufquote der Werkstättenbefragung eher etwas höher anzusetzen als angegeben.

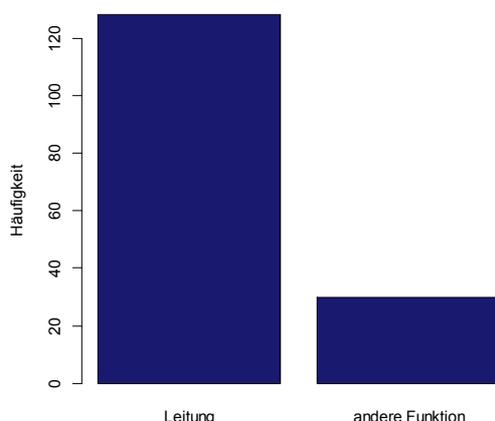
Die E-Mail-Anschreiben mit den Link zur Teilnahme an der Online-Befragung wurden an die Werkstattleitungen adressiert. Wenn zu einer Einrichtung mehrere Betriebsstätten gehören, dann wurden die Leitungen gebeten, sich bei der Beantwortung der Fragen bitte an der typischen, durchschnittlichen bzw. überwiegenden Praxis der Werkstätten im Einzugsbereich ihrer Organisation zu orientieren. Wenn sich die Teilnehmer nicht hinreichend sicher in der Einschätzung und Bewertung eines Sachverhalts sind, oder wenn Sie meinen, dass die Antwortmöglichkeiten auf einen Sachverhalt inhaltlich nicht zutreffen, dann sollten Sie diese Frage unbeantwortet lassen und einfach zur nächsten Frage weiter gehen.

Im Rahmen der Untersuchung haben wir die die Werkstattleitungen auch zur Sicherheitsinfrastruktur der Wohneinrichtungen befragt, wenn ihr Dachverband bzw. ihre Organisation vor Ort ebenfalls Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Personen mit Beeinträchtigungen unterhält.

Die Befragung umfasst 27 Fragen mit einem Zeitbedarf von ca. 10 Minuten.

In der Untersuchung wurde u.a. nach der Funktion desjenigen gefragt, der die Online-Befragung beantwortet (siehe unten).

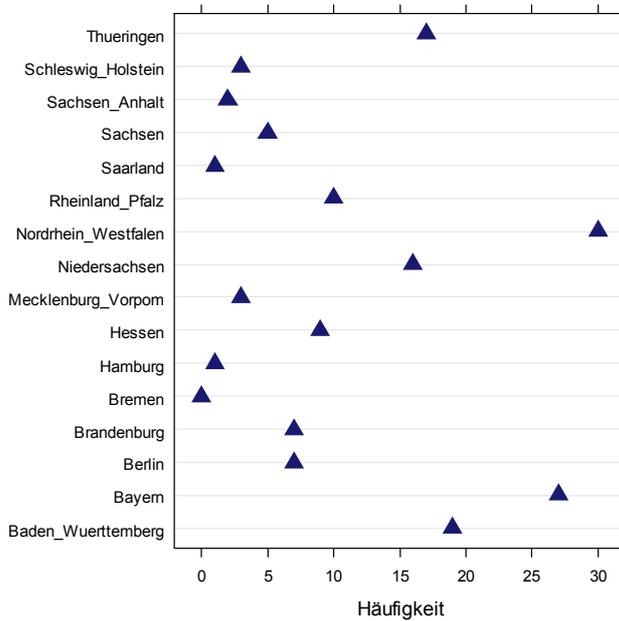
Abbildung 2:
Welche Funktion haben Sie in Ihrer Einrichtung? - Werkstätten



Demnach füllen 81 % der antwortenden Personen der Werkstätten die Leitungsfunktion aus.

Die Verteilung der teilnehmenden Werkstätten auf die Bundesländer ist der folgenden Abbildung zu entnehmen.

**Abbildung 3:
Welchem Bundesland ist Ihre Einrichtung zugeordnet? - Werkstätten**



**Abbildung 4:
Rücklaufquote der Werkstätten nach Bundesland**

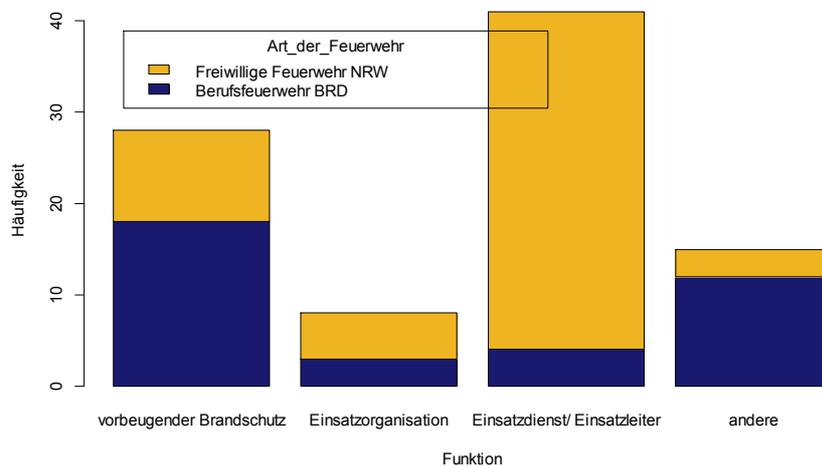
Bundesland	Rücklauf N	Anzahl der Werkstätten (nach REHADAT)	Rücklaufquote in % (näherungsweise)
Baden-Wuerttemberg	19	126	15
Bayern	27	136	20
Berlin	7	19	37
Brandenburg	7	29	24
Bremen	0	3	0
Hamburg	1	4	25
Hessen	9	63	14
Mecklenburg-Vorp.	3	27	11
Niedersachsen	16	86	19
Nordrhein-Westfalen	30	123	24
Rheinland-Pfalz	10	42	24
Saarland	1	12	8
Sachsen	5	62	8
Sachsen-Anhalt	2	34	6
Schleswig-Holstein	3	48	6
Thüringen	17	36	47

1.2.2. Befragung aller Berufsfeuerwehren in der BRD und aller Freiwilligen Feuerwehren in NRW

Die E-Mail-Adressen der Berufsfeuerwehren sind öffentlich zugänglich (z.B. Schwarz 2016, Stand April 2016). Für die Versendung der Einladungs-Mail an alle Leitungen der Freiwilligen Feuerwehren in

NRW hat der Verband der Feuerwehren NRW dankenswerterweise seinen Dienstverteiler zur Verfügung gestellt (Stand November 2016). Die E-Mail-Anschreiben mit den Link zur Teilnahme an der Online-Befragung wurden an die Leitungen der jeweiligen Feuerwehren adressiert. Die Teilnehmer wurden gebeten sich bei der Beantwortung der Fragen bitte an der typischen, durchschnittlichen bzw. überwiegenden Praxis der Werkstätten im Einzugsbereich ihrer Organisation zu orientieren, sofern es dort mehrere Einrichtungen oder Betriebsstätten gibt. Wenn sich die Teilnehmer nicht hinreichend sicher in der Einschätzung und Bewertung eines Sachverhalts sind, oder wenn Sie meinen, dass die Antwortmöglichkeiten auf einen Sachverhalt inhaltlich nicht zutreffen, dann sollten Sie diese Frage unbeantwortet lassen und einfach zur nächsten Frage weiter gehen. Die Befragung der beiden Feuerwehren ist identisch und umfasst maximal 21 Fragen mit einem Zeitbedarf von weniger als 10 Minuten. In Abhängigkeit von der Art der Feuerwehr zeigen sich deutliche Unterschiede in den Funktionen der Befragungsteilnehmer.

Abbildung 5:
Welche Funktion/ Aufgabe haben Sie innerhalb dieser Organisation? - Feuerwehren



Während bei der Freiwilligen Feuerwehr zu 67 % überwiegend Einsatzleiter antworten, dominieren bei den Berufsfeuerwehren mit einem Anteil von 49 % die Leitungen des vorbeugenden Brandschutzes.

Der absolute Rücklauf und die Rücklaufquoten der Berufsfeuerwehren nach Bundesländern sind der folgenden Grafik und Tabelle zu entnehmen.

Abbildung 6:
Welchem Bundesland ist Ihre Organisation zugeordnet? (nur Berufsfeuerwehren)

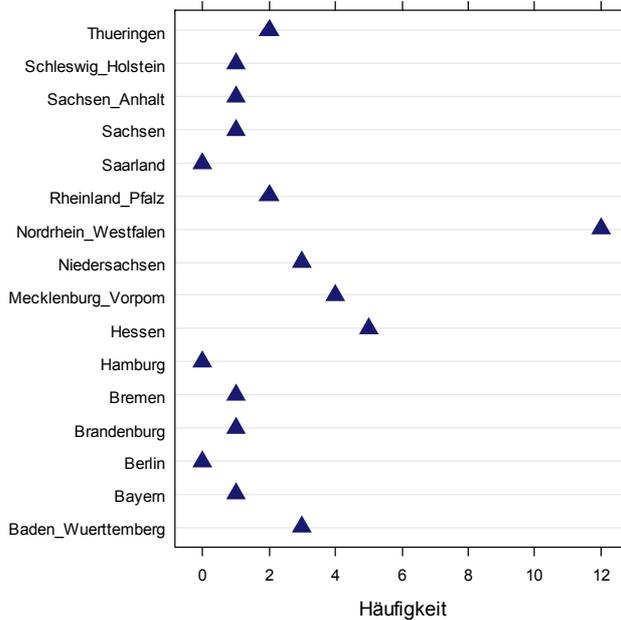


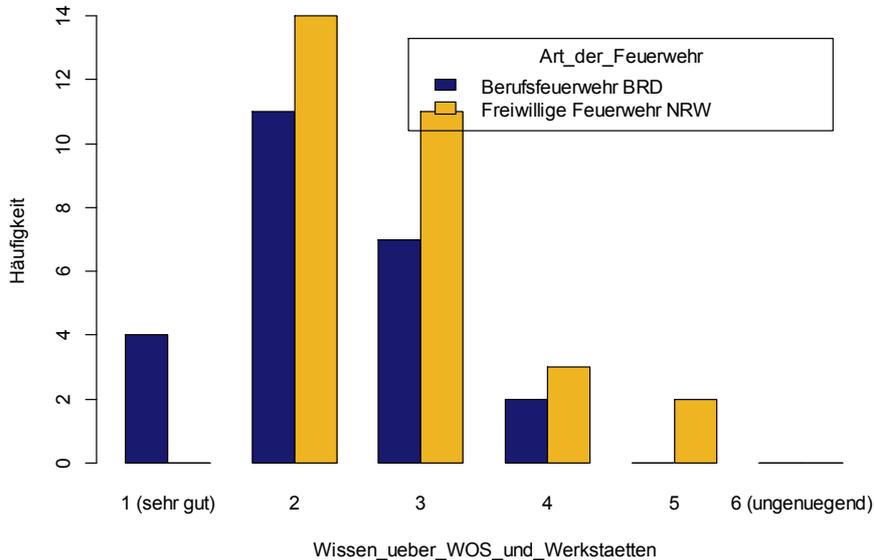
Abbildung 7:
Rücklaufquote der Berufsfeuerwehren nach Bundesland

Bundesland	Rücklauf N	Kontaktierte Berufsfeuerwehren	bereinigte Rücklaufquote in %
Baden-Wuerttemberg	3	8	38
Bayern	1	7	14
Berlin	0	1	0
Brandenburg	1	5	20
Bremen	1	2	50
Hamburg	0	1	0
Hessen	5	*5	100
Mecklenburg-Vorp.	4	6	67
Niedersachsen	3	11	27
Nordrhein-Westfalen	12	30	40
Rheinland-Pfalz	2	5	40
Saarland	0	1	0
Sachsen	1	8	13
Sachsen-Anhalt	1	3	33
Schleswig-Holstein	1	4	25
Thüringen	2	8	25

(* Hinweis: Eine der 106 Berufsfeuerwehren in der BRD konnte aufgrund technischer Probleme im Erhebungszeitraum nicht kontaktiert werden)

Um die Qualität der Antworten der Feuerwehren in Bezug auf die Sicherheitsinfrastruktur besser beurteilen zu können, wurden diese in der Untersuchung danach befragt, wie gut sie ihr Wissen und ihre Kenntnisse über die Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe in ihrem Einzugsgebiet einschätzen.

Abbildung 8:
Wie würden Sie Ihr Wissen und Ihre Kenntnisse über die Werkstätten und Wohneinrichtungen für körperlich und geistig Beeinträchtigte und deren Sicherheitsinfrastruktur in Ihrem Einzugsgebiet einschätzen? - Feuerwehren



Auf einer Schulnotenskala von 1 bis 6 beurteilen die Berufsfeuerwehren (Mittelwert=2.3, Streuung Standardabweichung=.86) ihre Kenntnisse insgesamt etwas besser als ihre Kollegen der Freiwilligen Feuerwehr NRW (Mittelwert=2.8, Standardabweichung=.90). Die Differenz bewegt sich in der Größenordnung einer mittleren Effektstärke (Cohens $d=.57$).

Insgesamt aber unterscheiden sich die Antwortmuster der Berufsfeuerwehren in der BRD und der Freiwilligen Feuerwehren in NRW bei nur wenigen Fragen in einer wirklich relevanten Größenordnung. Lediglich bei der Art der Leitungsfunktion der antwortenden Personen (s.o.), bei der Bewertung der baulichen und organisatorischen Änderungsbedarfe der Sicherheitsinfrastruktur in den Werkstätten und bei der Beurteilung der Sinnhaftigkeit der Einbindung von Nachbarn als Helfer in Notfallsituationen zeigen sich „zufallskritische“ Unterschiede zwischen den beiden Arten von Feuerwehren (zu den entsprechenden Ergebnissen der Chi-Quadrat-Homogenitätstests bei einem Signifikanzniveau von 5 % siehe die Ausweisung der Grundauszählungen im Anhang). Doch dazu später mehr.

1.3. Methoden und Auswertungsverfahren

Design

Die vorliegende Untersuchung ist im Rahmen eines explorativen, deskriptiven Forschungsdesigns verortet. Sie orientiert sich an den Standards primär quantitativ orientierter empirischer Sozialforschung. Da es sich im Kontext der Befragungen zudem durchweg um Vollerhebungsdaten (und keine Stichprobendaten) handelt, wird – mit einer Ausnahme – auf die Anwendung von inferenzstatistischen Verfahren bewusst verzichtet. Weder sollen explizite Hypothesen getestet, noch anhand von Stichprobendaten populationsbezogene Wahrscheinlichkeitsaussagen getroffen werden. Bei der genannten Ausnahme wurde – aus rein arbeitsökonomischen Gründen – mit Hilfe

von Chi-Quadrat-Homogenitätstest analysiert, bei welchen Fragen sich die Antwortmuster der Berufsfeuerwehren in der BRD und der Freiwilligen Feuerwehren in NRW im heurostatistischen Sinne „zufallskritisch“ unterscheiden (s.o.).

Deskriptiver Ansatz

Angesichts der auch unter Haftungsgesichtspunkten sensiblen und heiklen Thematik der Befragung ist davon auszugehen, dass es sich bei den Werkstätten, die nicht an der Befragung teilgenommen oder diese abgebrochen haben, um so genannte „systematische“ (und keinesfalls „zufällige“) Ausfälle handelt. So haben sich viele Werkstattdleitungen die Befragung online nur angesehen und durchblättert, ohne jedoch auf die Fragen zu antworten (in einer Größenordnung von rund $\frac{3}{4}$ aller letztlich in die Auswertung eingegangenen Werkstätten). Diese Nicht-Teilnehmer dürften tendenziell eher eine problematische Sicherheitsinfrastruktur aufweisen – so zumindest unsere begründete Vermutung. Denn die Anzahl der nicht gegebenen Antworten (fehlenden Werte) wächst in der Befragung tendenziell mit der Sensibilität der Fragestellung in Bezug auf die Sicherheitsinfrastruktur. Auch wegen dieser vermuteten systematischen Ausfälle verbietet sich die flächendeckende Anwendung von Signifikanztests bzw. inferenzstatistischen Verfahren, unabhängig davon, welchem Konzept statistischer Inferenz (Populations-Modell, Randomisierungs-Modell, Resampling-Modell, Hypothetisches Universum, etc.) man im Detail anhängt (vgl. z.B. Neyman & Pearson 1928, Fisher 1971, Morrison & Henkel 1970, Manly 1997, Ludbrook & Dudley 1998, Good 2001).

Auswertungsverfahren

Dem explorativen Forschungsdesign folgend, werden primär univariate und bivariate Häufigkeitsverteilungen berichtet. Angesichts des rudimentären Forschungsstandes in diesem Bereich bedeutet dies aber schon einen erheblichen Kenntniszuwachs. Die absoluten und relativen eindimensionalen Häufigkeiten sind im Anhang in numerischer Form als Grundauszählung für alle Merkmale der einzelnen Befragungen aufgelistet. Im Berichtsteil werden vorrangig grafische Abbildungen der Verteilungen eingesetzt, die die Informationserschließung leserfreundlich erleichtern sollen (im Gegensatz zu Kolonnen von Tabellen). Der Leser, die Leserin ist also angehalten, die genauen numerischen Verteilungen ggf. im Anhang nachzulesen.

Bei bivariaten Analysen, also der Betrachtung der Zusammenhgangsstruktur zweier Merkmale, wird in der Regel eine Data-Mining-Routine vorgeschaltet, um in Erfahrung zu bringen, welche der vielen potenziell unabhängigen Variablen in der Daten, die erhoben wurden, den höchsten Erklärungswert für die abhängige Variable, die Zielgröße besitzen. Dieser Zwischenschritt erscheint nötig, da im wissenschaftlichen Diskurs Zusammenhgangs-Hypothesen zu Merkmalen der Sicherheitsinfrastruktur in Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe – wenn überhaupt - nur sporadisch vorzufinden sind. Für das Data-Mining greifen wir auf die Routine 1R (vgl. Holte 1993) der Software WEKA zurück (Hall, Frank, Holmes, Pfahringer, Reutemann & Witten 2009). Bei den bivariaten Analysen werden i.d.R. deskriptive Maßzahlen und die damit verbundenen Effektgrößen berichtet (vgl. Cohen 1988, 1992).

Multivariate Analysen werden vereinzelt eingesetzt, um homogene Gruppen bzw. Cluster von Werkstätten in Bezug auf ausgesuchte Merkmale der Sicherheitsinfrastruktur zu identifizieren. So ist es möglich, z.B. in Erfahrung zu bringen, welche Unterstützungsbedarfe in welcher Kombination von den Werkstattdleitungen benannt werden und wie groß diese Gruppen bzw. Cluster jeweils sind. Derlei Informationen sind wichtig, um beispielsweise maßgeschneiderte Unterstützungsangebote für die Werkstätten im Feld zu entwickeln, wie im weiteren Projektverlauf des Verbundprojektes SiME intendiert.

Wir führen diese Art von Clusteranalyse mithilfe einer Sequenzanalyse durch und greifen dafür auf das Unterprogramm TRAMINER der Software R-Project von CRAN zurück (Gabadinho, Ritschard, Müller & Studer 2011). Solche identifizierten Cluster werden im Folgenden als Konfigurationen bezeichnet und in Form von so genannten Konfigurations-Plots grafisch abgebildet.

Textanalysen

Das Feld der Sicherheitsinfrastruktur in Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe ist im wissenschaftlichen Diskurs – wie berichtet - weithin unbearbeitet. Deshalb wurden im Rahmen des explorativen Ansatzes der Befragung u.a. offene Antwortformate (freie Textantworten) eingesetzt. Dadurch sollen die Konstellationen und Problemlagen im Feld zunächst einmal erkundet und transparent gemacht werden.

Die Untersuchung von Texten nach wissenschaftlichen Kriterien ist kein triviales Unterfangen. Bei der Analyse der Textantworten greifen wir auf Verfahren der quantitativen Textanalyse im Rahmen des Text Mining-Ansatzes zurück (vgl. z.B. Feinerer, Hornik & Meyer 2008). Dabei handelt es sich um ein mittlerweile weit verbreitetes Instrumentarium zur Analyse so genannter „natürlicher“ Texte, das Methoden der Statistik und des automatisierten „Machine Learning“ integriert. Das Text Mining unterscheidet sich von der (quantitativen) Inhaltsanalyse (vgl. z.B. Merten 1995) primär dadurch, dass es auf die Bildung von Inhalts-Kategorien verzichtet und nur mit im Text vorkommenden natürlichen Begriffen/Termen arbeitet. Inhalts-Kategorien können mehrere Begriffe/Terme umfassen (z.B. „Mäuse“ und „Moneten“ als Begriffe/Synonyme für die Kategorie „Geld“), die dann ausgezählt werden. Im Gegensatz dazu erfasst man beim Text Mining nur die Häufigkeit von Begriffen. Dabei werden aber die gemeinsamen Wortstämme von Begriffen berücksichtigt und die Zählung bezieht sich dann nur auf die entsprechenden Wortstämme (z.B. der Wortstamm „schwierig“ für die Begriffe „schwierig“ und „Schwierigkeiten“). Zudem werden bei derlei Textanalysen inhaltlich nicht relevante Füllwörter (so genannte „Stopp-Wörter“) automatisch herausgefiltert und bleiben unberücksichtigt. Wir greifen aus zeitökonomischen Gründen im Rahmen unseres quantitativen Designs nur auf das Verfahren des Text Mining zurück. Dazu benutzen wir das Unterprogramm TEMIS der Software R-Project von CRAN (Bouchet-Valat & Bastin 2013). Die Bedeutung und der Kontext der so identifizierten spezifischen und häufig vorkommenden Begriffe werden anschließend von uns anhand von kompletten Textpassagen (auch Konkordanzen genannt) exemplarisch veranschaulicht.

Quantitative Textanalysen im o.g. Sinne – wie auch (quantitative) Inhaltsanalysen - sind hochsensibel, komplex und „störanfällig“. In Abhängigkeit davon, welche Begriffe man zu welchen Kategorien zusammen führt (bei einer Inhaltsanalyse) oder welche Art von automatisierter Wortstambildung eingesetzt wird (bei einer Textanalyse), ergeben sich mitunter deutlich differierende Ergebnisse. Unter anderem deshalb haben wir die kompletten (und unkorrigierten) Textantworten der Befragungen im Anhang ergänzend dokumentiert. So kann sich jeder Leser, jede Leserin anhand des eigenen Textverständnisses ein Bild zum Fragegegenstand machen. Zudem sind die aufgelisteten Textantworten ein instruktives Lesebuch, ein reicher Fundus zu den Problemlagen bei dem Bemühen, die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu stärken und zu verbessern.

2. Themenbereich: Kooperation / Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen

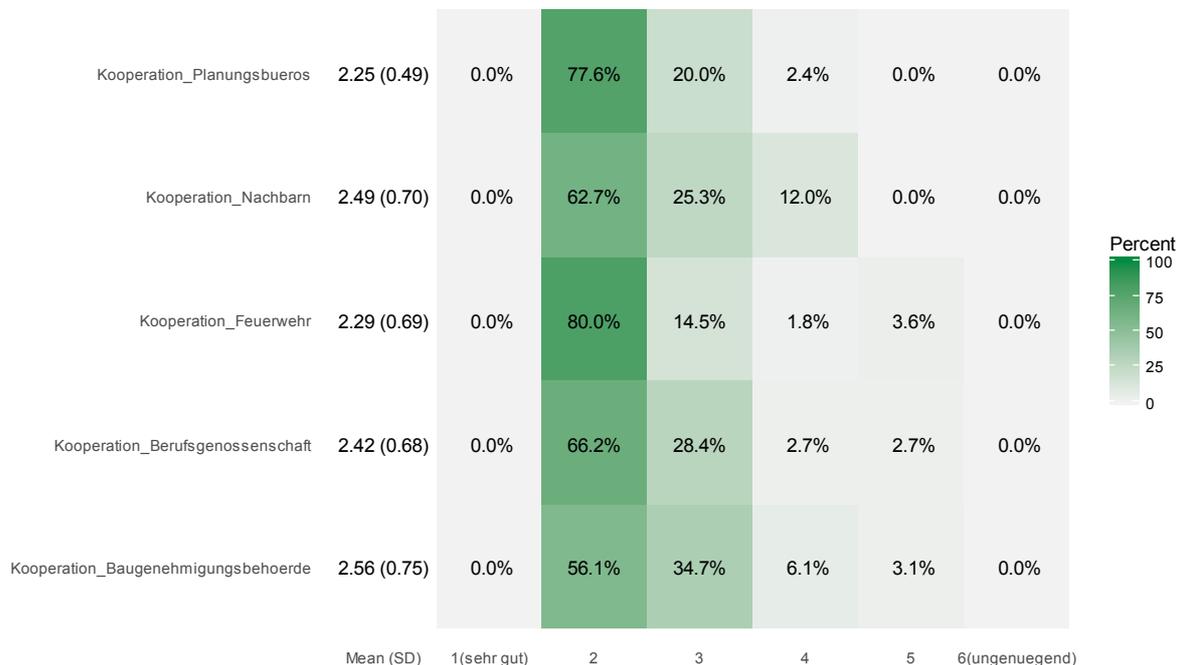
Im Folgenden steht zunächst die Zusammenarbeit der Werkstätten mit anderen Kooperationspartnern im Vordergrund. Als zentrale Partner werden in diesem Zusammenhang folgende Gruppen verstanden:

- örtliche Feuerwehr
- Baugenehmigungsbehörde
- Planungsbüros/Architekten
- Berufsgenossenschaft
- Nachbarn/Anwohner.

2.1. Qualität der Kooperation

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 9:
Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit anderen Gruppen
 Wie bewerten Sie insgesamt die Zusammenarbeit Ihrer Einrichtung in Sicherheitsfragen mit den im Folgenden aufgeführten Gruppen vor Ort? - Werkstätten

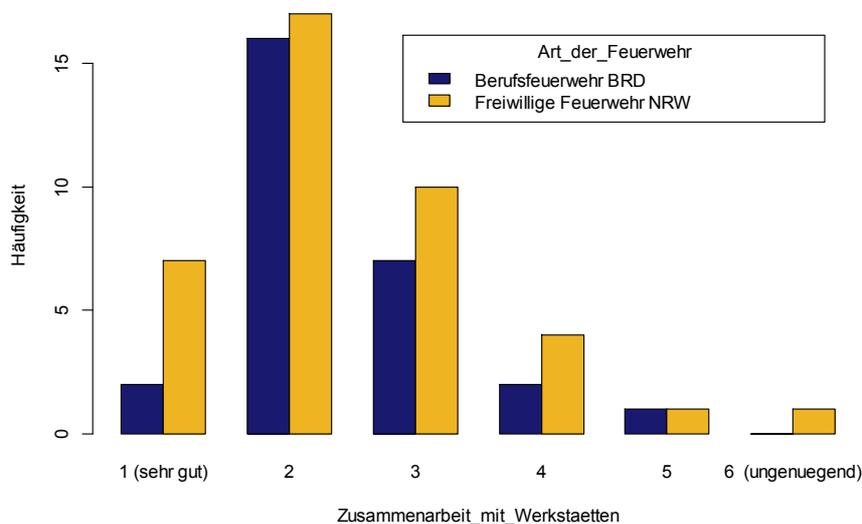


Die tendenziell beste Zusammenarbeit haben die Werkstätten nach eigenem Bekunden mit den Planungsbüros/Architekten und den örtlichen Feuerwehren. Auf einer Notenskala von 1 bis 6 weisen die Feuerwehren beispielsweise einen Mittelwert (Mean) von 2.29 auf, bei einer Streuung/ Standardabweichung (SD) von 0.69. Etwas weniger gut wird die Kooperation mit der Baugenehmigungsbehörde und den Nachbarn bewertet. Maximal bewegen sich die Differenzen zwischen den einzelnen Gruppen bei der Beurteilung der Kooperation aber in der Größenordnung einer kleinen Effektgröße. 12 % der Werkstatteleitungen geben der Zusammenarbeit mit den Nachbarn nur die Note 4. Mit sehr gut oder ungenügend wird keine Kooperation beurteilt. Die

häufigsten Nennungen entfallen jeweils auf die Note 2 (siehe die Färbung der Zellen). Insgesamt bewegt sich die Qualität der Zusammenarbeit aber auf einem deutlich überdurchschnittlichen Niveau.

Perspektive der Feuerwehren

Abbildung 10:
Wie bewerten Sie insgesamt die Zusammenarbeit Ihrer Organisation mit den Werkstätten für Personen mit Beeinträchtigungen vor Ort? - Feuerwehren

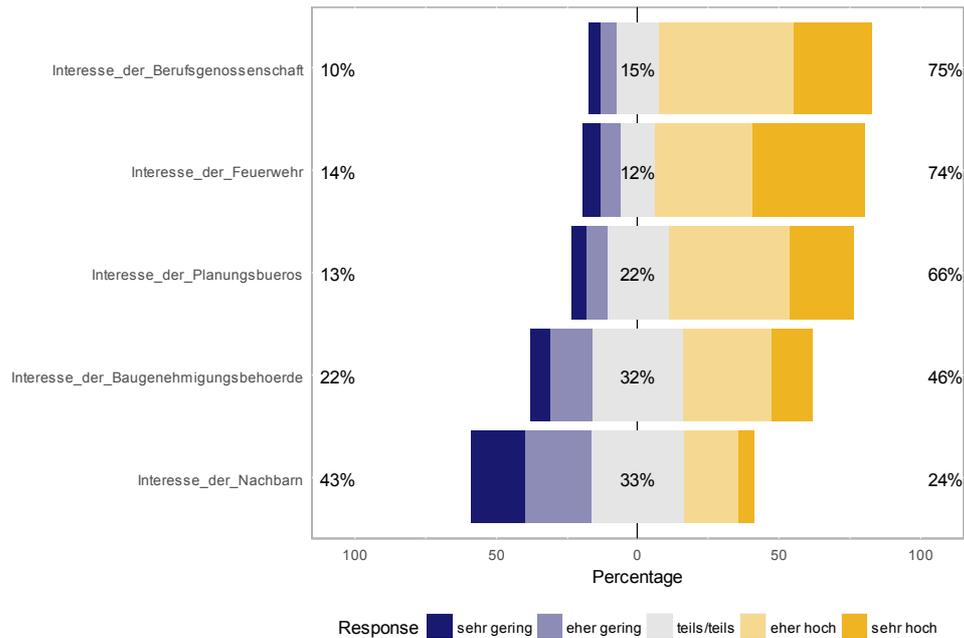


Die Feuerwehren unterscheiden sich in der Beurteilung ihrer Zusammenarbeit mit den Werkstätten untereinander nur geringfügig (Berufsfeuerwehren: Mittelwert=2.5, Standardabweichung=.81; Freiwillige Feuerwehren: Mittelwert=2.7, Standardabweichung=.83). Am häufigsten ist auch hier die Note 2 vergeben. Damit schätzen die Werkstätten (Mittelwert = 2.3, s.o.) wie die Feuerwehren die Qualität ihrer Zusammenarbeit tendenziell ähnlich gut ein. Die Kooperation bewegt sich auf einem insgesamt guten Niveau, aber durchaus noch mit Spielraum nach oben, insbesondere aus der Sicht der Freiwilligen Feuerwehren.

2.2. Interesse der Kooperationspartner an einer Zusammenarbeit

Perspektive der Werkstätten

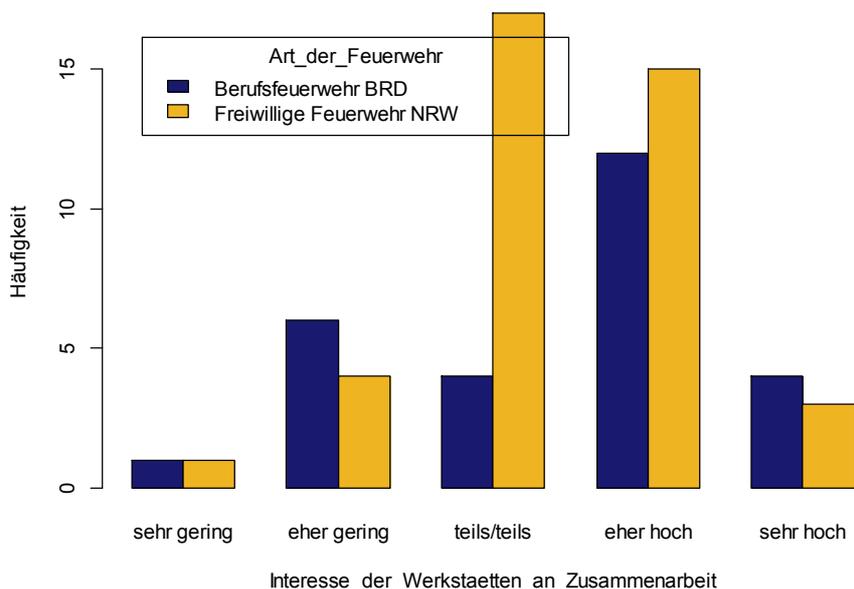
Abbildung 11:
Interesse anderer Gruppen an einer Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen
 Wie bewerten Sie das Interesse der aufgeführten Gruppen an einer Zusammenarbeit mit Ihrer Einrichtung in Sicherheitsfragen? - Werkstätten



Die tendenziell schlechtere Qualität der Kooperationsbeziehungen zwischen den Werkstätten auf der einen Seite und der Baugenehmigungsbehörde bzw. den Nachbarn auf der anderen Seite (s.o.) führen die Werkstätten offensichtlich primär auf das mangelnde Interesse der zuletzt genannten Gruppen zurück. Demgegenüber wird das Interesse der Berufsgenossenschaft und der örtlichen Feuerwehr an einer Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen ausgesprochen hoch bewertet (rund 75 % der Bewertungen mit eher hoch oder sehr hoch).

Perspektive der Feuerwehren

Abbildung 12:
Wie bewerten Sie das Interesse der Werkstätten (bzw. deren Leitung) an einer Zusammenarbeit mit Ihrer Organisation in Sicherheitsfragen? - Feuerwehren



Die Feuerwehren sehen die Werkstätten weniger an einer Zusammenarbeit interessiert, als die Werkstätten die Feuerwehren (wenngleich auf hohem Niveau). Zum Vergleich: 60 % der Berufsfeuerwehren beurteilen das Interesse der Werkstätten als eher hoch oder sehr hoch, bei den Freiwilligen Feuerwehren sind es nur 45 Prozent. Zur Erinnerung: Die Werkstätten beobachten bei den Feuerwehren zu 74 % ein (eher und sehr) hohes Kooperationsinteresse. Bei einer genaueren, bivariaten Betrachtung – darauf sei an dieser Stelle nur nachrichtlich verwiesen - zeigt sich wie bei den Werkstätten auch bei den Feuerwehren: Je höher das (unterstellte) Interesse des Partners an einer Kooperation eingeschätzt wird, desto besser wird die Qualität der Kooperationsbeziehung bewertet.

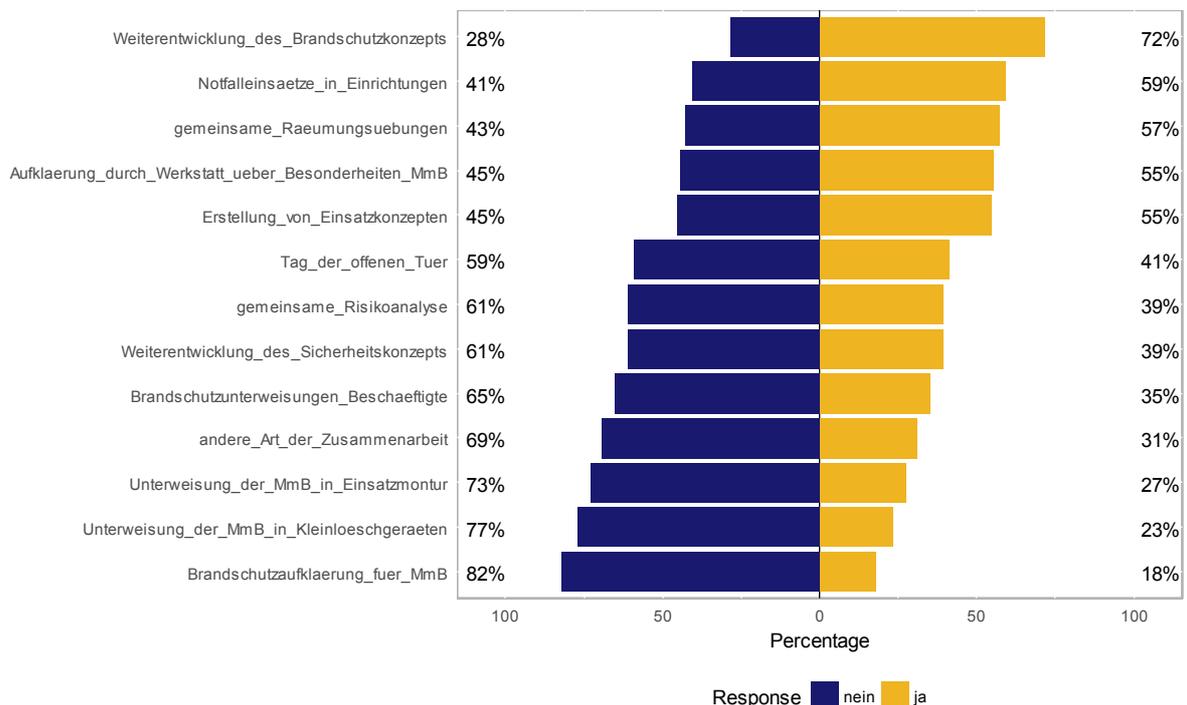
2.3. Formen der Zusammenarbeit

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 13:

Zusammenarbeit mit der Feuerwehr in den letzten 3 Jahren

In welchen Bereichen hat es in den letzten rund 3 Jahren eine Zusammenarbeit (bzw. Dienstleistung) mit der zuständigen Feuerwehr gegeben?



Erwartungsgemäß entfallen die häufigsten Nennungen mit 72 % auf die gemeinsame Weiterentwicklung des Brandschutzkonzepts. Mehr als die Hälfte der Einrichtungen nennen auch die „klassischen“ Formen der Zusammenarbeit wie Notfalleinsätze in den Einrichtungen, gemeinsame Räumungsübungen und die Erstellung von Einsatzkonzepten. Darüber hinaus geben mit 55 % auch mehr als die Hälfte der Einrichtungen an, die Feuerwehren innerhalb der letzten drei Jahre über die Spezifika ihrer Klientel genauer informiert zu haben.

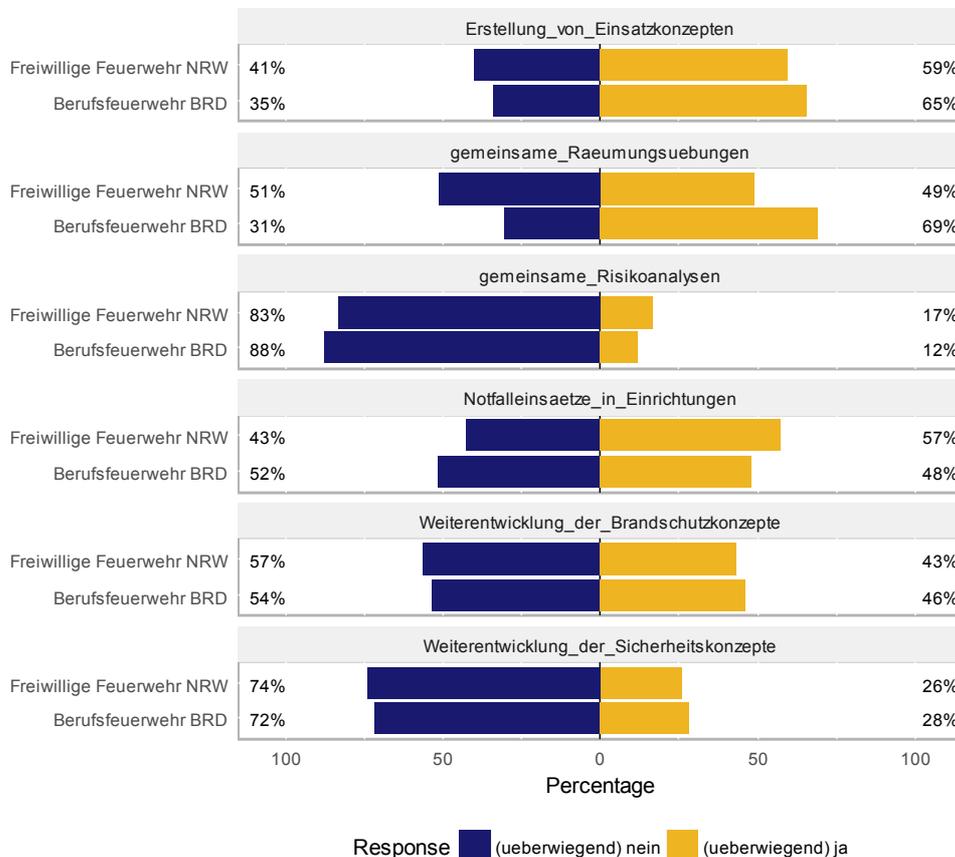
Die geringsten Nennungen beziehen sich auf die entwickelteren Formen der Brandschutzunterrichtung für und mit Menschen mit Beeinträchtigungen wie gemeinsame Unterweisungen oder Brandschutzübungen, bei denen die MmB die Feuerwehrkräfte in Einsatzmontur kennen lernen oder bei denen die MmB die Handhabung von Kleinlöschgeräten üben können, ebenso wie die Brandschutzaufklärung der MmB durch die Feuerwehr. Diese Formen der Zusammenarbeit zwischen Werkstätten und Feuerwehr hat es im Berichtszeitraum nur in 27 % bis hin zu 18 % der Fälle gegeben.

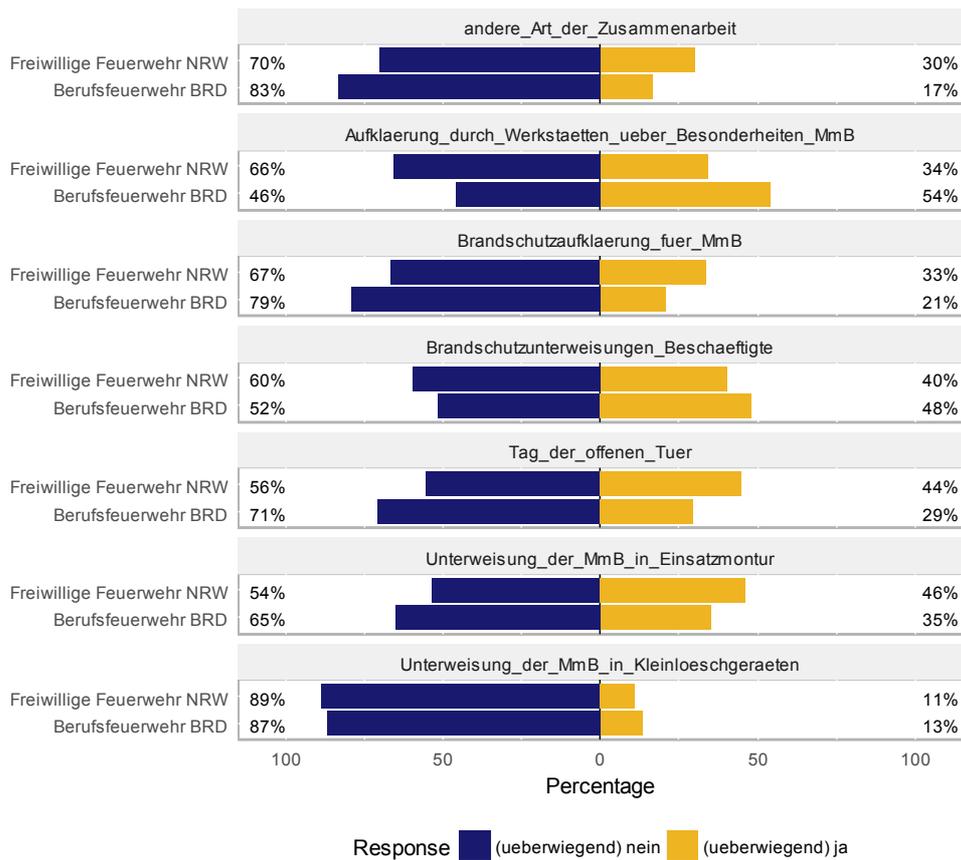
Besonders bemerkenswert an den Daten ist zweierlei: Zum einen überrascht der vergleichsweise hohe Anteil von Werkstätten mit 59 %, der Notfalleinsätze der Feuerwehr in ihrer Einrichtung innerhalb der letzten 3 Jahre benennt. Dafür müssen nicht immer zwingend Brände der Anlass gewesen sein. Aber umgerechnet ergibt sich damit ein Wert von geschätzten rund 20 % aller Einrichtungen, die jährlich von einem Notfalleinsatz der Feuerwehr betroffen sind.

Zum anderen überrascht folgendes Datum: Es fanden in nur 57 % der Einrichtungen innerhalb der letzten 3 Jahre gemeinsame Räumungsübungen mit der Feuerwehr statt. Das ist angesichts der Wichtigkeit dieser Kooperationsform für die Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur der Werkstätten eine vergleichsweise geringe Quote.

Perspektive der Feuerwehren

Abbildung 14:
In welchen Bereichen hat es in den letzten rund 3 Jahren eine Zusammenarbeit (bzw. Dienstleistung) mit den Werkstätten gegeben?





Die Feuerwehren bestätigen im Kern die Einschätzungen der Werkstätten: Die „klassischen“ Formen der Kooperation wie die Erstellung und Weiterentwicklung der Brandschutz- und Einsatzkonzepte, die Notfalleinsätze und Räumungsübungen überwiegen, genauso wie die Brandschutzaufklärung der MmB und die besonderen Formen der Brandschutzunterweisung für MmB (wie die Unterweisung in Einsatzmontur oder die Handhabung von Kleinlöschgeräten) eher gering vertreten sind. Dabei zeigt sich, dass die Freiwilligen Feuerwehren (in NRW) zu deutlich geringeren Anteilen als die Berufsfeuerwehren (in der BRD) gemeinsame Räumungsübungen mit den Einrichtungen durchführen. Interessant ist auch: Die Feuerwehren geben mit um die 50 % eine ähnliche Größenordnung der Notfalleinsätze in den Werkstätten innerhalb der letzten drei Jahre an wie die Werkstätten selber.

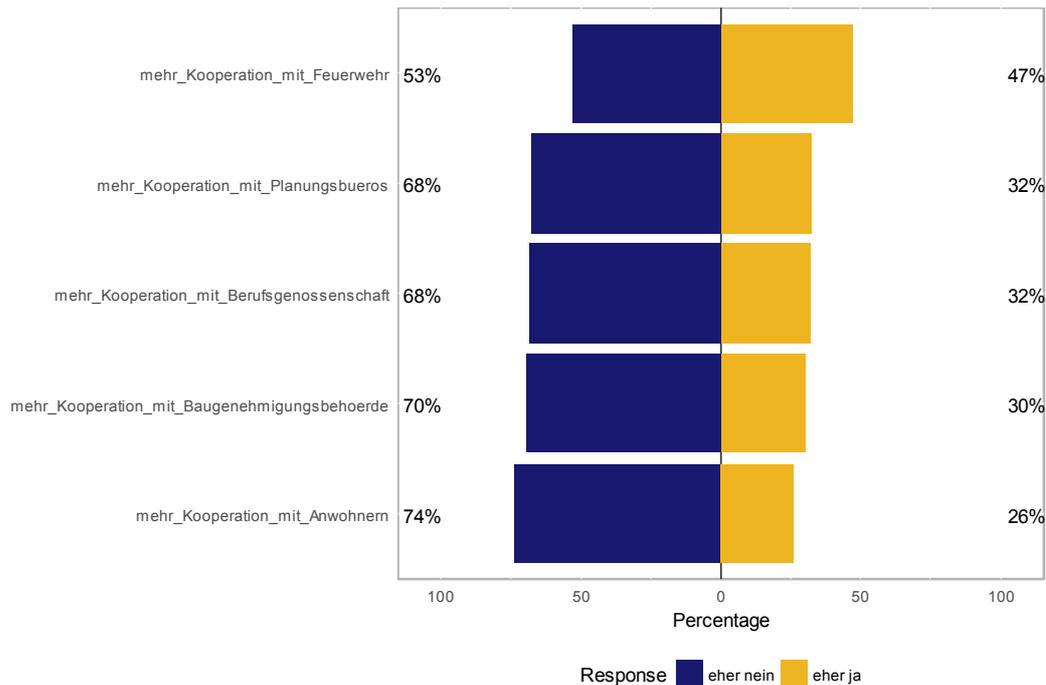
2.4. Notwendigkeit stärkerer Zusammenarbeit

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 15:

Notwendigkeit stärkerer Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen

Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit diesen Gruppen für notwendig?
- Werkstätten



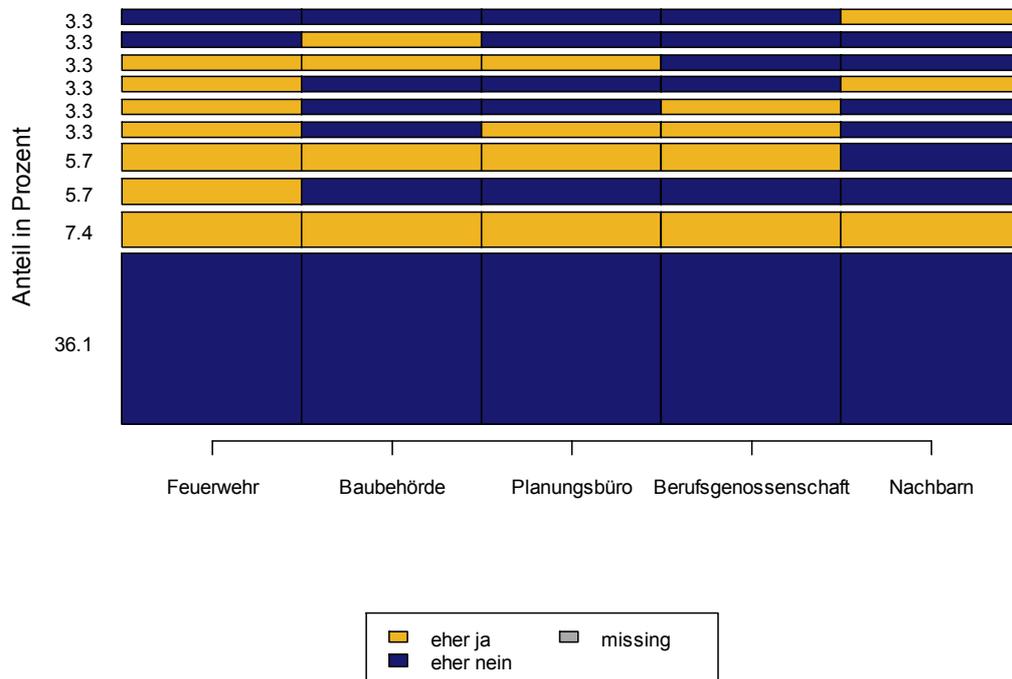
Obwohl – wie berichtet – die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr von den Werkstätten als vergleichsweise gut bewertet wird, zählen die Feuerwehren zu der Gruppe, mit der man am ehesten eine stärkere Kooperation eingehen möchte. Mit 47 % hält nahezu die Hälfte der Werkstattleitungen eine Intensivierung der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen für notwendig.

Für die Kooperation mit den Anwohnern trifft das genaue Gegenteil teil: Bei einer insgesamt tendenziell eher schlechteren Kooperationsqualität (s.o.) wünschen rund ¼ aller Einrichtungen keine stärkere Kooperation mit dieser Gruppe.

Für die Feuerwehren als Partner zeigt sich dabei: Je niedriger die Qualität der Zusammenarbeit desto größer ist der Wunsch der Werkstätten nach mehr Kooperation. Für die Anwohner/Nachbarn als Kooperationspartner zeigt sich tendenziell das Gegenteil: Je schlechter die Qualität der Kooperation, desto geringer ist das Interesse der Werkstätten an einer Intensivierung derselben (darauf sei an dieser Stelle nur nachrichtlich hingewiesen). Die Anwohner stellen aus der Perspektive der Werkstätten derzeit keinen relevanten Kooperationspartner in Sicherheitsfragen dar. Dies mag auch damit zusammen hängen, dass den Anwohnern – wie berichtet – in der Regel ein nur geringes Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Werkstätten zugeschrieben wird.

Darüber hinausgehend lassen sich aber auch Cluster bzw. Konfigurationen des zusätzlichen Kooperationsbedarfs identifizieren. So ist es möglich abzuschätzen, welche Kooperationen in welcher Kombination von den Werkstattleitungen benannt werden und wie groß diese Gruppen bzw. Cluster sind. Siehe dazu den folgenden Konfigurationsplot.

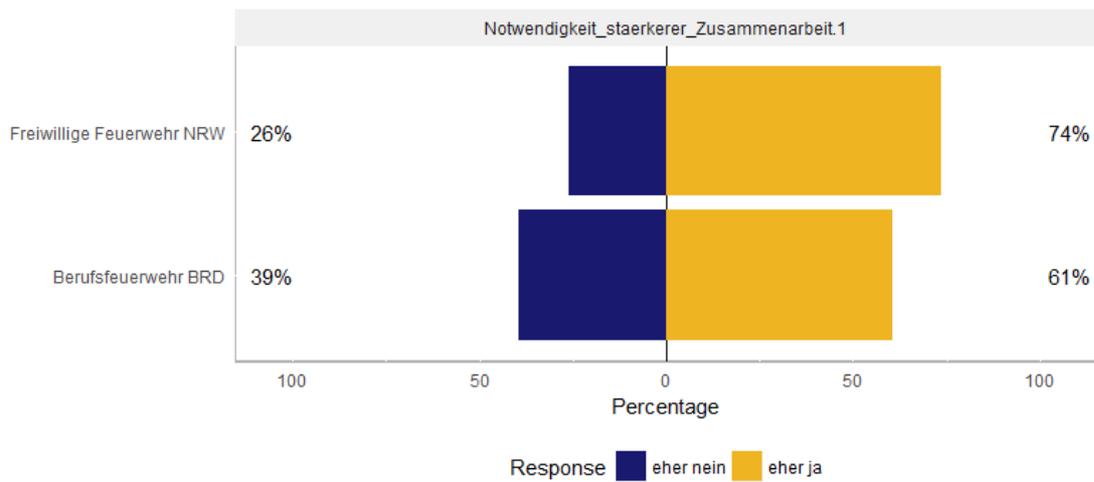
Abbildung 16:
Konfigurationsplot - Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit diesen Gruppen für notwendig? - Werkstätten



Es werden nur die 10 am häufigsten vertretenen Kombinationen aufgeführt. Die einzelnen Kombinationen/Konfigurationen des Kooperationsbedarfs sind als unterschiedlich hohe Balken angegeben. Die Höhe der Balken entspricht dem Anteil der Fälle, der auf diese Konfiguration entfällt. Die Balken/Konfigurationen sind nach der Höhe der Anteile/der Anzahl der Fälle von unten nach oben sortiert. Mit 36.1 % aller Werkstattleitungen ist die Gruppe, die mit allen aufgeführten Partnern keine stärkere Zusammenarbeit wünscht (blaue Farbe) am stärksten vertreten, gefolgt von der Konfiguration, die mit allen Partnern mehr kooperieren möchte (goldene Farbe) mit nur noch 7.4 %. Dies bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass rund 64 % der Werkstattleitungen mit mindestens einem der genannten Partner eine Stärkung der Zusammenarbeit für sinnvoll und notwendig erachten.

Perspektive der Feuerwehren

Abbildung 17:
Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit mit den Werkstätten in Sicherheitsfragen für notwendig? - Feuerwehren



Die Feuerwehren sehen aus ihrer fachlichen Sicht zu deutlich höheren Anteilen als die Werkstattleitungen die Notwendigkeit einer stärkeren gemeinsamen Kooperation, um die Sicherheitsinfrastruktur zu stärken. Und wieder ist bei der Freiwilligen Feuerwehr der Anteil mit 74 % tendenziell höher als bei der Berufsfeuerwehr mit 61 %. Zum Vergleich: 47 % der Werkstätten erachten eine stärkere Zusammenarbeit mit der Feuerwehr für notwendig (s.o.)

3. Themenbereich: Erfahrungen bei Räumungsübungen

Zunächst einige Vorbemerkungen zu den benutzten Begriffen. Im Feuerwehrwesen wie in der Sicherheitsforschung ist üblich zwischen 3 grundsätzlichen Formen der Fortbewegung aus einem Gefahrenbereich zu unterscheiden: der Evakuierung, der Räumung und der Flucht (vgl. Deutsches Institut für Normung 2010, BaSiGo 2016).

Während die Flucht eine ungeordnete und spontane Bewegung von Einzelpersonen oder Gruppen aus einem Gefahrenbereich beschreibt, heben Evakuierung und Räumung auf organisierte und geordnete Bewegungsprozesse ab. Letztere unterschieden sich insbesondere durch die Entfernung von der Gefahrenquelle. Während eine Räumung ein „schnelles in Sicherheit bringen aus einem akut gefährdeten Bereich“ in einen sicheren Bereich meint (Deutsches Institut für Normung 2010:14), womit auch ein Brandabschnitt im gleichen Gebäude gemeint sein kann, zielt eine Evakuierung auf die „organisierte und kontrollierte Verlegung von Menschen oder Tieren aus einem gefährdeten Bereich in einen sicheren Bereich“ (ebd.), womit in der Regel die horizontale (ebenerdige) und auch vertikale Verlegung aller Personen ins Freie, in einen Bereich außerhalb eines betroffenen Gebäudes gemeint ist.

Im Folgenden soll der Begriff der Räumung als Oberbegriff für jegliche Art von organisierter Bewegung aus einem Gefahrenbereich benutzt werden.

Damit umschließt der hier benutzte Räumungsbegriff unterschiedlichste Räumungs- bzw. Evakuierungskonzepte: solche, die auf komplette Verlegung aller Personen eines Gebäudes auf einen ebenerdigen Bereich im Freien zielen, ebenso wie solche, die eine horizontale Verschiebung in einen sicheren Brandabschnitt bzw. Wartebereich innerhalb des Gebäudes ermöglichen (so genanntes Verschiebekonzept, vgl. Göbell & Kallinowsky 2016:103ff), ebenso wie Konzepte, die eine Verlegung nur weniger unmittelbar betroffener Personen innerhalb des Gebäudes anstreben (so genanntes Zellenkonzept, ebd.), bis hin zu solchen, die eine Kombination der genannten Konzepte intendieren.

3.1. Jahr der letzten Räumungsübung als Kompletträumung

Es gibt keine rechtlichen Vorgaben in Bezug auf die Häufigkeit und Regelmäßigkeit von Räumungs- bzw. Evakuierungsübungen. Der Turnus wird aus der betrieblichen Gefährdungsbeurteilung abgeleitet. Die Notwendigkeit, aus betrieblichen Gründen Räumungs- bzw. Evakuierungsübungen durchzuführen, ergibt sich u. a. aus § 10 des Arbeitsschutzgesetzes, § 4 (4) der Arbeitsstättenverordnung, § 13 (1) der Gefahrstoffverordnung und anderen (vgl. dazu auch im Folgenden Sifa-News.de 2017).

Nach der Arbeitsstättenverordnung hat der Arbeitgeber u.a. einen Flucht- und Rettungsplan aufzustellen, wenn Lage, Ausdehnung und Art der Benutzung der Arbeitsstätte dies erfordern. Dieser Plan ist in angemessenen Zeitabständen zu üben. Die Technische Regel für Arbeitsstätten - ASR A2.3 "Fluchtwege, Notausgänge, Flucht- und Rettungsplan" konkretisiert diese Anforderungen: Nach Punkt 9 (7) der ASR sind auf der Grundlage der Flucht- und Rettungspläne Räumungsübungen durchzuführen. Die Festlegung der Häufigkeit und des Umfangs der Räumungsübungen sowie zu deren Durchführung hat in der betrieblichen Gefährdungsbeurteilung zu erfolgen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der BRD empfiehlt in ihrer Richtlinie „Brandschutztechnische Anforderungen an Einrichtungen zum Zwecke der Pflege oder Betreuung von Personen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung“ mindestens einmal jährlich eine Räumungsübung (vgl. ders. 2013:4).

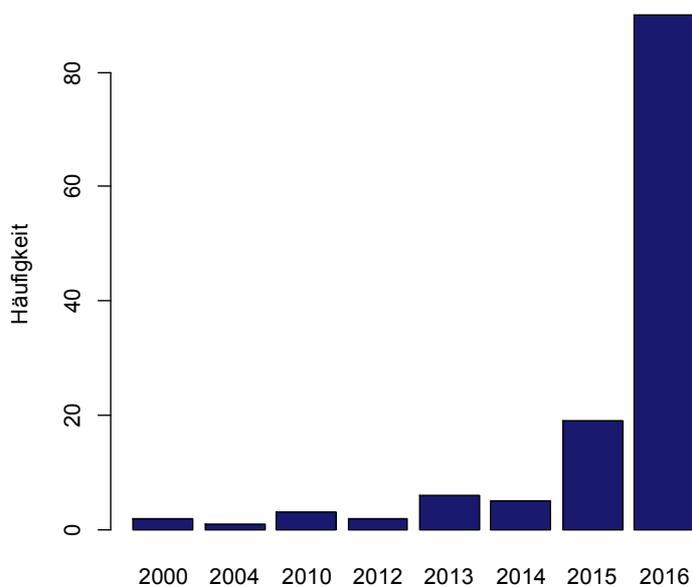
Im Zusammenhang mit den Räumungsübungen sind die verschiedenen Räumungskonzepte der Einrichtungen zu berücksichtigen. In manchen Einrichtungen sieht die Notfallplanung nicht zwingend „Totalräumungen/ Kompletträumungen“ vor, sondern z.B. eher Teilräumungen in sichere Brandabschnitte für die unmittelbar betroffenen Personen (so genanntes „Zellenkonzept“). Bei solch einem Räumungskonzept sind Räumungsübungen als Total- oder Kompletträumungen natürlich obsolet.

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 18:

Letzte Räumungsübung als Kompletträumung

In welchem Jahr haben Sie zum letzten Mal eine Kompletträumung Ihrer Einrichtung als Räumungsübung durchgeführt?

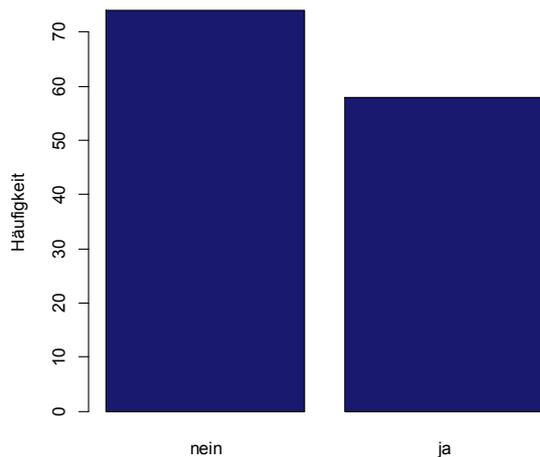


70 % der Einrichtungen haben im Befragungsjahr 2016 ihre letzte Kompletträumung als Räumungsübung durchgeführt, 86 % innerhalb der letzten zwei Jahre (2015 oder 2016). Der überwiegende Teil der Werkstätten führt demnach Räumungsübungen - zumal als Kompletträumungen - offensichtlich (mindesten) einmal jährlich durch. Dies entspricht – wie schon berichtet – auch der Empfehlung der Berufsfeuerwehren. Bei den Einrichtungen, deren letzte Räumungsübung als Kompletträumung schon Jahre zurück liegt, handelt es sich überwiegend um solche, deren Notfallkonzept nur partielle Räumungen vorsieht.

3.2. Beteiligung der örtlichen Feuerwehr

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 19:
Beteiligung der örtlichen Feuerwehr
War die örtliche Feuerwehr bei dieser Räumungsübung beteiligt?



Bei der angesprochenen jüngsten Räumungsübung als Komplettäumung haben in 44 % der Einrichtungen auch die örtlichen Feuerwehren teilgenommen. In 56 % der Einrichtungen war dies nicht der Fall. Im Bereich der gemeinsamen Räumungsübungen gibt es einen offensichtlichen Verbesserungsbedarf.

3.3. Gemeinsame Räumungsübungen in den letzten 3 Jahren

Gemeinsame Räumungsübungen von Werkstätten und Feuerwehren wurden in der Online-Befragung auch in einem anderen Kontext abgefragt. Auch dabei zeigt sich ein Bedarf an mehr gemeinsamen Übungen, um die Sicherheitsinfrastruktur zu stärken.

Perspektive der Werkstätten

Zusammenarbeit mit der Feuerwehr in den letzten 3 Jahren
In welchen Bereichen hat es in den letzten rund 3 Jahren eine Zusammenarbeit (bzw. Dienstleistung) mit der zuständigen Feuerwehr gegeben?

Wie berichtet, haben innerhalb der letzten 3 Jahre nur 57 % der Werkstätten von gemeinsamen Räumungsübungen mit der Feuerwehr berichtet.

Perspektive der Feuerwehren

Dabei zeigt sich auch, dass die Freiwilligen Feuerwehren (in NRW) zu deutlich geringeren Anteilen (49 %) als die Berufsfeuerwehren (in der BRD, 69 %) gemeinsame Räumungsübungen mit den Einrichtungen in den letzten 3 Jahren durchgeführt haben.

3.4. Besondere Schwierigkeiten bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen

Perspektive der Werkstätten

Welche besonderen Schwierigkeiten sehen Sie bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen?

Bitten nennen Sie den aus Ihrer Sicht wichtigsten Sachverhalt in Stichworten!

Bei dieser Frage mit offenem Antwortformat hatten die Werkstattdleitungen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen hinsichtlich der besonderen Schwierigkeiten bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen zu beschreiben. Wie weiter oben im Methodenteil ausgeführt, wurden die Antworten im Freitext mittels quantitativer Textanalysen untersucht. Diese haben das Ziel, die am häufigsten genannten Begriffe zur Charakterisierung der Schwierigkeiten bei einer Evakuierung zu identifizieren. Die Analyse identifiziert die im Folgenden aufgeführten 15 am häufigsten genannten Begriffe (Wortstämme ohne Umlaute). Die Angabe „% Term/Level“ zeigt an, wie hoch der Anteil der jeweiligen Begriffe an allen definierten Begriffen der gesamten Textantworten ist.

Abbildung 20:
Die 15 häufigsten Begriffe (Wortstämme) zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Werkstätten

TERM	% Term/Level
mensch	4.5
evakuier (ung)	3.3
person	1.7
rollstuhlfahr (er)	1.7
angst	1.5
behinder (t)	1.5
panik	1.2
toilett (e)	1.0
situation	0.8
beschäftigt (e)	0.6
erfass (ung)	0.6
gebäud (gebäude)	0.6
geistig	0.6
personal	0.6
raumung (räumung)	0.6
...	

In der folgenden Wordcloud sind ergänzend alle genannten Begriffe abgebildet, die mehr als einmal in den gesamten Textantworten der Werkleitungen auftauchen. Je zentraler und größer ein Begriff abgebildet ist, desto häufiger wurde er auch genannt.

Abbildung 21:
Wordcloud (ohne Umlaute) der Begriffe/Wortstämme zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Werkstätten



In der Zusammenschau beider Darstellungsweisen zeigt sich, dass die besonderen Problemlagen in erster Linie im Zusammenhang mit den spezifischen Begriffen ROLLSTUHLFAHRER – ANGST/PANIK – TOILETTE/ERFASSUNG – GEBÄUDE – PERSONAL auftreten.

Setzt man diese zentralen, spezifischen Begriffe in ihren jeweiligen textlichen Kontext (so genannte Konkordanz), dann zeigen sich die spezifischen Bedeutungen, die die Werkstatteleitungen mit diesen Begriffen verbinden.

Abbildung 22:
Kontext/Konkordanzen zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Werkstätten

Begriff / Wortstamm	Exemplarische Kontexte der Begriffe (Formulierungen der Werkstatteleitungen)
Rollstuhlfahrer	Zu wenig Personal für Rollstuhlfahrer und Gehbeeinträchtigte vertikale Evakuierung mobilitätseingeschränkter Menschen und Rollstuhlfahrer Anzahl der Rollstuhlfahrer in oberen Stockwerken kritisch Die Evakuierung von Rollstuhlfahrern mit dem EVAC Chair Rollstuhlfahrern und Gehbehinderten aus dem oberen Stockwerk. Haben Escape-Chairs angeschafft, weil Feuerwehr diese Hilfsmittel nicht hat.
Panik	Unkontrolliertes Verhalten durch Angst/Panik Die Menschen mit Beeinträchtigungen haben vor den Ausrüstungen der Feuerwehrleute Angst, sind deren Anblick nicht gewohnt, daher ist es schwierig Panik zu vermeiden.

	Panikreaktion der MmB, dadurch erschwerte Evakuierung Nichtverständnis der Gefahrensituation, daher Wunsch zum Verbleib am Arbeitsplatz Oftmals Panik/Angst durch Lautstärke des Feuealarms
Angst	die Angst der Menschen mit Behinderung spielt eine große Rolle bei der Evakuierung, das geht bis zur Verweigerungshaltung angstgefühle bei räumung in brandabschnitte und warten auf die feuerwehr Vermeidung von panikartigen oder angstfördernde Situationen bei Menschen mit schwerer geistigen Behinderung
Toilette/Erfassung	Verhalten wie am Feierabend: erst mal in die Umkleide oder Toilette gehen. D.h. eine Kontrolle der Sanitärbereiche muss im Alarmplan berücksichtigt werden. behinderte Menschen zu erfassen, welche nicht in den normalen Gruppenräumen sind, sondern gerade beim Sport, auf der Toilette, bei der Krankengymnastik, im Lager oder sonst wo im Hause unterwegs sind. Sicherstellung der Evakuierung ALLER Personen, da sich nicht immer alle Personen im jeweiligen Arbeitsraum aufhalten und auf Grund der Größe der Werkstatt und der Anzahl der betreuten Personen nie ein 100 prozentiger Überblick über den tatsächlichen Aufenthalt der Personen gegeben ist (Toilettengänge, Materialtransport, Teilnahme an Begleitangeboten etc.). Menschen mit Behinderungen reagieren mitunter völlig anders, z.B. statt im Brandfall das Gebäude zu verlassen, die Toilette aufsuchen und sich einschließen.
Gebäude	Es gibt keine bauliche Anforderung an Werkstattgebäude, über die baurechtlichen Anforderung von Sonderbauten hinaus (vgl. Krankenhaus / Altenpflege). Eine barrierefreie Evakuierung inkl. zweitem Rettungsweg ist nicht vorgeschrieben.
Personal	Personalmangel Ausfallzeiten bei Personal mit hohem Durchschnittsalter (Ü50) verstärkt das Problem. Zu wenig Personal für Rollstuhlfahrer und Gehbeeinträchtigte

Die Evakuierung von Rollstuhlfahrern ist demnach insbesondere dann kritisch, wenn diese nicht ebenerdig untergebracht sind und häufig eher zu wenig Personal für deren Assistenz zur Verfügung steht. Dazu kommt das häufig angstbesetzte und irrationale Verhalten von Personen mit Beeinträchtigungen in außergewöhnlichen Situationen wie einer Räumung. Das Verstecken und Verbleiben im Sanitärbereich ist auch ein Synonym für die häufig ungelösten Probleme der Vollständigkeit einer Räumung und die Erfassung aller zu evakuierenden und evakuierten Personen. Schließlich wird noch auf baurechtliche Defizite hingewiesen, wonach – um es überspitzt zu formulieren – der barrierefreie Zugang zu einer Einrichtung baurechtlich vorgegeben, das barrierefreie Verlassen desselben in einer Notfallsituation aber ungeklärt ist.

Die besonderen Schwierigkeiten bei einer Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen lassen sich auf der Basis der Textanalysen wie folgt zusammenfassen:

NICHT EBENERDIG UNTERGEBRACHTE ROLLSTUHLFAHRER UND GEHBEHINDERTE – PANIK UND ANGSTREAKTIONEN – SYSTEMATISCHE ERFASSUNG DER ZU EVAKUIERENDEN UND EVAKUIERTEN – BAURECHTLICHE DEFIZITE - PERSONALMANGEL

Perspektive der Feuerwehren

Welche besonderen Schwierigkeiten sehen Sie aus der Sicht der Feuerwehr bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen? Bitte nennen Sie den für Sie wichtigsten Sachverhalt in Stichworten!

Den Berufsfeuerwehren in der BRD und den Freiwilligen Feuerwehren in NRW wurde die gleiche Frage wie den Werkstattleitungen gestellt. Für die Auswertung wurden die Freitext-Antworten der

beiden Arten von Feuerwehren zusammengefasst. Die Ergebnisse der Textanalyse sind im Folgenden aufgeführt.

Abbildung 23:
Die 15 häufigsten Begriffe (Wortstämme) zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Feuerwehren

TERM	% Term/Level
mensch	2.9
person	2.1
evakuier (ung)	1.9
beeintracht (igung)	1.6
eingeschränkt	1.4
feuerwehr	1.4
reaktion	1.4
behinder	1.2
korp (körperlich)	1.2
mobilitat	1.2
verhalt (en)	1.2
betreu (er)	1.0
bzw	1.0
rettung	1.0
umgang	1.0
...	

Abbildung 24:
Wordcloud (ohne Umlaute) der Begriffe/Wortstämme zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Feuerwehren



Abbildung 25:
Kontext/Konkordanzen zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Feuerwehren

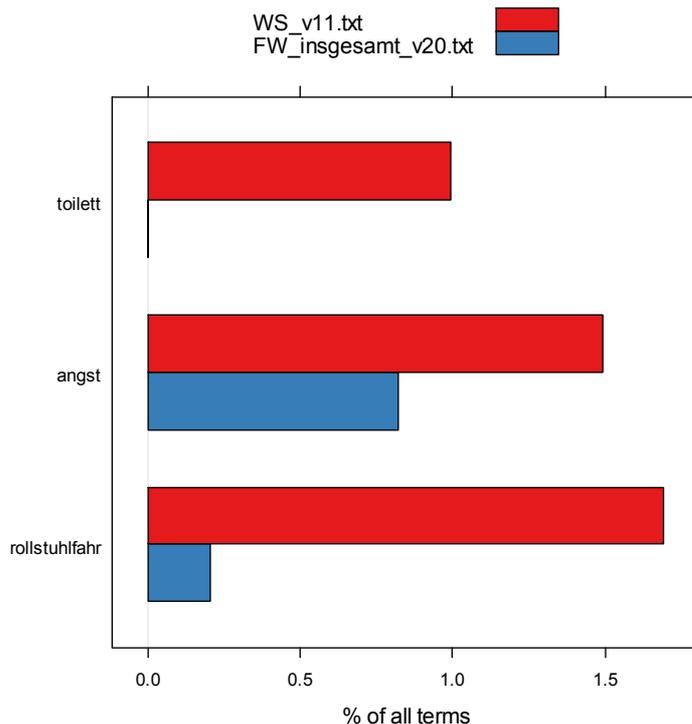
Begriff / Wortstamm	Exemplarische Kontexte der Begriffe (Formulierungen der Feuerwehren)
Mobilität	(eingeschränkte Mobilität und zeitbedarf) und folgend Personalbedarf
Person	wenig Betreuungspersonal, meist in den Nachtstunden deutlich erhöhter Personalbedarf seitens der Feuerwehr erhöhter nicht vorhandener Personalbedarf bei der Rettung ungenügende Anzahl von Erziehern bzw. Aufsichtspersonen Die Anzahl von Personen welche zur Flucht Unterstützung benötigen geht über die zur Verfügung stehenden Einsatzkräfte hinaus
Betreuer	wenig Betreuungspersonal, meist in den Nachtstunden Die Evakuierung kann nur durch Betreuer erfolgen, hier ist das Vertrauen zu den Feuerwehrmännern und -frauen nicht vorhanden.
Rettung	erhöhter nicht vorhandener Personalbedarf bei der Rettung ausreichende Verfügbarkeit von Einsatzkräften für die Rettung bzw. Evakuierung von Personengruppen mit eingeschränkten Selbstrettungsmöglichkeiten hoher Personalaufwand von Rettungskräften mit med. Grundkenntnissen
Reaktion	Nicht abschätzbare Reaktion der Betroffenen auf Einsatzsituation / Umgang mit Feuerwehrangehörigen Die Reaktionen sind nicht vorhersehbar bei z.B. Autismus, ADHS, Krampfanfällen aber auch Demenz. Jeder zu rettende benötigt individuelle Lösungen, Transportgeräte, Medikamentenversorgung, Ansprachen und teilweise Geräte. Eine Gleichbehandlung ist oft nicht möglich. Teilweise keine logische Reaktion im Gefahrenfall.
Verhalten	Schwer einschätzbares/untypisches Verhalten in Stresssituationen
Umgang	Einsatzkräfte beim Umgang mit behinderten Personen Umgang mit Menschen mit verminderter Intelligenz Umgang mit Feuerwehrangehörigen

Über die einzelnen Begriffe hinweg dominieren aus der Sicht der Feuerwehren augenscheinlich zwei zentrale Problemlagen:

DER ERHÖHTE UND HÄUFIG NICHT VORHANDENE PERSONALBEDARF (SOWOHL AUF SEITEN DER BETREUER ALS AUCH AUF SEITEN DER EINSATZKRÄFTE) – DAS UNKALKULIERBARE VERHALTEN DER MENSCHEN MIT BEEINTRÄCHTIGUNGEN IN NOTFALLSITUATIONEN.

Die Unterschiede in den Perspektiven der Feuerwehren und Werkstatteleitungen werden umso deutlicher, wenn man sich die Verteilung der für die Werkstätten zentralen Begriffe TOILETTE (als Synonym für die Vollständigkeit und Erfassung der zu räumenden Personen), ANGST (als Synonym für irrationale Verhaltensweisen der MmB) und ROLLSTUHLFAHRER in den Antworten der Feuerwehren aus zählt. Siehe dazu die Folgegrafik, in der die Häufigkeiten der Werkstatteleitungen (WS) rot und die die der Feuerwehren (FW) blau koloriert sind.

Abbildung 26:
Häufigkeitsunterschiede der Begriffe (Wortstämme) zwischen Werkstätten und Feuerwehren bei den Schwierigkeiten einer Evakuierung



Angstbesetzte Verhaltensweisen werden von beiden Professionen gleichermaßen als besondere Schwierigkeit benannt. Die Problematik der Rollstuhlfahrer und der Erfassung aller zu evakuierenden Personen ist bei den Feuerwehren augenscheinlich weniger im Fokus. Dies verwundert aber nicht wirklich, da in den Sicherheits- und Einsatzkonzepten in der Regel vorausgesetzt wird, dass eine Räumung bzw. Evakuierung zunächst einmal grundsätzlich nicht der Mitwirkung der Feuerwehr bedarf. In der Richtlinie der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der BRD mit dem Titel „Brandschutztechnische Anforderungen an Einrichtungen zum Zwecke der Pflege oder Betreuung von Personen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung“ heißt es dazu unzweideutig:

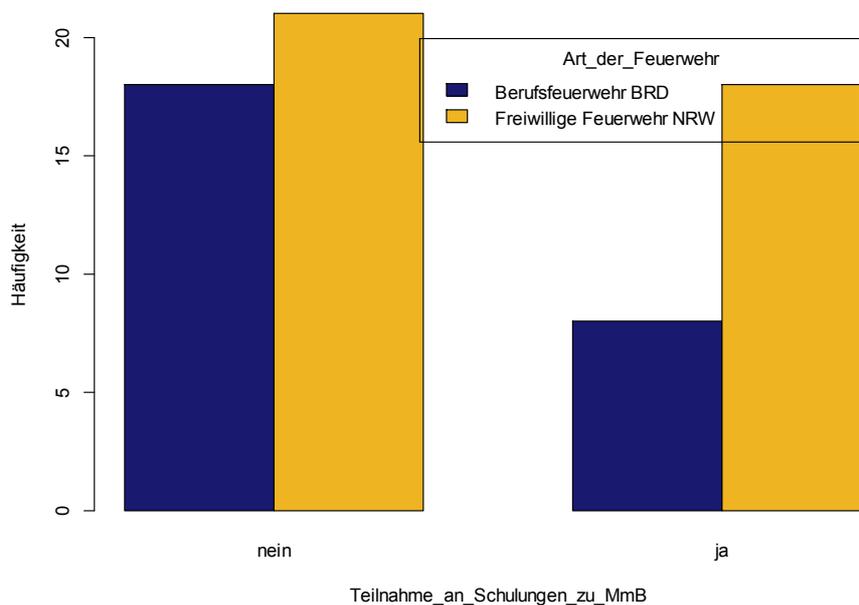
„Pflege- und Behinderteneinrichtungen sind so zu planen, zu errichten und zu ändern und instand zu halten, dass es für die Personenrettung in aller Regel nicht der Mitwirkung der Feuerwehr bedarf. Dies ist notwendig, da die Feuerwehr für die Rettung von nicht selbstrettungsfähigen Personen aus dem Brandraum auch bei einer Brandfrüherkennung in der Regel zu spät kommt.

... Dies bedeutet, dass das Verbringen der hilfebedürftigen Personen in sichere Bereiche, insbesondere aus den unmittelbar von Feuer und/oder Rauch betroffenen und/oder bedrohten Räumen / Bereichen / Einheiten / Stationen, unverzüglich durch eigenes Betriebs- / Betreuungs- und Pflegepersonal eingeleitet werden muss, soweit es dem Personal noch möglich und zumutbar ist und keine erhebliche Eigengefährdung damit einhergeht. Die Feuerwehren gehen davon aus, dass - zu jeder Tages- und Nachtzeit - diese Maßnahmen beim Eintreffen der Feuerwehreinsetzkkräfte bereits durchgeführt werden bzw. abgeschlossen sind.“ (Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren 2013:4f.)

Oder anders formuliert: Das Räumen/Evakuieren eines Gebäudes soll grundsätzlich nicht der Mitwirkung der Feuerwehr bedürfen. Die Feuerwehr muss sich zunächst auf die Rettung von Personen aus verrauchten oder vom Brand betroffene Gebäudeteile / Gefahrenbereiche fokussieren. Dieser Sachverhalt – das zeigen zumindest einige Antworten der Werkleitungen zu den Schwierigkeiten bei einer Räumung (s.o.) – ist nicht allen Einrichtungen der Eingliederungshilfe gleichermaßen bewusst.

Das unkalkulierbare Verhalten der Menschen mit Beeinträchtigungen in Notfallsituationen wiederum nehmen einige Feuerwehrverbände zum Anlass, so genannte Multiplikatorenschulungen für ihre Mitglieder anzubieten, damit die Feuerwehrleute besser auf Notfallsituationen mit MmB vorbereitet sind. Wir haben in der Untersuchung nach der Frequentierung solcher Schulungen gefragt (siehe dazu die folgende Abbildung).

Abbildung 27:
Haben Mitglieder Ihrer Organisation schon an so genannten Multiplikatoren-Schulungen zum Thema "Menschen mit Beeinträchtigungen" teilgenommen (die beispielsweise von Ihrem Feuerwehrverband angeboten werden)? - Feuerwehren



Bei den Freiwilligen Feuerwehren in NRW gibt mit 46 % nahezu die Hälfte der Feuerwehrleitungen an, dass Mitglieder ihrer Organisation schon an solchen Schulungen teilgenommen haben. Bei den Berufsfeuerwehren in der BRD sagen dies 31 %.

So wichtig und sinnvoll derlei Schulungen für die Vorbereitung der Feuerwehrleute auch sind, so können sie nicht die konkreten Erfahrungen im Umgang mit Menschen mit MmB ersetzen, wie sie beispielsweise bei gemeinsamen Räumungsübungen und gemeinsamer Brandschutzaufklärung bzw. Brandschutzunterweisung möglich sind. Und von diesen gibt es – wie berichtet – augenscheinlich zu wenig.

All diese Gelegenheitsstrukturen zum besseren gegenseitigen Kennenlernen von Feuerwehrleuten und Menschen mit Beeinträchtigungen ändern aber nichts an der Grundkonstellation, wie sie ein Feuerwehrmann im Rahmen der Befragung prägnant formuliert hat (s.o.): „Die Evakuierung kann nur durch Betreuer erfolgen, hier ist das Vertrauen zu den Feuerwehrmännern und -frauen nicht vorhanden.“ Sowohl die besonderen Bedürfnisse der MmB in Notfallsituationen als auch die Einsatzkonzepte der Feuerwehren implizieren, dass die betroffenen Einrichtungen die Räumung selbständig regeln und die Feuerwehr – überspitzt formuliert (und wie der Name schon sagt) – eben vorrangig für das Feuer zuständig ist.

4. Themenbereich: Sicherheitskonzept

4.1. Zentrales Ziel des Sicherheitskonzepts

Perspektive der Werkstätten

Wie würden Sie in wenigen Stichworten das zentrale Ziel Ihres Sicherheitskonzepts beschreiben?

Bei dieser Frage mit offenem Antwortformat sollten die Werkstattdleitungen ihr Sicherheitskonzept in wenigen Worten zu umreißen. Die quantitative Textanalyse ergibt die im Folgenden aufgeführten 15 am häufigsten genannten Begriffe (Wortstämme ohne Umlaute). Die Angabe „% Term/Level“ zeigt wieder an, wie hoch der Anteil der jeweiligen Begriffe an allen definierten Begriffen der gesamten Textantworten ist.

Abbildung 28:
Die 15 häufigsten Begriffe (Wortstämme) zum Ziel des Sicherheitskonzepts

TERM	% Term/Level
mensch	2.5
schnell	2.5
sich	2.5
evakuier (ung)	2.1
schutz	2.1
notfall	1.9
gebäude (gebäude)	1.4
mitarbeit (er)	1.4
raumung (räumung)	1.4
gefahr	1.2
pravention (prävention)	1.2
beschäftigte (beschäftigte)	1.0
gefahrensituation	1.0
person	1.0
brand	0.8
...	

In der folgenden Wordcloud sind ergänzend wieder die am häufigsten genannten Begriffe abgebildet. Je zentraler und größer ein Begriff abgebildet ist, desto häufiger wurde er auch genannt.

In der Zusammenschau beider Darstellungsweisen zeigt sich, dass die Sicherheitskonzepte in erster Linie ausgerichtet sind auf MENSCHEN/MITARBEITER - SCHNELLIGKEIT – SCHUTZ – NOTFÄLLE – PRÄVENTION – BRAND.

Setzt man die zentralen, spezifischen Begriffe wieder in ihren jeweiligen textlichen Kontext (so genannte Konkordanzen), dann zeigen sich die spezifischen Bedeutungen, die die Werkstattdleitungen mit diesen Begriffen im Rahmen des Sicherheitskonzepts verbinden.

	Schnelle Evakuierung im Notfall
Gefahrensituation	Vermeidung von Gefahrensituationen, Reaktion bei Gefahren Eintritt schnelle Evakuierung in Gefahrensituationen
Brand	Präventiver Brandschutz gemeinsam mit Brandschutzbehörden Auslegung auf Brandschutz Schutz unserer Beschäftigten vor Gefahren im Bereich des Arbeits- und Brandschutzes

In der Gesamtschau zeigt sich, dass – wie in der Wordcloud anschaulich symbolisiert - der Mensch im Zentrum der Sicherheitskonzeptionen steht: nämlich die Rettung aller Menschen bzw. Mitarbeiter der Einrichtungen. Die Maximen der benannten Sicherheitskonzepte lassen sich auf der Basis der Textanalysen wie folgt zusammenfassen:

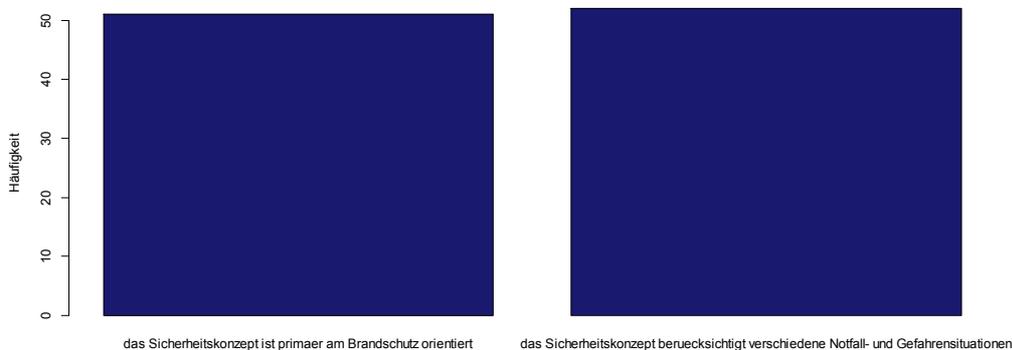
SCHUTZ VON LEIB UND LEBEN PRORITÄR – GEHT VOR SCHUTZ VON SACHWERTEN – SCHNELLES VORGEHEN ERMÖGLICHEN – SCHUTZ DURCH PRÄVENTION – ORIENTIERUNG DES SICHERHEITSKONZEPTS AN NOTFÄLLEN ALLGEMEIN VS. ORIENTIERUNG AM BRANDSCHUTZ.

Insbesondere der letzte Punkt ist von Bedeutung. Die Antworten der Werkstatteleitungen geben Hinweise darauf, dass zumindest 2 Grundorientierungen der Sicherheitskonzeptionen in der Praxis vertreten sind. Zum einen eine Ausrichtung der Sicherheitskonzeption prioritär am Brandschutz und zum anderen eine Orientierung, die unterschiedliche Notfallszenarien berücksichtigt. Dieses Ergebnis der Textanalyse wird durch die Antworten der Werkstatteleitungen auf die Frage nach der Ausrichtung ihres Sicherheitskonzepts bekräftigt. Siehe dazu die folgenden Ausführungen.

4.2. Ausrichtung des Sicherheitskonzepts

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 31:
Integriert Ihr Sicherheitskonzept unterschiedliche Notfall- und Gefahrensituationen oder berücksichtigt es primär den Brandschutz?



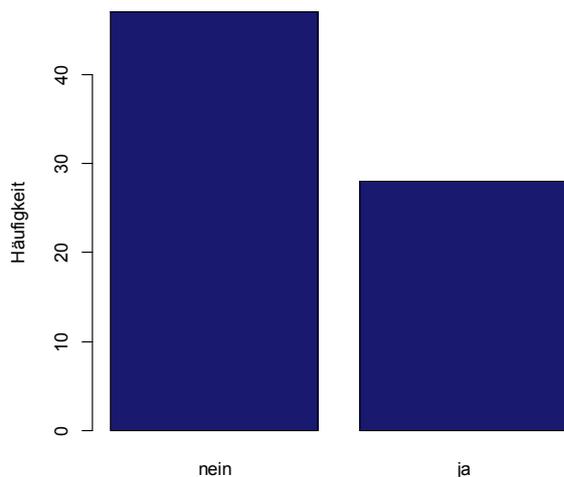
Rund die Hälfte der Werkstatteleitungen gibt an, dass sich ihr Sicherheitskonzept primär am Brandschutz orientiert. Das verwundet auf der einen Seite nicht, da die gemeinsame Entwicklung der Brandschutzkonzepte einen zentralen Bereich der Zusammenarbeit mit den Feuerwehren darstellt (siehe oben). Insofern steht den Werkstätten hier ein kompetenter Ansprechpartner bei der Ausgestaltung der Sicherheitskonzeption in Form einer Engführung als Brandschutz zur Seite. Auf der

anderen Seite gebietet aber auch der Arbeitsschutz (Stichworte: Explosion, Arbeitsstoffe, Einsturz etc.) die Berücksichtigung unterschiedlicher Notfallsituationen. Die VDI-Richtlinie 4062 „Evakuierung von Personen im Gefahrenfall“ (Verein Deutscher Ingenieure 2016) schließlich unterscheidet zwischen einer Vielzahl auslösender Ereignisse einer Notfallsituation, auf die mit angemessenen Konzeptionen reagiert werden müsse: betriebsinterne Ereignisse (z.B. Gefahrstoffe oder Brand), Umfeldereignis (z.B. Explosion, Flugzeugabsturz), Bedrohungen (z.B. Anschlag, Amoklauf) und Naturereignisse (z.B. Orkan, Erdbeben). Mindestens die Hälfte der Werkstätten in der BRD ist weit davon entfernt, derlei Szenarien in ihrer Sicherheitskonzeption zu berücksichtigen.

4.3. Änderung des Sicherheitskonzepts

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 32:
Hat die Auswertung des Schadensfalls/der Schadensfälle in der Vergangenheit zu einer Änderung des Sicherheitskonzepts bzw. Brandschutzkonzepts geführt?



37 % der Werkstattleitungen bejahen, dass die non-trivialen Brandschadensfälle in der Vergangenheit (die zugleich mit einer Räumung verbunden waren) zu einer Änderung des Sicherheitskonzepts geführt haben. 63 % verneinen das. Dies ist zum einen eine gute Nachricht, weil es ein Hinweis darauf ist, dass Schadensfälle in den Einrichtungen offensichtlich analysiert und entsprechende Verbesserungsmaßnahmen eingeleitet werden. Das ist zugleich aber auch eine schlechte Nachricht, denn in 37 % der Einrichtungen war augenscheinlich ein Sicherheitskonzept etabliert, das (zumindest in Bezug auf die eingetretene Notfallsituation) nicht hinreichend ausgereift war. Auch an dieser Stelle bestätigt sich der hohe Unterstützungsbedarf der Werkstätten in Fragen der Ausgestaltung ihrer Sicherheitskonzeption. Doch dazu an derer Stelle später mehr.

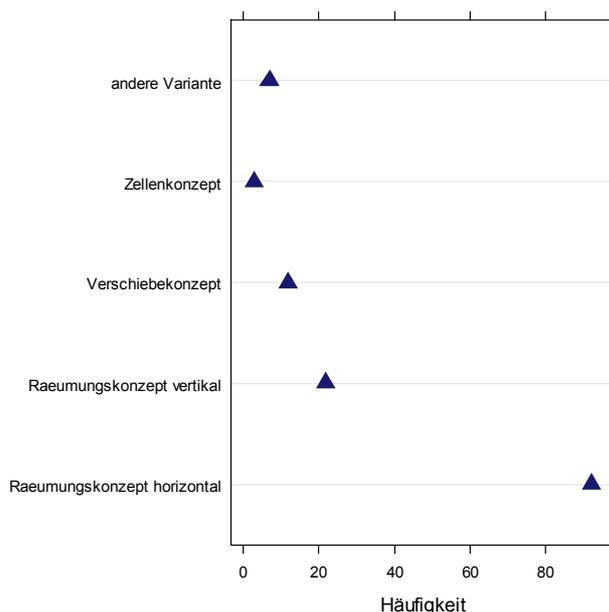
4.4. Räumungs-/Evakuierungskonzepte der Einrichtungen

Zum Verständnis der hier verwendeten Räumungs- bzw. Evakuierungsbegriffs siehe die Ausführungen zu Beginn des Kapitels 3. Im Rahmen der Befragung wurde u.a. nach dem Räumungs- / Evakuierungskonzept der Einrichtungen gefragt. Als Antworten waren vorgegeben:

- direkte horizontale, ebenerdige Evakuierung aller Personen ins Freie („Räumungskonzept horizontal“)
- direkte vertikale Evakuierung aller Personen (über das Treppenhaus bzw. einen Sicherheitsaufzug) ins Freie („Räumungskonzept vertikal“)
- phasenweise horizontale Räumung in sichere Brandabschnitte mit anschließender vertikaler Evakuierung ins Freie („Verschiebekonzept“)
- horizontale Räumung der unmittelbar betroffenen Personen in einen sicheren Brandabschnitt. Alle übrigen Personen verbleiben an ihren angestammten Plätzen („Zellenkonzept“)
- andere Variante

Perspektive der Werkstätten

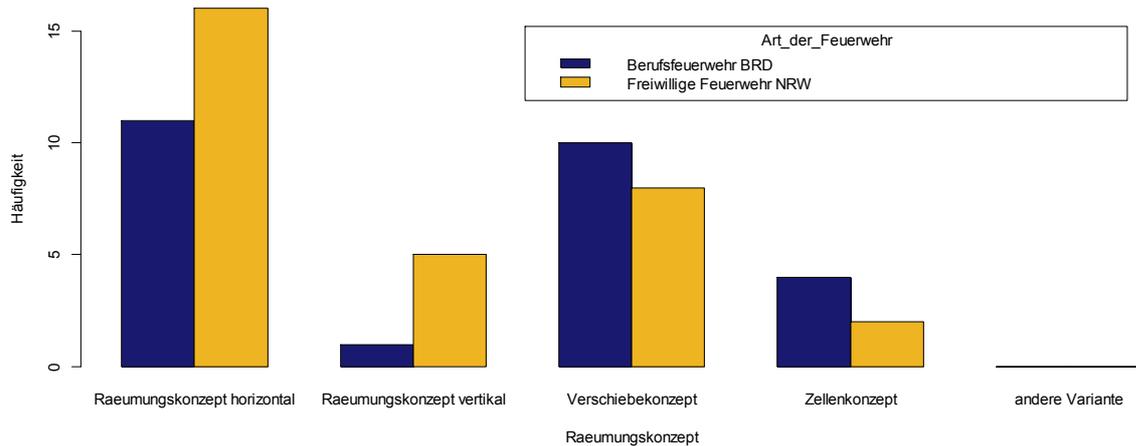
Abbildung 33:
Welches Räumungs-/Evakuierungskonzept gilt für Ihre Einrichtung?



Unter den Räumungskonzepten dominiert eindeutig die horizontale, ebenerdige Evakuierung aller Personen einer Einrichtung ins Freie mit 68 % aller Nennungen, gefolgt von der direkten vertikalen Evakuierung (aus baulichen Gründen) mit 16 %. (Komplett-)Evakuierungen sind also das Standardmodell der Räumung in Einrichtungen der Eingliederungshilfe in Gefahrensituationen. Räumungskonzepte, die nur auf die unmittelbar betroffenen Bereiche bzw. Personen fokussieren – wie z.B. das Zellenkonzept mit 2 % der Nennungen – sind eher randständig vertreten.

Perspektive der Feuerwehren

Abbildung 34:
Welches Räumung-/Evakuierungskonzept überwiegt Ihrer Erfahrung nach bei den Werkstätten für beeinträchtigte Personen?



Aus der Perspektive der Feuerwehren dominiert ebenfalls das horizontale Evakuierungskonzept. Das Verschiebekonzept ist bei den Feuerwehren aber deutlich stärker vertreten als bei den Angaben der Werkstätten. Dies mag möglicherweise im unterschiedlichen Verständnis der benutzten Fachbegriffe begründet sein, kann aber auch mit der Zusammensetzung der Befragungsteilnehmer beider Gruppen zusammen hängen (zu den möglichen Gründen dieser Differenz siehe die methodischen Anmerkungen in Kapitel 1).

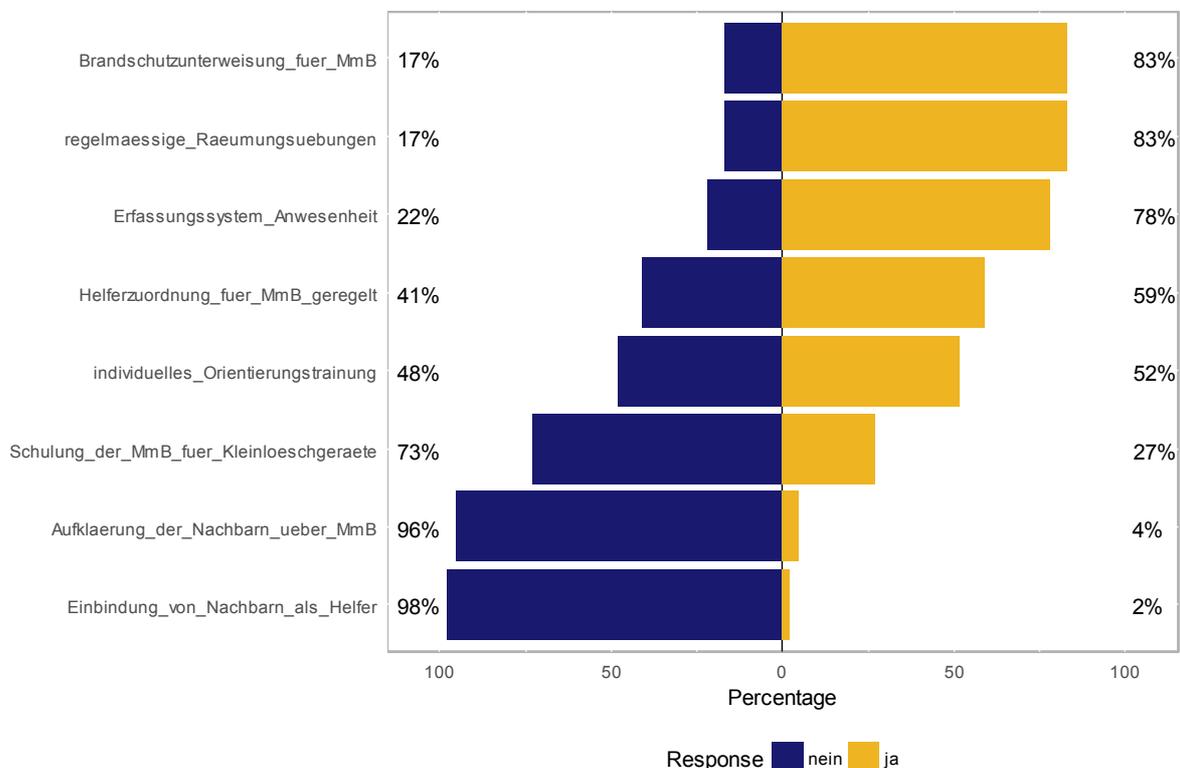
5. Themenbereich: organisatorische, betriebliche Maßnahmen der Sicherheitsinfrastruktur

Die klassischen Brandschutzkonzepte gliedern sich in den vorbeugenden baulichen und anlagentechnischen Brandschutz, den betrieblichen/ organisatorischen Brandschutz und den abwehrenden Brandschutz (vgl. Deutsches Institut für Normung e.V. 2010, vfdb 2012). Die organisatorischen Maßnahmen dienen – aufbauend auf den baulichen Maßnahmen - insbesondere dazu, die passgenaue Vernetzung der verschiedenen brandschutzbezogenen Maßnahmen sicher zu stellen. So kompensieren organisatorische Maßnahmen häufig defizitäre bauliche oder anlagentechnische Gegebenheiten (z.B. in Form der Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Helfern für die Evakuierung von Rollstuhlfahrern in einem Gebäude mit Treppen und ohne Sicherheitsfahrstuhl). In der Untersuchung wurden die Werkstätten u.a. danach gefragt, welche spezifischen betrieblichen Maßnahmen Bestandteil ihrer Sicherheitsinfrastruktur sind.

5.1. Formen der organisatorischen Maßnahmen

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 35:
Organisatorische, betriebliche Maßnahmen der Sicherheitsinfrastruktur
 Welche der folgenden organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen sind Bestandteil Ihrer Sicherheitsinfrastruktur?

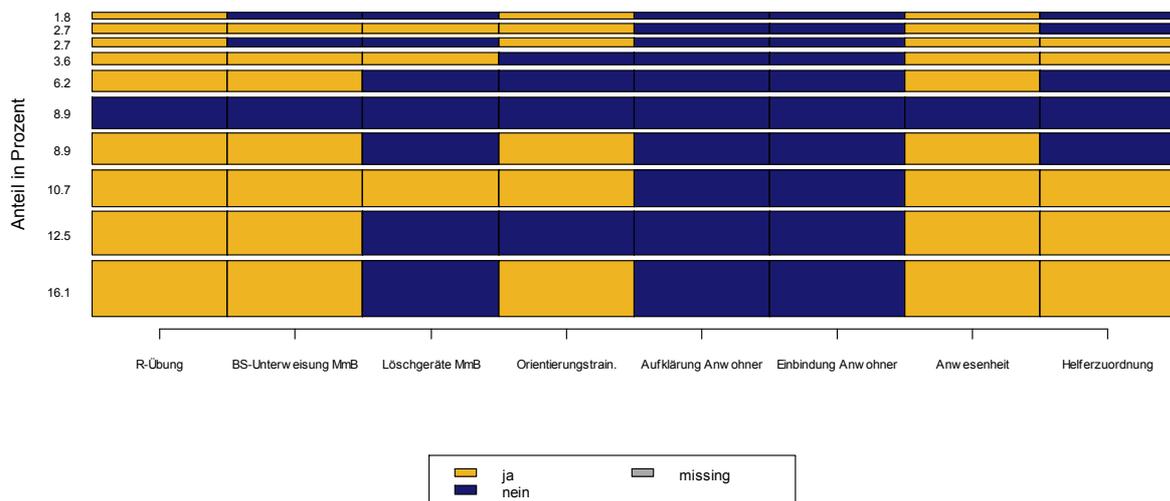


Die „Pflichtaufgaben“ unter den betrieblichen Maßnahmen – wie die Brandschutzunterweisung für MmB, regelmäßige Räumungsübungen und ein System zur Erfassung der Anwesenheit – werden mit

rund jeweils 80 % vom Großteil der Werkstätten durchgeführt. Ein System zur Helferzuordnung für nicht zur Selbstrettung fähige Personen im Gefahrenfall wird von nur noch 59 % der Einrichtungen reklamiert. Schulungen/Unterweisungen der Menschen mit Beeinträchtigungen in der Handhabung von Kleinlöschgeräten führt mit 27 % nur noch rund ¼ der Werkstätten durch. Und die Einbindung und Aufklärung von Nachbarn der Werkstätten findet in der Fläche faktisch nicht statt.

Als Kernmuster der organisatorischen Maßnahmen zeigt sich in den Werkstätten eine Kombination von Brandschutzunterweisung für MmB, regelmäßige Räumungsübungen, ein System zur Erfassung der Anwesenheit und zur Helferzuordnung (siehe dazu den folgenden Konfigurationsplot mit den 10 größten Konfigurationen). Diese Kombination taucht in nahezu allen größeren Konfigurationen auf. Erschreckend ist aber, dass eine Gruppe von 8.9 % aller Werkstätten keine einzige der aufgelisteten organisatorischen Maßnahmen durchführt.

Abbildung 36:
Konfigurationsplot - Welche der folgenden organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen sind Bestandteil Ihrer Sicherheitsinfrastruktur?



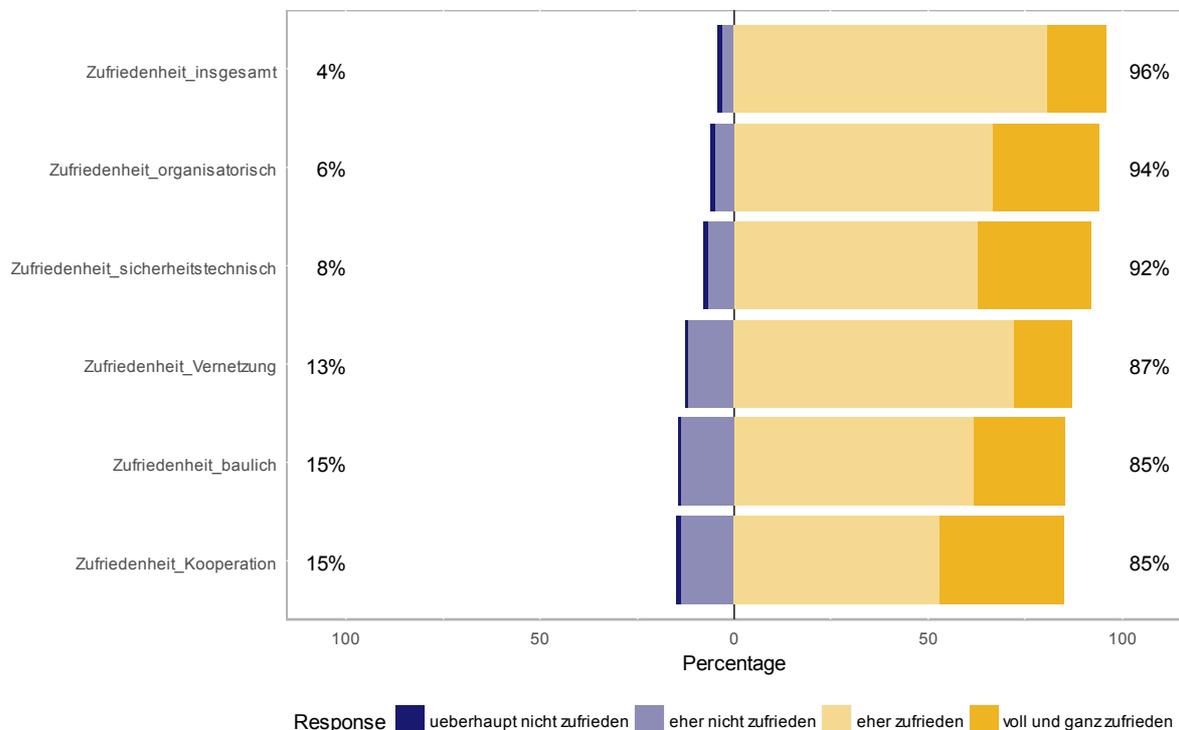
6. Themenbereich: Zufriedenheit mit der Sicherheitsinfrastruktur der Einrichtungen

Die Leitungen von Werkstätten danach zu fragen, wie gut sie die Sicherheitsinfrastruktur ihrer eigenen Einrichtung beurteilen bzw. wie zufrieden sie mit dieser sind, erscheint ein wenig naiv, angesichts der Sachverhalts, dass eben diese Leitungen die implementierte Sicherheitsinfrastruktur juristisch verantworten und ggf. dafür haften. Wir haben deshalb die Leitungen gebeten, sich in die Rolle einer außenstehenden, sachkundigen Person zu versetzen und aus dieser Perspektive heraus einen Blick auf die Sicherheitspraxis der Einrichtung zu werfen. Gewissermaßen als Korrektiv für eine allzu positive Bewertung haben wir ergänzend die Feuerwehren nach ihrer Beurteilung der Sicherheitsinfrastruktur der Werkstätten befragt. Wir haben es aber nicht bei dieser Einschätzung belassen und sowohl die Einrichtungen wie auch die Feuerwehren auch zu Änderungs- und Unterstützungsbedarfen in diesem Zusammenhang gefragt. Doch dazu später mehr.

6.1. Zufriedenheit mit der Sicherheitspraxis und Sicherheitsinfrastruktur

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 37:
Zufriedenheit mit Sicherheitsinfrastruktur (externe Perspektive)
 Wie zufrieden wäre - Ihrer Meinung nach - ein sachkundiger Beobachter von außen mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in Ihrer Einrichtung? - Werkstätten



Wie nicht anders zu erwarten, zeigen sich die Werkstattleitungen zufrieden mit der Ausgestaltung und der Praxis ihrer Sicherheitsinfrastruktur, und zwar über alle Bereiche hinweg. Das gilt insbesondere auch für den organisatorischen und sicherheitstechnischen Bereich. Bezüglich der Zufriedenheit mit der Kooperation mit der Feuerwehr zeigen sich zwei Kulturen: Zum einen finden

sich hier die höchsten Zustimmungswerte für „voll und ganz zufrieden“ mit 32 %, zugleich aber auch mit die höchsten negativen Beurteilungen (eher nicht und überhaupt nicht zufrieden) mit 15 %.

Interessanterweise ist die globale Zufriedenheit insgesamt mit 96 % (eher und voll und ganz zufrieden) höher als jeder einzeln bewertete Bereich. Normalerweise sind Globalurteile implizit gewichtete Mittelwerte der Urteile zu einzelnen Bereichen. Im vorliegenden Fall aber ist das Globalurteil besser als die Beurteilung eines jeden einzelnen Bereichs. Dies kann zwei Gründe haben: Entweder standen relevante Bereiche nicht zur Auswahl oder aber die Zufriedenheitsurteile der Werkleitungen sind wenig objektiv. Umso interessanter sind die Bewertungen der Feuerwehren, die im Folgenden vorgestellt werden.

Perspektive der Feuerwehren

Abbildung 38:
Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in den Werkstätten für beeinträchtigte Menschen? – Berufsfeuerwehren BRD

Berufsfeuerwehren BRD:

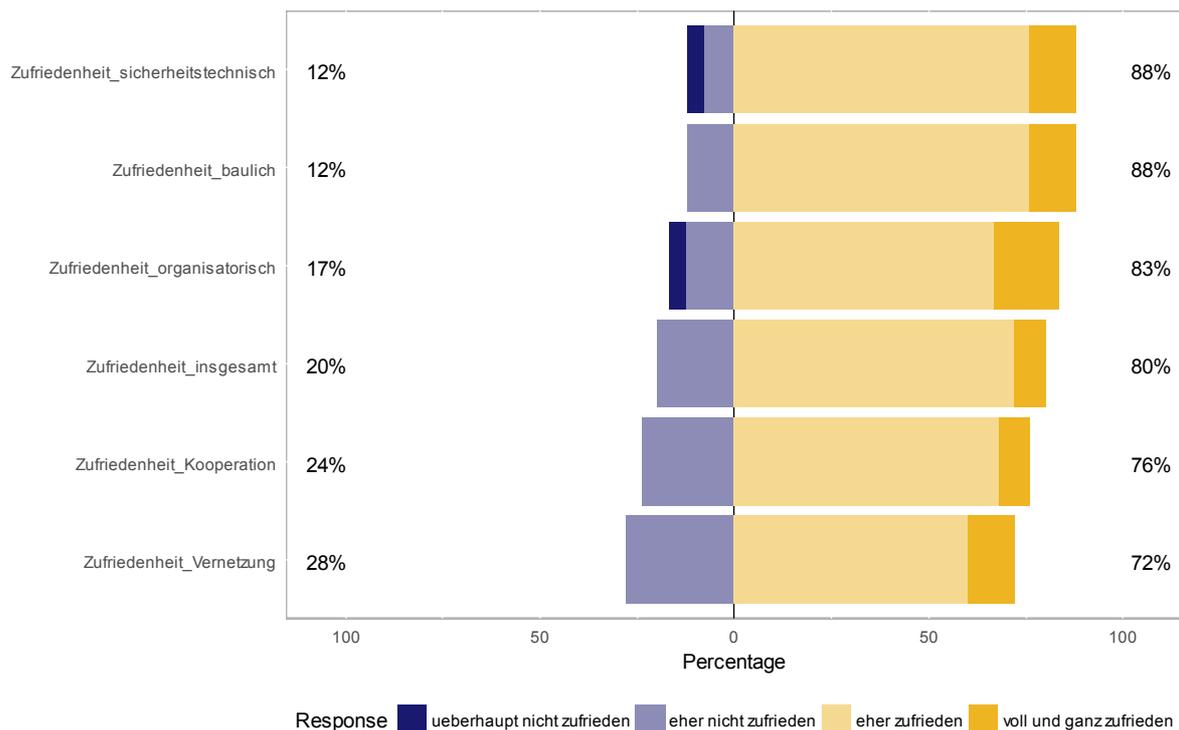
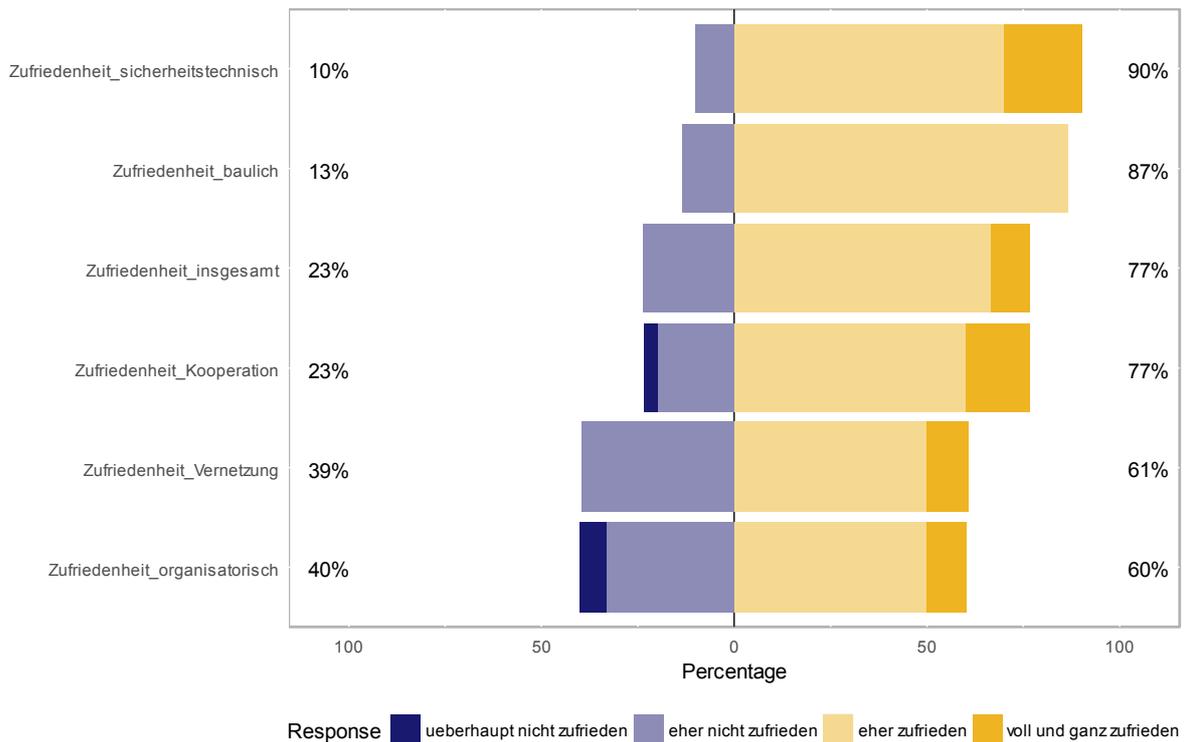


Abbildung 39:
Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in den Werkstätten für beeinträchtigte Menschen? – Freiwillige Feuerwehren NRW

Freiwillige Feuerwehren NRW:



Die globalen Zufriedenheitsurteile fallen – wie erwartet - bei den Feuerwehren insgesamt deutlich niedriger aus als bei Werkleitungen: (eher und voll und ganz zufrieden) mit der Sicherheitsinfrastruktur sind die Berufsfeuerwehren mit einem Anteil von 80 % und die Freiwilligen Feuerwehren mit 77 %. Zum Vergleich: die Werkstattleitungen zeigen sich zu 96 % insgesamt zufrieden.

Die Feuerwehren sehen übereinstimmend in der Vernetzung der Sicherheitsinfrastruktur (also in der Abstimmung von baulichen, sicherheitstechnischen und organisatorischen Maßnahmen) die zentralen Defizite. Darüber hinaus betrachten die Freiwilligen Feuerwehren (in NRW) insbesondere die organisatorischen Maßnahmen der Einrichtungen als defizitär: 40 % der Feuerwehren sind mit diesen (eher nicht und überhaupt) nicht zufrieden.

7. Themenbereich: Risikoanalyse

Risikoanalyse – ein schillernder Begriff mit vielen Bedeutungen. In der Sicherheitsforschung findet sich an prominenter Stelle u.a. die folgende Definition: „Planerisch-technisches Verfahren zur Ermittlung (-> Risikoidentifizierung) und Bewertung (Risikobewertung) von konkreten Gefahrenpotentialen in einem bestimmten räumlichen/zeitlichen Kontext, von deren Schadenausmaße/ Schadenhöhen und deren Eintrittswahrscheinlichkeiten auf der Basis von Beobachtung, Modellierung, Gefahren- und Gefährdungsanalysen sowie Szenariobildung. Auf europäischer und internationaler Ebene wird bei dem Begriff Risikoanalyse von drei miteinander verbunden Schritten ausgegangen: 1. Risikobewertung (risk assessment), 2. -> Risikomanagement (risk management) und 3. -> Risikokommunikation (risk communication)“ (BaSiGo 2016, <http://www.basigo.de/handbuch/Glossar#R>).

Risikoanalysen können also in vielfältiger Form erstellt werden – u.a. als Gefährdungsanalysen - und sind mehr als rein quantitative Entscheidungsbaumverfahren, bei denen die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Schadenereignisses durch die Multiplikation der bedingten Wahrscheinlichkeiten ausgesuchter Merkmale abgeschätzt werden. Risikoanalysen basieren auf einer Risikoidentifikation (einem Prozess zum Finden, Erkennen und Beschreiben von Risiken) als einem ersten, zentralen Schritt.

Risikoanalysen in diesem Sinne sind den Betreibern von Werkstätten als Gefährdungsanalysen / Gefährdungsbeurteilungen bekannt, denen sie im Rahmen der Arbeitsschutzgesetzgebung nachkommen müssen. Die konkrete Ausgestaltung dieser Gefährdungsbeurteilungen ist den Werkstätten weitgehend frei gestellt. Die Arbeitsschutzgesetzgebung (in Form der Arbeitsschutzgesetzes, der Arbeitsstättenverordnung, der Gefahrstoffverordnung, der technischen Regeln für Arbeitsstätten – ASR etc.) ist also auch hier – wie bei der Forderung nach Rettungsplänen und Räumungsübungen für Gefahrensituationen (s.o.) – der zentrale rechtliche Begründungszusammenhang für die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen / Risikoanalysen. Die Arbeitsschutzgesetzgebung bildet damit gewissermaßen die rechtliche Klammer, Gefährdungsbeurteilungen / Risikoanalysen nicht nur bezogen auf die Arbeitstätigkeit der Menschen mit Beeinträchtigungen sondern auch integrativ auf den Räumungsprozess dieser Personengruppe in Notfallsituationen (als Bestandteil des Sicherheitskonzepts) zu beziehen. Wir haben die Werkstätten (und auch Feuerwehren) dazu befragt, wie weit die Einrichtungen ihrer Einschätzung nach dieser Aufgabe nachkommen.

7.1. Durchführung von Risikoanalysen

Wie weiter oben schon berichtet, haben die Berufsfeuerwehren der BRD (zu 12 %) und die Freiwilligen Feuerwehren NRW (zu 17 %) in der Zusammenarbeit mit den Werkstätten in den letzten 3 Jahren (primär) brandschutzbezogene Analysen durchgeführt, die ihrem professionellen Verständnis nach den Namen „gemeinsame Risikoanalyse“ verdienen. Demgegenüber geben 39 % der Einrichtungen an, mit den Feuerwehren in diesem Bereich im gleichen Zeitraum kooperiert zu haben. Möglicherweise verbergen sich hinter dieser Differenz Verständnisunterschiede in Bezug auf den schillernden und mehrdeutigen Begriff der Risikoanalyse. Auf der anderen Seite sind Risikoanalysen sicherlich auch nicht im 14-tägigen Turnus notwendig, was die niedrigen Werte der Feuerwehren für den dreijährigen Berichtszeitraum erklären mag. Schließlich sind die Feuerwehren aber auch nicht zwingend notwendig die zentralen Ansprechpartner im Bereich der (primär

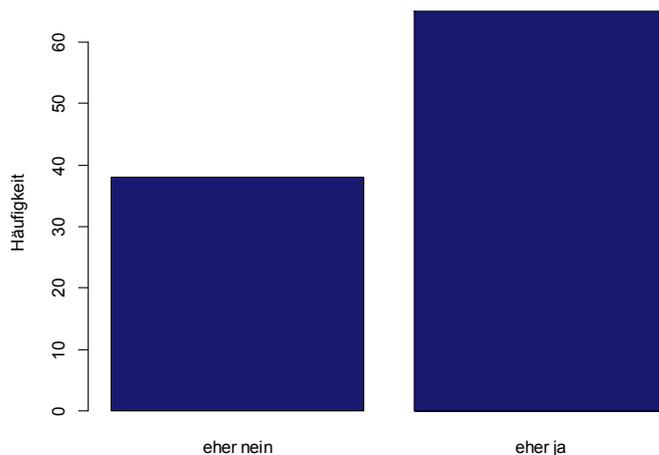
brandschutzbezogenen) Risikoanalyse / Gefährdungsanalyse. Die für die Einrichtungen notwendigen Brandschutznachweise und Brandschutzkonzepte, die u.a. auf Brandgefahrenanalysen beruhen, erbringen auch andere Dienstleister, die unter dem Namen „Brandsachverständiger“ firmieren. Dieser Titel ist allerdings kein rechtlich geschützter Begriff, was auch ein zusätzlicher Grund dafür sein mag, dass einige Einrichtungen darüber klagen, dass diese Gutachter häufig über keinerlei Wissen speziell in Bezug auf Menschen mit Beeinträchtigungen verfügen. Wir haben in einem zweiten Schritt den Begriff der Risikoanalyse explizit auf das Sicherheitskonzept bezogen und danach gefragt, ob bei Risikoanalysen im Rahmen des Sicherheitskonzepts auch die Arten von Beeinträchtigungen der Menschen mit Beeinträchtigungen berücksichtigt werden (die für einen Räumungsprozess in Notfallsituationen potenziell relevant sein können).

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 40:

Differenzierte Risikoanalyse

Liegt Ihrem Sicherheitskonzept auch eine differenzierte Risikoanalyse zugrunde, die die speziellen Beeinträchtigungen der Mitarbeiterschaft berücksichtigt?



63 % der Werkstätten geben an, Risikoanalysen (die spezielle Arten von Beeinträchtigungen der Menschen mit Behinderung bedenken), im Rahmen des Sicherheitskonzepts zu berücksichtigen, 27 % verneinen dies.

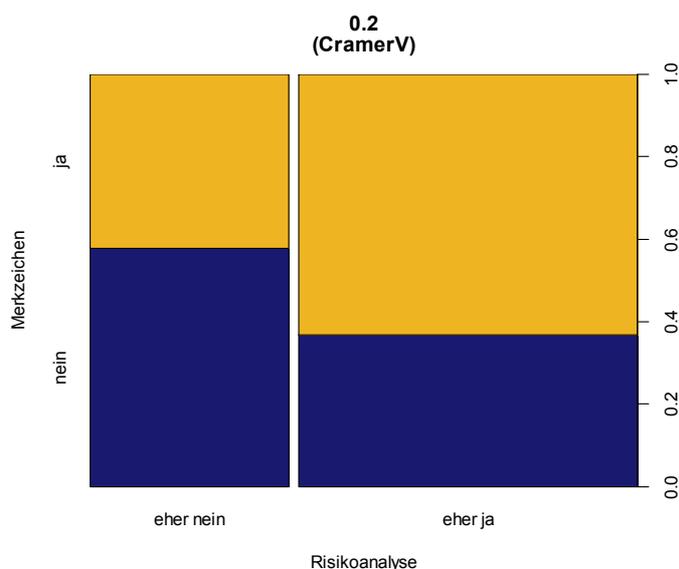
Vergleicht man diesen hohen Zustimmungswert der Werkstätten mit den Angaben zur systematischen Erfassung von Merkmalen, die potenziell kritische Beeinträchtigungen für den Räumungsprozess darstellen (vgl. dazu den folgenden Abschnitt 7.2 Systematische Erfassung von Klassifikations- und Diagnose-Systeme), dann fragt man sich, wie derlei Risikoanalysen im Detail aussehen können, wenn auf der Managementebene relevante Merkmale hinsichtlich der Art der Beeinträchtigungen überhaupt nicht erfasst (und auch nicht zusammen geführt) werden. 67 % der Einrichtungen erheben den Grad der Schwerbehinderung der MmB, 51 % das Merkzeichen zur

Schwerbehinderung, 32 % arbeiten mit dem MELBA-System und 20 % erheben die Klassifikation nach ICD 10 und 15 % nach ICF .

Unseren Verständnis nach sind Gefährdungsanalysen / Risikoanalysen unter Berücksichtigung von (räumungsrelevanten) Beeinträchtigungen mindestens auf die Formen der Schwerbehinderung – wie z.B. in Form der Merkzeichen im Schwerbehindertenausweis (vgl. Bundesminister für Arbeit und Soziales 2015) - angewiesen. Dies gilt, auch wenn nicht davon auszugehen ist, dass alle betroffenen und anspruchsberechtigten Personen auch ein amtlich verliehenes Merkzeichen in einem Schwerbehindertenausweis besitzen. Besonders ältere Menschen mit geringem oder mäßigem Pflegebedarf dürften im engeren Sinne häufig als gehbehindert gelten, stellen aber nicht unbedingt einen Antrag auf Anerkennung einer Schwerbehinderung und dem damit verbundenen Merkzeichen. Auch beantragen manche Personen mit Beeinträchtigungen aus ideologischen Gründen keine Anerkennung als Schwerbehinderter und die damit verbundenen Merkzeichen. Schließlich kann nicht zwingend davon ausgegangen werden kann, dass die Merkzeichen der Behinderung immer den aktuellen Zustand der Person widerspiegeln oder in den Einrichtungen die Merkzeichen kontinuierlich und systematisch aktualisiert werden (wobei letzteres wiederum eine Frage der Datenpflege ist). Damit spiegelt dieser Indikator gewissermaßen nur die Untergrenze einer spezifischen Schwerbehinderung. Aber immerhin werden durch die Erfassung von Merkzeichen die Beeinträchtigungsarten wenigsten systematisch erhoben und sind so der Managementebene für operative und strategische Maßnahmen verfügbar und transparent. Merkzeichen werden aber – wie berichtet – insgesamt nur von 51 % der Einrichtungen systematisch erhoben.

Auffällig dabei ist ferner: Nahezu 40 % der Einrichtungen führen nach eigenen Angaben Risikoanalysen unter Berücksichtigung der Beeinträchtigungen der MmB durch, ohne dabei die Merkzeichen der Schwerbehinderung systematisch zu erfassen (siehe dazu die folgende Abbildung).

Abbildung 41:
Spineplot - Zum Zusammenhang von Risikoanalyse und Merkzeichen



Zur Erklärung des Spineplots: Die Breite der Balken auf der horizontalen Achse entspricht der Anzahl der Fälle: Die Einrichtungen, die nach eigenem Bekunden differenzierte Risikoanalysen durchführen, sind also deutlich häufiger vertreten (63 %, s.o.) als solche, die dies nicht tun. Auf der vertikalen Achse werden die Anteile der Einrichtungen abgetragen (0-1 entspricht 0 % - 100 %), die die

Merkzeichen systematisch erheben. Durch diese Art der Darstellung werden die absoluten und relativen (bedingten) Verteilungen zugleich transparent.

Die Einrichtungen, die Risikoanalysen im o.g. Sinne durchführen, erheben mit über 60 % häufiger die Merkzeichen der MmB als die Gruppe ohne Risikoanalyse (mit rund 40 %). Die Differenz entspricht einer kleinen Effektgröße (siehe CramerV-Wert von 0.2). Dabei bleibt allerdings ungeklärt, ob die Merkzeichen letztlich auch wirklich im Rahmen der Risikoanalyse verwendet werden. Zumindest aber steigt die Wahrscheinlichkeit, differenzierte Risikoanalysen durchzuführen, wenn als Datenbasis Merkzeichen der Schwerbehinderung systematisch erfasst werden, als nutzbare Daten verfügbar vorliegen. Aber es bleibt dabei: rund 40 % der Einrichtungen führen ihre Risikoanalysen ohne die systematische Erfassung der Arten von Beeinträchtigungen anhand von Merkzeichen durch.

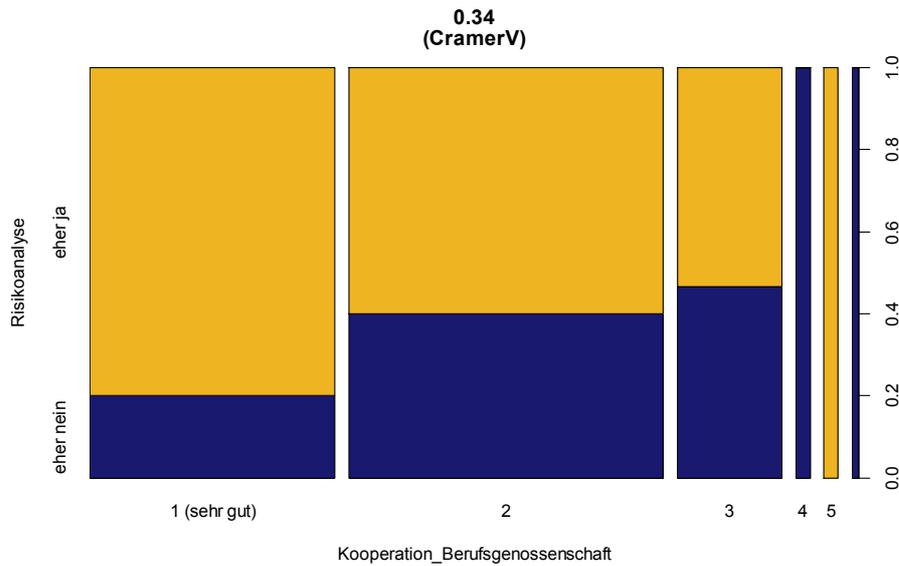
Dieser Sachverhalt kann – neben der Mehrdeutigkeit des Begriffs der Risikoanalyse und den oben bereits genannten Einschränkungen zur Aussagekraft der Merkzeichen - mehrere Gründe haben. Es kann theoretisch sein, dass die Erfassung der Arten von Beeinträchtigungen über andere Indikatoren und Quellen erfolgt als über Schwerbehindertenausweise. Nach unseren Erfahrungen im Feld erscheint uns das aber wenig wahrscheinlich. Es mag auch sein, dass eine Risikobewertung unter Berücksichtigung der Beeinträchtigungsarten von der Managementebene als oberer Leitungsebene auf andere Ebene wie die Gruppenebene verlagert ist. So können z.B. Regelungen für den konkreten Helferbedarf für nicht selbstrettungsfähige Personen im Notfall unter Berücksichtigung der Formen der Beeinträchtigungen als eine Form der Risikoanalyse auf Gruppenebene erstellt werden, ohne dass diese Informationen der Managementebene systematisch und unmittelbar zugänglich wären. Solch eine Verlagerung des Risikomanagements ist unter Management- und Haftungsgesichtspunkten allerdings wenig überzeugend.

Es bleibt dabei: Augenscheinlich werden in den Einrichtungen nur unzureichend Merkmale über die spezifischen Beeinträchtigungen der MmB systematisch erfasst, die als Grundlage für eine systematische Risikoanalyse dienen können, die wiederum Bestandteil eines umfassenden Sicherheitskonzepts ist.

Bei einer bivariaten Betrachtungsweise, die auf die Zusammenhangsstruktur zweier Merkmale abhebt, haben wir eine Data-Mining-Routine vorgeschaltet (siehe die Erläuterungen in Kapitel 1), um in Erfahrung zu bringen, welche der vielen potenziell unabhängigen Variablen in der Daten, die erhoben wurden, den höchsten Erklärungswert für die (Wahrscheinlichkeit einer) Durchführung einer systematischen Risikoanalyse besitzt. Mit großen Abstand weist die Qualität der Kooperation mit der zuständigen Berufsgenossenschaft den höchsten Erklärungswert für die Durchführung solcher Analysen auf (mittlere Effektgröße, CramerV = 0.34). Siehe dazu die folgende Abbildung.

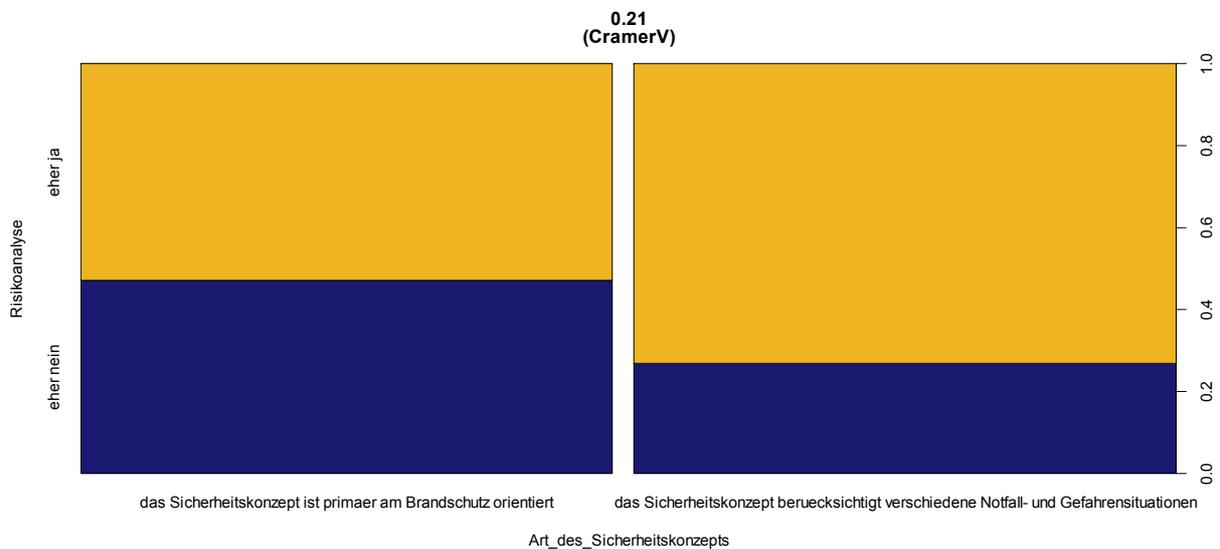
Als Tendenz zeichnet sich ab: Je höher die Qualität der Kooperationsbeziehung mit der Berufsgenossenschaft aus Sicht der Werkstätten, desto größer ist der Anteil der Werkstätten, die Risikoanalysen durchführt. Dies interpretieren wir als deutlichen Hinweis darauf, dass die Berufsgenossenschaften mit ihrem umfassenden Beratungs- und Serviceangebot ein wesentlicher Katalysator bzw. Akteur für die Implementierung von Risikoanalysen / Gefährdungsanalysen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe sind. Möglicherweise geht damit aber auch einher, dass die Risikoanalysen eher als eng Arbeitsplatz-/Arbeitsschutz-bezogene Gefährdungsanalysen und weniger als integrierte Risikoanalysen verstanden werden, die auch Räumungsszenarien berücksichtigen.

Abbildung 42:
Spineplot - Zum Zusammenhang von Risikoanalyse und Kooperation mit Berufsgenossenschaft



Deutlich weniger prägnant erweist sich in diesem Zusammenhang die Art des Sicherheitskonzepts in den Einrichtungen (siehe dazu die folgende Abbildung).

Abbildung 43:
Spineplot - Zum Zusammenhang von Risikoanalyse und Art des Sicherheitskonzepts



Wenn sich das Sicherheitskonzept der Einrichtungen primär am Brandschutz orientiert, dann werden tendenziell auch seltener Risikoanalysen durchgeführt als wenn das Konzept verschiedene Notfall- und Gefahrensituationen integriert (kleine Effektgröße CramerV = 0.21).

7.2. Systematische Erfassung von Klassifikations- und Diagnose-Systemen

Wie oben schon angesprochen, hat die Durchführung von Risikoanalysen, die die verschiedenen Arten von Beeinträchtigungen in Rechnung stellen, sinnvoller Weise die Erfassung geeigneter

Indikatoren für diese Beeinträchtigungen zur Voraussetzung. Wir haben in der Befragung nach der Verbreitung ausgewählter Diagnose- und Klassifikationssysteme in den Einrichtungen gefragt:

- ICF – Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit der WHO
- ICD 10 – Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme der WHO
- Schwerbehinderung mit Grad der Schwerbehinderung
- Schwerbehinderung mit Merkzeichen
- MELBA bzw. MELBA-SL - Merkmalprofile zur Eingliederung Leistungsgewandelter und Behinderter in Arbeit

Zur Erläuterung: Nach dem Sozialgesetzbuch IX gilt als schwerbehindert, wer mindestens einen Grad der Behinderung (GdB) von 50 aufweist (§ 2 Abs. 2 SGB IX). Als behindert wird bezeichnet, wer einen GdB von 20, 30 oder 40 hat (§ 69 Abs. 1 SGB IX). Die Merkzeichen, die im Schwerbehindertenausweis verzeichnet sind, charakterisieren die zentralen Formen der Schwerbehinderung (Blindheit und hochgradige Sehbehinderung, Gehörlosigkeit, Hilflosigkeit, außergewöhnliche Gehbehinderung, Berechtigung für eine ständige Begleitung, Erhebliche Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr, etc.).

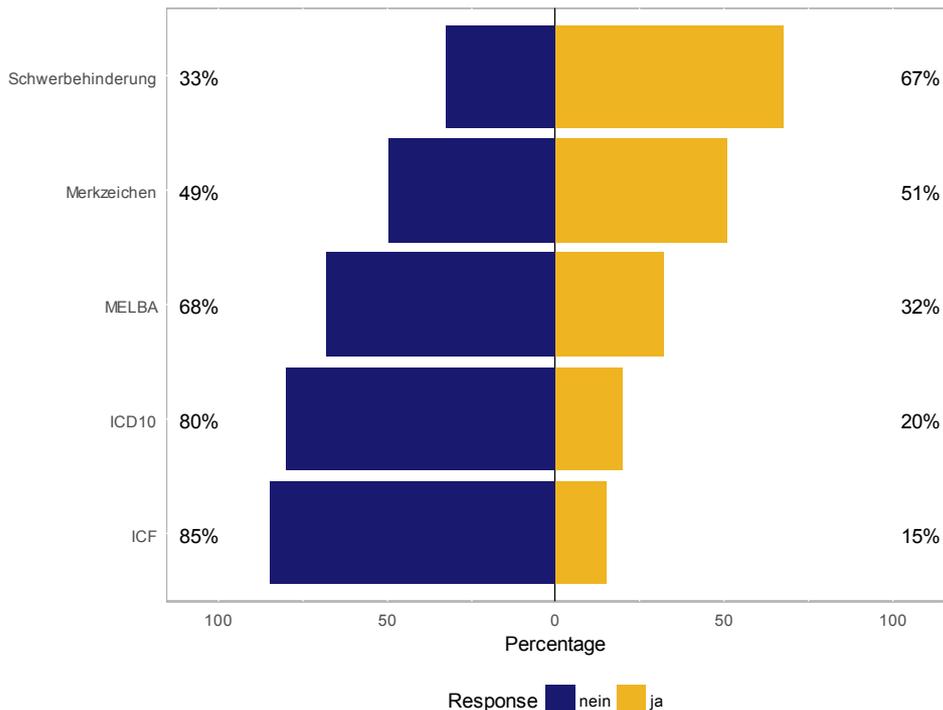
Zur Nutzung im Rahmen der beruflichen Rehabilitation wurde das Klassifikationssystem MELBA (Merkmalprofile zur Eingliederung Leistungsgewandelter und Behinderter in Arbeit, vgl. Kleffmann et al 1997, Föhres et al 2004) an der Universität Siegen entwickelt, mit dem einerseits Fähigkeitsprofile und andererseits Anforderungsprofile von Arbeitstätigkeiten in Bezug auf Menschen (mit Beeinträchtigung) gegenübergestellt werden können. Das Modul MELBA SL ist eine Erweiterung der MELBA-Standardversion, um eine differenziertere Dokumentation von Fähigkeiten und Anforderungen im Bereich unterdurchschnittlicher Ausprägungen zu ermöglichen. Selbst geringfügige Veränderungen in den Fähigkeiten bzw. in den Anforderungen von Tätigkeiten können so sichtbar gemacht werden.

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 44:

Vorhandene Klassifikations- und Diagnosesysteme

Welche der folgenden Klassifikations- und Diagnose-Systeme werden in Ihrer Einrichtung derzeit systematisch erfasst?



Am häufigsten ist die systematische Erfassung des Grades der Schwerbehinderung vertreten (in 67 % aller Einrichtungen). Diese Daten geben aber keine substantziellen Informationen über die Art der Schwerbehinderung, die für Risikoanalysen von Räumungsprozessen nutzbar wären, im Gegensatz zu den Merkzeichen. Diese wiederum werden nur von rund der Hälfte der Werkstätten erhoben. Am wenigsten Verbreitung findet bislang die ICF-Klassifikation: Lediglich 15 % der Einrichtungen arbeiten derzeit damit.

7.3. System der Helferzuordnung im Notfall

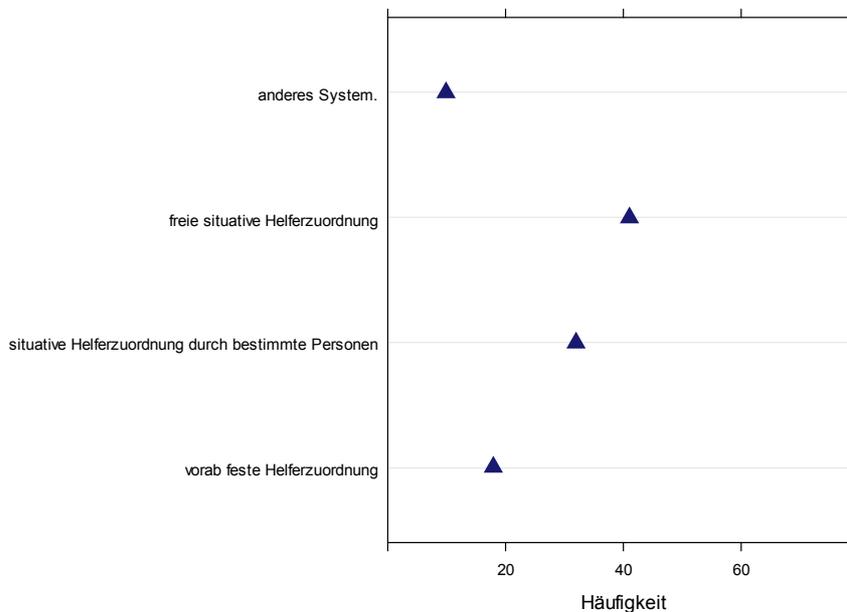
Die ausreichende Bereitstellung und Zuordnung von Helfern für assistenzbedürftige Personen im Räumungsfall ist ein systematischer Bestandteil des Risikomanagements, indem aufbauend auf einer Risikoidentifizierung (Erfassung der Anzahl der hilfebedürftigen Personen) geeignete Regelungen und Ressourcen für die Assistenz bereit gestellt werden (Anzahl der Helfer).

Wie weiter oben schon ausgeführt, sagen 59 % der Werkstätten, dass in ihren Einrichtungen ein spezielles System der Helferzuordnung für Menschen mit besonderem Assistenzbedarf im Räumungsfall existiert. Wir haben weiter danach gefragt, wie dieses spezielle System im Detail aussieht. Als Antwortoptionen waren vorgegeben:

- Es werden den assistenzbedürftigen Personen vorab namentlich feste Helfer zugeordnet (vorab feste Helferzuordnung).
- Es gibt keine feste namentliche Helferzuordnung im Vorfeld. Die Helferzuordnung erfolgt konkret und situativ in der Räumungssituation. Es ist genau definiert, welche Person im Räumungsfall die Helferzuordnung durchführt (situative Helferzuordnung durch bestimmte Personen).
- Es gibt keine feste namentliche Helferzuordnung im Vorfeld. Die Helferzuordnung erfolgt konkret und situativ in der Räumungssituation. Es gibt keine weiteren Vorgaben zur Helferzuordnung (freie situative Helferzuordnung).
- Anderes System.

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 45:
Wie ist das System der Helferzuordnung für Personen, die nicht oder nur eingeschränkt zur Selbstrettung fähig sind, im Detail für den Räumungsfall geregelt?



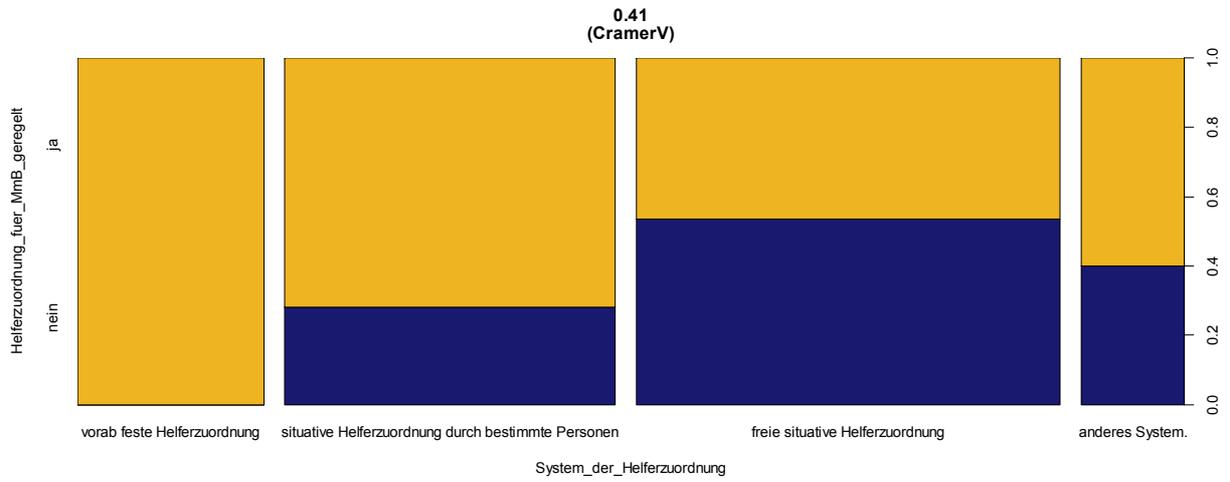
Als häufigstes System wird die „freie situative Helferzuordnung“ mit 41 % genannt, gefolgt von der „situativen Helferzuordnung durch bestimmte Personen“ mit 32 % und der „vorab festen Helferzuordnung“ mit 18 %. Auf die Restkategorie „anderes System“ entfallen 10 %.

Es liegt die begründete Vermutung nahe, dass Einrichtungen, die faktisch über kein definiertes System der Helferzuordnung verfügen, dieses als „freie situative Helferzuordnung“ deklarieren. Doch das trifft nur z.T. zu (siehe dazu die folgende Abbildung).

Erwartungsgemäß existiert ein prägnanter Zusammenhang zwischen der Art der Helferzuordnung und der Existenz eines Systems der Helferzuordnung (mittlere Effektgröße CramerV = 0.41).

Einrichtungen, die eine „vorab feste Helferzuordnung“ praktizieren, deklarieren diese Regelung zu 100 % als „System einer Helferzuordnung“. Bei einer „situativen Helferzuordnung durch bestimmte Personen“ begreift schon deutlich über 20 % der Einrichtungen diese Regelung nicht als „System“. Bei der „freien situativen Helferzuordnung“ wächst dieser Anteil auf rund die Hälfte an. Aber für die andere Hälfte der Werkstätten, die mit einer „freien situativen Helferzuordnung“ arbeiten, ist dies eine ganz bewusste Systementscheidung, eine ganz bewusste Wahl für eine spezifische Helferzuordnung. Die Diskussion der Konzepte, der Vor- und Nachteile wird im abschließenden Kapitel „Fazit und Diskussion“ wieder aufgenommen.

Abbildung 46:
Spineplot - Zum Zusammenhang von geregelter Helferzuordnung und System der Helferzuordnung



8. Themenbereich: Schadensfälle in den Einrichtungen

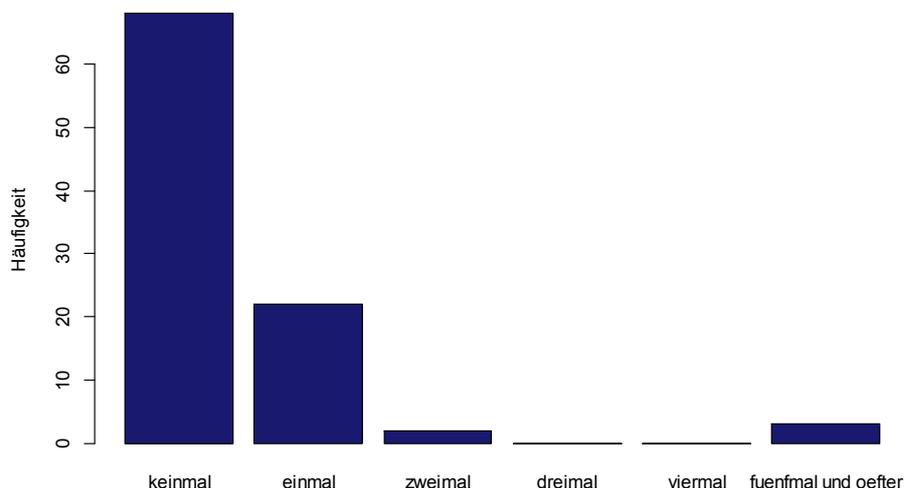
Schadensfälle, speziell Brandschadensfälle in Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe finden i.d.R. hohe Aufmerksamkeit in der medialen Berichterstattung. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang nur an den Brand in der Werkstatt Titisee-Neustadt am 26. November 2012 mit insgesamt 14 Toten (vgl. Straub 2013). Gleichwohl weiß keiner so ganz genau, wieviel Brandschadensfälle es in der BRD jährlich eigentlich gibt und wie viele davon beispielsweise auf Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen entfallen. Anders als bei der Produktion von Hühnereiern – und anders auch als bei der statistischen Erfassung von Bränden in England (vgl. z.B. Home Office Statistics 2016) - existiert in Deutschland keine Bundesstatistik, die derlei Brandschadensfälle systematisch erfassen würde. Im Rahmen der Online-Befragung haben wir versucht, uns vorsichtig dieser hochsensiblen Thematik anzunähern.

8.1. Brandschadensfälle in den letzten 5 Jahren

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 47:
In Werkstätten

Denken Sie bitte an den Zeitraum der letzten 5 Jahre zurück. Wie oft ungefähr hat es in diesem Zeitraum in Ihren Einrichtungen Brandschadensfälle gegeben, die mit einer Räumung bzw. Evakuierung verbunden waren?



Mehr als 1/4 (28 Prozent) aller antwortenden (Werkstatt-) Leitungen gibt an, dass es in den letzten 5 Jahren mindestens einen (non-trivialen) Brandschadensfall in ihren Einrichtungen gegeben hat, der mit einer Räumung verbunden war.

Aber cave: Das bedeutet etwas anderes als die Aussage „In mehr als 1/4 aller Einrichtungen hat es in den letzten 5 Jahren mindestens einen Brandschadensfall gegeben, der mit einer Räumung verbunden war.“ Diese Aussage können wir so nicht treffen, denn wir haben die Werkstattleitungen

(mit z.T. mehreren Betriebsstätten) nur nach der Anzahl der Schadensfälle in ihrem Verantwortungsbereich insgesamt befragt.

Aber immerhin bietet dieser Wert von 28 % einen ersten Anhaltspunkt zur Zahl der Brandschadensfälle in Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Einschränkend muss aber zugleich erwähnt werden, dass auf diese hochsensible Frage nur vergleichsweise wenig Werkstättenleitungen geantwortet haben (N=95) und deshalb von „systematischen“ Ausfällen ausgegangen werden muss, so dass die tatsächliche Quote doch deutlich über dem Wert von 28 % liegen sollte.

Zur Erinnerung: Und in mehr als 1/3 der betroffenen Einrichtungen haben diese Brandschadensfälle – wie oben berichtet - schließlich zu einer Änderung des Sicherheitskonzepts geführt. Das ist als Indiz dafür zu werten, dass die Konzepte in der Praxis möglicherweise noch nicht durchweg hohen Standards genügen.

8.2. Notfalleinsätze in den letzten 3 Jahren

Perspektive der Werkstätten

Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle noch einmal erwähnt: 59 % der Werkstättenleitungen sagen, in letzten 3 Jahren habe es Notfalleinsätze der Feuerwehr in ihrer Einrichtung / in ihren Einrichtungen gegeben (s.o.).

Perspektive der Feuerwehren

Diese Größenordnung bestätigen die Feuerwehren (Berufsfeuerwehr wie Freiwillige Feuerwehr) unisono: um die 50 % haben in letzten 3 Jahren Notfalleinsätze in Einrichtungen der Eingliederungshilfe gehabt.

9. Themenbereich: Hilfebedarfe der Einrichtungen

9.1. Gewünschte Sicherheitstechnik

Den Werkstattleitungen wurde im Rahmen der Befragung folgende Liste mit Sicherheitstechnik vorgelegt:

- barrierefreie Brandschutzordnung (z.B. in Braille-Schrift, in leichter Sprache, als Tonband/MP3-Format, als Großdruck)
- barrierefreie Räumungs-/Evakuierungspläne (z.B. als taktil erfassbare Gebäudegrundrisse mit Rettungswegen, in Braille-Schrift, in leichter Sprache, als Tonband/MP3-Format, als Großdruck)
- barrierefreies Alarmierungssystem (z.B. personalisierte Alarmierung mittels Armband/Pager, akustische, visuelle und taktile technische Alarmierung, barrierefreie manuelle Notrufmöglichkeiten zusätzlich zur automatischen)
- barrierefreie Fluchtweglenkung (z.B. akustische, visuell-dynamische oder taktile (z.B. mittels Braille-Schrift an Türen, Wänden und Geländern) Lenkung bei der Evakuierung)
- barrierefreie Öffnung von Türen, speziell von Rauch- und Brandschutztüren (z.B. mittels Tastenbedienung oder Sensormatte)
- anderes.

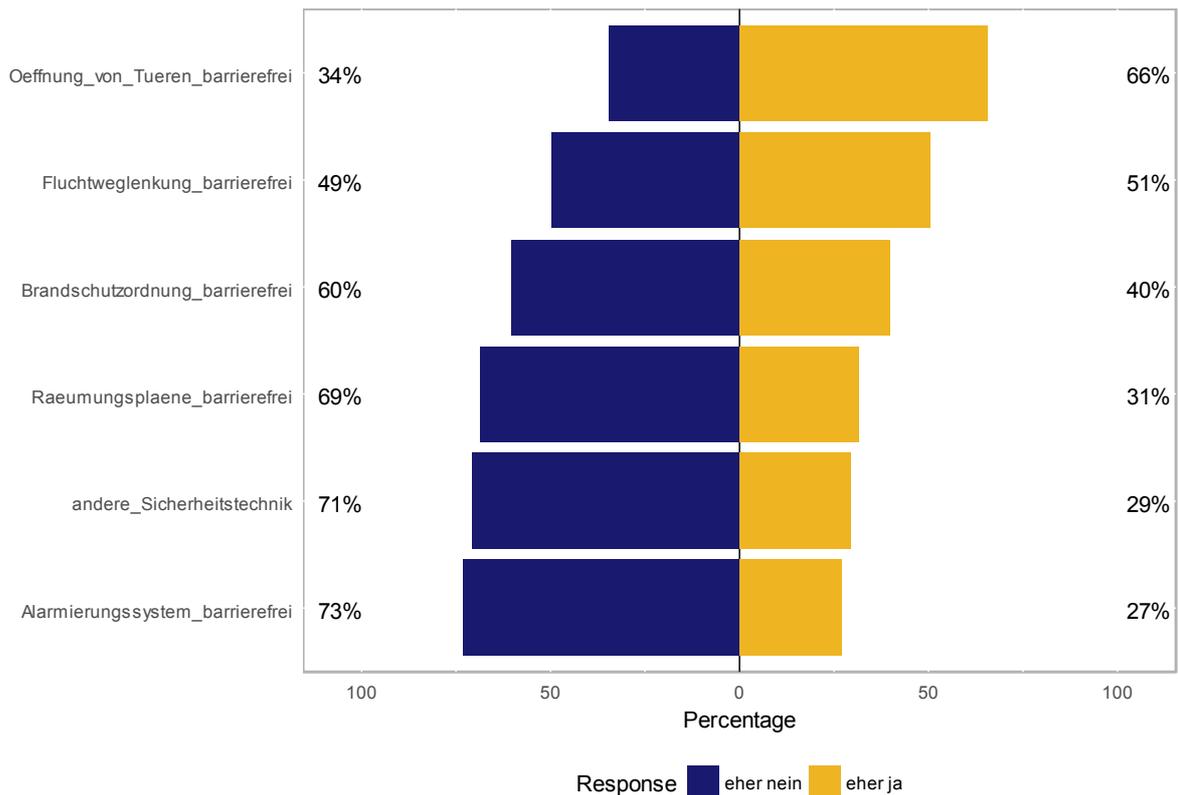
Damit verbunden war die folgende, unten aufgeführte Frage.

Es wurde ganz bewusst darauf verzichtet nach Aufzugssystemen wie Sicherheits-, Evakuierungs- oder Feuerwehraufzügen zu fragen. Die kontroverse Diskussion um die Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit und Finanzierbarkeit solcher Systeme hält schon seit einigen Jahren an. Die eine Extremposition, die weithin in der Praxis gilt, fordert die Außerbetriebnahme von Aufzügen im Brandfall. Die andere Position fordert demgegenüber: Für barrierefreie Gebäude müssen auch barrierefreie Rettungswege – z.B. mittels Fahrstühlen - vorhanden sein. Die Diskussion soll an dieser Stelle aber nicht weiter vertieft werden.

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 48:

Welche Sicherheitstechnik würden Sie sinnvollerweise - unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten und der Zusammensetzung Ihrer Mitarbeiterschaft mit Beeinträchtigungen - gerne zusätzlich in Ihrer Einrichtung einsetzen, um die Sicherheitsinfrastruktur zu stärken?



Die mit Abstand meisten Nennungen entfallen auf die Sicherheitstechnik zur barrierefreien Öffnung von Türen, speziell von Rauch- und Brandschutztüren. 66 % der Werkstattleitungen würden solch eine Technik gerne in ihrer Einrichtung zur Stärkung der Sicherheitsinfrastruktur einsetzen, tun oder können es aber nicht. Die Gründe dafür werden im folgenden Abschnitt aufgegriffen.

9.2. Änderungsbedarfe

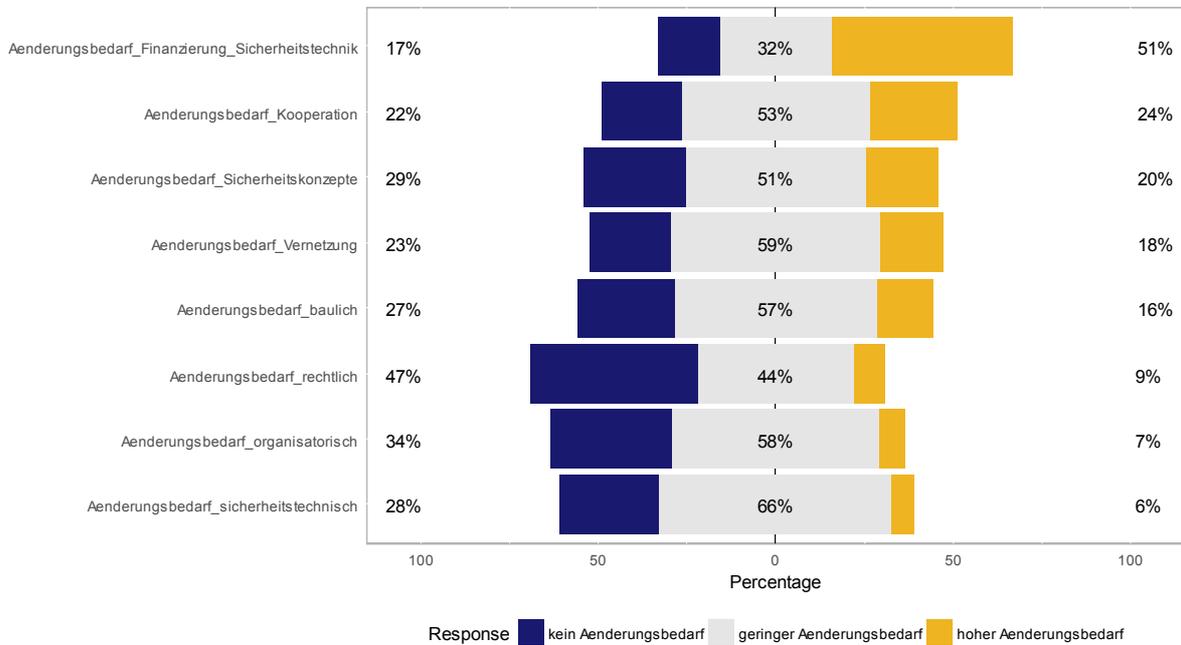
Die Werkstattleitungen wurden zu dem aus ihrer Sicht notwendigen Änderungsbedarf in den folgenden Handlungsbereich befragt:

- rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. Bauordnungen, Sonderbauverordnungen, Brandschutzordnung, Normen und technische Richtlinien)
- baulicher Bereich der Einrichtungen
- sicherheitstechnischer Bereich der Einrichtungen (Anlagentechnik, ohne Bautechnik)
- organisatorischer Bereich der Einrichtungen („betriebliche Maßnahmen“)
- Vernetzung von baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen
- Entwicklung (qualifizierter) Sicherheitskonzepte für die Einrichtungen
- Finanzierung der Sicherheitstechnik vor Ort in den Einrichtungen
- Kooperationen der verschiedenen Akteure im Sicherheitsbereich

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 49:**Änderungsbedarfe zur Sicherheitsinfrastruktur**

Wie hoch schätzen Sie den Änderungsbedarf in den einzelnen Handlungsbereichen ein, um die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen noch besser gewährleisten zu können? - Werkstätten



Die Werkstätten sehen überwiegend in allen Handlungsbereichen einen Änderungsbedarf – mit Ausnahme der rechtlichen Rahmenbedingungen. Hier befürchten die Werkstätten wohl eher eine weitere Verrechtlichung, Normierung und „Überregulierung“ in Bezug auf die Sicherheitsanforderungen. Frei nach dem Motto: Ist die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet, dann ... Andererseits – und das haben die Textanalysen zu den zentrale Problemen bei der Stärkung der Sicherheitsinfrastruktur gezeigt (siehe weiter unten) -, sehen die Werkstätten das Problem, dass es in der BRD keine (bau)rechtlichen Anforderungen gibt, die die besonderen Bedarfe von Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung berücksichtigen, wodurch auch kein Refinanzierungsdruck bei den Leistungsträgern entsteht und die Einrichtungen die Finanzierung aus eigener Kraft stemmen müssen. Oder anders formuliert, mit den Worten einer Werkstattdirektion: „Es gibt keine bauliche Anforderung an Werkstattgebäude, über die baurechtlichen Anforderung von Sonderbauten hinaus. Eine barrierefreie Evakuierung inklusive zweitem Rettungsweg ist nicht vorgeschrieben“. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass der mit Abstand höchste Änderungsbedarf von den Werkstattdirektionen im Bereich der Finanzierung der Sicherheitstechnik gesehen wird.

Perspektive der Feuerwehren

Abbildung 50:

Wie hoch schätzen Sie den Änderungsbedarf in den einzelnen Handlungsbereichen ein, um die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen noch besser gewährleisten zu können? – Berufsfeuerwehren BRD

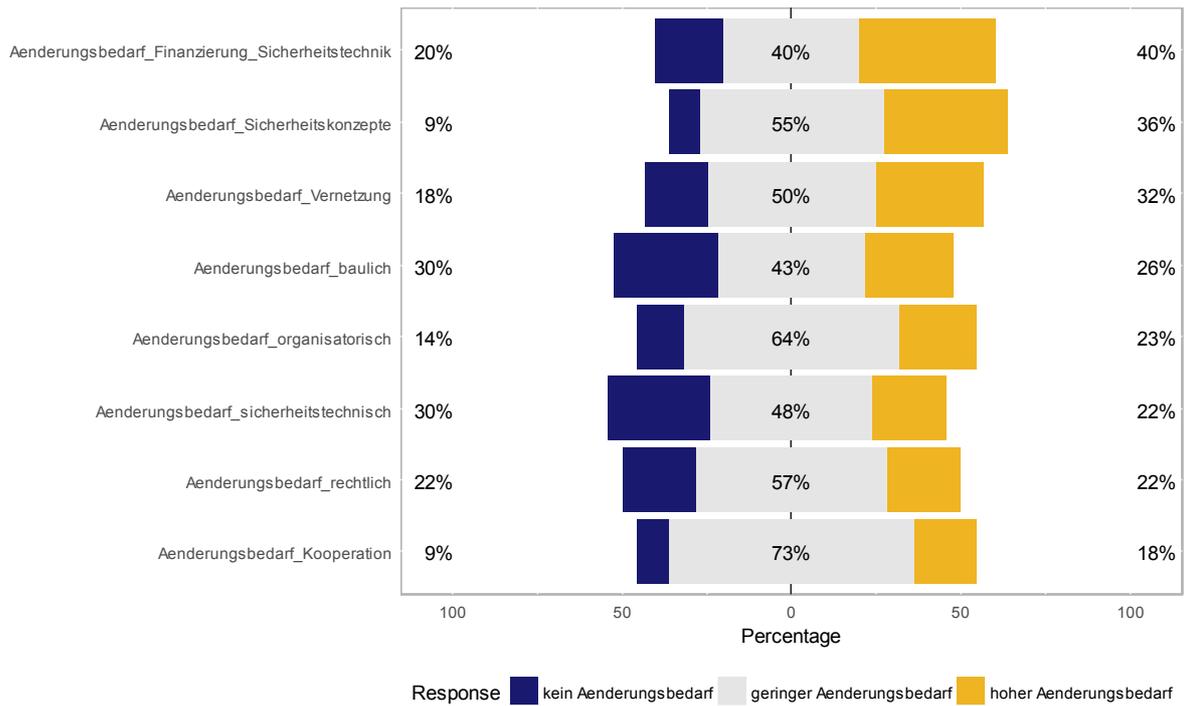
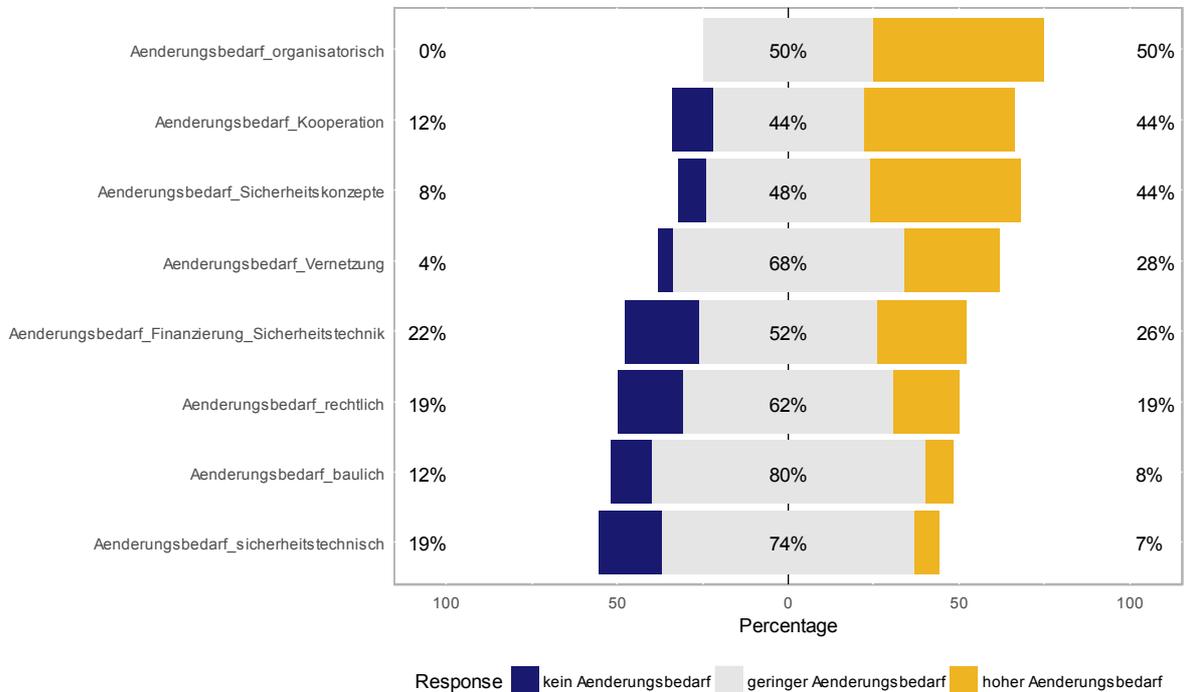


Abbildung 51:
Wie hoch schätzen Sie den Änderungsbedarf in den einzelnen Handlungsbereichen ein, um die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen noch besser gewährleisten zu können? – Freiwillige Feuerwehren NRW



Die Feuerwehren erachten in allen genannten Handlungsbereichen Änderungen für notwendig. Ähnlich wie bei den Werkstatlleitungen stehen auch bei den Berufsfeuerwehren Änderungen bei der Finanzierung der Sicherheitstechnik an erster Stelle: Hier zeigen sich die größten Anteile beim

„hohen Änderungsbedarf“. Demgegenüber betonen die Freiwilligen Feuerwehren eher den Änderungsbedarf bei den organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen der Einrichtungen.

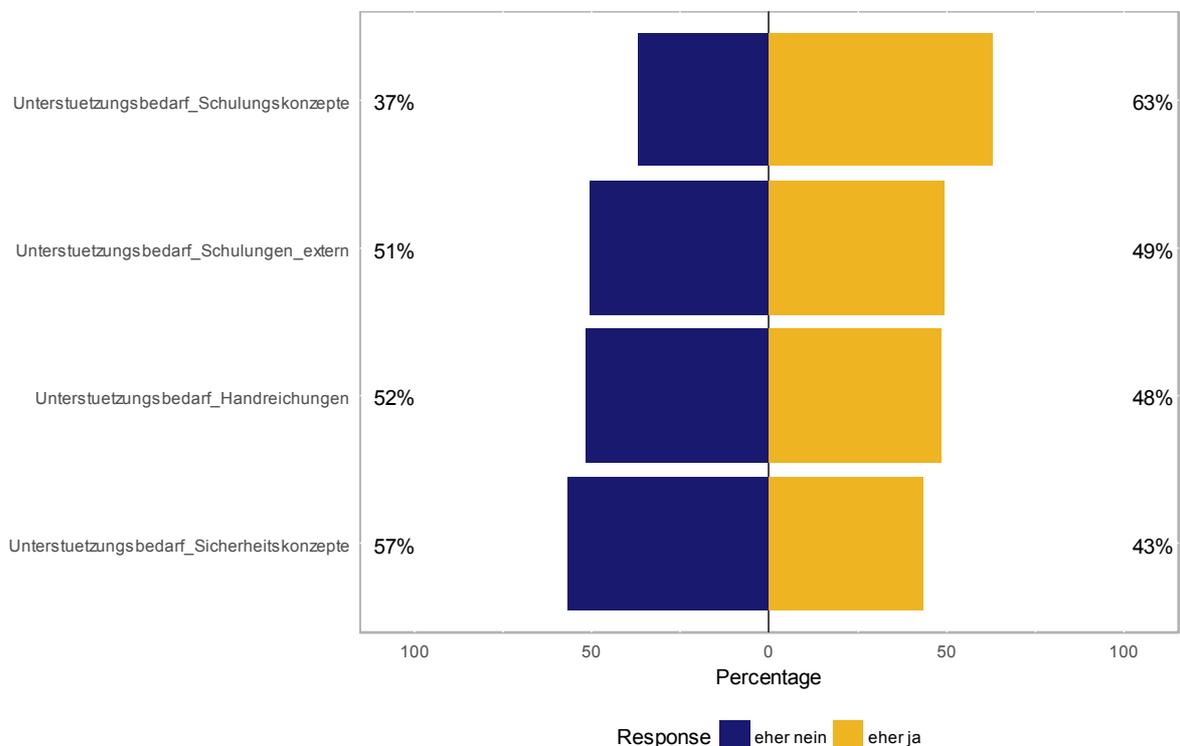
9.3. Unterstützungsbedarfe

Die Werkstatteleitungen wurden auch gefragt, in welchen der folgenden Bereiche sie einen besonderen Unterstützungsbedarf haben:

- Unterstützung bei der Entwicklung (qualifizierter) Sicherheitskonzepte
- Verfügbarkeit konkreter Handlungsempfehlungen in Form von Handreichungen und Leitfäden zur Sicherheitsthematik
- Verfügbarkeit von Schulungskonzepten zu Sicherheitsfragen, die intern genutzt werden können
- Schulungen in Sicherheitsfragen durch Externe.

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 52:
Unterstützungsbedarfe bei der Sicherheitsinfrastruktur
 In welchen Bereichen sehen Sie einen besonderen Unterstützungsbedarf Ihrer Einrichtung in Fragen der Sicherheitsinfrastruktur? - Werkstätten

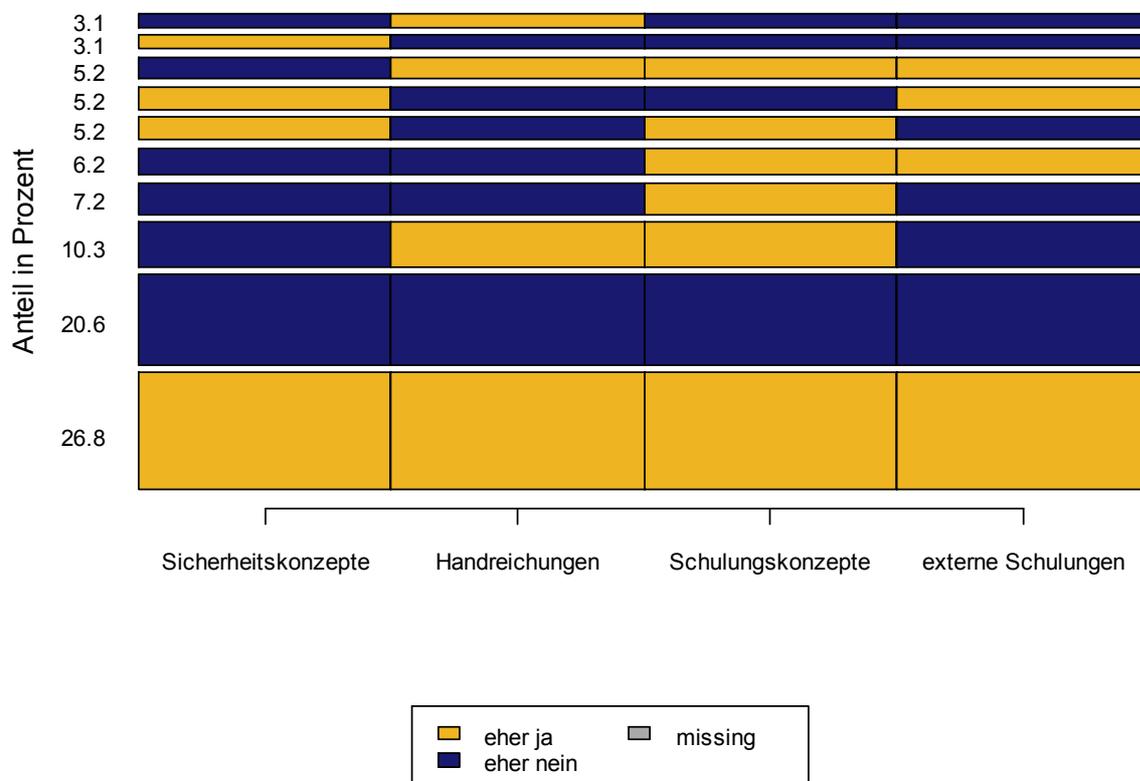


Überschlägig lässt sich sagen, dass jeweils nahezu die Hälfte der Einrichtungen in jedem der Bereiche einen besonderen Bedarf artikuliert. An der Spitze steht allerdings mit 63 % der Einrichtungen der beklagte Mangel an geeigneten Schulungskonzepten zu Sicherheitsfragen für den internen Gebrauch. Augenscheinlich reichen die derzeitigen Angebote und Angebotsstrukturen z.B. der Feuerwehren

oder auch der Berufsgenossenschaften nicht aus, die Bedarfslagen der Einrichtungen in diesem Bereich hinreichend abzudecken.

Darüber hinausgehend lassen sich aber auch Cluster bzw. Konfigurationen des Unterstützungsbedarfs identifizieren. So ist es möglich abzuschätzen, welche Unterstützungsbedarfe in welcher Kombination von den Werkstatteleitungen benannt werden und wie groß diese Gruppen bzw. Cluster sind. Siehe dazu den folgenden Konfigurationsplot mit den 10 größten Konfigurationen.

Abbildung 53:
Konfigurationsplot - In welchen Bereichen sehen Sie einen besonderen Unterstützungsbedarf Ihrer Einrichtung in Fragen der Sicherheitsinfrastruktur? - Werkstätten

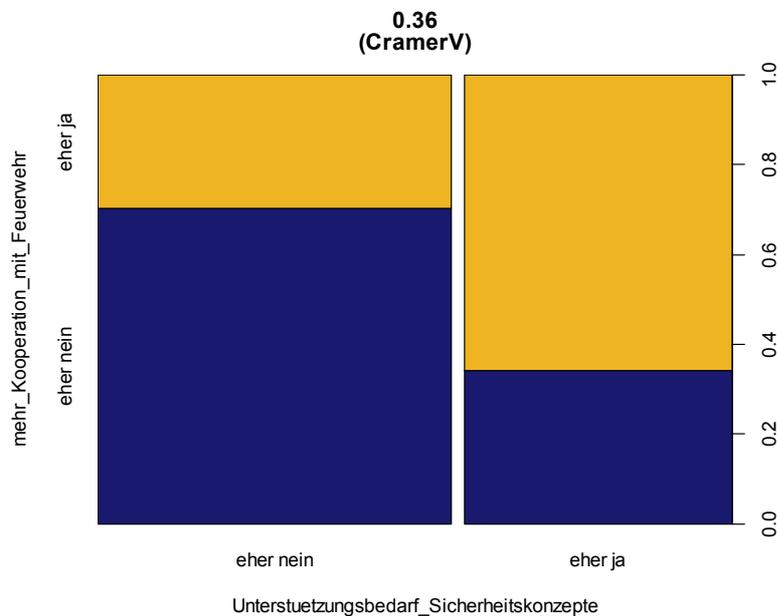


Die einzelnen Kombinationen/Konfigurationen der Unterstützungsbedarfe sind als unterschiedlich hohe Balken angegeben. Die Höhe der Balken entspricht dem Anteil der Fälle, der auf diese Konfiguration entfällt. Die Balken/Konfigurationen sind nach der Höhe der Anteile/der Anzahl der Fälle von unten nach oben sortiert. Mit 26.8 % aller Werkstatteleitungen ist die Gruppe, die in allen aufgeführten Bereichen einen Unterstützungsbedarf hat (goldene Farbe) am stärksten vertreten, gefolgt von der Konfiguration, die keinerlei besonderen Bedarf (blaue Farbe) artikuliert mit 20.6 Prozent. Dies bedeutet im Umkehrschluss aber, dass rund 80 % der Werkstatteleitungen in mindestens einem der genannten Bereiche einen besonderen Bedarf besitzen.

Eine Data-Mining-Analyse (siehe die Anmerkungen im Methodenteil oben) zur Identifikation der besten Prädiktoren für den Unterstützungsbedarf bei den Sicherheitskonzepten wiederum zeigt Folgendes: Die Einrichtungen, die einen besonderen Bedarf bei den Sicherheitskonzepten haben, sind

überproportional zugleich auch die Werkstätten, die sich eine stärkere Kooperation mit den Feuerwehren wünschen (CramerV= .36 mit mittlerer Effekgröße; siehe den folgenden Plot).

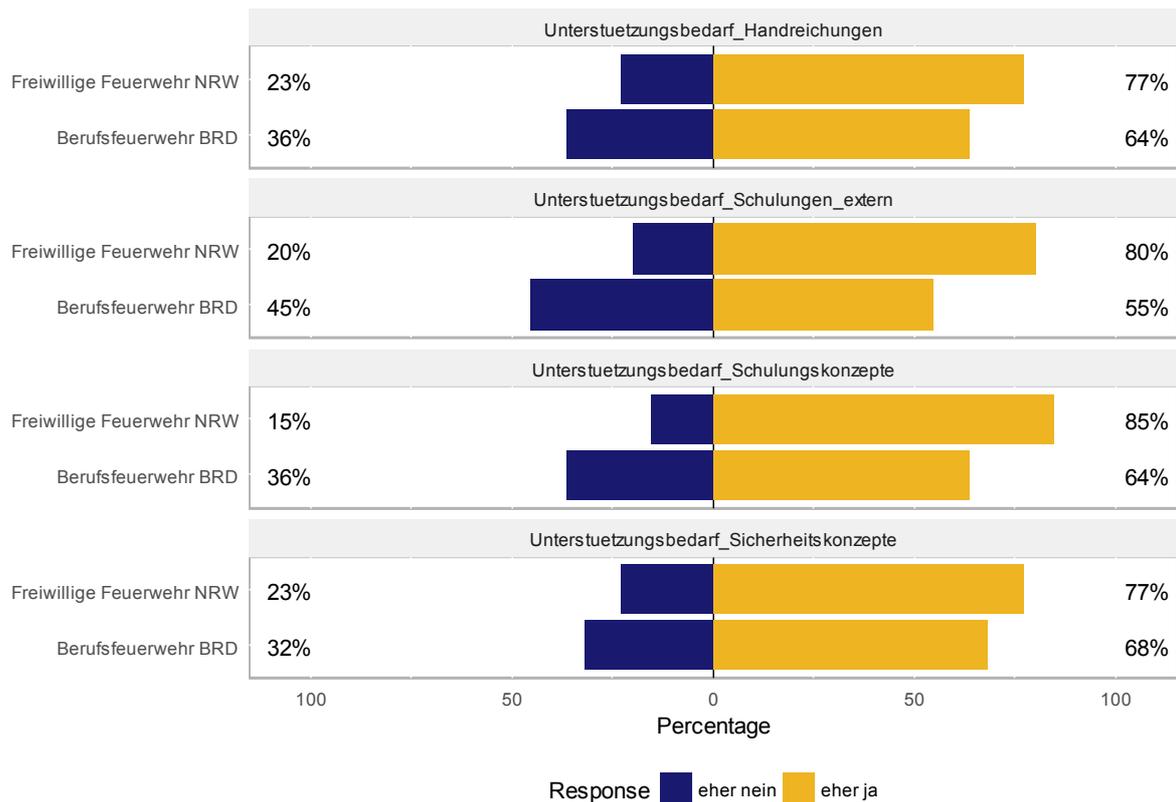
Abbildung 54:
Spineplot - Zum Zusammenhang von Unterstützungsbedarf und dem Wunsch nach mehr Kooperation mit der Feuerwehr



Die Feuerwehr ist also akzeptierter zentraler Akteur und Ansprechpartner für die Einrichtungen. Bei dieser Konstellation liegt es nahe – allen Ressourcenproblemen in Sachen Personal und Zeit zum Trotz - Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, die eine engere Kooperation der beiden Akteure im Kontext der Sicherheitskonzepte ermöglichen. Zur Erinnerung: In den letzten 3 Jahren hatten nach eigenen Angaben nur 39 % der Werkstätten ihre Sicherheitskonzepte in Zusammenarbeit mit der örtlichen Feuerwehr weiter entwickelt.

Perspektive der Feuerwehren

Abbildung 55:
In welchen Bereichen sehen Sie einen besonderen Unterstützungsbedarf bei den Werkstätten in Fragen der Sicherheitsinfrastruktur? - Feuerwehren



Ähnlich wie die Einrichtungen selber – aber mit deutlich höheren Anteilen - sehen auch die Feuerwehren einen hohen Unterstützungsbedarf der Werkstätten in den genannten Bereichen. Dabei liegen die Anteile der Freiwilligen Feuerwehren, die mit „eher ja“ votieren, durchweg über denen der Berufsfeuerwehr.

9.4 Zentrale Probleme bei der Stärkung der Sicherheit

Perspektive der Werkstätten

Welches ist aus Ihrer Sicht das größte Problem bei dem Bemühen, die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu gewährleisten und zu stärken?

Im Folgenden sind wieder die Ergebnisse der quantitativen Textanalysen zu der oben genannten Fragestellung aufgeführt.

Abbildung 56:
Die 15 häufigsten Begriffe (Wortstämme) zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Werkstätten

TERM	% Term/Level
mensch	2.38
baulich	1.51
feuerwehr	1.08
kost(en)	1.08
muss(müssen)	1.08
beeinträchtigung	0.86
brandschutz	0.86
bzw	0.86
evakuierung	0.86
finanziell	0.86
grosst(größte)	0.86
imm(er)	0.86
person	0.86
probl(em)	0.86
ubung(übung)	0.86
...	

Abbildung 57:
Wordcloud (ohne Umlaute) der Begriffe/Wortstämme zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Werkstätten



Abbildung 58:**Kontext/Konkordanzen zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Werkstätten**

Begriff / Wortstamm	Exemplarische Kontexte der Begriffe (Formulierungen der Werkstattleitungen)
baulich	<p>Die baulichen Gegebenheiten (Altbaubestand) lassen sich nur kostenintensiv auf den aktuellen barrierefreien Stand bringen.</p> <p>Der Standard im technischen und baulichen Brandschutz hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Damit sind auch steigende Kosten sowohl in der Anschaffung als auch Folgekosten (Wartungen, Prüfungen) verbunden. Dies ist durch Kostenträger nicht ausreichend abgedeckt, so dass die Einrichtung erhebliche Finanzlücken stemmen müssen.</p> <p>Es gibt keine baulichen Anforderungen, die die besonderen Bedarfe von Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung berücksichtigen. Dadurch entsteht kein Refinanzierungsdruck bei den Leistungsträgern (AfA / Sozialbehörden). Die Träger finanzieren die baulichen Maßnahmen aus eigener Kraft und das ebenso wie sie können bzw. wollen.</p> <p>ältere Betriebsstätten/ Wohnheime an optimales bauliches und sicherheitstechnisches Niveau heranzuführen</p> <p>Kosten für bauliche Maßnahmen</p>
kosten	<p>Die baulichen Gegebenheiten (Altbaubestand) lassen sich nur kostenintensiv auf den aktuellen barrierefreien Stand bringen.</p> <p>Der Standard im technischen und baulichen Brandschutz hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Damit sind auch steigende Kosten sowohl in der Anschaffung als auch Folgekosten (Wartungen, Prüfungen) verbunden. Dies ist durch Kostenträger nicht ausreichend abgedeckt, so dass die Einrichtung erhebliche Finanzlücken stemmen müssen.</p> <p>Kosten für bauliche Maßnahmen</p>
finanziell	<p>Finanzielle Mittel</p> <p>Bauliche Veränderungen und damit der finanzieller Aufwand</p> <p>Durch den alten Bestand der Häuser, ist der finanzielle Aspekt das größte Problem die Sicherheit zu stärken.</p>
feuerwehr	<p>Zusammenarbeit mit der Feuerwehr</p> <p>keine Anerkennung der bemühen der einrichtung - die feuerwehr unterschätzt die tragweite - die beratungsbüros gehen oft nur von normalen menschen aus, zum teil sind unsinnige planungen vorhanden - es fehlt bei vielen beteiligten wissen über menschen mit behinderung</p> <p>Unterstützung seitens Feuerwehr zu gering. Es handelt sich um eine Freiwillige Feuerwehr, die Personalprobleme hat.</p>
brandschutz	<p>Das größte Problem sind mangelnde Kontrollen durch Aufsichtsbehörden verbunden mit dem fehlenden Bewußtsein beim Gesetzgeber im Freistaat Sachsen in Bezug auf vorbeugenden und aktiven Brandschutz, die Altbestandregelung in Bezug auf die Ausrüstung mit Brandsicherheitstechnik sowie die fehlende bzw. nicht geklärte Finanzierung für technische Nachrüstungen.</p>

Als Kernstück des Problems, die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu stärken, lassen sich aus der Perspektive der Werkstattleitungen die Kosten für den technischen und insbesondere baulichen Brandschutz ausmachen, die aufgrund fehlender Rechtsgrundlagen von der Refinanzierung durch die Kostenträger häufig ausgenommen sind und folglich aus Eigenmitteln der Einrichtungen getragen werden müssen. Diese Konstellation verschärft sich für Einrichtungen mit einem hohen Altbaubestand. Darüber hinaus wird auch die Art der Zusammenarbeit mit und die mangelnde Unterstützung durch die örtliche Feuerwehr wg. Personalmangels beklagt. Als zentrale Problemlagen lassen sich demnach zusammenfassen:

FEHLENDE REFINANZANZIERUNGSREGELUNGEN SPEZIELL FÜR DEN BAULICHEN BRANDSCHUTZ – FINANZIERUNGSLÜCKEN DER EINRICHTUNGEN BEIM BRANDSCHUTZ – PROBLEMATISCHER ALTBAUBESTAND – ZUSAMMENARBEIT MIT DER FEUERWEHR.

Auf der anderen Seite bietet aber schon jetzt – unter den gegebenen rechtlichen Bedingungen - die Einstufung als Sonderbau die Möglichkeit einer Anpassung der Maßnahmen (zumindest) im vorbeugenden Brandschutz auf die speziellen Bedürfnisse einer Einrichtung. Im Rahmen der Brandschutzplanung können derlei Anforderungen formuliert und im Baugenehmigungsverfahren dann als baurechtliche und demnach refinanzierbare Forderung verankert werden. Ein solches Vorgehen setzt zum einen „sachkundige Brandschützer“ in Bezug auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen in Notfallsituationen voraus (um angemessene und nicht zwingend kostenintensive Maßnahmen zu definieren), ebenso wie Betreiber, die an der Deklaration als Sonderbau und den damit verbundenen „besonderen Brandschutzmaßnahmen“ auch wirklich interessiert sind. Dies ist in der Praxis nicht immer gegeben. Zu groß ist häufig die Angst, teure besondere Brandschutzmaßnahmen aufgedrückt zu bekommen.

Perspektive der Feuerwehren

Den Feuerwehren wurde die gleiche Fragestellung wie den Werkstattleitungen vorlegt. Die Ergebnisse der quantitativen Textanalyse sind im Folgenden aufgelistet.

Abbildung 59:
Die 15 häufigsten Begriffe (Wortstämme) zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Feuerwehren

TERM	% Term/Level .
mensch	2.82
einricht (ung)	2.56
behindert	2.05
feuerwehr	1.79
ubung (übung)	1.54
betreu (er)	1.28
finanz (iell)	1.28
objekt	1.03
trag (en)	1.03
uben (üben)	1.03
zusammenarbeit	1.03
bedarfnis	0.77
betreuungspersonal	0.77
massnahm (en)	0.77
personal	0.77
...	

Abbildung 60:
Wordcloud (ohne Umlaute) der Begriffe/Wortstämme zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Feuerwehren



Abbildung 61:
Kontext/Konkordanzen zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Feuerwehren

Begriff / Wortstamm	Exemplarische Kontexte der Begriffe (Formulierungen der Feuerwehren)
einrichtung	Organisatorische Maßnahmen der Einrichtungen - Ausbildung, Schulung und Übungen der Einrichtung vor Ort - Brandschutzkonzepte aufstellen und leben - interne Übungen... üben, üben, üben.....all das kommt zu kurz da der Kostendruck das verfügbare Personal nach unten senkt teilweise ist der organisatorische Brandschutz durch das wenige Personal nicht umsetzbar
übung	Es wäre wünschenswert, wenn regelmäßige Räumungsübungen mit der Feuerwehr verpflichtend wären. Dann würde sich die Zusammenarbeit zwangsläufig ergeben. Aus feuerwehrtechnischer Sicht müsste mehr Zeit für gemeinsame Übungen etc. zur Verfügung stehen. Das ist im Ehrenamt schwer zu leisten Ein Konzept für alle, dazu gehören auch gemeinsame Schulungen und Übungen, damit man voneinander lernen kann.
finanziell	Die finanziellen Möglichkeiten Die Finanzierbarkeit Die Finanzierung von Maßnahmen, die nicht explizit auf Rechtsgrundlagen gegenüber dem Betreiber eingefordert werden können. Finanzierungsprobleme der Einrichtungen um die hohen Auflagen für Sicherheitstechnik z.B. aufgeschaltete Brandmeldeanlagen eher akzeptieren zu können.

Die Feuerwehren sehen – ebenso wie die Werkstätten – die restriktiven Finanzierungsbedingungen der Sicherheitstechnik als einen wesentlichen Hemmschuh für die Verbesserung der Sicherheit von

Menschen mit Beeinträchtigungen. Mehr noch als die Werkstattleitungen versprechen sich die Feuerwehren durch mehr gemeinsame Übungen (und auch Schulungen) eine deutliche Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur von Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe. Sie betonen aber zugleich die zeitlichen, personellen und rechtlichen Grenzen solch einer wünschenswerten, verstärkten Zusammenarbeit. Die zentralen Problemlagen aus der Sicht der Feuerwehren lassen sich dementsprechend wie folgt zusammenfassen: RESTRIKTIVE FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN DES BRANDSCHUTZES – MANGELNDE GELEGENHEITEN FÜR GEMEINSAME ÜBUNGEN UND SCHULUNGEN.

10. Exkurs: Wohnstätten

Im Rahmen der Untersuchung wurden die Werkstattleitungen danach gefragt, ob ihr Dachverband bzw. ihre Organisation vor Ort auch Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Personen mit Beeinträchtigungen unterhält. Wenn dies bejaht wurde und die Leitungen sich dazu in der Lage sahen, über die Sicherheitsinfrastruktur der Wohneinrichtungen Auskunft zu geben, dann wurden diese gebeten, die im Folgenden aufgeführten Fragen zu beantworten.

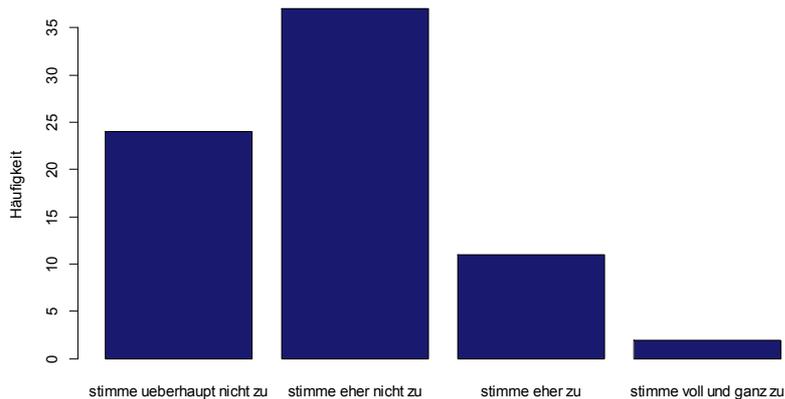
10.1. Qualität der Sicherheitsinfrastruktur in den Wohnstätten

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 62:

Sicherheit in Wohnstätten schlechter als in Werkstätten?

Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: "Die Sicherheitsinfrastruktur ist in diesen Wohneinrichtungen/ Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen insgesamt von schlechterer Qualität als in den Werkstätten!" - Werkstätten

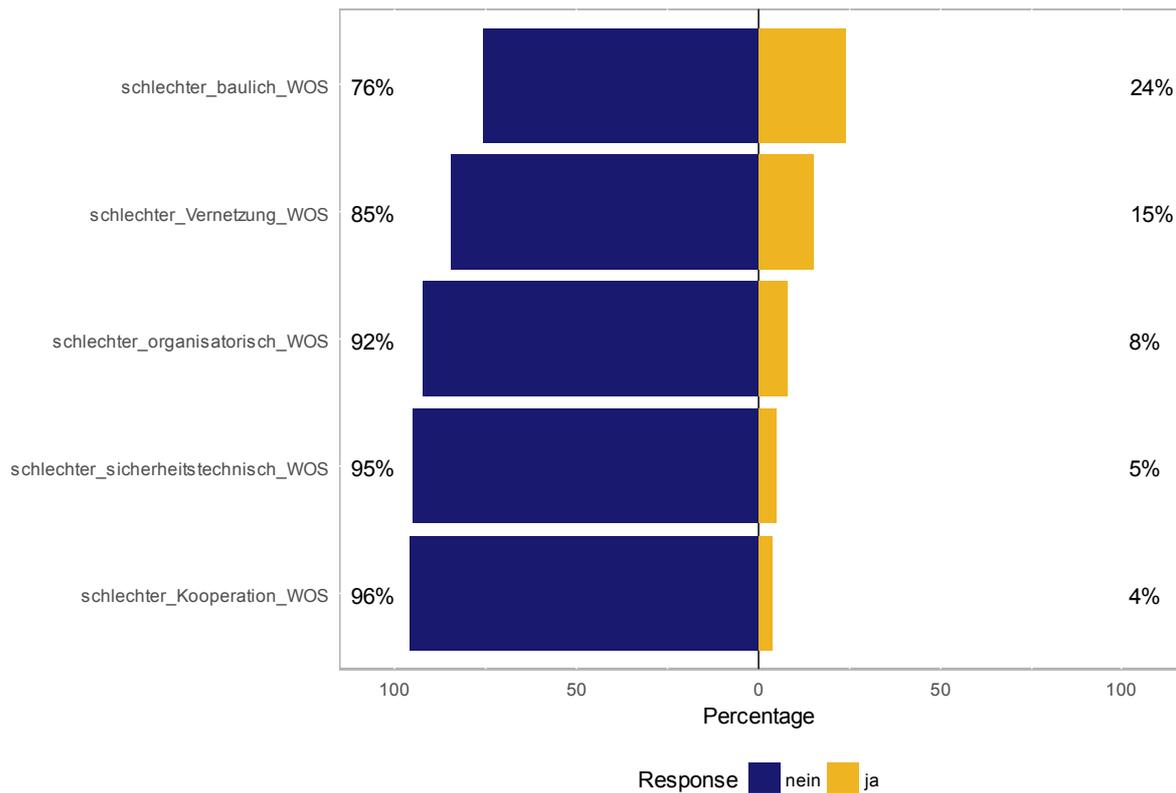


Insgesamt sehen die befragten Leitungen eher keine großen Unterschiede zwischen den Werkstätten und den Wohnstätten in Bezug auf Ausgestaltung der Sicherheitsinfrastruktur. Lediglich 18 % stimmen der Aussage (eher und voll und ganz) zu, dass es um diese in den Wohnstätten schlechter bestellt sei. Was im Einzelfall ein besonders schwerwiegendes Problem darstellt – nämlich den Altbaubestand von Wohneinrichtungen an die gestiegenen Sicherheitsanforderungen anzupassen – scheint in der Fläche augenscheinlich ein weniger großes Problem zu sein

Abbildung 63:

Bereiche schlechter Sicherheitsinfrastruktur in Wohnstätten

In welchen Bereichen ist aus Ihrer Sicht die Sicherheitsinfrastruktur in den Wohneinrichtungen/ Wohnstätten für beeinträchtigte Menschen insgesamt von schlechterer Qualität als in den Werkstätten?



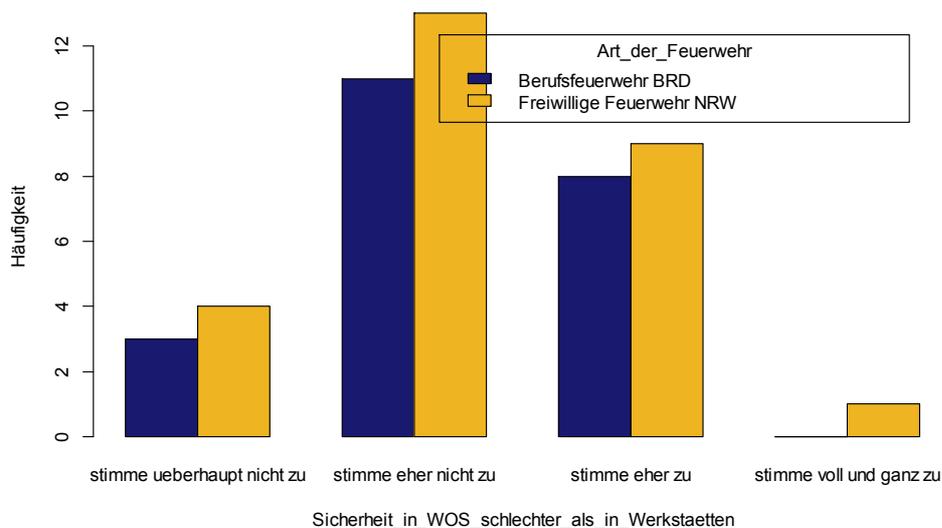
Soweit aber Bereiche genannt werden sollen, in denen die Sicherheitsinfrastruktur in den Wohnstätten schlechter als in den Werkstätten aufgestellt ist, dann werden in erster Linie die baulichen Elemente benannt. Dies deckt sich mit den weiter oben ausgeführten Textanalysen zu den zentralen Problemen bei der Stärkung der Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen. Hier wurde ja insbesondere auf die Problematik des Altbaubestandes hingewiesen, der nur mit hohem – und in der Regel nicht refinanzierbarem – finanziellen Aufwand an die gestiegenen Anforderungen des Brandschutzes angepasst werden kann.

Perspektive der Feuerwehren

Abbildung 64:

Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu:

"Die Sicherheitsinfrastruktur ist in den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen insgesamt von schlechterer Qualität als in den Werkstätten!" - Feuerwehren



Etwas mehr als ein 1/3 der Feuerwehren (36 % bei der Berufsfeuerwehr, 37 % bei der Freiwilligen Feuerwehr) stimmen der Aussage (eher und voll und ganz) zu, dass es um die Sicherheitsinfrastruktur in den Wohneinrichtungen schlechter bestellt sei als in den Werkstätten. Dies sind deutlich höhere Werte als bei der Beurteilung durch die (Werkstatt-) Leitungen mit 18 % (s.o).

Abbildung 65:
Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für beeinträchtigte Menschen? – Berufsfeuerwehren BRD

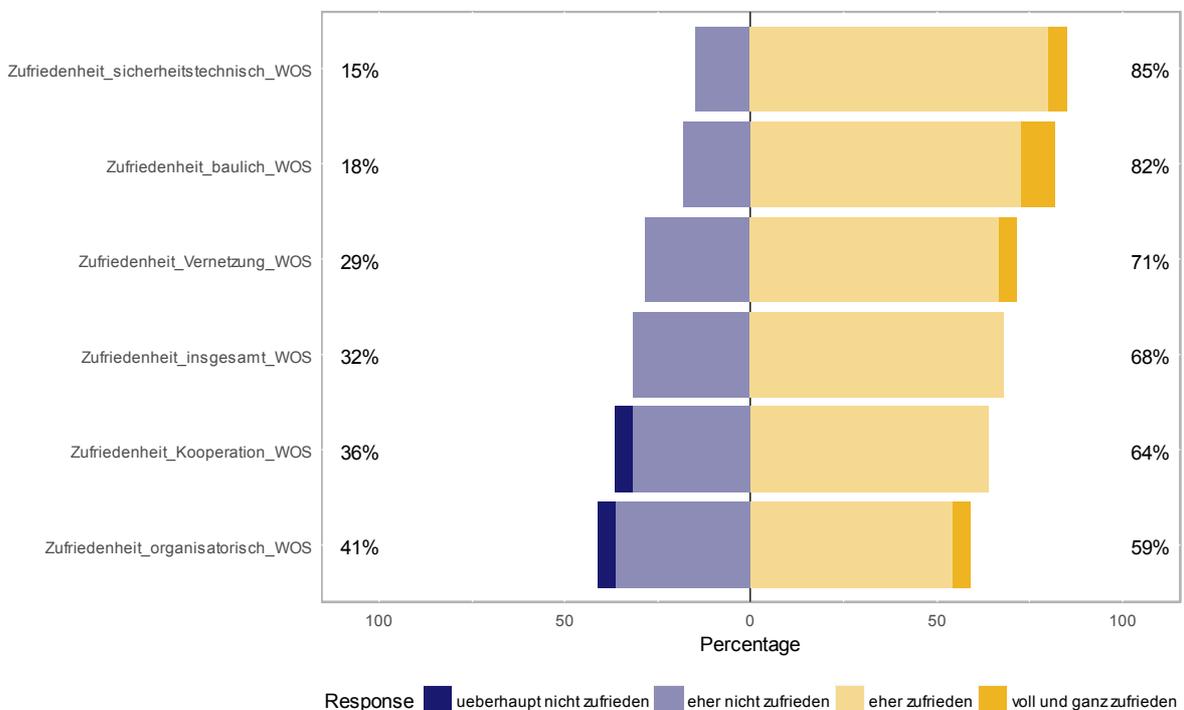
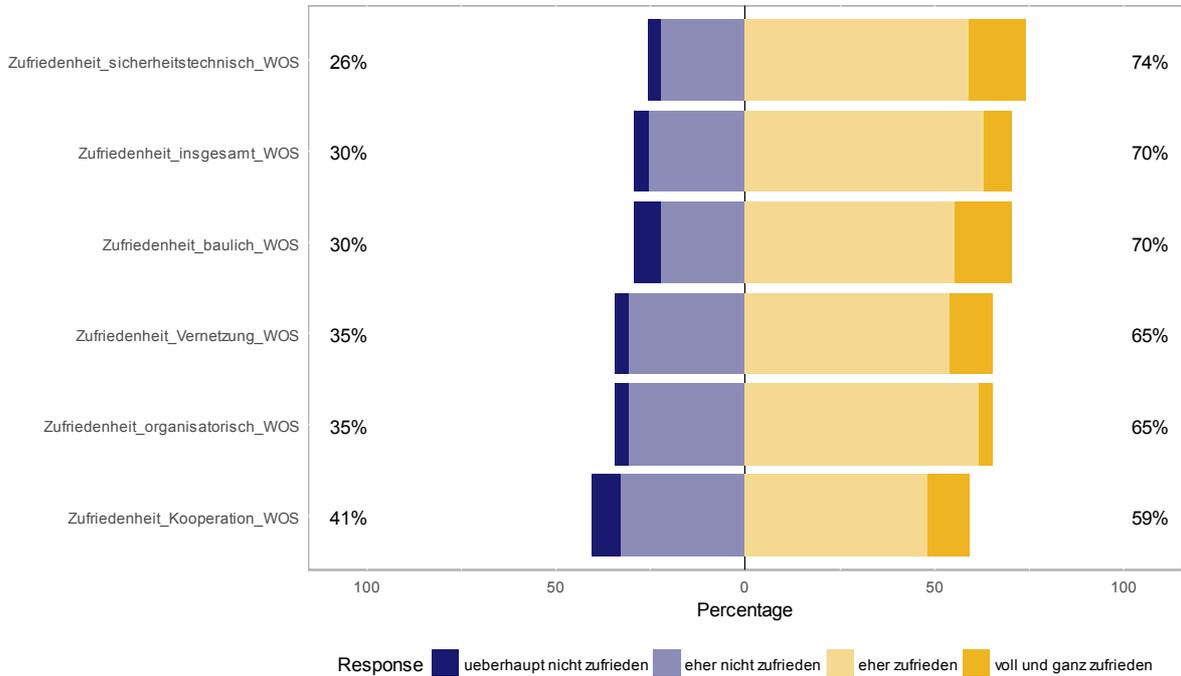


Abbildung 66:

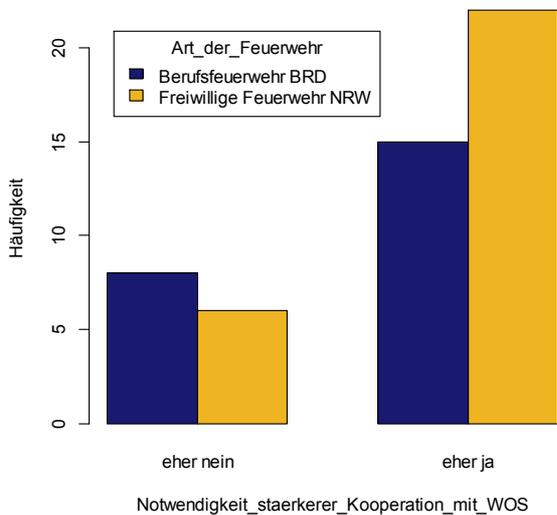
Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für beeinträchtigte Menschen? – Freiwillige Feuerwehren NRW



Beide Arten von Feuerwehren stimmen in ihrer Beurteilung weitgehend überein. Am ehesten unzufrieden zeigen sich die Feuerwehren mit den organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen der Wohneinrichtungen in Bezug auf die Sicherheitsinfrastruktur und mit der Kooperation zwischen den Wohnstätten und der Feuerwehr.

Abbildung 67:

Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit und Kooperation in Sicherheitsfragen mit den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen für notwendig? - Feuerwehren



Die Berufsfeuerwehren (zu 65 Prozent) sehen gleichermaßen wie Freiwilligen Feuerwehren (zu 79 Prozent) die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Wohneinrichtungen für MmB. Diese Zustimmungswerte bewegen sich in einer ähnlichen Größenordnung wie in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Werkstätten (61 % bzw. 74 Prozent, s.o.).

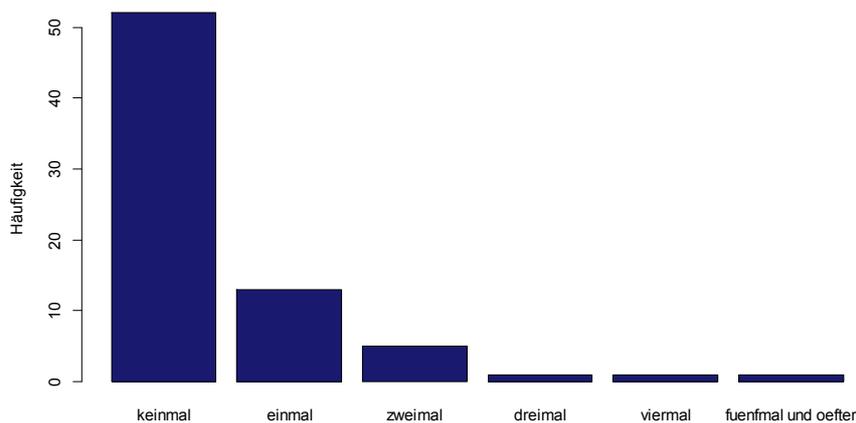
10.2. Brandschadensfälle in den letzten 5 Jahren

Perspektive der Werkstätten

Abbildung 68:

In Wohnstätten

Denken Sie bitte an den Zeitraum der letzten 5 Jahre zurück. Wie oft ungefähr hat es in diesem Zeitraum in Ihren Einrichtungen Brandschadensfälle gegeben, die mit einer Räumung bzw. Evakuierung verbunden waren?



Insgesamt zeigt sich kein Unterschied in der Verteilung der Brandschadensfälle zwischen den Wohnstätten/Wohneinrichtungen und den Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigung. 29 % der befragten Leitungen gibt an, dass es in den letzten 5 Jahren mindestens einen (non-trivialen) Brandschadensfall in den Wohneinrichtungen ihrer Organisation gegeben hat, der mit einer Räumung verbunden war.

10.3. Einbindung von Anwohnern als Helfer in Notfallsituationen

Am 12.05.2016 fand an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach der erste ExpertInnen-Workshop des vom BMBF geförderten Verbundprojektes „SiME - Sicherheit für Menschen mit körperlicher, geistiger oder altersbedingter Beeinträchtigung“ statt. Unter Beteiligung von Experten aus den Arbeitsbereichen der Aufsichtsbehörden und Berufsgenossenschaften, der Fachplanung, der Feuerwehr, der betrieblichen Interessenvertretung und der Rettungsdienste diskutierten die 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Fragen der Selbstrettungsfähigkeit, der Sicherheitskonzepte in

Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und insbesondere auch, welche Möglichkeiten gesehen werden, die Nachbarschaft insbesondere von Wohneinrichtungen als Helfer in den Evakuierungsprozess einzubeziehen.

Als Tenor der Diskussion stellte sich heraus: Die Einbindung von Nachbarn bietet grundsätzlich einen vielversprechenden – und bislang weitgehend vernachlässigten – Ansatz in der Gestaltung von Räumungskonzepten. Voraussetzung ist aber eine transparente Klassifizierung relevanter Nachbarschaftsgruppen und darauf abgestimmte Schulungen und organisatorische Maßnahmen. Eine sinnvolle Einbindung von Helfern/ Nachbarn im Gefahrenfall kann nur gelingen, wenn diese in einem Sicherheitskonzept organisatorisch verankert ist. Durch diese organisatorische Verankerung werden aus vormals ungebundenen Helfern zentrale Akteure bei der Umsetzung eines Sicherheitskonzepts.

Personen, die nicht zu einer Einrichtung/Organisation gehören, gelten dabei als Nachbarn, unabhängig davon, ob sie im gleichen Objekt wohnen/arbeiten oder nicht. Nachbarn, die im Gefahrenfall eingreifen, haben zunächst den Status von ungebundenen Helfern. Nachbarn können sowohl Anwohner in Form von Einzelpersonen als auch benachbarte Gewerbebetriebe oder verschiedene Niederlassungen einer Organisation sein (wie z.B. Partnerpflegeeinrichtungen, andere Einrichtungen der Stadtverwaltung). Bei der Einbindung von Nachbarschaftshelfern ist im Vorfeld – bei der Entwicklung des Sicherheitskonzepts und bei der Festlegung der Art der Kooperation – genau zu klären, welche Aufgaben die Nachbarn im Detail übernehmen können (Betreuung am Sammelplatz, Versorgung von Kindern etc.).

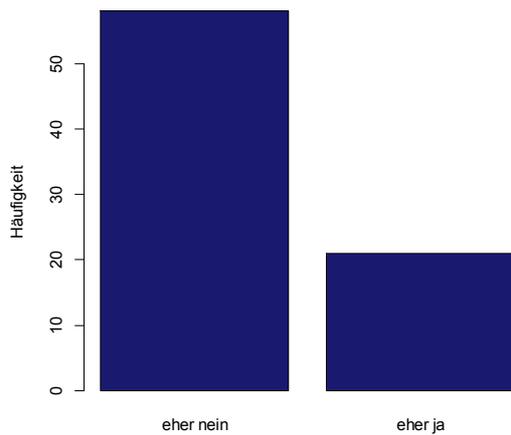
Wichtig ist, dass die örtliche Feuerwehr über die Einbindung der Nachbarschaft im Gefahrenfall informiert ist. Es ist sinnvoll, solche Nachbarschaftshelfer im Gefahrenfall kenntlich zu machen, z.B. durch entsprechende Westen.

Die Beispiele gelingender Nachbarschaftshilfe im Gefahrenfall sind vielfältig. So wurde im Workshop u.a. von einer Behinderteneinrichtung berichtet, bei der die Nachbarn regelmäßig sowohl an Schulungen als auch an Räumungsübungen teilnehmen. Die Nachbarn sind dort organisatorisch als Helfer eingebunden (dürfen aber z.B. keine Personen mit nach Hause nehmen, weil man sie dort nicht vermuten würde).

Vor dem Hintergrund dieser noch jungen Diskussion wurden die Werkstattleitungen bei der Onlinebefragung danach gefragt, wie sie zu der Einbindung von Anwohnern in Notfallsituationen stehen.

Perspektive der Werkstätten

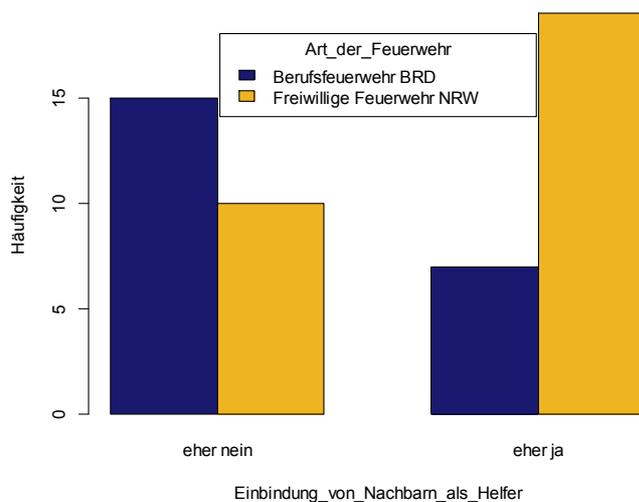
Abbildung 69:
Halten Sie es für sinnvoll, Nachbarn und Anwohner als Helfer bei Räumungen von Wohneinrichtungen/Wohnstätten einzubinden (z.B. für die Betreuung und Versorgung vor Ort), wenn deren Aufgaben in einem Sicherheitskonzept klar definiert sind und wenn diese Rollen regelmäßig geübt werden? - Werkstätten



27 % der antwortenden Leitungen halten solch eine Einbindung für eher sinnvoll. Die überwiegende Zahl hingegen lehnt mit 73 % eine solche Konstruktion für die Wohneinrichtungen Ihrer Organisation eher ab. Die Akzeptanz einer solchen organisatorischen Einbindung von Nachbarn ist in der Fläche derzeit offensichtlich nicht sonderlich stark ausgeprägt.

Perspektive der Feuerwehren

Abbildung 70:
Halten Sie es für sinnvoll, Nachbarn und Anwohner als Helfer bei Räumungen von Wohneinrichtungen/Wohnstätten einzubinden (z.B. für die Betreuung und Versorgung vor Ort), wenn deren Aufgaben in einem Sicherheitskonzept klar definiert sind und wenn diese Rollen regelmäßig geübt werden? - Feuerwehren



Bei den Feuerwehren zeigt sich ein geteiltes Bild. Während die Berufsfeuerwehren – ähnlich wie die Einrichtungsleitungen – nur zu 32 % ein solches Verfahren eher für sinnvoll erachten, befürworten 66

% der Freiwilligen Feuerwehren NRW eine solche Konstruktion für die Wohnstätten von Menschen mit Beeinträchtigungen. Hier zeigen sich möglicherweise Kulturunterschiede zwischen den verschiedenen Arten von Feuerwehren. „Laien haben in meinem Einsatzbereich nichts zu suchen“ ist eine typische Antwort, wenn man Berufsfeuerwehren zur Einbindung von Nachbarn befragt, während die Freiwilligen Feuerwehren – die häufig mit Personalmangel und zeitlichen Friktionen zu kämpfen haben- diesem Verfahrensvorschlag deutlich positiver gegenüber stehen. Bei alldem sollte aber berücksichtigt werden, dass es sich bei der Einbindung von Anwohnern als Helfer in Notfallsituationen um einen noch vergleichsweise jungen und hinsichtlich seiner möglichen positiven und negativen Effekte noch wenig diskutierten Ansatz handelt.

11. Fazit und Diskussion

Die empirischen Erhebungen mittels schriftlicher Befragung im Rahmen des SiME-Verbundprojektes dienen in erster Linie dazu, die praktizierten Sicherheitskonzepte in den Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe in Erfahrung zu bringen und den Unterstützungsbedarf dieser Organisationen in Sicherheitsfragen zu eruieren. Befragt wurden in einem multiperspektivischen Ansatz zwei zentrale Akteursgruppen, die für die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen von besonderer Bedeutung sind:

- die Leitungen von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen auf der einen Seite
- und die Leitungen der Feuerwehren als Experten für Notfallsituationen auf der anderen Seite.

Letztere sollten aus ihrer professionellen Perspektive heraus ebenfalls die Sicherheitspraxis der Einrichtungen beurteilen.

So stellt sich zunächst die Frage, wie die Ergebnisse der hier vorgestellten multiperspektiven Befragung im Vergleich mit anderen Untersuchungen zu bewerten sind. Wie erwähnt, finden sich belastbare, verallgemeinerungsfähige empirische Befunde zur Sicherheitsinfrastruktur in Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe – wenn überhaupt – nur rudimentär. So berichten Göbell und Kallinowsky (2016:13ff) beispielsweise von einer eigenen Untersuchung in rund 600 Behinderteneinrichtungen. Im Fokus der Untersuchung stand die Infrastruktur der Brandschutzmaßnahmen. Allerdings bezog sich diese Onlinebefragung auf Tageseinrichtungen für behinderte Kinder und Jugendliche. Von den rund 600 Zieladressen, die für die Studie von der Aktion Mensch bereitgestellt wurden, hatten maximal 116 Einrichtungen geantwortet.

Danach hat es in rund 20 % Prozent der Tageseinrichtungen schon einmal einen Feuerschadensfall gegeben und bei rund 4 % der Objekte hat es bereits mehrfach gebrannt. Demgegenüber konstatieren wir für den enger spezifizierten Zeitraum der letzten 5 Jahre sowohl für die Werkstätten der Eingliederungshilfe als auch für die Wohnstätten der Behindertenhilfe nicht triviale Brandschadensfälle (die mit einer Räumung verbunden waren) in einer Größenordnung von 28 % bzw. 29 % (bezogen auf die Einrichtungen insgesamt, nicht die einzelnen Betriebsstätten). Dies erscheint uns eine tendenziell höhere Brandschadensfallbelastung. Bei Mehrfachbränden kommen wir – allerdings auf der Basis sehr geringer Fallzahlen - ebenfalls zu einer Größenordnung von rund 5 % der Werkstätten innerhalb der letzten 5 Jahre.

Göbell und Kallinowsky (ebd.) berichten ferner, dass über 90 % ihrer untersuchten Tageseinrichtungen eine komplette Evakuierung ins Freie als Räumungskonzept propagieren. Diese Marge zeigt auch unsere Befragung mit einem Anteil von rund 88 % (horizontales und vertikales Räumungskonzept).

Regelmäßige Feueralarmübungen unter Beteiligung der örtlichen Feuerwehr führen nach Göbell und Kallinowsky (ebd.) 33 % der Einrichtungen durch und 59 % ohne die Feuerwehr, insgesamt also 92 % der Einrichtungen. In unserer Befragung geben 83 % der Werkstattleitungen an, regelmäßige Räumungsübungen durchzuführen. 57 % der Einrichtungen haben gemeinsame Räumungsübungen mit den Feuerwehren zusammen innerhalb der letzten 3 Jahre realisiert. Bei der letzten Kompletträumung als Räumungsübung war in 44 % der Einrichtungen auch die örtliche Feuerwehr eingebunden.

Die Daten der beiden Untersuchungen bilden- obwohl sie sich auf unterschiedliche Zielgruppen beziehen (Werkstätten/Wohnstätten vs. Tageseinrichtungen für junge Menschen mit Beeinträchtigungen) - in den genannten Merkmalen also durchaus ähnliche Größenordnungen ab. Möglicherweise sind die vorhandenen rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen im

Bereich des Brandschutzes und der Sicherheitskonzepte (insbesondere für so genannte Sonderbauten) gleichermaßen strukturbildend, so dass sich de facto ähnliche Sicherheitsinfrastrukturen und Risikolagen in völlig unterschiedlichen Bereichen der Behindertenhilfe ausbilden. Dies lässt sich auch als Hinweis darauf werten, dass – trotz z.T. erheblicher Antwortausfälle bei einzelnen Fragen - die hier vorgestellten Ergebnisse unserer multiperspektivischen Online-Befragungen durchaus in Anspruch nehmen können, einen Großteil der Realität der Sicherheitspraxis in den Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe in der BRD abzubilden. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Befragung noch einmal zusammengefasst.

Qualität der Kooperation

Die Werkstätten schätzen wie die Feuerwehren die Qualität ihrer Zusammenarbeit insgesamt als eher gut ein, aber durchaus noch mit Spielraum nach oben, insbesondere aus der Sicht der Freiwilligen Feuerwehren.

Die Feuerwehren sehen die Werkstätten tendenziell weniger an einer Zusammenarbeit interessiert, als die Werkstätten die Feuerwehren (wenngleich auf hohem Niveau). Zum Vergleich: 60 % der Berufsfeuerwehren beurteilen das Interesse der Werkstätten als eher hoch oder sehr hoch, bei den Freiwilligen Feuerwehren sind es nur 45 Prozent.

Obwohl die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr von den Werkstätten als vergleichsweise gut bewertet wird, zählen die Feuerwehren zu der Gruppe, mit der man am ehesten eine stärkere Kooperation eingehen möchte. Mit 47 % hält nahezu die Hälfte der Werkstatteleitungen eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Feuerwehr in Sicherheitsfragen für notwendig.

Die Feuerwehren sehen aus ihrer fachlichen Sicht zu deutlich höheren Anteilen als die Werkstatteleitungen die Notwendigkeit einer stärkeren gemeinsamen Kooperation, um die Sicherheitsinfrastruktur zu stärken. Und wieder ist bei der Freiwilligen Feuerwehr der Anteil mit 74 % tendenziell höher als bei der Berufsfeuerwehr mit 61 %.

Formen der Zusammenarbeit zwischen Werkstätten und Feuerwehren

Mehr als die Hälfte der Einrichtungen nennen die „klassischen“ Formen der Zusammenarbeit wie die Weiterentwicklung des Brandschutzkonzepts (an erster Stelle mit 72 %), Notfalleinsätze in den Einrichtungen, gemeinsame Räumungsübungen und die Erstellung von Einsatzkonzepten als zentrale Formen der Zusammenarbeit. Dabei überrascht: Es fanden in nur 57 % der Einrichtungen innerhalb der letzten 3 Jahre gemeinsame Räumungsübungen mit der Feuerwehr statt. Das ist angesichts der Wichtigkeit dieser Kooperationsform für die Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur der Werkstätten eine vergleichsweise geringe Quote. Es zeigt sich zudem, dass die Freiwilligen Feuerwehren (in NRW) zu deutlich geringeren Anteilen (49 %) als die Berufsfeuerwehren (in der BRD, 69 %) gemeinsame Räumungsübungen mit den Einrichtungen durchführen.

Die geringsten Nennungen hinsichtlich der Arten der Zusammenarbeit beziehen sich auf die entwickelteren Formen der Brandschutzunterrichtung für und mit Menschen mit Beeinträchtigungen wie gemeinsame Unterweisungen oder Brandschutzübungen, bei denen die MmB die Feuerwehrkräfte in Einsatzmontur kennen lernen oder bei denen die MmB die Handhabung von Kleinlöschgeräten üben können, ebenso wie die Brandschutzaufklärung der MmB durch die Feuerwehr. Diese Formen der Zusammenarbeit zwischen Werkstätten und Feuerwehr hat es im Berichtszeitraum nur in 27 % bis hin zu 18 % der Fälle gegeben.

Zufriedenheit mit Sicherheitsinfrastruktur

Die Werkstatteleitungen zeigen sich erwartungsgemäß zufrieden mit der Ausgestaltung und der Praxis ihrer Sicherheitsinfrastruktur, und zwar über alle Bereiche – wie den baulichen, anlagentechnischen,

organisatorischen und abwehrenden Brandschutz- hinweg. Das gilt insbesondere für den organisatorischen und sicherheitstechnischen Bereich.

Interessanterweise ist die globale Zufriedenheit insgesamt mit 96 % (eher und voll und ganz zufrieden) höher als jeder einzeln bewertete Bereich. Normalerweise sind Globalurteile implizit gewichtete Mittelwerte der Urteile zu einzelnen Bereichen. Im vorliegenden Fall aber ist das Globalurteil besser als die Beurteilung eines jeden einzelnen Bereichs. Umso interessanter sind deshalb die Bewertungen der Feuerwehren.

Die globalen Zufriedenheitsurteile fallen – wie erwartet - bei den Feuerwehren insgesamt deutlich niedriger aus als bei Werkleitungen: (eher und voll und ganz zufrieden) mit der Sicherheitsinfrastruktur sind die Berufsfeuerwehren mit einem Anteil von 80 % und die Freiwilligen Feuerwehren mit 77 %. Die Feuerwehren sehen übereinstimmend in der Vernetzung der Sicherheitsinfrastruktur (also in der Abstimmung von baulichen, sicherheitstechnischen und organisatorischen Maßnahmen) die zentralen Defizite. Darüber hinaus betrachten die Freiwilligen Feuerwehren (in NRW) insbesondere die organisatorischen Maßnahmen der Einrichtungen als defizitär: 40 % der Feuerwehren sind mit diesen (eher nicht und überhaupt) nicht zufrieden.

Organisatorische, betriebliche Maßnahmen der Sicherheitsinfrastruktur:

Als Kernmuster der organisatorischen Maßnahmen zeigt sich in den Werkstätten eine Kombination von Brandschutzunterweisung für MmB, regelmäßige Räumungsübungen, ein System zur Erfassung der Anwesenheit und zur Helferzuordnung. Erschreckend ist aber, dass eine Gruppe von rund 9 % aller Werkstätten keine einzige der aufgelisteten organisatorischen Maßnahmen durchführt.

Sicherheitskonzept

Rund die Hälfte der Werkstattdleitungen gibt an, dass sich ihr Sicherheitskonzept primär am Brandschutz orientiert. Das verwundert auf der einen Seite nicht, da die gemeinsame Entwicklung der Brandschutzkonzepte einen zentralen Bereich der Zusammenarbeit mit den Feuerwehren darstellt. Die Feuerwehr ist in dieser Angelegenheit akzeptierter zentraler Akteur und Ansprechpartner für die Einrichtungen. Bei dieser Konstellation liegt es nahe – allen Ressourcenproblemen in Sachen Personal und Zeit zum Trotz - Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, die – wie von beiden Seiten gewünscht - eine engere Kooperation der beiden Akteure zur Stärkung der Sicherheitsinfrastruktur ermöglichen.

In der richtungsweisenden VDI-Richtlinie 4062 „Evakuierung von Personen im Gefahrenfall“ (Verein Deutscher Ingenieure 2016) wird demgegenüber auf eine Vielzahl auslösender Ereignisse von Notfallsituation hingewiesen (betriebsinterne Ereignisse, Umfeldereignisse, Bedrohungen und Naturereignisse), auf die mit angemessenen Sicherheitskonzeptionen reagiert werden müsse. Mindestens die Hälfte der Werkstätten in der BRD ist derzeit weit davon entfernt, derlei Szenarien in ihrer Sicherheitskonzeption hinreichend zu berücksichtigen.

37 % der Werkstattdleitungen bejahen, dass non-triviale Brandschadensfälle in der Vergangenheit (die zugleich mit einer Räumung verbunden waren) zu einer Änderung des Sicherheitskonzepts geführt haben. Das bedeutet zugleich, dass in diesen Einrichtungen augenscheinlich ein Sicherheitskonzept etabliert war, das (zumindest in Bezug auf die eingetretene Notfallsituation) nicht hinreichend ausgereift war. Auch an dieser Stelle bestätigt sich der hohe Unterstützungsbedarf der Werkstätten in Fragen der Ausgestaltung ihrer Sicherheitskonzeption.

Räumungskonzept

Unter den Räumungskonzepten dominiert eindeutig die horizontale, ebenerdige Evakuierung aller Personen einer Einrichtung ins Freie mit 68 % aller Nennungen, gefolgt von der direkten vertikalen

Evakuierung (aus baulichen Gründen) mit 16 %. (Komplett-)Evakuierungen sind folglich das Standardmodell der Räumung in Einrichtungen der Eingliederungshilfe in Gefahrensituationen.

Mit diesem Räumungsmodell korrespondiert notgedrungen die technische Lösung einer Sirenenalarmierung. Das Konzept einer „lauten“ Alarmierung in Notfallsituationen ist in Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe aber nicht unumstritten. So berichten auch in unserer Befragung Leitungen von Panik und Angst auf Seiten der Menschen mit Beeinträchtigungen allein durch die Lautstärke des Feueralarms, während andere aufgrund ihrer Erkrankung selbst eine sehr laute Alarmierung akustisch nicht wahrnehmen können. Nicht zufällig rät die VDI-Richtlinie 4062 „Evakuierung von Personen im Gefahrenfall“ (2016) ambulanten oder stationären Einrichtungen für Menschen mit psychischen Störungen davon ab, selbst Evakuierungsübungen mit dieser Klientel wegen der unkalkulierbaren Folgen durchführen. In Abhängigkeit von der spezifischen Klientel kann aber auch eine „stille Alarmierung“ das Mittel der Wahl eines Alarmierungssystems sein: eine Alarmierung beispielsweise über Pager oder Decktelefon an ausgesuchte Personen kann „Panik“ vermeiden helfen und eine nötige Räumung kann auf ausgesuchte Brandabschnitte und unmittelbar betroffene Personen beschränkt bleiben. Es gibt prominente Fürsprecher (u.a. Göbell & Kallinowsky 2016), die für Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe ein Verschiebe- oder Zellenkonzept in Verbindung mit einer „stillen“ Alarmierung als Räumungskonzept favorisieren. Speziell bei größeren/mehrgeschossigen Wohneinrichtungen sollte demnach das „Verbringen der betroffenen Personen in sichere Brandabschnitte“ favorisiert werden. Eine Evakuierung würde unter den derzeitigen Bedingungen und angesichts der Besetzung der Nachtdienste in der Regel ohnehin kaum gelingen. Ein solches Vorgehen kann aber nur funktionieren, wenn unter den anderen Bewohnern keine „Panik“ ausbricht, was wiederum eine „stille“ Alarmierung ausgesuchter Personen voraussetzt. Kritiker eines solchen Ansatzes entgegnen, dass es für bestimmte Personengruppen psychisch ebenso belastend sein kann, bei einem Brandereignis z.B. innerhalb des betroffenen Gebäudes zu verbleiben (auch wenn es sich um einen Sicherheitsbereich handelt). Zudem sei es unter ethischen Gesichtspunkten fragwürdig, unmittelbar betroffenen Personen die Information über den Ausbruch eines Feuers vorzuenthalten.

System der Helferzuordnung in Notfallsituationen

18 % der Werkstattleitungen gibt an, dass die Zuordnung von Helfern zu nicht selbstrettungsfähigen Personen im Notfall durch ein System einer vorab festgelegten Helferzuordnung geregelt ist. Am weitesten verbreitet ist in den Einrichtungen die Regelung einer „situativen Helferzuordnung“ mit insgesamt 73 %. Davon entfallen allein mit 41 % die häufigsten Nennungen auf eine „freie situative Helferzuordnung“, d.h.: Es gibt keinerlei feste namentliche Helferzuordnung im Vorfeld, die Helferzuordnung erfolgt konkret und situativ in der Räumungssituation ohne jegliche weitere Vorgaben. Wie bereits oben gezeigt, ist das vorherrschende Konzept einer situativen Helferzuordnung keinesfalls Ausdruck dafür, dass sich die Einrichtungen im Vorfeld keinerlei Gedanken über ihr Helfer-/Assistenzsystem im Notfall gemacht hätten. Zu einem großen Teil handelt sich dabei um eine ganz bewusste Systementscheidung.

Pädagogische Ansätze einer inklusiven Brandschutzaufklärung bzw. inklusiven Brandschutzunterweisung, die u.a. auch daran ausgerichtet sind, sich ergänzende, gut funktionierende Helferpaare von Menschen mit Beeinträchtigungen unter ausdrücklicher Beteiligung dieser Personen zu definieren (z.B. mittels der Fragen „Wen würdest du gerne retten?“, „Wen magst du besonders gerne?“, „Wem vertraust du besonders?“ etc.) werden bei einem „situativen Helferkonzept“ sicherlich nicht obsolet. Zumal sich auch nicht jeder hilfebedürftige Mensch mit Beeinträchtigungen von jeder beliebigen anderen Person ohne weiteres „retten“ lässt. Beides sind gute Argumente dafür, Helferduos (bzw. Helfertrios) von MmB für den „Standardbetrieb“ in Gruppen

oder Werkhallen einer Einrichtung zu definieren und einzuüben. Häufig ergeben sich diese quasi von selbst durch die besondere Nähe und Zuneigung.

Bei Abweichungen vom „Standardbetrieb“ – sei es durch die Abwesenheit bestimmter Personen, sei durch temporäre therapeutische Anwendungen in anderen Einheiten der Einrichtung, sei durch Pausenzeiten etc. – funktioniert eine vorab festgelegte Helferzuordnung bei Räumungsprozessen aber nicht mehr zwingend. Dies mag der zentrale Grund für die Präferenz einer „situativen Helferzuordnung“ sein.

Aus unserer Perspektive schließen sich die beiden Helfer-Systeme – vorab festgelegt vs. situativ – aber nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen sich eher. Für den „Standardbetrieb“ in den Gruppen und Werkhallen bietet sich eine feste Zuordnung an, die auf einer Risikoanalyse basiert und die Wünsche und Interessen der Menschen mit Beeinträchtigungen bei der Zusammenstellung der „Räumungsduos“ mit berücksichtigt. Bei relevanten Abweichungen vom „Standardbetrieb“ (s.o.), kann auf eine „situative Helferzuordnung“ umgestellt werden. Beide Varianten lassen sich durch Räumungsübungen testen, für die situative Helferzuordnung beispielsweise durch eine Räumungsübung während der Pausenzeiten. Solche Räumungsübungen sind - insbesondere beim situativen Helferkonzept – auch originärer Bestandteil einer Risikoanalyse: Liefert die Auswertung solch einer Übung doch wichtige Hinweise auf Probleme beim Räumungs- respektive Helferkonzept (z.B. hinsichtlich der Unterbringung zusätzlicher Mobilitätshilfen an zentralen Stellen einer Einrichtung etc.).

Brandschadensfälle in der Vergangenheit

Insgesamt zeigt sich kein Unterschied in der Verteilung der Brandschadensfälle zwischen den Wohnstätten/Wohneinrichtungen und den Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen. 29 % (respektive 28 %) der befragten Leitungen gibt an, dass es in den letzten 5 Jahren mindestens einen (non-trivialen) Brandschadensfall in den Einrichtungen ihrer Organisation gegeben hat, der mit einer Räumung verbunden war. Unter der Voraussetzung einer Gleichverteilung der Schadensfälle im Zeitverlauf zeigt sich umgerechnet folgendes Bild: Jährlich kommt es in rund 6 % der Einrichtungen für MmB zu mindestens einem (non-trivialen) Brandschadensfall, der mit einer Räumung verbunden ist und in rund 20 % der Einrichtungen finden sich jährlich Notfalleinsätze der Feuerwehren.

Risikoanalysen

Rund 40 % der Einrichtungen führen nach eigenen Angaben „Risikoanalysen“ durch, ohne dabei die verschiedenen Arten von Beeinträchtigungen der MmB überhaupt systematisch zu erfassen. Augenscheinlich werden in den Einrichtungen derzeit nur unzureichend Merkmale über die spezifischen Beeinträchtigungen der MmB erfasst, die als Grundlage für eine systematische Risikoanalyse dienen können, die diesen Namen verdient und sowohl Fragen der Arbeitsplatzgestaltung als auch der Räumungssituation berücksichtigt. Solche Risikoanalysen sind aber unverzichtbarer Bestandteil eines umfassenden Sicherheitsmanagements. Vielleicht gibt es derzeit für die Einrichtungen aber auch keinen hinreichenden Anreiz für die - mitunter aufwändige - systematische Erfassung und Pflege von aussagekräftigen Indikatoren der Beeinträchtigungen. Möglicherweise fehlen aus der Sicht der Werkstätten bislang die Instrumente und Management-Werkzeuge, um derlei Daten sinnvoll zu nutzen und in Risikoanalysen zu integrieren oder die existierenden Verfahren sind ihnen nicht bekannt. Ein Ziel des SiME-Verbundprojektes ist es deshalb, solche praktikablen und leicht handhabbaren Management-Tools für Risikoanalysen zu entwickeln. Erste Vorarbeiten für derlei „Kennzahlen-gestützte Risikoanalysen“ sind schon auf den Weg gebracht (vgl. Block, Heister & Geoerg 2017).

Die Qualität der Kooperation zwischen den Einrichtungen und den Berufsgenossenschaften ist aber ein guter Prädiktor dafür, ob Risikoanalysen (unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung)

überhaupt durchgeführt werden oder nicht. Je besser die Kooperation, desto eher führen die Werkstätten Risikoanalysen durch. Dies ist als deutlicher Hinweis darauf zu werten, dass die Berufsgenossenschaften mit ihrem umfassenden Beratungs- und Serviceangebot ein wesentlicher Katalysator für die Implementierung von Risikoanalysen / Gefährdungsanalysen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe sind. Sinnvoll wäre hier möglicherweise eine stärkere Ausrichtung der Beratungsangebote der Berufsgenossenschaften in Richtung integrierter – also auch räumungsbezogener und nicht nur eng arbeitsplatz-/arbeitsschutzbezogener - Sicherheitskonzepte.

Welche besonderen Schwierigkeiten sehen Sie bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen?

Bei dieser Frage mit offenem Antwortformat hatten die Werkstattleitungen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen hinsichtlich der besonderen Schwierigkeiten bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen zu beschreiben. Wie weiter oben im Methodenteil ausgeführt, wurden die Antworten im Freitext mittels quantitativer Textanalysen untersucht

Die Evakuierung von Rollstuhlfahrern ist demnach insbesondere dann kritisch, wenn diese nicht ebenerdig untergebracht sind und häufig eher zu wenig Personal für deren Assistenz zur Verfügung steht. Dazu kommt das häufig angstbesetzte und irrationale Verhalten von Personen mit Beeinträchtigungen in außergewöhnlichen Situationen wie einer Räumung. Das Verstecken und Verbleiben im Sanitärbereich ist auch ein Synonym für die häufig ungelösten Probleme der Vollständigkeit einer Räumung und die Erfassung aller zu evakuierenden und evakuierten Personen. Schließlich wird noch auf baurechtliche Defizite hingewiesen, wonach – um es überspitzt zu formulieren – der barrierefreie Zugang zu einer Einrichtung baurechtlich vorgegeben, das barrierefreie Verlassen desselben in einer Notfallsituation aber ungeklärt ist. Die besonderen Schwierigkeiten bei einer Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen lassen sich auf der Basis der Textanalysen wie folgt zusammenfassen:

Nicht ebenerdig untergebrachte Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte – Panik und Angstreaktionen – Systematische Erfassung der zu Evakuierenden und Evakuierten – Baurechtliche Defizite – Personalmangel.

Hilfebedarf – Änderungsbedarf - Unterstützungsbedarf

Die Einrichtungen favorisieren eine spezifische Art von Sicherheitstechnik, die sie sinnvollerweise – unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten und der Zusammensetzung ihrer Mitarbeiterschaft – gerne in ihrer Einrichtung zusätzlich einsetzen würden, um die Sicherheitsinfrastruktur zu stärken. Wenn sie nur könnten, wie sie wollten. Die mit Abstand meisten Nennungen entfallen auf die Sicherheitstechnik zur barrierefreien Öffnung von Türen, speziell von Rauch- und Brandschutztüren. 66 % der Werkstattleitungen würden solch eine Technik gerne in ihrer Einrichtung einsetzen, tun oder können es aber nicht.

Die Werkstattleitungen wurden zu dem aus ihrer Sicht notwendigen Änderungsbedarf in den folgenden Handlungsbereich befragt:

- rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. Bauordnungen, Sonderbauverordnungen, Brandschutzordnung, Normen und technische Richtlinien)
- baulicher Bereich der Einrichtungen
- sicherheitstechnischer Bereich der Einrichtungen (Anlagentechnik, ohne Bautechnik)
- organisatorischer Bereich der Einrichtungen („betriebliche Maßnahmen“)
- Vernetzung von baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen
- Entwicklung (qualifizierter) Sicherheitskonzepte für die Einrichtungen
- Finanzierung der Sicherheitstechnik vor Ort in den Einrichtungen

- Kooperationen der verschiedenen Akteure im Sicherheitsbereich

Die Einrichtungen konstatieren überwiegend in nahezu allen Handlungsbereichen einen Änderungsbedarf, insbesondere aber bei der Finanzierung der Sicherheitstechnik: 51 % der Einrichtungen sehen bei den Finanzierungsmodalitäten der Sicherheitstechnik einen hohen Änderungsbedarf, und zusätzlich 32 % einen geringen. Ähnlich wie bei den Werkstattleitungen stehen auch bei den Berufsfeuerwehren Änderungen bei der Finanzierung der Sicherheitstechnik an erster Stelle: Hier zeigen sich die größten Anteile beim „hohen Änderungsbedarf“. Demgegenüber betonen die Freiwilligen Feuerwehren eher den Änderungsbedarf bei den organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen der Einrichtungen.

Die Werkstätten sind in diesem Zusammenhang mit dem Problem konfrontiert, dass es in der BRD keine (bau)rechtlichen Anforderungen gibt, die die besonderen Bedarfe von Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung in Notfallsituationen berücksichtigen, wodurch auch kein Refinanzierungsdruck bei den Leistungsträgern entsteht und die Einrichtungen die Finanzierung aus eigener Kraft stemmen müssen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass der mit Abstand höchste Änderungsbedarf von den Werkstattleitungen im Bereich der Finanzierung der Sicherheitstechnik gesehen wird.

Ergänzend wurde der Unterstützungsbedarf der Werkstattleitungen in folgenden Bereiche erfragt:

- Unterstützung bei der Entwicklung (qualifizierter) Sicherheitskonzepte
- Verfügbarkeit konkreter Handlungsempfehlungen in Form von Handreichungen und Leitfäden zur Sicherheitsthematik
- Verfügbarkeit von Schulungskonzepten zu Sicherheitsfragen, die intern genutzt werden können
- Schulungen in Sicherheitsfragen durch Externe.

Überschlägig lässt sich sagen, dass jeweils nahezu die Hälfte der Einrichtungen in jedem der Bereiche einen besonderen Bedarf artikuliert. An der Spitze steht allerdings mit 63 % der Einrichtungen der beklagte Mangel an geeigneten Schulungskonzepten zu Sicherheitsfragen für den internen Gebrauch. Augenscheinlich reichen die derzeitigen Angebote und Angebotsstrukturen z.B. der Feuerwehren oder auch der Berufsgenossenschaften nicht aus, die Bedarfslagen der Einrichtungen in diesem Bereich hinreichend abzudecken. Mit 26.8 % aller Werkstattleitungen ist die Gruppe, die in allen aufgeführten Bereichen einen Unterstützungsbedarf hat, am stärksten vertreten. Rund 80 % der Werkstattleitungen reklamieren in mindestens einem der genannten Bereiche einen besonderen Bedarf.

Wohnstätten

Insgesamt sehen die befragten Leitungen eher keine großen Unterschiede zwischen den Werkstätten und den Wohnstätten in Bezug auf Ausgestaltung der Sicherheitsinfrastruktur. Lediglich 18 % stimmen der Aussage (eher und voll und ganz) zu, dass es um diese in den Wohnstätten schlechter bestellt sei als in den Werkstätten. Was im Einzelfall ein besonders schwerwiegendes Problem darstellt – nämlich den Altbaubestand von Wohneinrichtungen an die gestiegenen Sicherheitsanforderungen anzupassen – scheint in der Fläche augenscheinlich ein weniger großes Problem zu sein. Soweit aber Bereiche genannt werden sollen, in denen die Sicherheitsinfrastruktur in den Wohnstätten schlechter als in den Werkstätten aufgestellt ist, dann werden in erster Linie die baulichen Elemente benannt.

Die Feuerwehren wiederum zeigen sich am ehesten unzufrieden mit den organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen der Wohneinrichtungen in Bezug auf die Sicherheitsinfrastruktur und mit der Kooperation zwischen den Wohnstätten und der Feuerwehr.

Einbindung von Nachbarn und Anwohnern als Helfer bei Räumungen von Wohneinrichtungen/Wohnstätten

27 % der antwortenden Leitungen halten solch eine Einbindung für eher sinnvoll. Die überwiegende Zahl hingegen lehnt mit 73 % eine solche Konstruktion für die Wohneinrichtungen Ihrer Organisation eher ab. Die Akzeptanz einer solchen organisatorischen Einbindung von Nachbarn ist in der Fläche derzeit offensichtlich nicht sonderlich stark ausgeprägt.

Bei den Feuerwehren zeigt sich ein geteiltes Bild. Während die Berufsfeuerwehren – ähnlich wie die Einrichtungsleitungen – nur zu 32 % ein solches Verfahren grundsätzlich für sinnvoll erachten, befürworten 66 % der Freiwilligen Feuerwehren NRW eine solche Konstruktion für die Wohnstätten von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen gewährleisten und stärken

Am Ende der Befragung wurden Werkstattleitungen wie die Leiter der Feuerwehren abschließend danach gefragt, welches aus Ihrer Sicht das größte Problem bei dem Bemühen ist, die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu gewährleisten und zu stärken. Sie konnten darauf im offenen Textformat antworten. Die Erklärungen lassen sich auf der Basis einer quantitativen Textanalyse wie folgt zusammenfassen.

Als Kernstück des Problems, die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu stärken, lassen sich aus der Perspektive der Werkstattleitungen die Kosten für den technischen und insbesondere baulichen Brandschutz ausmachen, die aufgrund fehlender Rechtsgrundlagen von der Refinanzierung durch die Kostenträger häufig ausgenommen sind und folglich aus Eigenmitteln der Einrichtungen getragen werden müssen. Diese Konstellation verschärft sich für Einrichtungen mit einem hohen Altbaubestand. Darüber hinaus wird z.T. auch die Art der Zusammenarbeit mit und die mangelnde Unterstützung durch die örtliche Feuerwehr wg. Personalmangels beklagt. Als zentrale Problemlagen lassen sich demnach zusammenfassen:

Fehlende Refinanzierungsregelungen speziell für den baulichen Brandschutz – Finanzierungslücken der Einrichtungen beim Brandschutz – Problematischer Altbaubestand – Zusammenarbeit mit der Feuerwehr.

Die Feuerwehren sehen – ebenso wie die Werkstätten – die restriktiven Finanzierungsbedingungen der Sicherheitstechnik als einen wesentlichen Hemmschuh für die Verbesserung der Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen. Mehr noch als die Werkstattleitungen versprechen sich die Feuerwehren durch mehr gemeinsame Übungen (und auch Schulungen) eine deutliche Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur von Einrichtungen der Eingliederungs- und Behindertenhilfe. Sie betonen aber zugleich die zeitlichen, personellen und rechtlichen Grenzen solch einer wünschenswerten, verstärkten Zusammenarbeit. Die zentralen Problemlagen aus der Sicht der Feuerwehren lassen sich dementsprechend wie folgt zusammenfassen:

Restriktive Finanzierungsbedingungen des Brandschutzes – Mangelnde Gelegenheiten für gemeinsame Übungen und Schulungen.

Vor dem Hintergrund dieser Problembeschreibungen durch die Werkleitungen einerseits und die Feuerwehren andererseits sehen wir drei zentrale "Stellschrauben", um die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu verbessern.

Stellschraube 1:

verpflichtende gemeinsame Räumungsübungen

Wichtig ist es, Gelegenheitsstrukturen zu schaffen und zu institutionalisieren, die ein besseres Kennenlernen und gemeinsames Üben von Werkstätten und Feuerwehren ermöglichen – allen zeitlichen und personellen Friktionen zum Trotz. Ziel muss es deshalb sein, gemeinsame Räumungsübungen verpflichtend zu machen. Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren hat es in ihrer Richtlinie für Pflege- und Behinderteneinrichtungen abgeschwächt formuliert, wenn sie fordert, „der Feuerwehr ist die Gelegenheit zur Teilnahme an den Übungen zu ermöglichen“ (ders. 2013:4).

In unserer Befragung nehmen die Feuerwehren eindeutiger Stellung. Auf die Frage, wie die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen gestärkt werden könne, antworten sie u.a.:

„Es wäre wünschenswert, wenn regelmäßige Räumungsübungen mit der Feuerwehr verpflichtend wären. Dann würde sich die Zusammenarbeit zwangsläufig ergeben [...] Aus feuerwehrtechnischer Sicht müsste mehr Zeit für gemeinsame Übungen etc. zu Verfügung stehen. Das ist im Ehrenamt schwer zu leisten [...] Ein Konzept für alle, dazu gehören auch gemeinsame Schulungen und Übungen, damit man voneinander lernen kann.“

Mit verpflichtenden Räumungsübungen könnte man mehrere Probleme zugleich lösen (oder es zumindest versuchen):

- Einrichtungen, die bisher weniger an einer Kooperation mit der Feuerwehr interessiert sind (auch davon berichten die Feuerwehren in unserer Befragung), würden so automatisch eingebunden.
- Die spezifische Aufgabenverteilung zwischen der Feuerwehr und der Einrichtung in Notfallsituationen – die nicht allen Einrichtungsleitungen gleichermaßen vertraut ist - kann so konkret vor Ort eingeübt und überprüft werden, nämlich dass das Verbringen der (hilfebedürftigen) Personen in sichere Bereiche originäre Aufgabe der Einrichtungen ist und i.d.R. nicht der Mitwirkung der Feuerwehr bedarf.
- Einrichtungen, die sich in ihren Brandschutzbemühungen (unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen mit Beeinträchtigungen) durch die Feuerwehren nicht hinreichend verstanden und gewürdigt fühlen, bietet sich so der institutionalisierte Rahmen, sich besser kennen zu lernen und ein besseres gegenseitiges Verständnis aufzubauen.
- Den Feuerwehren bietet sich dadurch die Möglichkeit, mit den Menschen in den Einrichtungen persönlichen Kontakt aufzunehmen, eigene persönliche Ängste abzubauen und die konkreten Bedarfe von Menschen mit Beeinträchtigungen in Extremsituationen zu erfahren. Dadurch würden Schulungen für Feuerwehrleute, die das Verhalten und den Umgang mit MmB zum Thema haben – wie sie z.T. von den Feuerwehrverbänden angeboten werden -, keinesfalls obsolet. Aber kein Mensch ist wie der andere. Und jeder Mensch mit Beeinträchtigungen – zumal bei Mehrfachbeeinträchtigungen - reagiert in Notfallsituationen auf seine ganz eigenen Art und Weise. Umso wichtiger ist die persönliche Erfahrung im Umgang mit MmB.
- Den Menschen mit Beeinträchtigungen in den Einrichtungen wiederum bieten verpflichtende gemeinsame Räumungsübungen ebenfalls die Möglichkeit, Ängste beim Umgang mit Feuerwehrleuten abzubauen (lautes Atemschutzgerät und Einsatzmontur kennen lernen und ggf. selbst anziehen etc.).
- Für Werkstätten und Feuerwehren mit einer guten Kooperation schließlich würde sich durch verpflichtende gemeinsame Übungen nichts Wesentliches ändern. Aber es wären so für alle Einrichtungen und Feuerwehren Mindeststandards der Kooperation gesetzt.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für sinnvoll, gemeinsame Räumungsübungen von Feuerwehren und Einrichtungen verpflichtend zu machen. Derlei Übungen müssten zum einen im Katalog der Pflichtaufgaben der Feuerwehren verankert werden (auch wenn viele Feuerwehrverbände derzeit darauf drängen, den Pflichtenkatalog wegen vieler Bagatelleinsätze und zeitlicher und personeller Friktionen zu verkleinern). Aber diesen Sachverhalt kann man auch positiv wenden: Wenn der Pflichtenkatalog der Feuerwehren eh auf dem Prüfstand steht, dann kann man dies auch als Anlass nehmen, gemeinsame Räumungsübungen in diesem zu verankern. Durch die Festschreibung von gemeinsamen Räumungsübungen im Pflichtenkatalog der Feuerwehren bleibt das Problem des Personal- und Zeitmangels (speziell auf Seiten der Freiwilligen Feuerwehren) zwar weiterhin bestehen. Aber durch die Verankerung als Pflichtaufgabe werden solche Übungen als prioritär eingestuft und können im hektischen Tagesgeschäft weniger leicht vernachlässigt werden. Zugleich müssten die verpflichtenden, gemeinsamen Räumungsübungen im Arbeitsschutz (z.B. in den Technischen Regeln für Arbeitsstätten) verankert werden, damit sie für die Werkstätten verbindlich sind. Alternativ könnten diese aber auch über bauaufsichtliche Regelungen – den betrieblichen Brandschutz betreffend – für Werkstätten und Wohnstätten gleichermaßen verpflichtend gemacht werden.

Wie aufgezeigt, führen die Werkstätten Räumungsübungen i.d.R. (mindestens) einmal jährlich durch. Dies entspricht auch der Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (vgl. 2013:4). Laut unserer Untersuchung haben innerhalb der letzten 3 Jahre lediglich 57 % der Einrichtungen gemeinsame Räumungsübungen mit den Feuerwehren zusammen durchgeführt. Es bietet sich deshalb an, verpflichtende gemeinsame Räumungsübungen von Feuerwehren und Werkstätten in einem rund 3 jährigen Turnus umzusetzen.

Stellschraube 2:

Refinanzierung notwendiger Sicherheitstechnik auf der Grundlage (bau)rechtlicher Vorgaben

Die Werkstattleitungen wie die Feuerwehren sehen die restriktiven Finanzierungsbedingungen der Sicherheitstechnik als einen wesentlichen Hemmschuh für die Verbesserung der Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Einrichtungen müssen die Kosten für qualitativ hochwertige Maßnahmen des technischen und insbesondere baulichen Brandschutzes i.d.R. aus Eigenmitteln tragen, da diese aufgrund fehlender Rechtsgrundlagen von der Refinanzierung durch die Kostenträger häufig ausgenommen sind. Dies hat in der Praxis u.a. zur Konsequenz, dass notwendig und sinnvoll erachtete Sicherheitstechnik nicht angeschafft wird: So würden 66 % der Werkstattleitungen gerne die barrierefreie Öffnung von Türen, speziell von Rauch- und Brandschutztüren (z.B. mittels Tastenbedienung oder Sensormatte), ermöglichen, um die Sicherheitsinfrastruktur ihrer Einrichtung zu stärken. Die baurechtlichen Vorgaben in der BRD sehen aber keine barrierefreie Räumung - insbesondere auch auf dem 2. Rettungsweg - vor. Überspitzt könnte man formulieren: Der barrierefreie Zugang zu einer Einrichtung ist baurechtlich vorgegeben, das barrierefreie Verlassen desselben in einer Notfallsituation aber weithin ungeklärt. Die Werkstätten beklagen deswegen u.a., dass die baurechtlichen und brandschutzrechtlichen Vorgaben den speziellen Bedürfnissen und Anforderungen von Menschen mit Beeinträchtigungen in Notfallsituationen nicht gerecht würden.

Dieses ordnungspolitische Defizit benennt auch die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) in ihrer Richtlinie für Pflege- und Behinderteneinrichtungen (2013). Dort heißt es u.a.:

„Nachdem in den meisten Ländern der Bundesrepublik bauaufsichtliche Regelungen fehlen, sieht sich der Arbeitskreis Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz der Feuerwehren veranlasst, eine

Richtlinie über die brandschutztechnischen Anforderungen an Einrichtungen zum Zwecke der Pflege oder Betreuung von Personen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung vorzuschlagen. Begründet ist dies sowohl in der erhöhten Eintrittswahrscheinlichkeit eines Brandes als auch im Schadensausmaß bei den nicht selbstrettungsfähigen Gebäudenutzern. Das Risiko, bei einem Brand geschädigt zu werden, ist damit deutlich erhöht und die allgemeinen bauaufsichtlichen Regelungen für Standardbauten sind in der Regel nicht ausreichend“ (Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren 2013:1).

Die AGBF formuliert in ihrer Richtlinie brandschutztechnische Anforderungen, die weit über das hinausgehen, was die Musterbauordnung einfordert. So müssten u.a. der erste und zweite Rettungsweg in jedem Geschoss baulich sichergestellt sein (wenn auch nicht zwingend barrierefrei). Dies sei wichtig - auch wenn nicht selbstrettungsfähige Personen weder den ersten noch den zweiten Rettungsweg selbstständig nutzen können -, da bauliche Rettungswege die notwendigen Angriffswege für die Feuerwehr darstellen (vgl. ebd.:2).

Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Feuerwehren sieht sich also gezwungen „Brandschutztechnische Anforderungen an Einrichtungen zum Zwecke der Pflege oder Betreuung von Personen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung“ vorzuschlagen, da diese in den meisten Ländern der Bundesrepublik als bauaufsichtliche Regelungen fehlen.

Es besteht deshalb ein erheblicher Handlungsbedarf, die baurechtlichen, bauaufsichtlichen bzw. brandschutztechnischen Regelungen dergestalt zu ändern, dass sie den besonderen Anforderungen und Bedürfnissen von Menschen mit Beeinträchtigungen gerecht werden. Solch eine ordnungspolitische Verankerung wäre eine Voraussetzung dafür, dass die Einrichtungen ihre Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitsinfrastruktur auch entsprechend refinanzieren können. Die im weiteren Verlauf des SiME-Verbundprojekt avisierten Bewegungs- und Simulationsstudien mit Menschen mit Beeinträchtigungen geben hier möglicherweise wichtige Hinweise für eine Revision der derzeit gültigen Regelungen und (bau)technischen Spezifikationen.

Stellschraube 3:

Stärkung der organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen der Einrichtungen durch die Entwicklung und Bereitstellung qualifizierter Schulungs- und Sicherheitsmanagementkonzepte

Die Feuerwehren sehen aus ihrer professionellen Perspektive noch deutlich Spielraum nach oben bei den organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen der Einrichtungen in Sicherheitsfragen. Dies gilt in insbesondere für die Situation in den Wohneinrichtungen/ Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen und in Bezug auf die Vernetzung der unterschiedlichen Bereiche der Sicherheitsinfrastruktur. Und ähnlich wie die Einrichtungen selber – aber zu deutlich höheren Anteilen – konstatieren auch die Feuerwehren einen hohen Bedarf der Einrichtungen in den Bereichen „Entwicklung qualifizierter Sicherheitskonzepte“, „Verfügbarkeit von Handreichungen und Leitfäden zur Sicherheitsthematik“, „Verfügbarkeit von intern nutzbaren Schulungskonzepten zu Sicherheitsfragen“ und „Schulungen in Sicherheitsfragen durch Externe“. Zur Erinnerung: Die mit Abstand größte Gruppe von Werkstätten (mit einem Anteil von rund 27 %) ist diejenige, die in allen Bereichen einen Unterstützungsbedarf für sich reklamiert. Und rund 80 % der Einrichtungen haben – nach eigenem Bekunden - in mindestens einem der oben genannten Bereiche Anleitung und Unterstützung von außen nötig. Die Feuerwehren – ebenso wie die Berufsgenossenschaften – sind akzeptierte und geschätzte Kooperationspartner in Sicherheitsfragen. Aber augenscheinlich reichen die derzeitigen Angebote und Angebotsstrukturen nicht aus, um die Unterstützungsbedarfe der Einrichtungen hinreichend abzudecken.

Dieser Sachverhalt, dieses Ergebnis der Online-Befragung bestätigt im Nachhinein noch einmal den Begründungszusammenhang und die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit des vom BMBF finanzierten Verbundprojektes SiME. Dieses hat nämlich u.a. zum Ziel, Empfehlungen für die Sicherheitskonzepte zu formulieren und Szenarioübungen, Schulungs- und Sensibilisierungskonzepte für die betreffenden Einrichtungen des Sozialen Sektors zu entwickeln, die auch für die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden von Nutzen sein sollen. Doch diese Arbeitspakete stehen erst in einer späteren Projektphase an.

12. Anhang

12.1. Dokumentation der offenen Textantworten

12.1.1. Befragung der Werkstattheitungen in der BRD

Welche besonderen Schwierigkeiten sehen Sie bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen?

Bitten nennen Sie den aus Ihrer Sicht wichtigsten Sachverhalt in Stichworten!

Aus aktueller Erfahrung in der Region: Mangelhafter Rauchabzug in oberen Stockwerken

keine besonderen Schwierigkeiten

Reaktion auf die auftretende Situation ist nicht einzuschätzen. Teilweise verfallen die Beschäftigten in Schockstarre.

Erfassen der Situation (Brand, Gefahr, Aggression usw.) durch Menschen mit Beeinträchtigungen und die daraus angemessene Reaktion --> Unterstützungs- und Lenkungsfunktion durch Betreuer usw. notwendig

Wir haben in den verschiedensten Betriebsstätten unterschiedliche Evakuierungsmöglichkeiten bei horizontale Evakuierung ohne Probleme bei der vertikalen Evakuierung ist entscheidend, wo der Brand ausgebrochen ist, der Gruppenleiter muss dann den nächst kürzeren Evakuierungsweg wählen die Angst der Menschen mit Behinderung spielt eine große Rolle bei der Evakuierung, das geht bis zur Verweigerungshaltung

Transport von Rollstuhlfahrern Mitnahme aller Personen z.B. Toiletten-Nutzer etc. Feststellung der tatsächlichen Vollzähligkeit nach einer Räumung z.B. auch von Besuchern und anderen nicht gelisteten Personen

Personalmangel

Rückkehrer, Verweigerer - Gewinnung der Übersicht über die tatsächliche Vollzähligkeit auf dem Stellplatz (unter Berücksichtigung von Abwesenheiten wegen Krankheit, Außenarbeitsplätzen, Praktika etc.)

Ängste, Zwänge - Beschäftigte reagieren nicht wie gewohnt freiwillige Helfer - Beschäftigte wollen helfen und fühlen sich verantwortlich, handeln eigenmächtig

Im Alarmfall - insbesondere in Wohnbereichen - haben die Menschen mit Behinderungen unterschiedlichen Reaktionen. Teilweise versuchen sie sich in ihrem Zimmer einzuschließen. In den Werkstattbereichen reagieren Menschen mit Behinderung teilweise auf das Alarmsignal (das sich deutlich vom Pausensignal unterscheidet) mit einem Verhalten wie am Feierabend: erst mal in die Umkleide oder Toilette gehen. D.h. eine Kontrolle der Sanitärbereiche muss im Alarmplan berücksichtigt werden. Das gemeinsame Üben mit der örtlichen Feuerwehr ist leider seitens der Feuerwehr nur ca. alle 5 Jahre möglich.

gehbehinderte Personen aus oberen Etagen evakuieren

behinderte Menschen zu erfassen, welche nicht in den normalen Gruppenräumen sind, sondern gerade beim Sport, auf der Toilette, bei der Krankengymnastik, im Lager oder sonst wo im Hause unterwegs sind.

Ermitteln der Vollständigkeit an den Sammelpunkten. Durch ergänzende pädagogische, therapeutische und pflegerische Maßnahmen sind während der Arbeitszeit nicht immer alle Menschen in Ihren Gruppen. Die Evakuierung erfolgt zwar sehr schnell aus den jeweiligen Räumen direkt zum nächsten Sammelpunkt, jedoch dauert es eine längere Zeit, bis von allen Gruppenleitern die Meldung der Vollständigkeit erbracht werden kann.

Orientierung durch Sehbehinderung

Toiletten

Sicherstellung der Evakuierung ALLER Personen, da sich nicht immer alle Personen im jeweiligen Arbeitsraum aufhalten und auf Grund der Größe der Werkstatt und der Anzahl der betreuten Personen nie ein 100 prozentiger Überblick über den tatsächlichen Aufenthalt der Personen gegeben ist (Toilettengänge, Materialtransport, Teilnahme an Begleitangeboten etc.).

Funktionierendes System die Anwesenheit aller Beteiligten auf dem Sammelplatz in kurzer Zeit zu erfassen und die Feuerwehr zu informieren über ggf. vermisste, d. h. im Gebäude verbliebene Personen.

Türbreiten, die noch nicht alle auf 1,26 mtr. umgestellt wurden (Im Falle von der Evakuierung bettlägeriger Personen)

gebehinderte Personen benötigen Begleitung/ Hilfe bei der Räumung

Vermeidung von Panik. Die Menschen mit Beeinträchtigungen haben vor den Ausrüstungen der Feuerwehrleute Angst, sind deren Anblick nicht gewohnt, daher ist es schwierig Panik zu vermeiden. keine, aus allen Räumen kann unmittelbar das Freigelände erreicht werden

Bewegungslosigkeit, Angst, Bequemlichkeit

Rollstuhlfahrer Menschen mit Ängsten

Panikreaktion der MMB, dadurch erschwerte Evakuierung Nichtverständnis der Gefahrensituation, daher Wunsch zum Verbleib am Arbeitsplatz

Rettung über Treppen, Hamburger Rettungstuch

Bewegungslosigkeit, Angst, Bequemlichkeit, ausreichend Personal für die Evakuierung von Rollstuhlfahrern

Mobilitätsbeeinträchtigte und desorientierte Menschen mit Behinderung

Bewegungslosigkeit, Angst, Bequemlichkeit, fehlendes Personal für Rollstuhlfahrer

je schwerer die geistige Behinderung, desto schwerer ist es, diese Personen davon zu überzeugen, möglichst schnell und zu einem unerwarteten Zeitpunkt ihren Arbeitsplatz zu verlassen, weil sie nicht verstehen, worum es geht.

Unkontrolliertes Verhalten durch Angst/Panik

Panik, Unverständnis der Situation - Verbleib von Mensch mit Behinderungen in sicheren

Brandabschnitten, die nicht über Treppenhäuser evakuiert werden können

evakuierung körperbehinderter menschen durch das treppenhaus, - angstgefühle bei räumung in

brandabschnitte und warten auf die feuerwehr - in den pausen lässt keiner sein essen oder kaffee im stich - panikgefühle treten sehr schnell auf - emotionaler stress für die menschen während der räumungsphase

vertikale Evakuierung mobilitätseingeschränkter Menschen und Rollstuhlfahrer

i.d.R. sind bei uns die BST unter 3 Minuten geräumt. Mind. 1x p.a. wird eine Übung durchgeführt. -

Anzahl der Rollstuhlfahrer in oberen Stockwerken kritisch (Evakuierungsstühle vorhanden), Blockade der Treppe

Eingeschränkte Mobilität Desorientierung und falsche Reaktionen Angst vor Feuerwehrleuten in Atemschutz-ausstattung

Wir haben keine Teilnehmer mit starken körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen, wir betreuen Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Schwierigkeiten sehe ich bei Evakuierung in Zeiten wie Pausen, etc. Die Gruppenleiter bzw.

zuständigen Betreuer haben in diesen Zeiten nicht den genauen Überblick, wo sich ihre Betreuten befinden.

Die Evakuierung von Rollstuhlfahrern mit dem EVAC Chair Warnton für Authisten

Panik oder Unsicherheit beim Verlassen des Gebäudes

wiederkehrende Übung notwendig, Notwendigkeit der Unterstützung/ Hilfeleistung muss gewährleistet sein, Auf Überraschungen gefasst sein müssen

Personen mit Gehbehinderungen; Panik bei den Betroffenen, Fehleinschätzungen der Situation
Es muss sichergestellt sein, dass auch die Sanitäranlagen geräumt sind. D.h. man muss dort systematisch nachsehen und das kostet Zeit.

Menschen mit Behinderungen reagieren mitunter völlig anders, z.B. statt im Brandfall das Gebäude zu verlassen, die Toilette aufsuchen und sich einschließen.

aufgrund von Fehlalarmen wird einem Feueralarm keine große Bedeutung geschenkt
keine

Personen, die sich weigern ihren Platz zu verlassen (z.B. Menschen mit Autismusspektrumsstörungen oder stark bewegungseingeschränkte Menschen, die sich sperren) - Personen, die zu dem Zeitpunkt gepflegt werden (Dusche, Bad, Wickelliege) - Notfall tritt in Pausenzeiten ein

es ist mir nicht bekannt, dass es so etwas überhaupt schon mal gegeben hätte. Schwierigkeiten sehe ich bei den Menschen mit Behinderung, dass sie dadurch sehr verunsichert werden, die meisten können eine Übung nicht von der Realität unterscheiden, geraten in Panik!

Evakuierung von Rollstuhlfahrern über ein Treppenhaus

Geordneter ruhiger Ablauf der Räumung, Reaktionen der Beschäftigten auf Einflüsse und Eindrücke während der Evakuierung.

Verständnis der Situation

Alarm hören und realisieren, dass der Arbeitsort verlassen werden muss

traumatisierungsfreies Training bei Aufrechterhaltung der Sensibilisierung, Training der Mitarbeiter, hoher Anteil immobilerer Personen erfordert Erarbeitung von Plänen zum Einsatz der Evakuierungshelfer,

MA verstecken sich aus Angst z. B. auf Toiletten

Rollstuhltransport Orientierung bei Panik/unter Stress Erfassen der Gefahrensituation Koordination stehen genügend Begleitpersonen zur Hilfestellung zur Verfügung

Verortung von Zuständigkeiten angesichts nicht immer konstanter Mitarbeiter und Beschäftigten

Aus Furcht wird das Verlassen des Raumes/Gebäudes verweigert,

Evakuierung von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen

Panik entsteht Kein Verständnis für die Zusammenhänge

Stark begrenzte Fähigkeit der Menschen mit Assistenzbedarf, Gefahrenlagen zu Erkennen und sich in der Folge auf eine Räumung einzulassen

Körperliche Beeinträchtigung, Rollstuhlfahrer, Gehörlose, Orientierungslosigkeit

Einige Autisten wehren sich auch körperlich gegen Evakuierungen. Die Anzahl der Personen, die bei

der Evakuierung Assistenz benötigen ist viel höher als die Zahl der Assistenten (Rollstuhl,

Gehbehinderungen, Orientierungslosigkeit, Panik). Die Zahl der stark Hilfebedürftigen steigt, die

Personal steigt nicht äquivalent. Hohe Ausfallzeiten bei Personal mit hohem Durchschnittsalter (Ü50)

verstärkt das Problem.

Fremdrettungsbedürftigkeit bei verrauchten 1. Rettungswegen -Panikreaktionen -keine Fähigkeit über Leitern abzustiegen

Das unrationelle Verhalten der Menschen mit Behinderung. Zum Beispiel das Verstecken bei einer Gefahrensituation.

Evakuierung vom Rollstuhlfahrern und schwergewichtigen gehbehinderten Menschen

Wenn Leute auf Toilette sitzen Wenn Leute im Pflegebett liegen

keine besonderen Schwierigkeiten, wenn Gruppenleiter regelmäßige Belehrungen durchführen

Verhaltensauffällige, die nicht rauswollen und sich wehren.

Hilfeleistung vs. Eigenschutz

Orientierungsschwierigkeiten und Geschwindigkeit

Rollstuhlfahrer Zu wenig Personal für Rollstuhlfahrer und Gehbeeinträchtigte

Weigerungshaltung der Menschen aus Angst oder Unsicherheit Erkrankungen wie Epilepsie
 Mobilitätseinschränkungen
 Menschen mit Gehbehinderungen
 mehrgeschossige Gebäude - Gehbehinderungen mit Gehhilfen, Rollstuhl - Gesamtübersicht am
 Sammelplatz
 Evakuierung von Menschen im Rollstuhl Evakuierung von liegenden Menschen Menschen die sich
 aus Angst verstecken
 Wegfreiheit der Fluchtwege Erkennen des Fluchtwegs 2 Personelle Absicherung der Evakuierung
 von gehbehinderten/sehbehinderten Menschen
 keine Schwierigkeiten
 Keine, wegen der Ebenerdigkeit jede Gruppe hat einen direkten Zugang nach draußen
 Evakuierung schwerstmehrfachbehinderter Menschen bei Ausfall der Aufzüge über die Treppen
 Autisten und einige Menschen mit geistiger Behinderung schnell evakuieren ist nicht immer einfach
 Es gibt keine bauliche Anforderung an Werkstattgebäude, über die baurechtlichen Anforderung von
 Sonderbauten hinaus (vgl. Krankenhaus / Altenpflege). Ein barrierefreie Evakuierung inkl. zweitem
 Rettungsweg ist nicht vorgeschrieben.
 Wenn geistigbehinderte Menschen nicht direkt aus ihrem Gruppenraum flüchten, sondern sich z. B.
 auf der Toilette oder im Speiseraum aufhalten.
 Evakuierung von Menschen die mobilitätseingeschränkt sind und nicht im Erdgeschoss untergebracht
 wurden - Verständnisprobleme Gefahren erkennen der geistig behinderten Menschen
 Angst und Unsicherheit Bewegungsbeeinträchtigungen
 Evakuierung durchs Treppenhaus,- Rollstuhlfahrer,-
 erhöhter org. - Aufwand bei großen Mobilitätseinschränkungen - Vermeidung von panikartigen oder
 angstfördernde Situationen bei Menschen mit schwerer geistigen Behinderung
 Evakuierung von Menschen in zeitlicher Pflegesituation in Pflegebetten / mangelhafte
 Personalsituation
 MmB, die im Moment der Evakuierung außerhalb der üblichen Arbeitsgruppe sind (Toilette,
 Arbeitsbegleitende Maßnahmen, Sitzungen, Trainings...) nicht vergessen
 Menschen mit schweren Behinderungen, Autisten und psychisch behinderte Menschen sind teilweise
 erschrocken oder haben Angst durch die Alarmierung bzw. können die Situation schlecht einordnen.
 Bei schwerstbehinderten Menschen teilweise Widerstand bei Evakuierung. Insgesamt klappen die
 (manchmal bei Fehlalarm auch ungeplanten) Übungen gut.
 schwerstmehrfach behinderte Menschen müssen einzeln in Freie gebracht werden.
 Unsicherheiten bei Evakuierung körperlich beeinträchtigter Menschen, insbesondere Rollstuhlfahrer.
 Hier auch manchmal Unklarheit über optimale Rettungsmaßnahme.
 Rollstuhlfahrer Schwerstmehrfachbereich über Feuerterreppen evakuieren
 Desorientierung - Führbarkeit - mangelndes Realitätsbewusstsein.
 Menschen mit schweren Behinderungen in konkreten Pflegesituationen schnell transportfähig zu
 machen.
 keine, kleine Werkstatt
 Mobilität der Menschen mit Behinderung
 Menschen mit Behinderung, die sich nicht im Gruppenraum aufhalten sondern auf Toilette sind, in
 der Kantine etc.
 Die GWN hat verschiedene Betriebsstätten; Ein- und Mehrgeschossig. Bei Mehrgeschossig: viele
 Brandabschnitte, d.h. Konzept sagt, in sicheren Brandabschnitt. In den eingeschossigen Häusern
 Evakuierung ins Freie. Grundsätzlich für jedes Haus zwei Brandschutzübungen pro Jahr. Besonders
 problematisch ist die Evakuierung von Rollstuhlfahrern und Gehbehinderten aus dem oberen
 Stockwerk. Haben Escape-Chairs angeschafft, weil Feuerwehr diese Hilfsmittel nicht hat.

Räumung bei Pausen - hier müssen andere als die gewohnten Fluchtwege benutzt werden Oftmals Panik/Angst durch Lautstärke des Feueralarms
Suche nach Beschäftigten, die Sirenenton nicht wahrgenommen haben (Toilettengang)
Die Alarmierung und Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen sollte zur Gewohnheit für die Betroffenen wie auch für das betreuende Personal werden, damit ungewöhnliche Reaktionen vorhersehbarer werden und ein Umgang mit speziellen Situationen eingeübt werden kann.
Psychische Ausnahmesituationen durch Alarmton, fehlendes intellektuelles Begreifen, dass das Gebäude geräumt werden muss
fehlende Mobilität
Vermeidung von Panik, regelmäßige Schulung mit Bezug der Sammelplätze, da sonst die Rettungswege von Zuschauern verstellt werden
Rettung von Rollstuhlfahrern über Treppen (bei uns gelöst mit EVAC-Chairs) - Hoher personeller Aufwand bei der Rettung von Menschen mit Schwerstmehrfachbehinderungen (bei uns gelöst durch die Brandschutzordnung Teil C) - Zuverlässige Erfassung der Anwesenheit an den Sammelstellen (bei uns leider noch nicht gelöst)
Erfassung am Sammelplatz, ob alle evakuiert wurden.
Geistig behinderte Menschen die den Sinn der Evakuierung nicht verstehen und sich verweigern.
Die Evakuierung aus Sanitärräumen kann unter Umständen mehr Zeit in Anspruch nehmen und damit zum Risiko werden.
die Personen sind selbständig im Haus unterwegs und im Evakuierungsfall nicht an den zuständigen Betreuer angebunden. Der wiederum muss sich um die Gruppe kümmern und kann sich nicht um die Suche nach dem abgängigen Gruppenmitglied kümmern.
Evakuierungsprobleme durch bauliche Gegebenheit

Wie würden Sie in wenigen Stichworten das zentrale Ziel Ihres Sicherheitskonzepts beschreiben?

Präventiver Brandschutz gemeinsam mit Brandschutzbehörden
Schutz für Leib und Leben der Mitarbeiter
Personenrettung vor Sachrettung; Verfahrens- und Verhaltensanweisungen so einfach wie möglich und so standardisiert wie möglich
Bestmöglichen und umfassenden Schutz von Leib, Leben und Gesundheit
Menschen nicht in Gefahr bringen
Sicherheit/Rettung der Menschen steht an erster Stelle. Erhalt der Betriebsstätte bzw. Wohnversorgung steht an zweiter Stelle, ist aber trotzdem ein wichtiger Faktor (auch nach Brandereignissen muss ein Weiterbetrieb von Werkstatt oder Wohnbereich sichergestellt sein, wir können die Menschen nicht nach Hause schicken)
höchstmöglicher Schutz der uns anvertrauten Personen
Vermeidung bzw. Reduzierung von Gefahren für alle Mitarbeiterinnen und Personal.
Vermeidung von Gefahrensituationen, Reaktion bei Gefahren Eintritt
Zeitnahe Evakuierung des gesamten Gebäudes bei Gefahrensituationen
Brandgefahren minimieren; Optimierung der Fluchtwege; schnelle Räumung ermöglichen
Verantwortung von Anleitern und WfbM-Beschäftigten gute Erreichbarkeit von Sicherheitseinrichtungen Enge Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft Fachleute vor Ort (Sicherheitsfachkraft, Sicherheitsbeauftragte) regelmäßiges Sicherheitstraining
Schutz von Menschenleben

Umfassende Risikominimierung durch spezielle Sicherheits-, Schulungs- und Einweisungsmaßnahmen für und mit Menschen mit Behinderung

schnelle Hilfe erhalten, Wissen um Ansprechpartner für bestimmte Fragestellungen

durch regelmäßige Brandschutzübungen der Mitarbeiter mit den Beschäftigten eine Sensibilisierung für ungeplante Notfälle erreichen und dadurch eine rasche Evakuierung zur Sammelstell in Notfällen ermöglichen

Berücksichtigung des individuellen Bedarfs der Menschen mit Behinderung

schutz für alle menschen in der einrichtung - strukturierte und geplante vorgaben für den notfall -

vermittlung von sicherheit im handeln bei notfällen

Prävention von Gefährdungen

Gefahren freies Arbeiten für angepasste Arbeit.

Umgehende Räumung der Gebäude, insbesondere der Wohngebäude unter Berücksichtigung der Besonderheiten behinderter Menschen

Die Versorgung und Betreuung der Behinderten während und nach der eingetroffenen Ereignis.

Interne Schulung der WfbM-Mitarbeiter über Verhalten im Brand- und Notfall, richtige Melung eines Brand- oder Notfalls, praktisches Training zum geordneten Verlassen der Einrichtung im Brand- und Noftfall,

Rettung der betroffenen Personen/ Menschen mit Beeinträchtigung Sicherstellung der Versorgung und Betreuung nach einem Brandereignis

ausbaufähig

Schnelle Räumung. Schnelle Prüfung, ob das Gebäude tatsächlich geräumt ist.

Risikomanagement, Gefährdungs- und Belastungsanalyse, Beinahe-Unfälle, Unterweisungen

Unfälle verhindern und wenn es doch passiert, die Folgen möglichst gering halten

Brandschutzkonzepte liegen vor; Evakuierungsübungen werden durchgeführt, Ziel: Menschenrettung vor Sachwerterrettung weiteres Ziel: weiterer Ausbau der Sicherheitsmasnahmen (flächendeckende Alarmierung im Gefahrfall)

schnelle Evakuierung in Gefahrensituationen

Prävention im Alltag, sichere Abläufe bei Evakuierungen

Menschenleben Schützen und Retten - Sachwerte schützen - Sicherheit im Gefahrfall vermitteln

Sicherheit für Gesund- bzw Werterhaltung von Mensch und Gut gewährleisten durch Prävention mittels Sicherungs- und Warnanlagen, sowie Durchführung gesetzlich vorgesehener Sicherheitsübungen, (was nicht nur Brandschutz beinhaltet)

Vorbeugung

Evakuierung

Personenrettung hat oberste Priorität!

Prävention vor Intervention, Personensicherung vor Sachsicherung

Auslegung auf Brandschutz

Schutz von Beschäftigten Prävention

Maximal Arbeitssicherheit Rasche Hilfe bei Unfällen Hohes Maß an Gesundheit der MitarbeiterInnen

Schutz unserer Beschäftigten vor Gefahren im Bereich des Arbeits- und Brandschutzes

Alarmmeldung. Evakuierung aller Personen. Zusätzliche Unterstützung durch Verwaltungskräfte bei Rollifahrern. Aufsuchen der Sammelplätze; Anwesenheitskontrolle anhand der Anwesenheitsliste für Brandfall ; Feuerwehr identifiziert den Brandherd in Brandmeldzentrale; FW sucht mit aktuellen Laufkarten die Melder-Zone auf. FW kontrolliert Räume auf Personen. FW bekämpft den ggfs. Brand. FW gibt Entwarnung. Die Werkstatt kann wieder bezogen werden.

Schnellstmögliche Räumung der betroffenen Abschnitte Brandfrüherkennung Bekämpfung von Entstehungsbränden

Das Hauptaugenmerk liegt auf der Vermeidung jeglicher Personenschäden.
 Prävention, Folgen begrenzen
 Personenrettung und Sicherheit
 Evakuierung, Leben retten
 untergliedert in Gebäudetechnischesicherheit und in Nutzersicherheit - schnelle Gebäuderäumung
 und klare Zuständigkeiten/Verantwortungen - ausreichend durchgeführte Gefährdungsanalysen
 Erkennen von Gefahren. Ergreifen präventiver Maßnahmen Sicheres Handeln im Notfall
 Rettung aller Menschen bei Eintritt von Notfall- und Gefahrensituationen unter geordneten
 Rahmenbedingungen, also möglichst ohne große Hektik und Panik
 schnelle Alarmierung der Feuerwehr durch BMZ mit Aufschaltung zur Leitstelle kurze Rettungswege
 barrierefreie Rettungswege barrierefreie zweite Rettungswege enge Abstimmung zwischen
 Rettungsdiensten und Einrichtung (Beratung durch Fach Ing.) jährliche Schulungen aller Mitarbeiter
 Fester bestandteil der ASA Sitzungen Schließanlage ermöglicht Unterstützung bei der Evakuierung
 durch jeden Mitarbeiter
 Rettung von Menschen steht an oberster Stelle
 Schaden von allen Beschäftigten fernhalten
 Das alle schnellstmöglichst in Sicherheits sind.
 Vorbeugende Prozessgestaltung hinsichtlich Arbeitssicherheit - bei Gefahrenlage Menschen retten
 und sicher betreuen danach Sachschäden so gering wie möglich halten
 Schnellst mögliche Räumung des Gebäudes
 schnelle Entfernung aus den Gefahrenbereichen
 schnelle und vollständige Evakuierung. Wir haben in der Mitarbeiterschaft mehrere Feuerwehrleute,
 dadurch guter Kontakt zur FFW
 Schnelle und effektive, dabei aber sichere Räumung der Gebäude.
 Unbedingt jede mögliche Gefahr abzuwenden. Personenschutz hat oberste Priorität.
 Orientierung der Mitarbeiter bei sehr vielen Gefahrensituationen
 Schutz von allen im Gebäude befindlichen Personen im Krisenfall
 Schnelle Evakuierung im Notfall
 Sicherheit
 Erhaltung der körperlichen und seelischen Unversehrtheit von Mitarbeitern und Klienten,
 Leben retten Sicherheit nicht dem Zufall überlassen
 Der Schwerpunkt liegt auf der Räumung der Gebäude.

<p>Welches ist aus Ihrer Sicht das größte Problem bei dem Bemühen, die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu gewährleisten und zu stärken?</p>

z.T. sehr alte Bausubstanz von Wohneinrichtungen
 Die baulichen Gegebenheiten (Altbaubestand) lassen sich nur kostenintensiv auf den aktuellen
 barrierefreien Stand bringen.
 Persönliche Beeinträchtigungen müssen durch Anleitung und Unterstützung kompensiert werden. -->
 Unterstützer (zb Betreuer, Gruppenleitungen) müssen im Gefahrenfall anwesend sein (ist aber nicht
 immer möglich); Sie müssen geschult sein und Situationen angemessen einschätzen können.
 Vereinheitlichung, Zusammenfassung und Reduzierung der rechtlichen Vorgaben. Wechsel von einer
 formalistischen und lediglich Haftbarmachung orientierter Systematik zu einer pragmatischen und
 substanzuell ergebnisorientierten Systematik. Erstellung von Handreichungen und Beratung durch
 staatliche Sicherheitsorgane. Vermeidung von Redundanzen.
 Anleitung in leichter Sprache

Der Standard im technischen und baulichen Brandschutz hat sich in den letzten Jahre deutlich erhöht. Damit sind auch steigende Kosten sowohl in der Anschaffung als auch Folgekosten (Wartungen, Prüfungen) verbunden. Dies ist durch Kostenträger nicht ausreichend abgedeckt, so dass die Einrichtung erhebliche Finanzlücken stemmen müssen.

Es gibt kein wirkliches Problem, es gibt nur kontinuierliche Verbesserung und kontinuierlich gute Zusammenarbeit mit den internen und externen Verantwortlichen!

Finanzielle Mittel

Das größte Problem sind mangelnde Kontrollen durch Aufsichtsbehörden verbunden mit dem fehlenden Bewußtsein beim Gesetzgeber im Freistaat Sachsen in Bezug auf vorbeugenden und aktiven Brandschutz, die Altbestandregelung in Bezug auf die Ausrüstung mit Brandsicherheitstechnik sowie die fehlende bzw. nicht gekläret Finanzierung für technische Nachrüstungen.

Die Haltung der Menschen ohne Behinderung.

Evakuierung von stark eingeschränkten Personen im Brandfall

Die Steigerung der eigenen Verantwortlichkeit

Das nicht vorhandene Gefühl vieler Menschen mit Beeinträchtigungen für Gefahrensituationen und damit verbunden die mangelnde Einsicht, etwas in Gefahrensituationen zu verändern, was nicht in ihre Routine passt

Zusammenarbeit mit der Feuerwehr

keine Anerkennung der Bemühungen der Einrichtung - die Feuerwehr unterschätzt die Tragweite - die Beratungsbüros gehen oft nur von normalen Menschen aus, zum Teil sind unsinnige Planungen vorhanden - es fehlt bei vielen Beteiligten Wissen über Menschen mit Behinderung

Gefährdungen bewusst zu halten

Regelmäßiges Auseinander setzen mit dem Thema Brandschutz.

Klare Handlungskonzepte und klare Verhaltensanweisungen für das Personal

Im Wohnheim evtl. die Personalsituation in der Nacht. In den Werkstätten die Übersicht über alle Teilbereiche des Gebäudes.

Bauliche Veränderungen und damit der finanzielle Aufwand Erstellung der Sicherheitskonzepte

Die Unsicherheit, das Verhalten der betroffenen Personen in der akuten Situation einzuschätzen

Die mangelnde Abstimmung der Behörden untereinander, die restriktiven

Refinanzierungsbedingungen.

Das Einschätzen von Gefahrensituationen bei dem Personenkreis der Menschen mit sehr unterschiedlichen Beeinträchtigungen

alle Akteure unter einen Hut zu bringen

Stressbedingte Reaktionen, oder auch keine Reaktionen im Schadensfall bzw. Brandfall

Belehrungen und Konzepte in einfacher Sprache.

eine zügige Mobilisierung der schwerst- mehrfachbehinderten Menschen, Ein Großteil der

Betroffenen braucht eine persönliche Anrede und Führung, um die Sachlage zu erfassen, dann läuft es aber gut, wie unsere Übungen zeigen

das unberechenbare Verhalten von Menschen im Gefahrenfall

weniger Theorie, mehr Praxis, unsere Klienten mitnehmen diese sind nicht dumm, sondern einfach nur etwas beeinträchtigt keine großen Konzepte, die unsere Klienten gar nicht verstehen

Kosten

Unterstützung seitens Feuerwehr zu gering. Es handelt sich um eine Freiwillige Feuerwehr, die Personalprobleme hat.

Finanzielle Einschränkungen

Zeitfaktor

das Zahlenverhältnis von Personal zu Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf

Die Kosten und die dafür aufzubringende Zeit der Mitarbeiter.
Das größte Problem stellt immer die Refinanzierung solcher Maßnahmen dar.
Die vielen unterschiedlichen Behinderungsarten. Dadurch wird nicht nur ein Konzept benötigt
Konsequentes Umsetzen aller Sicherheitsvorgaben
Betreuungsschlüssel
Sinnvolle Verknüpfung von Theorie und Praxis !!
Die aufgeblähte Bürokratie !!
Evakuierung (-übungen) schwerstmehrfachbehinderter Menschen aus Räumen die nicht ebenerdig
sind und der Fahrstuhl ausfällt
Es gibt keine baulichen Anforderungen, die die besonderen Bedarfe von Menschen mit geistiger und
körperlicher Behinderung berücksichtigen. Dadurch entsteht kein Refinanzierungsdruck bei den
Leistungsträgern (AfA / Sozialbehörden). Die Träger finanzieren die baulichen Maßnahmen aus
eigener Kraft und das eben so wie sie können bzw. wollen. Die Unternehmerhaftung im Bereich
Brandschutz ist nicht allen präsent.
Durch den alten Bestand der Häuser, ist der finanzielle Aspekt das größte Problem die Sicherheit zu
stärken.
regelmässiges Trainieren auch wenn nicht passiert
Eine Evakuierung während der Pausenzeit.
ältere Betriebsstätten/ Wohnheime an optimales bauliches und sicherheitstechnisches Niveau
heranzuführen
Personalmangel im hauptamtlichen Bereich
psychische Belastung der Übungen aufgrund traumatischer Erfahrungen, die auch durch häufige
Übungen und Erklärungen immer wieder beeinträchtigen
Relevanz des Themas im Alltag - Vernetzung mit Sicherheitsbehörden vor Ort, ohne die Sorge, stark
investieren zu müssen.
Schulung unserer Beeinträchtigten in einfacher Sprache, Übung mit Feuerwehr in vertretbaren
finanziellen Rahmen Belehrung brandschutzkonzept und Ausführung von Fachleuten vore Ort
1.die Kosten. 2.die fehlende fachliche Unterstützung externer Fachleute.
Qualität und Ressourcen für Sicherheits-Unterweisungen
Gefahren werden nicht richtig erkannt bzw. unterschätzt. Eingeschränkte Merkfähigkeit und
Orientierungssinn.
Die größte Herausforderung ist die Mitarbeitenden immer wieder zu sensibilisieren und mögliche
Entscheidungssituationen ins Bewusstsein zu bringen. Im Brandfall ist es der Bruchteil einer Sekunde
in dem eine richtige oder falsche Entscheidung bei der Evakuierung über Leben oder Tod entscheidet.
Offenes Feuer zur Weihnachtszeit
der Mensch
Das nicht alle Einrichtungen gezwungen werden, moderne Brandmeldeanlagen zu installieren. Dies
sollte auch von den Landschaftsverbänden subventioniert werden.
Personalkosten Kosten für bauliche Maßnahmen

12.1.2. Befragung der Feuerwehren (Berufsfeuerwehren BRD und Freiwillige Feuerwehren NRW)

Welche besonderen Schwierigkeiten sehen Sie aus der Sicht der Feuerwehr bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen? Bitte nennen Sie den für Sie wichtigsten Sachverhalt in Stichworten!

je nach Beeinträchtigung des Menschen (körperlich/geistig) besonderer Umgang bei der Evakuierung, Körperlich erhöhter Kräfteinsatz, Geistig besondere Betreuung - wenig Betreuungspersonal, meist in den Nachtstunden

Schwer einschätzbares/untypisches Verhalten in Stresssituationen eingeschränkte Mobilität und somit deutlich erhöhter Personalbedarf seitens der Feuerwehr bei Räumungen teilweise schlechte Verständigungsmöglichkeit mit seh- und oder hörbeeinträchtigten Menschen

Die üblichen Hilfs- bzw. Unterstützungsmittel, die für andere Einrichtungen zur Verfügung stehen, greifen nicht. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen anders für das Verhalten bei einer Evakuierung sensibilisiert werden. Dem Personal der Betreiber kommt eine deutlich stärkere Rolle zu.

Mangel an organisatorischem Brandschutz im Rahmen der Betreiberverantwortung
Eingeschränkte Mobilität und Mehrfach-Behinderung beeinträchtigen eigenmächtige Entscheidungen der Menschen mit Beeinträchtigungen

richtiges Verhalten von behinderten Personen im Brand- und Evakuierungsfall z. B. (ungewolltes Zurückkehren in die vertraute Umgebung)

erhöhter nicht vorhandener Personalbedarf bei der Rettung

Nicht abschätzbare Reaktion der Betroffenen auf Einsatzsituation / Umgang mit Feuerwehrangehörigen

Rollstühle - Gehhilfen - körperliche Eignung - Schulung Personal
keine

ungenügende Anzahl von Erziehern bzw. Aufsichtspersonen

Die durchgeführten Maßnahmen bis hin zu realistischen Einsatzübungen haben immer wieder gezeigt wie schwierig der Umgang, die Beruhigung, das Einbeziehen, die räumliche Orientierung, Evakuierungen uvm. mit körperlich Behinderten oder Umgang mit Menschen mit verminderter Intelligenz ist

Die Reaktionen sind nicht vorhersehbar bei z.B. Autismus, ADHS, Krampfanfällen aber auch Demenz. Jeder zu rettende benötigt individuelle Lösungen, Transportgeräte, Medikamentenversorgung, Ansprachen und teilweise Geräte. Eine Gleichbehandlung ist oft nicht möglich.

Kennzeichnung von Räumen aus denen Menschen ggf. nicht aus eigener Kraft fliehen können. Hier gelöst durch Fahnen an den Fenstern. Teils Absturzsicherungen für Rollstuhlfahrer an den Treppen. Die Anzahl von Personen welche zur Flucht Unterstützung benötigen geht über die zur Verfügung stehenden Einsatzkräfte hinaus.

Verständnisschwierigkeiten beidseitig - Angst/ Panik der Menschen wegen Unwissenheit bzw. Nagst vor dem Unbekannten

In erster Linie entscheidend bei einer Rettung ist die Mobilität des zu Rettenden. Menschen, die einer Unterstützung bei der Evakuierung bedürfen, führen bei der FW zu einem höheren Personalaufwand (von Führen durch eine Person bis zu Tragen durch mehrere Personen - je nach Beweglichkeit und Gewicht bzw. Hilfsmitteln wie Rollstuhl)

Unterbringung von Menschen mit Gehbehinderung in oberen Geschossen ohne Feuerwehraufzug.

Die Reaktion der Menschen bei außergewöhnlichen Ereignissen

Immobilität, Kooperation

Die Räumung muss zwingend vor Eintreffen der Feuerwehr erfolgen. Daher sind BMA und Alarmierungseinrichtungen sinnvoll und erforderlich. Hier ist ein auf die Art der Beeinträchtigung abgestimmtes Räumungskonzept notwendig, das auch regelmäßig evaluiert werden muss. Dies ist bei uns auch vorhanden. Es gibt hier sicher auch Vorbereitungen von Seiten der Betreiber. Diese sind auch bei der Erstellung mit der Feuerwehr abgestimmt worden. Eine Fortschreibung und regelmäßigen Kontakt gibt es von Seiten der Betreiber bislang allerdings nicht.

eingeschränkte Mobilität, desulante Orientierung, schlecht zu führen ohne Bezugsperson
nicht einzuschätzendes (Fehl)-Verhalten der Betroffenen

Bei uns geht es um ein Altenheim. Hier die fehlende Mobilität. Bettlägrig etc.
unkalkulierbares Handeln der Personen mit Behinderung
Bettlägerige Patienten schwer transportierbar. - Ängste abbauen - es gibt keine Konzepte
Nicht vorsehbare reaktionen durch die Nutzer.
Angst,Unkenntnis,Bewegungseinschränkung ,
Örtlichkeit, Zusammenarbeit mit Betreuern, Art und Weise der Behinderung ist der Fw meist unbekannt.

Lange Evakuierungszeiten, Auffassungsgabe der Mitbewohner
ausreichende Verfügbarkeit von Einsatzkräften für die Rettung bzw. Evakuierung von
Personengruppen mit eingeschränkten Selbstrettungsmöglichkeiten
Teilweise keine logische Reaktion im Gefahrenfall.
eingeschränkte Fähigkeit / Einsicht zur Mitwirkung Psychische Einschränkungen
Kaum eine Selbstrettungsfähigkeit vorhanden, daher Rettungsmöglichkeiten trainieren, üben bei
Helfer wie auch MmB

Das Verhalten der Menschen mit Behinderung im Einsatzfall unter Stress, Angstreaktionen, durch
eingeschränkte Mobilität hoher Personaleinsatz bei Evakuierungen Fehlerhaftes Benutzen von Flucht
und Rettungswegen aufgrund eingeschränkter Orientierung

Die Orientierung zu behalten, was muss ich tun, und wo muß ich hin(Sammelplatz). Ob die Betreuer
dazu in der Lage sind, ist zu üben. Wird aber schwierig sein. Die Werkstatt verfügt über eine
moderne BMZ.

Angst / Panik Reaktion der Personen im Zusammenhang mit dem gesamten Einsatz der FW.
Einflussnahme auf das Handeln der Personen (z.B. Räumung, Nutzung von Leitern / 2. Rettungsweg,
Nutzung von Brandfluchthauben)

Durch die körperlichen Beeinträchtigungen ist bei einer erforderlichen Evakuierung mit einem
erhöhten Zeit- und Personalaufwand zu rechnen. Die Betreuer, die bei den betroffenen Personen am
besten bekannt sind, sind in einem solchem Szenario sehr oft überfordert. Das kann nur durch
regelmäßige Räumungsübungen trainiert werden, welche aber kaum durchgeführt werden. Eine
Gebäudeevakuierung sollte wenn eben möglich vor Eintreffen der Feuerwehr abgeschlossen sein.
Verständigung zwischen Feuerwehr und den behinderten Menschen Ist genügend Personal
verfügbar(auch von der Feuerwehr tagsüber)

Die Evakuierung kann nur durch Betreuer erfolgen, hier ist das Vertrauen zu den Feuerwehrmänner
und -frauen nicht vorhanden. Die gemeinsamen Räumungsübungen bis zu, wir können nicht in das
Gebäude zurück, sollte durchorganisiert werden. Feuerwehr zum anfassen bringt viel Vertrauen und
Verständnis .

unterschiedliche z T geistige und oder körperliche Beeinträchtigung, nicht absehbares Verhalten im
Ereignisfall, erschwerte rettung. besondere Situation für Einsatzkräfte beim Umgang mit behinderten
Personen

Erfassen der Situation durch die Betroffenen. Reaktion der Betroffenen.
Rettung von Personen mit Rollstuhl- Handhabung, Möglichkeiten etc. Ansprechen von Menschen mit
Behinderung- Autisten, Demente, etc.

hoher Personalaufwand von Rettungskräften mit med. Grundkenntnissen
Durch Regelmäßiges üben der Evakuierung gibt es keine Beeinträchtigungen.
oftmals aufgeregte Menschen mit Behinderungen, schlecht koordinierbar, wenn etwas anders ist als im Regelalltag, daher auf die Mitarbeit und enge Zusammenarbeit der Gruppenleiter und der Heimleitung angewiesen.
Panik, Überforderung mit der Situation,

Welches ist aus Ihrer Sicht das größte Problem bei dem Bemühen, die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu gewährleisten und zu stärken?

Die finanziellen Aspekte zur Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen nicht die wichtigste Rolle spielen.
Die finanziellen Möglichkeiten
Personalmangel auf der Betreuerseite
Wir können derzeit keine Probleme in unserem Einzugsbereich erkennen
richtiges Verhalten von behinderten Personen im Brand- bzw. Evakuierungsfall sowie Vorhaltung von ausreichend geschulten Betreuungspersonal
Das prinzipiell nur dann etwas getan wird wenn behördlicher Druck erfolgt - z.B. Brandverhütungsschauen.
Organisatorische Maßnahmen der Einrichtungen - Ausbildung, Schulung und Übungen der Einrichtung vor Ort - Brandschutzkonzepte aufstellen und leben - interne Übungen... üben, üben, üben.....all das kommt zu kurz da der Kostendruck das verfügbare Personal nach unten senkt teilweise ist der organisatorische Brandschutz durch das wenige Personal nicht umsetzbar
aktuell bestehen keine Probleme in diesen Einrichtungen im Stadtgebiet
Anzahl des Betreuungspersonals
Bei allen Beteiligten, auch den beruflich damit Beschäftigten, weiterhin das Verständnis für die Menschen mit Behinderungen jeglicher Art zu fördern und die Behinderten Menschen nicht in die Systeme zu pressen sondern versuchen die Systeme auf die Bedürfnisse und Anforderungen der behinderten Menschen anzupassen. Damit wird gleichzeitig eine höherer Outcome erzielt und gefährliche Situationen können zielgerichteter und besser gelöst werden.
Es wird selten auf individuelle Bedürfnisse, Möglichkeiten eingegangen. Änderungen bzw. Anpassungen an Neue Bedürfnisse erfolgen fast nie. Der Ersteller ist oft oberflächlich.
Die Finanzierbarkeit
fehlende einheitliche (bundesweite oder zumindest landesweite) Konzepte und Leitlinien - Mitwirken der Träger der Einrichtungen teilweise langsam
Das Verständnis für diese Menschen, das von den potentiellen Helfern aufgebracht werden muss.
Der Mensch selbst.
Die Zeit für die Sicherheitsunterweisungen auf beiden Seiten zu finden und zu vereinen.
Vermittlung der sicherheitsrelevanten Inhalte an die Beeinträchtigten
Insgesamt schätze ich die Situation in NRW durchaus als gut ein. Für die Objekte gibt es abgestimmte Brandschutzkonzepte, die auch schlüssig sind. Jedoch wird durch die Einrichtungen zumindest in unserem Bereich eher keine Kontakt zur Feuerwehr gesucht, um eine regelmäßige Zusammenarbeit zu erreichen. Insofern kann der betriebliche Brandschutz schlecht beurteilt werden. Es wäre wünschenswert, wenn regelmäßige Räumungsübungen mit der Feuerwehr verpflichtend wären. Dann würde sich die Zusammenarbeit zwangsläufig ergeben.
Die Zeit bis zum Eintreffen von professioneller Hilfe, wie Betreuer, Rettungsdienst, Feuerwehr zu verkürzen. Das fehlen von nachbarschaftlichen Bindungen im Alltag.
schnelle Evakuierung aus den Räumen dauert zu lange! Anzahl der Personen auf einer Station. BMA nur in den Fluchtwegen

es fehlt an Geld für die Ausstattung mit Sicherheitstechnik und es fehlen meist 2. bauliche Rettungswege.

Kommunikation zwischen Feuerwehr und den Einrichtungen und Ausbau von Vorschriften.

Aufklärung, Zusammenarbeit mit Betreuern, Orts-, Objektkunde

Die Finanzierung von Maßnahmen, die nicht explizit auf Rechtsgrundlagen gegenüber dem Betreiber eingefordert werden können.

fehlendes Personal ausserhalb der Kernarbeitszeit und am Wochenende in den jeweiligen Objekten. Teilweise sind die Träger der Einrichtungen aus finanziellen Gründen eingeschränkt in der Umsetzung von Maßnahmen

Aus feuerwehrtechnischer Sicht müsste mehr Zeit für gemeinsame Übungen etc. zur Verfügung stehen. Das ist im Ehrenamt schwer zu leisten

Es geht nur zusammen, Feuerwehr und MMB, dazu die Einrichtungsleitungen und auch Betreuer. Ein Konzept für alle, dazu gehören auch gemeinsame Schulungen und Übungen, damit man voneinander lernen kann.

Alle Einsatzpläne und Vereinbarungen immer auf den neusten Stand zu halten

Dem behinderten Menschen zu zeigen, während einer Übung, wie so etwas vorgeht. Während einer Übung haben wir behinderte Menschen absichtlich auf Tragen gelegt und durch ein Objekt getragen, auch mal eine Treppe herunter mit dem Ergebnis das es dem behinderten Menschen Spaß gemacht hatte. Das Ziel war natürlich die Reaktion und Zusammenarbeit der behinderten Menschen mit den Betreuern zu üben bzw. Erfahrungen zu sammeln mit der Feuerwehr. Probleme könnte es geben wenn die Sache ernst wird und der Stressfaktor für alle Parteien hinzukommt, wie reagiert ein behinderter Mensch? Diese Erfahrung haben wir noch nicht gemacht. Die Betreuer seien für solch eine Situation angeblich geschult. Hierrüber gibt es keine genaue Angabe.

Zeitliche Rahmenbedingungen / Personelle Ressourcen

zu wenig Betreuungspersonal.

Es sind nicht alle Einrichtungen der Feuerwehr bekannt. Es muss bei der Genehmigung eine Gefährdungsabschätzung geben und ggfs. in die Datei gefährdete Objekte übernommen werden.

Schwellenwerte Ja und Nein sollten definiert werden.

die Sensibilität der Betreiber zu erhöhen

Den Trägern der Einrichtungen ist oft die Gefahr die von Bränden in diesen Einrichtungen ausgeht nicht bewusst. Ebenso ist den Mitarbeitern der geringe Zeitfaktor ca. 3-5min für eine Räumung aus dem Gefahrenbereich nicht bekannt oder bewusst.

Finanzierungsprobleme der Einrichtungen um die hohen Auflagen für Sicherheitstechnik z.B. aufgeschaltete Brandmeldeanlagen eher akzeptieren zu können.

Der Zeitaufwand

12.2. Grundausschlüsse der 3 Onlinebefragungen

12.2.1. Befragung der Werkstattheitungen in der BRD

Grundausschlüsse

	(N=166)
Bundesland	
- Baden_Wuerttemberg	19 (12.1%)
- Bayern	27 (17.2%)
- Berlin	7 (4.5%)
- Brandenburg	7 (4.5%)
- Bremen	0 (0.0%)
- Hamburg	1 (0.6%)
- Hessen	9 (5.7%)
- Mecklenburg_Vorpom	3 (1.9%)
- Niedersachsen	16 (10.2%)
- Nordrhein_Westfalen	30 (19.1%)
- Rheinland_Pfalz	10 (6.4%)
- Saarland	1 (0.6%)
- Sachsen	5 (3.2%)
- Sachsen_Anhalt	2 (1.3%)
- Schleswig_Holstein	3 (1.9%)
- Thueringen	17 (10.8%)
Funktion	
- Leitung	128 (81.0%)
- andere Funktion	30 (19.0%)
ICF	
- nein	141 (84.9%)
- ja	25 (15.1%)
ICD10	
- nein	133 (80.1%)
- ja	33 (19.9%)
Schwerbehinderung	
- nein	54 (32.5%)
- ja	112 (67.5%)
Merkzeichen	
- nein	82 (49.4%)
- ja	84 (50.6%)
MELBA	
- nein	113 (68.1%)
- ja	53 (31.9%)
Raemungsuebung_letzte	2016.0 [2015.0;2016.0]
Beteiligung_Feuerwehr	
- nein	74 (56.1%)
- ja	58 (43.9%)
Raemungskonzept	
- Raemungskonzept horizontal	92 (67.6%)
- Raemungskonzept vertikal	22 (16.2%)
- Verschiebekonzept	12 (8.8%)
- Zellenkonzept	3 (2.2%)
- andere Variante	7 (5.1%)
Kooperation_Feuerwehr	
- 1 (sehr gut)	69 (55.6%)
- 2	44 (35.5%)
- 3	8 (6.5%)
- 4	1 (0.8%)
- 5	2 (1.6%)
- 6 (ungenuegend)	0 (0.0%)
Kooperation_Baugenehmigungsbehoerde	
- 1 (sehr gut)	18 (15.4%)
- 2	55 (47.0%)
- 3	34 (29.1%)
- 4	6 (5.1%)
- 5	3 (2.6%)
- 6 (ungenuegend)	1 (0.9%)
Kooperation_Planungsbueros	
- 1 (sehr gut)	31 (26.3%)
- 2	66 (55.9%)
- 3	17 (14.4%)
- 4	2 (1.7%)
- 5	0 (0.0%)
- 6 (ungenuegend)	2 (1.7%)
Kooperation_Berufsgenossenschaft	
- 1 (sehr gut)	45 (37.5%)
- 2	49 (40.8%)
- 3	21 (17.5%)

- 4	2 (1.7%)
- 5	2 (1.7%)
- 6 (ungenuegend)	1 (0.8%)
Kooperation_Nachbarn	
- 1 (sehr gut)	21 (19.3%)
- 2	52 (47.7%)
- 3	21 (19.3%)
- 4	10 (9.2%)
- 5	0 (0.0%)
- 6 (ungenuegend)	5 (4.6%)
Interesse_der_Feuerwehr	
- sehr gering	8 (6.5%)
- eher gering	9 (7.3%)
- teils/teils	15 (12.1%)
- eher hoch	43 (34.7%)
- sehr hoch	49 (39.5%)
Interesse_der_Baugenehmigungsbehoerde	
- sehr gering	8 (6.8%)
- eher gering	18 (15.3%)
- teils/teils	38 (32.2%)
- eher hoch	37 (31.4%)
- sehr hoch	17 (14.4%)
Interesse_der_Planungsbueros	
- sehr gering	6 (5.0%)
- eher gering	9 (7.6%)
- teils/teils	26 (21.8%)
- eher hoch	51 (42.9%)
- sehr hoch	27 (22.7%)
Interesse_der_Berufsgenossenschaft	
- sehr gering	5 (4.2%)
- eher gering	7 (5.8%)
- teils/teils	18 (15.0%)
- eher hoch	57 (47.5%)
- sehr hoch	33 (27.5%)
Interesse_der_Nachbarn	
- sehr gering	22 (19.1%)
- eher gering	27 (23.5%)
- teils/teils	38 (33.0%)
- eher hoch	22 (19.1%)
- sehr hoch	6 (5.2%)
mehr_Kooperation_mit_Feuerwehr	
- eher nein	64 (52.9%)
- eher ja	57 (47.1%)
mehr_Kooperation_mit_Baugenehmigungsbehoerde	
- eher nein	81 (69.8%)
- eher ja	35 (30.2%)
mehr_Kooperation_mit_Planungsbueros	
- eher nein	80 (67.8%)
- eher ja	38 (32.2%)
mehr_Kooperation_mit_Berufsgenossenschaft	
- eher nein	81 (68.1%)
- eher ja	38 (31.9%)
mehr_Kooperation_mit_Anwohnern	
- eher nein	85 (73.9%)
- eher ja	30 (26.1%)
Notfalleinsaetze_in_Einrichtungen	
- nein	48 (40.7%)
- ja	70 (59.3%)
gemeinsame_Raeumungsuebungen	
- nein	51 (42.9%)
- ja	68 (57.1%)
Weiterentwicklung_des_Brandschutzkonzepts	
- nein	34 (28.3%)
- ja	86 (71.7%)
Erstellung_von_Einsatzkonzepten	
- nein	54 (45.4%)
- ja	65 (54.6%)
Weiterentwicklung_des_Sicherheitskonzepts	
- nein	70 (60.9%)
- ja	45 (39.1%)
gemeinsame_Risikoanalyse	
- nein	70 (60.9%)
- ja	45 (39.1%)
Brandschutzunterweisungen_Beschaeftigte	
- nein	76 (65.0%)
- ja	41 (35.0%)
Brandschutzaufklaerung_fuer_MmB	
- nein	96 (82.1%)
- ja	21 (17.9%)
Tag_der_offenen_Tuer	
- nein	68 (59.1%)
- ja	47 (40.9%)

Aufklaerung_durch_Werkstatt_ueber_Besonderheiten_MmB		
- nein	53	(44.5%)
- ja	66	(55.5%)
Unterweisung_der_MmB_in_Einsatzmontur		
- nein	85	(72.6%)
- ja	32	(27.4%)
Unterweisung_der_MmB_in_Kleinloeschgeraeten		
- nein	90	(76.9%)
- ja	27	(23.1%)
andere_Art_der_Zusammenarbeit		
- nein	61	(69.3%)
- ja	27	(30.7%)
Art_des_Sicherheitskonzepts		
- das Sicherheitskonzept ist primaer am Brandschutz orientiert	51	(49.5%)
- das Sicherheitskonzept beruecksichtigt verschiedene Notfall- und Gefahrensituationen	52	(50.5%)
Risikoanalyse		
- eher nein	38	(36.9%)
- eher ja	65	(63.1%)
regelmaessige_Raemungsuebungen		
- nein	19	(17.0%)
- ja	93	(83.0%)
Brandschutzunterweisung_fuer_MmB		
- nein	19	(17.0%)
- ja	93	(83.0%)
Schulung_der_MmB_fuer_Kleinloeschgeraete		
- nein	82	(73.2%)
- ja	30	(26.8%)
individuelles_Orientierungstraining		
- nein	54	(48.2%)
- ja	58	(51.8%)
Aufklaerung_der_Nachbarn_ueber_MmB		
- nein	107	(95.5%)
- ja	5	(4.5%)
Einbindung_von_Nachbarn_als_Helfer		
- nein	110	(98.2%)
- ja	2	(1.8%)
Erfassungssystem_Anwesenheit		
- nein	25	(22.3%)
- ja	87	(77.7%)
Helferzuordnung_fuer_MmB_geregelt		
- nein	46	(41.1%)
- ja	66	(58.9%)
System_der_Helferzuordnung		
- vorab feste Helferzuordnung	18	(17.8%)
- situative Helferzuordnung durch bestimmte Personen	32	(31.7%)
- freie situative Helferzuordnung	41	(40.6%)
- anderes System.	10	(9.9%)
Brandschutzordnung_barrierefrei		
- eher nein	55	(60.4%)
- eher ja	36	(39.6%)
Raemungsplaene_barrierefrei		
- eher nein	61	(68.5%)
- eher ja	28	(31.5%)
Alarmierungssystem_barrierefrei		
- eher nein	62	(72.9%)
- eher ja	23	(27.1%)
Fluchtweglenkung_barrierefrei		
- eher nein	44	(49.4%)
- eher ja	45	(50.6%)
Oeffnung_von_Tueren_barrierefrei		
- eher nein	31	(34.4%)
- eher ja	59	(65.6%)
andere_Sicherheitstechnik		
- eher nein	36	(70.6%)
- eher ja	15	(29.4%)
Zufriedenheit_baulich		
- ueberhaupt nicht zufrieden	1	(1.0%)
- eher nicht zufrieden	14	(13.7%)
- eher zufrieden	63	(61.8%)
- voll und ganz zufrieden	24	(23.5%)
Zufriedenheit_sicherheitstechnisch		
- ueberhaupt nicht zufrieden	1	(1.0%)
- eher nicht zufrieden	7	(6.9%)
- eher zufrieden	64	(62.7%)
- voll und ganz zufrieden	30	(29.4%)
Zufriedenheit_organisatorisch		
- ueberhaupt nicht zufrieden	1	(1.0%)
- eher nicht zufrieden	5	(4.9%)
- eher zufrieden	68	(66.7%)
- voll und ganz zufrieden	28	(27.5%)
Zufriedenheit_Vernetzung		
- ueberhaupt nicht zufrieden	1	(1.0%)

- eher nicht zufrieden	12 (11.9%)
- eher zufrieden	73 (72.3%)
- voll und ganz zufrieden	15 (14.9%)
Zufriedenheit_Kooperation	
- ueberhaupt nicht zufrieden	1 (1.0%)
- eher nicht zufrieden	14 (14.0%)
- eher zufrieden	53 (53.0%)
- voll und ganz zufrieden	32 (32.0%)
Zufriedenheit_insgesamt	
- ueberhaupt nicht zufrieden	1 (1.0%)
- eher nicht zufrieden	3 (3.1%)
- eher zufrieden	79 (80.6%)
- voll und ganz zufrieden	15 (15.3%)
Aenderungsbedarf_rechtlich	
- kein Aenderungsbedarf	44 (47.3%)
- geringer Aenderungsbedarf	41 (44.1%)
- hoher Aenderungsbedarf	8 (8.6%)
Aenderungsbedarf_baulich	
- kein Aenderungsbedarf	26 (27.1%)
- geringer Aenderungsbedarf	55 (57.3%)
- hoher Aenderungsbedarf	15 (15.6%)
Aenderungsbedarf_sicherheitstechnisch	
- kein Aenderungsbedarf	27 (28.1%)
- geringer Aenderungsbedarf	63 (65.6%)
- hoher Aenderungsbedarf	6 (6.2%)
Aenderungsbedarf_organisatorisch	
- kein Aenderungsbedarf	33 (34.4%)
- geringer Aenderungsbedarf	56 (58.3%)
- hoher Aenderungsbedarf	7 (7.3%)
Aenderungsbedarf_Vernetzung	
- kein Aenderungsbedarf	22 (23.2%)
- geringer Aenderungsbedarf	56 (58.9%)
- hoher Aenderungsbedarf	17 (17.9%)
Aenderungsbedarf_Sicherheitskonzepte	
- kein Aenderungsbedarf	27 (28.7%)
- geringer Aenderungsbedarf	48 (51.1%)
- hoher Aenderungsbedarf	19 (20.2%)
Aenderungsbedarf_Finanzierung_Sicherheitstechnik	
- kein Aenderungsbedarf	16 (17.4%)
- geringer Aenderungsbedarf	29 (31.5%)
- hoher Aenderungsbedarf	47 (51.1%)
Aenderungsbedarf_Kooperation	
- kein Aenderungsbedarf	21 (22.3%)
- geringer Aenderungsbedarf	50 (53.2%)
- hoher Aenderungsbedarf	23 (24.5%)
Unterstuetzungsbedarf_Sicherheitskonzepte	
- eher nein	55 (56.7%)
- eher ja	42 (43.3%)
Unterstuetzungsbedarf_Handreichungen	
- eher nein	50 (51.5%)
- eher ja	47 (48.5%)
Unterstuetzungsbedarf_Schulungskonzepte	
- eher nein	36 (37.1%)
- eher ja	61 (62.9%)
Unterstuetzungsbedarf_Schulungen_extern	
- eher nein	49 (50.5%)
- eher ja	48 (49.5%)
Wohnstaetten_vorhanden	
- nein	12 (12.6%)
- ja	83 (87.4%)
Sicherheit_in_WOS_schlechter_als_in_Werkstaetten	
- stimme ueberhaupt nicht zu	24 (32.4%)
- stimme eher nicht zu	37 (50.0%)
- stimme eher zu	11 (14.9%)
- stimme voll und ganz zu	2 (2.7%)
schlechter_baulich_WOS	
- nein	79 (76.0%)
- ja	25 (24.0%)
schlechter_sicherheitstechnisch_WOS	
- nein	99 (95.2%)
- ja	5 (4.8%)
schlechter_organisatorisch_WOS	
- nein	96 (92.3%)
- ja	8 (7.7%)
schlechter_Vernetzung_WOS	
- nein	88 (84.6%)
- ja	16 (15.4%)
schlechter_Kooperation_WOS	
- nein	100 (96.2%)
- ja	4 (3.8%)
Einbindung_von_Nachbarn_als_Helfer_WOS	
- eher nein	58 (73.4%)

- eher ja	21 (26.6%)
Anzahl_Brandschadensfaelle_letzte_5_Jahre_Werkstaetten	
- keinmal	68 (71.6%)
- einmal	22 (23.2%)
- zweimal	2 (2.1%)
- dreimal	0 (0.0%)
- viermal	0 (0.0%)
- fuenfmal und oefter	3 (3.2%)
Anzahl_Brandschadensfaelle_letzte_5_Jahre_Wohnstatten	
- keinmal	52 (71.2%)
- einmal	13 (17.8%)
- zweimal	5 (6.8%)
- dreimal	1 (1.4%)
- viermal	1 (1.4%)
- fuenfmal und oefter	1 (1.4%)
Aenderung_Sicherheitskonzept_wegen_Schadensfaellen	
- nein	47 (62.7%)
- ja	28 (37.3%)

12.2.2. Befragung der Feuerwehren (Berufsfeuerwehren BRD und Freiwilligen Feuerwehren NRW)

Grundauszählung

	Berufsfeuerwehr BRD (N=37)	Freiwillige Feuerwehr NRW (N=55)	p-Wert Chi ² -Test
Funktion			0.000
- vorbeugender Brandschutz	18 (48.6%)	10 (18.2%)	
- Einsatzorganisation	3 (8.1%)	5 (9.1%)	
- Einsatzdienst/ Einsatzleiter	4 (10.8%)	37 (67.3%)	
- andere	12 (32.4%)	3 (5.5%)	
Bundesland			
- Baden_Wuerttemberg	3 (8.1%)	0 (0.0%)	
- Bayern	1 (2.7%)	0 (0.0%)	
- Berlin	0 (0.0%)	0 (0.0%)	
- Brandenburg	1 (2.7%)	0 (0.0%)	
- Bremen	1 (2.7%)	0 (0.0%)	
- Hamburg	0 (0.0%)	0 (0.0%)	
- Hessen	5 (13.5%)	0 (0.0%)	
- Mecklenburg_Vorpom	4 (10.8%)	0 (0.0%)	
- Niedersachsen	3 (8.1%)	0 (0.0%)	
- Nordrhein_Westfalen	12 (32.4%)	55 (100.0%)	
- Rheinland_Pfalz	2 (5.4%)	0 (0.0%)	
- Saarland	0 (0.0%)	0 (0.0%)	
- Sachsen	1 (2.7%)	0 (0.0%)	
- Sachsen_Anhalt	1 (2.7%)	0 (0.0%)	
- Schleswig_Holstein	1 (2.7%)	0 (0.0%)	
- Thueringen	2 (5.4%)	0 (0.0%)	
Werkstaetten_im_Einzugsgebiet			0.006
- nein	0 (0.0%)	12 (21.8%)	
- ja	37 (100.0%)	43 (78.2%)	
Zusammenarbeit_mit_Werkstaetten			0.703
- 1 (sehr gut)	2 (7.1%)	7 (17.5%)	
- 2	16 (57.1%)	17 (42.5%)	
- 3	7 (25.0%)	10 (25.0%)	
- 4	2 (7.1%)	4 (10.0%)	
- 5	1 (3.6%)	1 (2.5%)	
- 6 (ungenuiegend)	0 (0.0%)	1 (2.5%)	
Interesse_der_Werkstaetten_an_Zusammenarbeit			0.155
- sehr gering	1 (3.7%)	1 (2.5%)	
- eher gering	6 (22.2%)	4 (10.0%)	
- teils/teils	4 (14.8%)	17 (42.5%)	
- eher hoch	12 (44.4%)	15 (37.5%)	
- sehr hoch	4 (14.8%)	3 (7.5%)	
Notwendigkeit_staerkerer_Zusammenarbeit			0.372
- eher nein	11 (39.3%)	11 (26.2%)	
- eher ja	17 (60.7%)	31 (73.8%)	
Notfalleinsaetze_in_Einrichtungen			0.662
- (ueberwiegend) nein	13 (52.0%)	15 (42.9%)	
- (ueberwiegend) ja	12 (48.0%)	20 (57.1%)	
gemeinsame_Raeumungsuebungen			0.172
- (ueberwiegend) nein	8 (30.8%)	19 (51.4%)	
- (ueberwiegend) ja	18 (69.2%)	18 (48.6%)	
Weiterentwicklung_der_Brandschutzkonzepte			1.000
- (ueberwiegend) nein	14 (53.8%)	21 (56.8%)	
- (ueberwiegend) ja	12 (46.2%)	16 (43.2%)	
Erstellung_von_Einsatzkonzepten			0.831
- (ueberwiegend) nein	9 (34.6%)	15 (40.5%)	
- (ueberwiegend) ja	17 (65.4%)	22 (59.5%)	
Weiterentwicklung_der_Sicherheitskonzepte			1.000
- (ueberwiegend) nein	18 (72.0%)	26 (74.3%)	
- (ueberwiegend) ja	7 (28.0%)	9 (25.7%)	
gemeinsame_Risikoanalysen			0.890
- (ueberwiegend) nein	22 (88.0%)	30 (83.3%)	
- (ueberwiegend) ja	3 (12.0%)	6 (16.7%)	
Brandschutzunterweisungen_Beschaefigte			0.725
- (ueberwiegend) nein	13 (52.0%)	21 (60.0%)	
- (ueberwiegend) ja	12 (48.0%)	14 (40.0%)	
Brandschutzaufklaerung_fuer_MmB			0.447
- (ueberwiegend) nein	19 (79.2%)	24 (66.7%)	
- (ueberwiegend) ja	5 (20.8%)	12 (33.3%)	
Tag_der_offenen_Tuer			0.357
- (ueberwiegend) nein	17 (70.8%)	20 (55.6%)	
- (ueberwiegend) ja	7 (29.2%)	16 (44.4%)	
Aufklaerung_durch_Werkstaetten_ueber_Besonderheiten_MmB			0.192
- (ueberwiegend) nein	12 (46.2%)	25 (65.8%)	
- (ueberwiegend) ja	14 (53.8%)	13 (34.2%)	

Unterweisung_der_MmB_in_Einsatzmontur			0.560
- (ueberwiegend) nein	15 (65.2%)	20 (54.1%)	
- (ueberwiegend) ja	8 (34.8%)	17 (45.9%)	
Unterweisung_der_MmB_in_Kleinloeschgeraeten			1.000
- (ueberwiegend) nein	20 (87.0%)	32 (88.9%)	
- (ueberwiegend) ja	3 (13.0%)	4 (11.1%)	
andere_Art_der_Zusammenarbeit			0.524
- (ueberwiegend) nein	15 (83.3%)	19 (70.4%)	
- (ueberwiegend) ja	3 (16.7%)	8 (29.6%)	
Teilnahme_an_Schulungen_zu_MmB			0.326
- nein	18 (69.2%)	21 (53.8%)	
- ja	8 (30.8%)	18 (46.2%)	
Raeumungskonzept			
- Raeumungskonzept horizontal	11 (42.3%)	16 (51.6%)	
- Raeumungskonzept vertikal	1 (3.8%)	5 (16.1%)	
- Verschiebekonzept	10 (38.5%)	8 (25.8%)	
- Zellenkonzept	4 (15.4%)	2 (6.5%)	
- andere Variante	0 (0.0%)	0 (0.0%)	
Zufriedenheit_baulich			
- ueberhaupt nicht zufrieden	0 (0.0%)	0 (0.0%)	
- eher nicht zufrieden	3 (12.0%)	4 (13.3%)	
- eher zufrieden	19 (76.0%)	26 (86.7%)	
- voll und ganz zufrieden	3 (12.0%)	0 (0.0%)	
Zufriedenheit_sicherheitstechnisch			0.602
- ueberhaupt nicht zufrieden	1 (4.0%)	0 (0.0%)	
- eher nicht zufrieden	2 (8.0%)	3 (10.0%)	
- eher zufrieden	19 (76.0%)	21 (70.0%)	
- voll und ganz zufrieden	3 (12.0%)	6 (20.0%)	
Zufriedenheit_organisatorisch			0.301
- ueberhaupt nicht zufrieden	1 (4.2%)	2 (6.7%)	
- eher nicht zufrieden	3 (12.5%)	10 (33.3%)	
- eher zufrieden	16 (66.7%)	15 (50.0%)	
- voll und ganz zufrieden	4 (16.7%)	3 (10.0%)	
Zufriedenheit_Vernetzung			
- ueberhaupt nicht zufrieden	0 (0.0%)	0 (0.0%)	
- eher nicht zufrieden	7 (28.0%)	11 (39.3%)	
- eher zufrieden	15 (60.0%)	14 (50.0%)	
- voll und ganz zufrieden	3 (12.0%)	3 (10.7%)	
Zufriedenheit_Kooperation			0.599
- ueberhaupt nicht zufrieden	0 (0.0%)	1 (3.3%)	
- eher nicht zufrieden	6 (24.0%)	6 (20.0%)	
- eher zufrieden	17 (68.0%)	18 (60.0%)	
- voll und ganz zufrieden	2 (8.0%)	5 (16.7%)	
Zufriedenheit_insgesamt			
- ueberhaupt nicht zufrieden	0 (0.0%)	0 (0.0%)	
- eher nicht zufrieden	5 (20.0%)	7 (23.3%)	
- eher zufrieden	18 (72.0%)	20 (66.7%)	
- voll und ganz zufrieden	2 (8.0%)	3 (10.0%)	
Aenderungsbedarf_rechtlich			0.938
- kein Aenderungsbedarf	5 (21.7%)	5 (19.2%)	
- geringer Aenderungsbedarf	13 (56.5%)	16 (61.5%)	
- hoher Aenderungsbedarf	5 (21.7%)	5 (19.2%)	
Aenderungsbedarf_baulich			0.032
- kein Aenderungsbedarf	7 (30.4%)	3 (12.0%)	
- geringer Aenderungsbedarf	10 (43.5%)	20 (80.0%)	
- hoher Aenderungsbedarf	6 (26.1%)	2 (8.0%)	
Aenderungsbedarf_sicherheitstechnisch			0.140
- kein Aenderungsbedarf	7 (30.4%)	5 (18.5%)	
- geringer Aenderungsbedarf	11 (47.8%)	20 (74.1%)	
- hoher Aenderungsbedarf	5 (21.7%)	2 (7.4%)	
Aenderungsbedarf_organisatorisch			0.043
- kein Aenderungsbedarf	3 (13.6%)	0 (0.0%)	
- geringer Aenderungsbedarf	14 (63.6%)	13 (50.0%)	
- hoher Aenderungsbedarf	5 (22.7%)	13 (50.0%)	
Aenderungsbedarf_Vernetzung			0.234
- kein Aenderungsbedarf	4 (18.2%)	1 (4.0%)	
- geringer Aenderungsbedarf	11 (50.0%)	17 (68.0%)	
- hoher Aenderungsbedarf	7 (31.8%)	7 (28.0%)	
Aenderungsbedarf_Sicherheitskonzepte			0.868
- kein Aenderungsbedarf	2 (9.1%)	2 (8.0%)	
- geringer Aenderungsbedarf	12 (54.5%)	12 (48.0%)	
- hoher Aenderungsbedarf	8 (36.4%)	11 (44.0%)	
Aenderungsbedarf_Finanzierung_Sicherheitstechnik			0.609
- kein Aenderungsbedarf	4 (20.0%)	5 (21.7%)	
- geringer Aenderungsbedarf	8 (40.0%)	12 (52.2%)	
- hoher Aenderungsbedarf	8 (40.0%)	6 (26.1%)	
Aenderungsbedarf_Kooperation			0.121
- kein Aenderungsbedarf	2 (9.1%)	3 (12.0%)	
- geringer Aenderungsbedarf	16 (72.7%)	11 (44.0%)	
- hoher Aenderungsbedarf	4 (18.2%)	11 (44.0%)	
Unterstuetzungsbedarf_Sicherheitskonzepte			0.724
- eher nein	7 (31.8%)	6 (23.1%)	

- eher ja	15 (68.2%)	20 (76.9%)	
Unterstuuetzungsbedarf_Handreichungen			0.490
- eher nein	8 (36.4%)	6 (23.1%)	
- eher ja	14 (63.6%)	20 (76.9%)	
Unterstuuetzungsbedarf_Schulungskonzepte			0.181
- eher nein	8 (36.4%)	4 (15.4%)	
- eher ja	14 (63.6%)	22 (84.6%)	
Unterstuuetzungsbedarf_Schulungen_extern			0.120
- eher nein	10 (45.5%)	5 (20.0%)	
- eher ja	12 (54.5%)	20 (80.0%)	
Wohnstaetten_im_Einzugsgebiet			1.000
- nein	2 (8.3%)	2 (6.9%)	
- ja	22 (91.7%)	27 (93.1%)	
Notwendigkeit_staerkerer_Kooperation_mit_WOS			0.454
- eher nein	8 (34.8%)	6 (21.4%)	
- eher ja	15 (65.2%)	22 (78.6%)	
Zufriedenheit_baulich_WOS			0.455
- ueberhaupt nicht zufrieden	0 (0.0%)	2 (7.4%)	
- eher nicht zufrieden	4 (18.2%)	6 (22.2%)	
- eher zufrieden	16 (72.7%)	15 (55.6%)	
- voll und ganz zufrieden	2 (9.1%)	4 (14.8%)	
Zufriedenheit_sicherheitstechnisch_WOS			0.420
- ueberhaupt nicht zufrieden	0 (0.0%)	1 (3.7%)	
- eher nicht zufrieden	3 (15.0%)	6 (22.2%)	
- eher zufrieden	16 (80.0%)	16 (59.3%)	
- voll und ganz zufrieden	1 (5.0%)	4 (14.8%)	
Zufriedenheit_organisatorisch_WOS			0.971
- ueberhaupt nicht zufrieden	1 (4.5%)	1 (3.8%)	
- eher nicht zufrieden	8 (36.4%)	8 (30.8%)	
- eher zufrieden	12 (54.5%)	16 (61.5%)	
- voll und ganz zufrieden	1 (4.5%)	1 (3.8%)	
Zufriedenheit_Vernetzung_WOS			0.621
- ueberhaupt nicht zufrieden	0 (0.0%)	1 (3.8%)	
- eher nicht zufrieden	6 (28.6%)	8 (30.8%)	
- eher zufrieden	14 (66.7%)	14 (53.8%)	
- voll und ganz zufrieden	1 (4.8%)	3 (11.5%)	
Zufriedenheit_Kooperation_WOS			0.370
- ueberhaupt nicht zufrieden	1 (4.5%)	2 (7.4%)	
- eher nicht zufrieden	7 (31.8%)	9 (33.3%)	
- eher zufrieden	14 (63.6%)	13 (48.1%)	
- voll und ganz zufrieden	0 (0.0%)	3 (11.1%)	
Zufriedenheit_insgesamt_WOS			0.450
- ueberhaupt nicht zufrieden	0 (0.0%)	1 (3.7%)	
- eher nicht zufrieden	7 (31.8%)	7 (25.9%)	
- eher zufrieden	15 (68.2%)	17 (63.0%)	
- voll und ganz zufrieden	0 (0.0%)	2 (7.4%)	
Sicherheit_in_WOS_schlechter_als_in_Werkstaetten			0.833
- stimme ueberhaupt nicht zu	3 (13.6%)	4 (14.8%)	
- stimme eher nicht zu	11 (50.0%)	13 (48.1%)	
- stimme eher zu	8 (36.4%)	9 (33.3%)	
- stimme voll und ganz zu	0 (0.0%)	1 (3.7%)	
Einbindung_von_Nachbarn_als_Helfer			0.036
- eher nein	15 (68.2%)	10 (34.5%)	
- eher ja	7 (31.8%)	19 (65.5%)	
Wissen_ueber_WOS_und_Werkstaetten			
- 1 (sehr gut)	4 (16.7%)	0 (0.0%)	
- 2	11 (45.8%)	14 (46.7%)	
- 3	7 (29.2%)	11 (36.7%)	
- 4	2 (8.3%)	3 (10.0%)	
- 5	0 (0.0%)	2 (6.7%)	
- 6 (ungenuegend)	0 (0.0%)	0 (0.0%)	

12.3. Erhebungsinstrumente der Onlinebefragungen

12.3.1. Befragung der Werkstattleitungen in der BRD

SiME: Online-Befragung Werkstätten

Anzahl der Variablen in der Umfragetabelle 137 (Anzahl kann sich durch Generieren verändern)

1 Seite: System (PGID 1907317)

3 Seite: Standardseite (PGID 1909010)

Welchem Bundesland ist Ihre Einrichtung zugeordnet? (q_3510061 - Typ 112)

Variablenname

v_1	Externer Variablenname
v_1	int Bundesland
	1 Baden-Württemberg
	2 Bayern
	3 Berlin
	4 Brandenburg
	5 Bremen
	6 Hamburg
	7 Hessen
	8 Mecklenburg-Vorp.
	9 Niedersachsen
	10 Nordrhein-Westfalen
	11 Rheinland-Pfalz
	12 Saarland
	13 Sachsen
	14 Sachsen-Anhalt
	15 Schleswig-Holstein
	16 Thüringen

Welche Funktion haben Sie in Ihrer Einrichtung? (q_3510142 - Typ 111)

Variablenname

v_2	Externer Variablenname
v_2	int Funktion
	1 Leitung
	2 andere Funktion

Welche der folgenden Klassifikations- und Diagnose-Systeme werden in Ihrer Einrichtung derzeit systematisch erfasst?
(q_3510177 - Typ 121)

Variablenname

v_3	Externer Variablenname
v_3	int ICF – Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit der WHO
	0 not quoted
	1 quoted

Variablenname

v_4	Externer Variablenname
v_4	int ICD 10 – Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme der WHO
	0 not quoted
	1 quoted

Variablenname

v_5	Externer Variablenname
v_5	int Schwerbehinderung mit Grad der Schwerbehinderung
	0 not quoted
	1 quoted

Variablenname

v_6	Externer Variablenname
v_6	int Schwerbehinderung mit Merkzeichen
	0 not quoted
	1 quoted

Variablenname

v_7	Externer Variablenname
-----	------------------------

v_7 int MELBA bzw. MELBA-SL - Merkmalprofile zur Eingliederung Leistungsgewandelter und Behinderter in Arbeit

0	not quoted
1	quoted

4 Seite: Standardseite (PGID 1909095)

Erfahrungen bei Räumungsübungen/Räumungen In welchem Jahr haben Sie zum letzten Mal eine Kompletträumung Ihrer Einrichtung als Räumungsübung durchgeführt? (q_3510193 - Typ 141)

Variablenname

v_8 Externer Variablenname
v_8 varchar (mit Typencheck: Ganzzahl) Kompletträumung

War die örtliche Feuerwehr bei dieser Räumungsübung beteiligt? (q_3510198 - Typ 111)

Variablenname

v_9 Externer Variablenname
v_9 int Beteiligung

1	nein
2	ja

Welches Räumung-/Evakuierungskonzept gilt für Ihre Einrichtung? (q_3510205 - Typ 111)

Variablenname

v_10 Externer Variablenname
v_10 int Räumungskonzept

1	direkte horizontale, ebenerdige Evakuierung aller Personen ins Freie
2	direkte vertikale Evakuierung aller Personen (über das Treppenhaus bzw. einen Sicherheitsaufzug) ins Freie
3	phasenweise horizontale Räumung in sichere Brandabschnitte mit anschließender vertikaler Evakuierung ins Freie
4	horizontale Räumung der unmittelbar betroffenen Personen in einen sicheren Brandabschnitt. Alle übrigen Personen verbleiben an ihren angestammten Plätzen
5	andere Variante

Welche besonderen Schwierigkeiten sehen Sie bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen? Bitten nennen Sie den aus Ihrer Sicht wichtigsten Sachverhalt in Stichworten! (q_3510210 - Typ 142)

Variablenname

v_11 Externer Variablenname
v_11 blob Schwierigkeiten

5 Seite: Standardseite (PGID 1909124)

Zusammenarbeit mit anderen Institutionen/Gruppen in Sicherheitsfragen Wie bewerten Sie insgesamt die Zusammenarbeit Ihrer Einrichtung in Sicherheitsfragen mit den im Folgenden aufgeführten Gruppen vor Ort? (q_3510213 - Typ 311)

Variablenname

v_12 Externer Variablenname
v_12 int örtliche Feuerwehr

1	1 (sehr gut)
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6 (ungenügend)

Variablenname

v_13 Externer Variablenname
v_13 int Baugenehmigungsbehörde

1	1 (sehr gut)
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6 (ungenügend)

Variablenname

v_14 Externer Variablenname
v_14 int Planungsbüros/Architekten

1	1 (sehr gut)
2	2

3	3
4	4
5	5
6	6 (ungenügend)

Variablenname

v_91 Externer Variablenname

v_91	int	Berufsgenossenschaft
	1	1 (sehr gut)
	2	2
	3	3
	4	4
	5	5
	6	6 (ungenügend)

Variablenname

v_15 Externer Variablenname

v_15	int	Nachbarn/Anwohner
	1	1 (sehr gut)
	2	2
	3	3
	4	4
	5	5
	6	6 (ungenügend)

Wie bewerten Sie das Interesse der aufgeführten Gruppen an einer Zusammenarbeit mit Ihrer Einrichtung in Sicherheitsfragen? (q_3510219 - Typ 311)

Variablenname

v_17 Externer Variablenname

v_17	int	örtliche Feuerwehr
	1	sehr gering
	2	eher gering
	3	teils/teils
	4	eher hoch
	5	sehr hoch

Variablenname

v_18 Externer Variablenname

v_18	int	Baugenehmigungsbehörde
	1	sehr gering
	2	eher gering
	3	teils/teils
	4	eher hoch
	5	sehr hoch

Variablenname

v_19 Externer Variablenname

v_19	int	Planungsbüros/Architekten
	1	sehr gering
	2	eher gering
	3	teils/teils
	4	eher hoch
	5	sehr hoch

Variablenname

v_92 Externer Variablenname

v_92	int	Berufsgenossenschaft
	1	sehr gering
	2	eher gering
	3	teils/teils
	4	eher hoch
	5	sehr hoch

Variablenname

v_20 Externer Variablenname

v_20	int	Nachbarn/Anwohner
	1	sehr gering
	2	eher gering
	3	teils/teils
	4	eher hoch

5 sehr hoch

Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit diesen Gruppen für notwendig? (q_3510222 - Typ 311)

Variablenname

v_22 Externer Variablenname
v_22 int örtliche Feuerwehr
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_23 Externer Variablenname
v_23 int Baugenehmigungsbehörde
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_24 Externer Variablenname
v_24 int Planungsbüros/Architekten
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_93 Externer Variablenname
v_93 int Berufsgenossenschaft
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_25 Externer Variablenname
v_25 int Nachbarn/Anwohner
1 eher nein
2 eher ja

In welchen Bereichen hat es in den letzten rund 3 Jahren eine Zusammenarbeit (bzw. Dienstleistung) mit der zuständigen Feuerwehr gegeben? (q_3510228 - Typ 311)

Variablenname

v_27 Externer Variablenname
v_27 int Notfall-Einsätze in der Einrichtung
1 nein
2 ja

Variablenname

v_28 Externer Variablenname
v_28 int gemeinsame Räumungsübungen
1 nein
2 ja

Variablenname

v_29 Externer Variablenname
v_29 int gemeinsame (Weiter-)Entwicklung des Brandschutzkonzepts
1 nein
2 ja

Variablenname

v_30 Externer Variablenname
v_30 int gemeinsame Erstellung von Objektplänen und Einsatzkonzepten für die individuellen Einrichtungen
1 nein
2 ja

Variablenname

v_31 Externer Variablenname
v_31 int gemeinsame (Weiter-)Entwicklung eines umfassenden Sicherheitskonzepts
1 nein
2 ja

Variablenname

v_32 Externer Variablenname
v_32 int gemeinsame Risikoanalyse
1 nein
2 ja

Variablenname

v_33 Externer Variablenname
v_33 int gemeinsame Brandschutzunterweisung der Beschäftigten der Einrichtung

1 nein
2 ja

Variablenname

v_34 Externer Variablenname

v_34 int Brandschutzaufklärung der beeinträchtigten Personen in der Werkstatt durch die Feuerwehr
1 nein
2 ja

Variablenname

v_35 Externer Variablenname

v_35 int näheres Kennenlernen am „Tag der offenen Tür“ (oder ähnliches)
1 nein
2 ja

Variablenname

v_36 Externer Variablenname

v_36 int Aufklärung der örtlichen Feuerwehr über Besonderheiten der Menschen mit Beeinträchtigungen durch die Werkstatt
1 nein
2 ja

Variablenname

v_37 Externer Variablenname

v_37 int gemeinsame Unterweisungen oder Brandschutzübungen, bei denen die Menschen mit Beeinträchtigungen die Feuerwehrkräfte in Einsatzmontur kennen lernen konnten
1 nein
2 ja

Variablenname

v_38 Externer Variablenname

v_38 int gemeinsame Unterweisungen oder Brandschutzübungen, bei denen die Menschen mit Beeinträchtigungen die Handhabung von Kleinlöschgeräten üben konnten
1 nein
2 ja

Variablenname

v_39 Externer Variablenname

v_39 int anderes
1 nein
2 ja

6 Seite: Standardseite (PGID 1909152)

Ausgestaltung der Sicherheitsinfrastruktur in den Werkstätten Integriert Ihr Sicherheitskonzept unterschiedliche Notfall- und Gefahrensituationen oder berücksichtigt es primär den Brandschutz? (q_3512526 - Typ 111)

Variablenname

v_40 Externer Variablenname

v_40 int Integration
1 das Sicherheitskonzept ist primär am Brandschutz orientiert
2 das Sicherheitskonzept berücksichtigt verschiedene Notfall- und Gefahrensituationen

Liegt Ihrem Sicherheitskonzept auch eine differenzierte Risikoanalyse zugrunde, die die speziellen Beeinträchtigungen der Mitarbeiterschaft berücksichtigt? (q_3512527 - Typ 111)

Variablenname

v_41 Externer Variablenname

v_41 int Risikoanalyse
1 eher nein
2 eher ja

Wie würden Sie in wenigen Stichworten das zentrale Ziel Ihres Sicherheitskonzepts beschreiben? (q_3512528 - Typ 142)

Variablenname

v_42 Externer Variablenname

v_42 blob Ziel

Welche der folgenden organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen sind Bestandteil Ihrer Sicherheitsinfrastruktur? (q_3512529 - Typ 121)

Variablenname

v_43 Externer Variablenname

v_43 int regelmäßige Räumungsübungen (zumindest auf der Abteilungs- bzw. Gruppenebene)
0 not quoted

1 quoted

Variablenname

v_44 Externer Variablenname

v_44 int Brandschutzunterweisung für Personen mit Beeinträchtigungen
0 not quoted
1 quoted

Variablenname

v_45 Externer Variablenname

v_45 int Schulung von Personen mit Beeinträchtigungen in der Handhabung von Kleinlöschgeräten
0 not quoted
1 quoted

Variablenname

v_46 Externer Variablenname

v_46 int individuelles Orientierungs- und Mobilitätstraining für betroffene Personen mit Beeinträchtigungen in Bezug auf eine Räumungssituation
0 not quoted
1 quoted

Variablenname

v_47 Externer Variablenname

v_47 int Aufklärung der Anwohner/Nachbarn über Besonderheiten im Umgang mit Menschen
Beeinträchtigungen in Notfallsituationen
0 not quoted
1 quoted

Variablenname

v_48 Externer Variablenname

v_48 int Einbindung von Anwohnern/Nachbarn als Helfer in Notfallsituationen
0 not quoted
1 quoted

Variablenname

v_49 Externer Variablenname

v_49 int Es existiert ein spezielles System zur Erfassung der Anwesenheit der Personen (Anwesenheitslisten o.ä.)
0 not quoted
1 quoted

Variablenname

v_50 Externer Variablenname

v_50 int Es existiert ein spezielles System der Helferzuordnung bei Menschen mit besonderem Assistenzbedarf im Räumungsfall
0 not quoted
1 quoted

Wie ist das System der Helferzuordnung für Personen, die nicht oder nur eingeschränkt zur Selbstrettung fähig sind, im Detail für den Räumungsfall geregelt? (q_3512530 - Typ 111)

Variablenname

v_51 Externer Variablenname

v_51 int Helferzuordnung
1 Es werden den assistenzbedürftigen Personen vorab namentlich feste Helfer zugeordnet.
2 Es gibt keine feste namentliche Helferzuordnung im Vorfeld. Die Helferzuordnung erfolgt konkret und situativ in der Räumungssituation. Es ist genau definiert, welche Person im Räumungsfall die Helferzuordnung durchführt.
3 Es gibt keine feste namentliche Helferzuordnung im Vorfeld. Die Helferzuordnung erfolgt konkret und situativ in der Räumungssituation. Es gibt keine weiteren Vorgaben zur Helferzuordnung.
4 Anderes System.

Welche Sicherheitstechnik würden Sie sinnvollerweise - unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten und der Zusammensetzung Ihrer Mitarbeiterschaft mit Beeinträchtigungen - gerne zusätzlich in Ihrer Einrichtung einsetzen, um die Sicherheitsinfrastruktur zu stärken? (q_3512531 - Typ 311)

Variablenname

v_52 Externer Variablenname

v_52 int barrierefreie Brandschutzordnung (z.B. in Braille-Schrift, in leichter Sprache, als Tonband/MP3-Format, als Großdruck)
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_53 Externer Variablenname

v_53 int barrierefreie Räumungs-/Evakuierungspläne (z.B. als taktil erfassbare Gebäudegrundrisse mit Rettungswegen, in Braille-Schrift, in leichter Sprache, als Tonband/MP3-Format, als Großdruck)
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_54 Externer Variablenname

v_54 int barrierefreies Alarmierungssystem (z.B. personalisierte Alarmierung mittels Armband/Pager, akustische, visuelle und taktile technische Alarmierung, barrierefreie manuelle Notrufmöglichkeiten zusätzlich zur automatischen)
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_55 Externer Variablenname

v_55 int barrierefreie Fluchtweglenkung (z.B. akustische, visuell-dynamische oder taktile (z.B. mittels Braille-Schrift an Türen, Wänden und Geländern) Lenkung bei der Evakuierung)
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_56 Externer Variablenname

v_56 int barrierefreie Öffnung von Türen, speziell von Rauch- und Brandschutztüren (z.B. mittels Tastenbedienung oder Sensormatte)
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_57 Externer Variablenname

v_57 int anderes
1 eher nein
2 eher ja

Wie zufrieden wäre - Ihrer Meinung nach - ein sachkundiger Beobachter von außen mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in Ihrer Einrichtung? (q_3512532 - Typ 311)

Variablenname

v_58 Externer Variablenname

v_58 int In baulicher Hinsicht
1 überhaupt nicht zufrieden
2 eher nicht zufrieden
3 eher zufrieden
4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

v_59 Externer Variablenname

v_59 int In sicherheitstechnischer Hinsicht (Anlagentechnik wie z.B. Alarmierung, Fluchtweglenkung, ohne Bautechnik)
1 überhaupt nicht zufrieden
2 eher nicht zufrieden
3 eher zufrieden
4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

v_60 Externer Variablenname

v_60 int In organisatorischer Hinsicht („betriebliche Maßnahmen“)
1 überhaupt nicht zufrieden
2 eher nicht zufrieden
3 eher zufrieden
4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

v_61 Externer Variablenname

v_61 int In Bezug auf die Vernetzung von baulichen, sicherheitstechnischen und organisatorischen Maßnahmen
1 überhaupt nicht zufrieden
2 eher nicht zufrieden
3 eher zufrieden
4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

v_62 Externer Variablenname

v_62 int In Bezug auf die Kooperation zwischen Feuerwehr und Einrichtungen
1 überhaupt nicht zufrieden
2 eher nicht zufrieden

- 3 eher zufrieden
- 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

v_63 Externer Variablenname

- v_63 int insgesamt
- 1 überhaupt nicht zufrieden
 - 2 eher nicht zufrieden
 - 3 eher zufrieden
 - 4 voll und ganz zufrieden

7 Seite: Standardseite (PGID 1910453)

Änderungs- und Unterstützungsbedarfe Wie hoch schätzen Sie den Änderungsbedarf in den einzelnen Handlungsbereichen ein, um die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen noch besser gewährleisten zu können? (q_3512533 - Typ 311)

Variablenname

v_67 Externer Variablenname

- v_67 int rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. Bauordnungen, Sonderbauverordnungen, Brandschutzordnung, Normen und technische Richtlinien)
- 1 kein Änderungsbedarf
 - 2 geringer Änderungsbedarf
 - 3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_68 Externer Variablenname

- v_68 int baulicher Bereich der Einrichtungen
- 1 kein Änderungsbedarf
 - 2 geringer Änderungsbedarf
 - 3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_69 Externer Variablenname

- v_69 int sicherheitstechnischer Bereich der Einrichtungen (Anlagentechnik, ohne Bautechnik)
- 1 kein Änderungsbedarf
 - 2 geringer Änderungsbedarf
 - 3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_70 Externer Variablenname

- v_70 int organisatorischer Bereich der Einrichtungen („betriebliche Maßnahmen“)
- 1 kein Änderungsbedarf
 - 2 geringer Änderungsbedarf
 - 3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_71 Externer Variablenname

- v_71 int Vernetzung von baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen
- 1 kein Änderungsbedarf
 - 2 geringer Änderungsbedarf
 - 3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_66 Externer Variablenname

- v_66 int Entwicklung (qualifizierter) Sicherheitskonzepte für die Einrichtungen
- 1 kein Änderungsbedarf
 - 2 geringer Änderungsbedarf
 - 3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_65 Externer Variablenname

- v_65 int Finanzierung der Sicherheitstechnik vor Ort in den Einrichtungen
- 1 kein Änderungsbedarf
 - 2 geringer Änderungsbedarf
 - 3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_64 Externer Variablenname

- v_64 int Kooperationen der verschiedenen Akteure im Sicherheitsbereich
- 1 kein Änderungsbedarf
 - 2 geringer Änderungsbedarf
 - 3 hoher Änderungsbedarf

In welchen Bereichen sehen Sie einen besonderen Unterstützungsbedarf Ihrer Einrichtung in Fragen der Sicherheitsinfrastruktur? (q_3512535 - Typ 311)

Variablenname

v_72 Externer Variablenname

v_72 int Unterstützung bei der Entwicklung (qualifizierter) Sicherheitskonzepte
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_73 Externer Variablenname

v_73 int Verfügbarkeit konkreter Handlungsempfehlungen in Form von Handreichungen und Leitfäden zur Sicherheitsthematik
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_74 Externer Variablenname

v_74 int Verfügbarkeit von Schulungskonzepten zu Sicherheitsfragen, die intern genutzt werden können
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_75 Externer Variablenname

v_75 int Schulungen in Sicherheitsfragen durch Externe
1 eher nein
2 eher ja

8 Seite: Standardseite (PGID 1910458)

Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen. Falls Ihr Dachverband bzw. Ihre Organisation vor Ort auch Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Personen mit Beeinträchtigungen unterhält, dann möchten wir Sie bitten auch für diesen Bereich im Folgenden einige Fragen zu beantworten - natürlich nur soweit Sie sich dazu in der Lage sehen. Unterhält Ihre Organisation/Ihr Dachverband vor Ort Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit (vornehmlich geistigen und körperlichen) Beeinträchtigungen? (q_3512540 - Typ 111)

Variablenname

v_76 Externer Variablenname

v_76 int Wohneinrichtungen
1 nein
2 ja

Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: "Die Sicherheitsinfrastruktur ist in diesen Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen insgesamt von schlechterer Qualität als in den Werkstätten!" (q_3512564 - Typ 111)

Variablenname

v_77 Externer Variablenname

v_77 int Zustimmung
1 stimme überhaupt nicht zu
2 stimme eher nicht zu
3 stimme eher zu
4 stimme voll und ganz zu

In welchen Bereichen ist aus Ihrer Sicht die Sicherheitsinfrastruktur in den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für beeinträchtigte Menschen insgesamt von schlechterer Qualität als in den Werkstätten? (q_3512567 - Typ 121)

Variablenname

v_82 Externer Variablenname

v_82 int baulicher Bereich
0 not quoted
1 quoted

Variablenname

v_80 Externer Variablenname

v_80 int technischer (nicht-baulicher) Bereich
0 not quoted
1 quoted

Variablenname

v_81 Externer Variablenname

v_81 int organisatorischer Bereich („betriebliche Maßnahmen“)
0 not quoted
1 quoted

Variablenname

v_79 Externer Variablenname
v_79 int Vernetzung von baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen
0 not quoted
1 quoted

Variablenname

v_78 Externer Variablenname
v_78 int Kooperation zwischen Feuerwehr und Einrichtungen
0 not quoted
1 quoted

Halten Sie es für sinnvoll, Nachbarn und Anwohner als Helfer bei Räumungen von Wohneinrichtungen/Wohnstätten einzubinden (z.B. für die Betreuung und Versorgung vor Ort), wenn deren Aufgaben in einem Sicherheitskonzept klar definiert sind und wenn diese Rollen regelmäßig geübt werden? (q_3512568 - Typ 111)

Variablenname

v_83 Externer Variablenname
v_83 int Helfer
1 eher nein
2 eher ja

9 Seite: Standardseite (PGID 1910484)

Brandschadensfälle in der Vergangenheit (Werkstätten und Wohneinrichtungen)Denken Sie bitte an denZeitraum der letzten 5 Jahre zurück. Wie oft ungefähr hat es in diesem Zeitraum in Ihren Einrichtungen Brandschadensfälle gegeben, die mit einer Räumung bzw. Evakuierung verbunden waren? (q_3512569 - Typ 311)

Variablenname

v_84 Externer Variablenname
v_84 int In der Werkstatt/den Werkstätten insgesamt
1 keinmal
2 einmal
3 zweimal
4 dreimal
5 viermal
6 fünfmal und öfter

Variablenname

v_85 Externer Variablenname
v_85 int In den Wohneinrichtungen insgesamt
1 keinmal
2 einmal
3 zweimal
4 dreimal
5 viermal
6 fünfmal und öfter

Hat die Auswertung des Schadensfalls/der Schadensfälle in der Vergangenheit zu einer Änderung des Sicherheitskonzepts bzw. Brandschutzkonzepts geführt? (q_3512584 - Typ 111)

Variablenname

v_89 Externer Variablenname
v_89 int Auswertung
1 nein
2 ja

Zum Schluss:Welches ist aus Ihrer Sicht das größte Problem bei dem Bemühen, die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu gewährleisten und zu stärken? (q_3512598 - Typ 142)

Variablenname

v_90 Externer Variablenname
v_90 blob Schluss

12.3.2. Befragung der Feuerwehren (Berufsfeuerwehren BRD und Freiwilligen Feuerwehren NRW)

SiME: Online-Befragung Feuerwehr

Anzahl der Variablen in der Umfragetabelle 102 (Anzahl kann sich durch Generieren verändern)

1 Seite: System (PGID 1915054)

3 Seite: Standardseite (PGID 1915056)

Allgemeine Angaben Welcher Art von Feuerwehr gehören Sie an? (q_3506561 - Typ 111)

Variablenname

v_1	Externer Variablenname	
v_1	int	Allgemeine Angaben-Feuerwehr
		1 Berufsfeuerwehr
		2 Freiwillige Feuerwehr
		3 andere

Welche Funktion/ Aufgabe haben Sie innerhalb dieser Organisation? (q_3506568 - Typ 111)

Variablenname

v_2	Externer Variablenname	
v_2	int	Funktion
		1 vorbeugender Brandschutz
		2 Einsatzorganisation
		3 Einsatzdienst/ Einsatzleiter
		4 andere

Welchem Bundesland ist Ihre Organisation zugeordnet? (q_3506572 - Typ 112)

Variablenname

v_3	Externer Variablenname	
v_3	int	Bundesland
		1 Baden-Württemberg
		2 Bayern
		3 Berlin
		4 Brandenburg
		5 Bremen
		6 Hamburg
		7 Hessen
		8 Mecklenburg-Vorp.
		9 Niedersachsen
		10 Nordrhein-Westfalen
		11 Rheinland-Pfalz
		12 Saarland
		13 Sachsen
		14 Sachsen-Anhalt
		15 Schleswig-Holstein
		16 Thüringen

Gibt es im Einzugsgebiet Ihrer Feuerwehr eine Werkstatt/Werkstätten für Menschen mit Behinderungen/Beeinträchtigungen? (q_3520905 - Typ 111)

Variablenname

v_56	Externer Variablenname	
v_56	int	Werkstätten
		1 nein
		2 ja

4 Seite: Standardseite (PGID 1915057)

Art der Zusammenarbeit mit den Werkstätten Wie bewerten Sie insgesamt die Zusammenarbeit Ihrer Organisation mit den Werkstätten für Personen mit Beeinträchtigungen vor Ort? (q_3506591 - Typ 111)

Variablenname

v_4	Externer Variablenname	
v_4	int	Art der Zusammenarbeit

1	1 (sehr gut)
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6 (ungenügend)

Wie bewerten Sie das Interesse der Werkstätten (bzw. deren Leitung) an einer Zusammenarbeit mit Ihrer Organisation in Sicherheitsfragen? (q_3506593 - Typ 111)

Variablenname

v_5	Externer Variablenname
v_5	int Interesse
	1 sehr gering
	2 eher gering
	3 teils/teils
	4 eher hoch
	5 sehr hoch

Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit mit den Werkstätten in Sicherheitsfragen für notwendig? (q_3506948 - Typ 111)

Variablenname

v_24	Externer Variablenname
v_24	int Stärkung
	1 eher nein
	2 eher ja

In welchen Bereichen hat es in den letzten rund 3 Jahren eine Zusammenarbeit (bzw. Dienstleistung) mit den Werkstätten gegeben? (q_3506908 - Typ 311)

Variablenname

v_7	Externer Variablenname
v_7	int Notfall-Einsätze in den Einrichtungen
	1 (überwiegend) nein
	2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_8	Externer Variablenname
v_8	int gemeinsame Räumungsübungen
	1 (überwiegend) nein
	2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_9	Externer Variablenname
v_9	int gemeinsame (Weiter-)Entwicklung der Brandschutzkonzepte der Einrichtungen
	1 (überwiegend) nein
	2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_10	Externer Variablenname
v_10	int gemeinsame Erstellung von Objektplänen und Einsatzkonzepten für die individuellen Einrichtungen
	1 (überwiegend) nein
	2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_11	Externer Variablenname
v_11	int gemeinsame (Weiter-)Entwicklung von umfassenden Sicherheitskonzepten der Einrichtungen
	1 (überwiegend) nein
	2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_12	Externer Variablenname
v_12	int gemeinsame Risikoanalyse mit den Einrichtungen
	1 (überwiegend) nein
	2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_13	Externer Variablenname
------	------------------------

v_13 int gemeinsame Brandschutzunterweisungen der Beschäftigten der Einrichtungen
1 (überwiegend) nein
2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_14 Externer Variablenname

v_14 int Brandschutzaufklärung der beeinträchtigten Personen in den Werkstätten durch die Feuerwehr
1 (überwiegend) nein
2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_15 Externer Variablenname

v_15 int näheres Kennenlernen am „Tag der offenen Tür“ (oder ähnliches)
1 (überwiegend) nein
2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_16 Externer Variablenname

v_16 int Aufklärung der örtlichen Feuerwehr über Besonderheiten der Menschen mit Beeinträchtigungen durch die Werkstätten
1 (überwiegend) nein
2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_17 Externer Variablenname

v_17 int gemeinsame Unterweisungen oder Brandschutzübungen, bei denen die Menschen mit Beeinträchtigungen die Feuerwehrkräfte in Einsatzmontur kennen lernen konnten
1 (überwiegend) nein
2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_18 Externer Variablenname

v_18 int gemeinsame Unterweisungen oder Brandschutzübungen, bei denen die Menschen mit Beeinträchtigungen die Handhabung von Kleinlöschgeräten üben konnten
1 (überwiegend) nein
2 (überwiegend) ja

Variablenname

v_19 Externer Variablenname

v_19 int anderes
1 (überwiegend) nein
2 (überwiegend) ja

Welche besonderen Schwierigkeiten sehen Sie aus der Sicht der Feuerwehr bei der Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen? Bitte nennen Sie den für Sie wichtigsten Sachverhalt in Stichworten! (q_3506911 - Typ 142)

Variablenname

v_20 Externer Variablenname

v_20 blob Schwierigkeiten

Haben Mitglieder Ihrer Organisation schon an so genannten Multiplikatoren-Schulungen zum Thema "Menschen mit Beeinträchtigungen" teilgenommen (die beispielsweise von Ihrem Feuerwehrverband angeboten werden)? (q_3506944 - Typ 111)

Variablenname

v_23 Externer Variablenname

v_23 int Schulungen
1 nein
2 ja

5 Seite: Standardseite (PGID 1915058)

Ausgestaltung der Sicherheitsinfrastruktur in den Werkstätten Welches Räumung-/Evakuierungskonzept überwiegt Ihrer Erfahrung nach bei den Werkstätten für beeinträchtigte Personen? (q_3507008 - Typ 111)

Variablenname

v_25 Externer Variablenname

v_25 int Ausgestaltung der Sicherheitsinfrastruktur
1 direkte horizontale, ebenerdige Evakuierung aller Personen ins Freie („Räumungskonzept“)

- 2 direkte vertikale Evakuierung aller Personen (über das Treppenhaus bzw. einen Sicherheitsaufzug) ins Freie („Räumungskonzept“)
- 3 phasenweise horizontale Räumung in sichere Brandabschnitte mit anschließender vertikaler Evakuierung ins Freie („Verschiebekonzept“)
- 4 horizontale Räumung der unmittelbar betroffenen Personen in einen sicheren Brandabschnitt. Alle übrigen Personen verbleiben an ihren angestammten Plätzen („Zellenkonzept“)
- 5 andere Variante

Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in den Werkstätten für beeinträchtigte Menschen? (q_3507015 - Typ 311)

Variablenname

- v_26 Externer Variablenname
v_26 int In baulicher Hinsicht
- 1 überhaupt nicht zufrieden
 - 2 eher nicht zufrieden
 - 3 eher zufrieden
 - 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

- v_27 Externer Variablenname
v_27 int In sicherheitstechnischer Hinsicht (Anlagentechnik wie z.B. Alarmierung, Fluchtweglenkung, ohne Bautechnik)
- 1 überhaupt nicht zufrieden
 - 2 eher nicht zufrieden
 - 3 eher zufrieden
 - 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

- v_28 Externer Variablenname
v_28 int In organisatorischer Hinsicht („betriebliche Maßnahmen“)
- 1 überhaupt nicht zufrieden
 - 2 eher nicht zufrieden
 - 3 eher zufrieden
 - 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

- v_29 Externer Variablenname
v_29 int In Bezug auf die Vernetzung von baulichen, sicherheitstechnischen und organisatorischen Maßnahmen
- 1 überhaupt nicht zufrieden
 - 2 eher nicht zufrieden
 - 3 eher zufrieden
 - 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

- v_30 Externer Variablenname
v_30 int In Bezug auf die Kooperation zwischen Feuerwehr und Einrichtungen
- 1 überhaupt nicht zufrieden
 - 2 eher nicht zufrieden
 - 3 eher zufrieden
 - 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

- v_31 Externer Variablenname
v_31 int insgesamt
- 1 überhaupt nicht zufrieden
 - 2 eher nicht zufrieden
 - 3 eher zufrieden
 - 4 voll und ganz zufrieden

6 Seite: Standardseite (PGID 1915059)

Änderungsbedarfe Wie hoch schätzen Sie den Änderungsbedarf in den einzelnen Handlungsbereichen ein, um die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen noch besser gewährleisten zu können? (q_3507021 - Typ 311)

Variablenname

- v_32 Externer Variablenname

v_32 int rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. Bauordnungen, Sonderbauverordnungen, Brandschutzordnung, Normen und technische Richtlinien)
1 kein Änderungsbedarf
2 geringer Änderungsbedarf
3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_33 Externer Variablenname

v_33 int baulicher Bereich der Einrichtungen
1 kein Änderungsbedarf
2 geringer Änderungsbedarf
3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_34 Externer Variablenname

v_34 int sicherheitstechnischer Bereich der Einrichtungen (Anlagentechnik, ohne Bautechnik)
1 kein Änderungsbedarf
2 geringer Änderungsbedarf
3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_35 Externer Variablenname

v_35 int organisatorischer Bereich der Einrichtungen („betriebliche Maßnahmen“)
1 kein Änderungsbedarf
2 geringer Änderungsbedarf
3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_36 Externer Variablenname

v_36 int Vernetzung von baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen
1 kein Änderungsbedarf
2 geringer Änderungsbedarf
3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_37 Externer Variablenname

v_37 int Entwicklung (qualifizierter) Sicherheitskonzepte für die Einrichtungen
1 kein Änderungsbedarf
2 geringer Änderungsbedarf
3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_38 Externer Variablenname

v_38 int Finanzierung der Sicherheitstechnik vor Ort in den Einrichtungen
1 kein Änderungsbedarf
2 geringer Änderungsbedarf
3 hoher Änderungsbedarf

Variablenname

v_39 Externer Variablenname

v_39 int Kooperationen der verschiedenen Akteure im Sicherheitsbereich
1 kein Änderungsbedarf
2 geringer Änderungsbedarf
3 hoher Änderungsbedarf

In welchen Bereichen sehen Sie einen besonderen Unterstützungsbedarf bei den Werkstätten in Fragen der Sicherheitsinfrastruktur? (q_3507097 - Typ 311)

Variablenname

v_40 Externer Variablenname

v_40 int Unterstützung bei der Entwicklung (qualifizierter) Sicherheitskonzepte
1 eher nein
2 eher ja

Variablenname

v_41 Externer Variablenname

v_41 int Verfügbarkeit konkreter Handlungsempfehlungen in Form von Handreichungen und Leitfäden zur Sicherheitsthematik

- 1 eher nein
- 2 eher ja

Variablenname

v_42 Externer Variablenname

- v_42 int Verfügbarkeit von Schulungskonzepten zu Sicherheitsfragen, die intern genutzt werden können
- 1 eher nein
 - 2 eher ja

Variablenname

v_43 Externer Variablenname

- v_43 int Schulungen in Sicherheitsfragen durch Externe
- 1 eher nein
 - 2 eher ja

7 Seite: Standardseite (PGID 1915060)

Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen Die folgenden Fragen beziehen sich auf Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit (vornehmlich geistigen und körperlichen) Beeinträchtigungen, die von verschiedenen (Wohlfahrts-)Verbänden geführt werden. Gibt es im Einzugsgebiet Ihrer Feuerwehr solche Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit Behinderungen/Beeinträchtigungen? (q_3520947 - Typ 111)

Variablenname

v_57 Externer Variablenname

- v_57 int Wohnstätten
- 1 nein
 - 2 ja

Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit und Kooperation in Sicherheitsfragen mit den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen für notwendig? (q_3507273 - Typ 111)

Variablenname

v_52 Externer Variablenname

- v_52 int Kooperation
- 1 eher nein
 - 2 eher ja

Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für beeinträchtigte Menschen? (q_3520968 - Typ 311)

Variablenname

v_58 Externer Variablenname

- v_58 int In baulicher Hinsicht
- 1 überhaupt nicht zufrieden
 - 2 eher nicht zufrieden
 - 3 eher zufrieden
 - 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

v_59 Externer Variablenname

- v_59 int In sicherheitstechnischer Hinsicht (Anlagentechnik wie z.B. Alarmierung, Fluchtweglenkung, ohne Bautechnik)
- 1 überhaupt nicht zufrieden
 - 2 eher nicht zufrieden
 - 3 eher zufrieden
 - 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

v_60 Externer Variablenname

- v_60 int In organisatorischer Hinsicht („betriebliche Maßnahmen“)
- 1 überhaupt nicht zufrieden
 - 2 eher nicht zufrieden
 - 3 eher zufrieden
 - 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

v_61 Externer Variablenname

- v_61 int In Bezug auf die Vernetzung von baulichen, sicherheitstechnischen und organisatorischen Maßnahmen

- 1 überhaupt nicht zufrieden
- 2 eher nicht zufrieden
- 3 eher zufrieden
- 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

v_62 Externer Variablenname

v_62 int In Bezug auf die Kooperation zwischen Feuerwehr und Einrichtungen

- 1 überhaupt nicht zufrieden
- 2 eher nicht zufrieden
- 3 eher zufrieden
- 4 voll und ganz zufrieden

Variablenname

v_63 Externer Variablenname

v_63 int insgesamt

- 1 überhaupt nicht zufrieden
- 2 eher nicht zufrieden
- 3 eher zufrieden
- 4 voll und ganz zufrieden

Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: "Die Sicherheitsinfrastruktur ist in den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen insgesamt von schlechterer Qualität als in den Werkstätten!" (q_3507110 - Typ 111)

Variablenname

v_46 Externer Variablenname

v_46 int Wohneinrichtungen

- 1 stimme überhaupt nicht zu
- 2 stimme eher nicht zu
- 3 stimme eher zu
- 4 stimme voll und ganz zu

Halten Sie es für sinnvoll, Nachbarn und Anwohner als Helfer bei Räumungen von Wohneinrichtungen/Wohnstätten einzubinden (z.B. für die Betreuung und Versorgung vor Ort), wenn deren Aufgaben in einem Sicherheitskonzept klar definiert sind und wenn diese Rollen regelmäßig geübt werden? (q_3507280 - Typ 111)

Variablenname

v_53 Externer Variablenname

v_53 int Helfer

- 1 eher nein
- 2 eher ja

8 Seite: Standardseite (PGID 1915061)

Zum Schluss. Wie würden Sie Ihr Wissen und Ihre Kenntnisse über die Werkstätten und Wohneinrichtungen für körperlich und geistig Beeinträchtigte und deren Sicherheitsinfrastruktur in Ihrem Einzugsgebiet einschätzen? (q_3507296 - Typ 111)

Variablenname

v_54 Externer Variablenname

v_54 int Zum Schluss-Kenntnisse

- 1 1 (sehr gut)
- 2 2
- 3 3
- 4 4
- 5 5
- 6 6 (ungenügend)

Welches ist aus Ihrer Sicht das größte Problem bei dem Bemühen, die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen zu gewährleisten und zu stärken? (q_3507310 - Typ 142)

Variablenname

v_55 Externer Variablenname

v_55 blob Problem

13. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	...	13
Durchführung der Befragungen		
Abbildung 2:	...	14
Welche Funktion haben Sie in Ihrer Einrichtung? - Werkstätten		
Abbildung 3:	...	15
Welchem Bundesland ist Ihre Einrichtung zugeordnet? - Werkstätten		
Abbildung 4:	...	15
Rücklaufquote der Werkstätten nach Bundesland		
Abbildung 5:	...	16
Welche Funktion/ Aufgabe haben Sie innerhalb dieser Organisation? - Feuerwehren		
Abbildung 6:	...	17
Welchem Bundesland ist Ihre Organisation zugeordnet? (nur Berufsfeuerwehren)		
Abbildung 7:	...	17
Rücklaufquote der Berufsfeuerwehren nach Bundesland		
Abbildung 8:	...	18
Wie würden Sie Ihr Wissen und Ihre Kenntnisse über die Werkstätten und Wohneinrichtungen für körperlich und geistig Beeinträchtigte und deren Sicherheitsinfrastruktur in Ihrem Einzugsgebiet einschätzen? - Feuerwehren		
Abbildung 9:	...	21
Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit anderen Gruppen		
Wie bewerten Sie insgesamt die Zusammenarbeit Ihrer Einrichtung in Sicherheitsfragen mit den im Folgenden aufgeführten Gruppen vor Ort? - Werkstätten		
Abbildung 10:	...	22
Wie bewerten Sie insgesamt die Zusammenarbeit Ihrer Organisation mit den Werkstätten für Personen mit Beeinträchtigungen vor Ort? - Feuerwehren		
Abbildung 11:	...	22
Interesse anderer Gruppen an einer Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen		
Wie bewerten Sie das Interesse der aufgeführten Gruppen an einer Zusammenarbeit mit Ihrer Einrichtung in Sicherheitsfragen? - Werkstätten		
Abbildung 12:	...	23
Wie bewerten Sie das Interesse der Werkstätten (bzw. deren Leitung) an einer Zusammenarbeit mit Ihrer Organisation in Sicherheitsfragen? - Feuerwehren		
Abbildung 13:	...	24
Zusammenarbeit mit der Feuerwehr in den letzten 3 Jahren		
In welchen Bereichen hat es in den letzten rund 3 Jahren eine Zusammenarbeit (bzw. Dienstleistung) mit der zuständigen Feuerwehr gegeben?		
Abbildung 14:	...	25
In welchen Bereichen hat es in den letzten rund 3 Jahren eine Zusammenarbeit (bzw. Dienstleistung) mit den Werkstätten gegeben?		
Abbildung 15:	...	26
Notwendigkeit stärkerer Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen		
Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit diesen Gruppen für notwendig? - Werkstätten		
Abbildung 16:	...	27
Konfigurationsplot - Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit diesen Gruppen für notwendig? - Werkstätten		

Abbildung 17:	...	28
Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit mit den Werkstätten in Sicherheitsfragen für notwendig? - Feuerwehren		
Abbildung 18:	...	31
Letzte Räumungsübung als Kompletträumung		
In welchem Jahr haben Sie zum letzten Mal eine Kompletträumung Ihrer Einrichtung als Räumungsübung durchgeführt?		
Abbildung 19:	...	32
Beteiligung der örtlichen Feuerwehr		
War die örtliche Feuerwehr bei dieser Räumungsübung beteiligt?		
Abbildung 20:	...	33
Die 15 häufigsten Begriffe (Wortstämme) zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Werkstätten		
Abbildung 21:	...	34
Wordcloud (ohne Umlaute) der Begriffe/Wortstämme zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Werkstätten		
Abbildung 22:	...	34
Kontext/Konkordanzen zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Werkstätten		
Abbildung 23:	...	36
Die 15 häufigsten Begriffe (Wortstämme) zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Feuerwehren		
Abbildung 24:	...	36
Wordcloud (ohne Umlaute) der Begriffe/Wortstämme zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Feuerwehren		
Abbildung 25:	...	37
Kontext/Konkordanzen zu den Schwierigkeiten bei einer Evakuierung - Feuerwehren		
Abbildung 26:	...	37
Häufigkeitsunterschiede der Begriffe (Wortstämme) zwischen Werkstätten und Feuerwehren bei den Schwierigkeiten einer Evakuierung		
Abbildung 27:	...	39
Haben Mitglieder Ihrer Organisation schon an so genannten Multiplikatoren-Schulungen zum Thema "Menschen mit Beeinträchtigungen" teilgenommen (die beispielsweise von Ihrem Feuerwehrverband angeboten werden)?		
Abbildung 28:	...	40
Die 15 häufigsten Begriffe (Wortstämme) zum Ziel des Sicherheitskonzepts		
Abbildung 29:	...	41
Wordcloud (ohne Umlaute) der Begriffe/Wortstämme zum Ziel des Sicherheitskonzepts		
Abbildung 30:	...	41
Kontext/Konkordanzen zum Ziel des Sicherheitskonzepts		
Abbildung 31:	...	42
Integriert Ihr Sicherheitskonzept unterschiedliche Notfall- und Gefahrensituationen oder berücksichtigt es primär den Brandschutz?		
Abbildung 32:	...	43
Hat die Auswertung des Schadensfalls/der Schadensfälle in der Vergangenheit zu einer Änderung des Sicherheitskonzepts bzw. Brandschutzkonzepts geführt?		
Abbildung 33:	...	44
Welches Räumung-/Evakuierungskonzept gilt für Ihre Einrichtung?		

Abbildung 34:	... 45
Welches Räumung-/Evakuierungskonzept überwiegt Ihrer Erfahrung nach bei den Werkstätten für beeinträchtigte Personen?	
Abbildung 35:	... 46
Organisatorische, betriebliche Maßnahmen der Sicherheitsinfrastruktur	
Welche der folgenden organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen sind Bestandteil Ihrer Sicherheitsinfrastruktur?	
Abbildung 36:	... 47
Konfigurationsplot - Welche der folgenden organisatorischen, betrieblichen Maßnahmen sind Bestandteil Ihrer Sicherheitsinfrastruktur?	
Abbildung 37:	... 48
Zufriedenheit mit Sicherheitsinfrastruktur (externe Perspektive)	
Wie zufrieden wäre - Ihrer Meinung nach - ein sachkundiger Beobachter von außen mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in Ihrer Einrichtung? - Werkstätten	
Abbildung 38:	... 49
Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in den Werkstätten für beeinträchtigte Menschen? – Berufsfeuerwehren BRD	
Abbildung 39:	... 49
Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in den Werkstätten für beeinträchtigte Menschen? – Freiwillige Feuerwehren NRW	
Abbildung 40:	... 52
Differenzierte Risikoanalyse	
Liegt Ihrem Sicherheitskonzept auch eine differenzierte Risikoanalyse zugrunde, die die speziellen Beeinträchtigungen der Mitarbeiterschaft berücksichtigt?	
Abbildung 41:	... 53
Spineplot - Zum Zusammenhang von Risikoanalyse und Merkzeichen	
Abbildung 42:	... 55
Spineplot - Zum Zusammenhang von Risikoanalyse und Kooperation mit Berufsgenossenschaft	
Abbildung 43:	... 55
Spineplot - Zum Zusammenhang von Risikoanalyse und Art des Sicherheitskonzepts	
Abbildung 44:	... 56
Vorhandene Klassifikations- und Diagnosesysteme	
Welche der folgenden Klassifikations- und Diagnose-Systeme werden in Ihrer Einrichtung derzeit systematisch erfasst?	
Abbildung 45:	... 58
Wie ist das System der Helferzuordnung für Personen, die nicht oder nur eingeschränkt zur Selbstrettung fähig sind, im Detail für den Räumungsfall geregelt?	
Abbildung 46:	... 59
Zum Zusammenhang von geregelter Helferzuordnung und System der Helferzuordnung	
Abbildung 47:	... 60
In Werkstätten	
Denken Sie bitte an den Zeitraum der letzten 5 Jahre zurück. Wie oft ungefähr hat es in diesem Zeitraum in Ihren Einrichtungen Brandschadensfälle gegeben, die mit einer Räumung bzw. Evakuierung verbunden waren?	
Abbildung 48:	... 62
Welche Sicherheitstechnik würden Sie sinnvollerweise - unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten und der Zusammensetzung Ihrer Mitarbeiterschaft mit Beeinträchtigungen – gerne zusätzlich in Ihrer Einrichtung einsetzen, um die Sicherheitsinfrastruktur zu stärken?	

Abbildung 49:	...	64
Änderungsbedarfe zur Sicherheitsinfrastruktur		
Wie hoch schätzen Sie den Änderungsbedarf in den einzelnen Handlungsbereichen ein, um die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen noch besser gewährleisten zu können?		
- Werkstätten		
Abbildung 50:	...	64
Wie hoch schätzen Sie den Änderungsbedarf in den einzelnen Handlungsbereichen ein, um die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen noch besser gewährleisten zu können?		
– Berufsfeuerwehren BRD		
Abbildung 51:	...	65
Wie hoch schätzen Sie den Änderungsbedarf in den einzelnen Handlungsbereichen ein, um die Sicherheit von Menschen mit Beeinträchtigungen noch besser gewährleisten zu können?		
– Freiwillige Feuerwehren NRW		
Abbildung 52:	...	66
Unterstützungsbedarfe bei der Sicherheitsinfrastruktur		
In welchen Bereichen sehen Sie einen besonderen Unterstützungsbedarf Ihrer Einrichtung in Fragen der Sicherheitsinfrastruktur? - Werkstätten		
Abbildung 53:	...	67
Konfigurationsplot - In welchen Bereichen sehen Sie einen besonderen Unterstützungsbedarf Ihrer Einrichtung in Fragen der Sicherheitsinfrastruktur? - Werkstätten		
Abbildung 54:	...	68
Spineplot - Zum Zusammenhang von Unterstützungsbedarf und dem Wunsch nach mehr Kooperation mit der Feuerwehr		
Abbildung 55:	...	68
In welchen Bereichen sehen Sie einen besonderen Unterstützungsbedarf bei den Werkstätten in Fragen der Sicherheitsinfrastruktur? - Feuerwehren		
Abbildung 56:	...	70
Die 15 häufigsten Begriffe (Wortstämme) zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Werkstätten		
Abbildung 57:	...	70
Wordcloud (ohne Umlaute) der Begriffe/Wortstämme zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Werkstätten		
Abbildung 58:	...	71
Kontext/Konkordanzen zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Werkstätten		
Abbildung 59:	...	72
Die 15 häufigsten Begriffe (Wortstämme) zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Feuerwehren		
Abbildung 60:	...	73
Wordcloud (ohne Umlaute) der Begriffe/Wortstämme zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Feuerwehren		
Abbildung 61:	...	73
Kontext/Konkordanzen zum größten Problem, die Sicherheit zu stärken - Feuerwehren		
Abbildung 62:	...	75
Sicherheit in Wohnstätten schlechter als in Werkstätten?		
Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: "Die Sicherheitsinfrastruktur ist in diesen Wohneinrichtungen/ Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen insgesamt von schlechterer Qualität als in den Werkstätten!" - Werkstätten		

Abbildung 63:	... 75
Bereiche schlechter Sicherheitsinfrastruktur in Wohnstätten	
In welchen Bereichen ist aus Ihrer Sicht die Sicherheitsinfrastruktur in den Wohneinrichtungen/ Wohnstätten für beeinträchtigte Menschen insgesamt von schlechterer Qualität als in den Werkstätten?	
Abbildung 64:	... 76
Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu:	
"Die Sicherheitsinfrastruktur ist in den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen insgesamt von schlechterer Qualität als in den Werkstätten!"	
- Feuerwehren	
Abbildung 65:	... 77
Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für beeinträchtigte Menschen? – Berufsfeuerwehren BRD	
Abbildung 66:	... 78
Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Sicherheitspraxis bzw. Sicherheitsinfrastruktur in den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für beeinträchtigte Menschen?	
– Freiwillige Feuerwehren NRW	
Abbildung 67:	... 78
Halten Sie eine stärkere Zusammenarbeit und Kooperation in Sicherheitsfragen mit den Wohneinrichtungen/Wohnstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen für notwendig? - Feuerwehren	
Abbildung 68:	... 79
In Wohnstätten	
Denken Sie bitte an den Zeitraum der letzten 5 Jahre zurück. Wie oft ungefähr hat es in diesem Zeitraum in Ihren Einrichtungen Brandschadensfälle gegeben, die mit einer Räumung bzw. Evakuierung verbunden waren?	
Abbildung 69:	... 80
Halten Sie es für sinnvoll, Nachbarn und Anwohner als Helfer bei Räumungen von Wohneinrichtungen/Wohnstätten einzubinden (z.B. für die Betreuung und Versorgung vor Ort), wenn deren Aufgaben in einem Sicherheitskonzept klar definiert sind und wenn diese Rollen regelmäßig geübt werden? - Werkstätten	
Abbildung 70:	... 81
Halten Sie es für sinnvoll, Nachbarn und Anwohner als Helfer bei Räumungen von Wohneinrichtungen/Wohnstätten einzubinden (z.B. für die Betreuung und Versorgung vor Ort), wenn deren Aufgaben in einem Sicherheitskonzept klar definiert sind und wenn diese Rollen regelmäßig geübt werden? - Feuerwehren	

14. Quellenverzeichnis

Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (2013). Brandschutztechnische Anforderungen an Einrichtungen zum Zwecke der Pflege oder Betreuung von Personen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung. Richtlinie für Pflege- und Behinderteneinrichtungen 2013-1. http://www.agbf.de/pdf/2013-1_Richtlinie%20Pflege-und%20Behinderteneinrichtungen.pdf .

Download-Datum 01.05.2016

BaSiGo (2016). Bausteine für die Sicherheit von Großveranstaltungen.

<http://www.basigo.de/handbuch/Glossar> . Download-Datum 01.05.2016

Block, R., Heister, W. & Geoerg, P. (2017). Der Index des Unterstützungsbedarfs (UB-Index): Funktion, Konstruktion, Validierung und Anwendung. Ein Konstrukt zur Abbildung von potenziell kritischen (Mehrfach-) Beeinträchtigungen in Notfallsituationen. Hochschule Niederrhein SO.CON-Institut. Mönchengladbach/Berlin

Bundesminister für Arbeit und Soziales (2015). Versorgungsmedizin-Verordnung.

http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/k710-versorgungsmid-verordnung.pdf;jsessionid=1D18022BAD38B16556318DF27B4D434F?_blob=publicationFile&v=3.

Download-Datum 01.08.2016

Cohen, J. (1988). Statistical Power Analysis for the behavioral Sciences. New York

Cohen, J. (1992). A Power Primer. Psychological Bulletin 112, 155-159

Deutsches Institut für Normung e.V. (2010). DIN 14011 Begriffe aus dem Feuerwehrwesen. Berlin

Feinerer, I., Hornik, K. & Meyer, D. (2008). Text Mining Infrastructure in R. Journal of Statistical Software, Volume 25, Issue 5.

Fisher, R.A. (1971). The Design of Experiments. (8th ed.). New York

Föhres, F. et al. (2004). MELBA. Handbuch V. Modul MELBA SL Fähigkeiten. 2. neu überarbeitete Auflage, Lich

Göbell, J. & Kallinowsky, S. (2016). Barrierefreier Brandschutz. Methodik – Konzepte – Maßnahmen. Köln

Good, P.I. (2001). Resampling Methods. Boston

Hall, M., Frank, E., Holmes, G., Pfahringer, B., Reutemann, P. & Witten, I. (2009). The WEKA Data Mining Software: An Update. SIGKDD Explorations, Volume 11, Issue 1

Holte, R.C. (1993). Very Simple Classification Rules Perform Well on Most Commonly Used Datasets. Machine Learning, 11, 63-90

Home Office Statistics (2016). Fire Statistics England 2014/15. London

- Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (2017). REHADAT. Köln. <http://rehadat.info/de/>
- Kleffmann, A. et al. (1997). Melba. Psychologische Merkmalprofile zur Eingliederung Behinderter. 2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Siegen
- Ludbrook, J. & Dudley, H. (1998). Why Permutation Tests are Superior to t and F Tests in Biomedical Research. American Statistical Association 52, 2, 127-132
- Manly, B.F.J. (1997). Randomization, Bootstrap and Monte Carlo Methods in Biology (2nd ed.). London
- Merten, K. (1995). Inhaltsanalyse. 2., verbesserte Auflage, Opladen
- Morrison, D. & Henkel, R.A: (1970). Significance Tests in behavioral Research: skeptical Conclusions and beyond, in: Morrison, D. & Henkel (Eds.). The Significance Test Controversy. 305-311. Chicago
- Neyman, J. & Pearson, E.S. (1928). On the Use and Interpretation of Certain Test Criteria for Purposes of Statistical Inference. Part 1. Biometrika 20A, 175-240
- Schwartz, M. (2016). Berufsfeuerwehren in Deutschland. BrandSchutz 5, 388- 391
- Sifa-News.de (2017). Räumungs- bzw. Evakuierungsübungen regelmäßig vorsehen – Verantwortlichkeiten und Aufgaben müssen klar sein. <https://www.sifa-news.de/news/brandschutz/2683-raeumungs-bzw-evakuierungsuebungen-regelmaessig-vorsehen-verantwortlichkeiten-und-aufgaben-muessen-klar-sein> . Download-Datum 01.03.2017
- Straub, M. 2013). Titisee-Neustadt: 14 Tote bei Brand in Behindertenwerkstatt. BrandSchutz 5, 326 - 333
- Verein Deutscher Ingenieure (2016). VDI 4062. Evakuierung von Personen im Gefahrenfall. Berlin
- Nachweise für R-Project Software und Unterprogramme**
 Mit Ausnahme einiger weniger Analysen mittels der Data Mining Software WEKA (Hall, M. et al. 2009) wurden alle statistischen Auswertungen mit der Software R-Project von CRAN durchgeführt: R Core Team (2016). R: A language and environment for statistical computing. R Foundation for Statistical Computing, Vienna, Austria. URL <https://www.R-project.org/>.
- Die benutzten Unterprogramme sind im Folgenden aufgeführt.**
 Bouchet-Valat, M. & Bastin, G. (2013). RcmdrPlugin.temis, a Graphical Integrated Text Mining Solution in R. The R Journal 5(1):188-196
- Bryer, J. & Speerschneider, K. (2016). Likert. <https://CRAN.R-project.org/package=likert>
- Fellows, I.: (2014). Wordcloud. <https://CRAN.R-project.org/package=wordcloud>
- Fox, J., and Bouchet-Valat, M. (2016). Rcmdr: R Commander. R package version 2.3-1.

Gabadohino, A., Ritschard, G., Müller, N. S., & Studer, M. (2011). Analyzing and Visualizing State Sequences in R with TraMineR. *Journal of Statistical Software*, 40(4), 1-37. URL <http://www.jstatsoft.org/v40/i04/>

Signorell, A. et al. (2017). DescTools: Tools for descriptive statistics. R package version 0.99.19.

